Donnerstag, 7. Juli 1983 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 155 - 27.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 80 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 90,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,60 sfr, Spanien 110 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

POLITIK

Kanzlerreise: Bundeskanzler Kohl hat zum Abschluß seiner politischen Gespräche in Moskau seinen Willen zur Wiedervereinigung Deutschlands und das Festhalten am NATO-Doppelbeschluß bekräftigt. Noch sei Zeit für ein Abkommen in Genf; Moskau teile diese Ansicht. Kohl kehrt nach seinem Besuch in Kiew heute nach Bonn zurück.

Raketen: London und Paris haben der Einbeziehung ihrer Mittelstreckenwaffen in INF- und START-Gespräche widersprochen. Solche Überlegungen waren in Kohls Delegation in Moskau laut geworden.

Gewalttäter: Verfassungsschutzpräsident Hellenbroich rechnet mit Gewalttaten gegen die mögliche Stationierung von Mittelstreckenraketen. In der „Friedensbewegung" seien die radikalen Gruppen aber bisher isoliert geblieben.

Nahost: Shultz reist nach Gespräch mit Syriens Staatschef Assad nach Jerusalem und weiter nach Kairo. Neue schwere Kämpfe zwischen PLO-Gruppen in Ostlibanon. Israels Verteidigungsminister Arens schlägt dem Verteidigungsrat einseitigen Teilrückzug innerhalb Libanons vor.

Zwangsumtausch: Der Vorsitzende des Innerdeutschen Ausschusses, Reddemann, erwartet Senkung des Zwangsumtauschsatzes durch die „DDR" bis Frühjahr 1984.

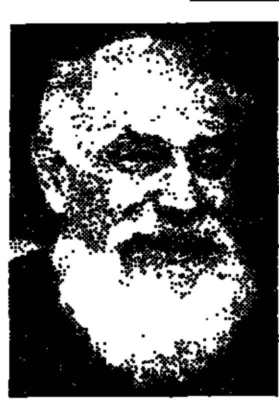
Blüm: In Belgrad fand der Bundesarbeitsminister, anders als in der Türkei, Verständnis für den Bonner Rückkehrhilfe-Plan.

Krefeld: Tumultszenen im Düsseldorfer Landtag wegen Krawallen um Bush, als SPD-Fraktionsführer Denzer behauptet: „Die CDU braucht und benutzt diese Chaoten als Wegbereiter zur Verschärfung des Demonstrationsrechts." SPD-Mehrheit spricht Innenminister Schnoor das Vertrauen aus.

Schwarzmarkt: Großrazzia des Bundeskriminalamts wegen illegaler Vermittlung Tausender britischer Bauarbeiter.

Heute: Europa-Parlament befaßt sich mit „DDR"-Zwangsumtausch. – Evangelischer Kirchentag in Dresden beginnt (bis Sonntag). – Erste Vorstandssitzung der Christdemokratischen Partei Italiens nach der Wahlniederlage. – Erprobung der Magnetschwebebahn in Meppen läuft an.

ZITAT DES TAGES



» Sacharow muß man retten, denn ohne Sacharow kann kein Friede in Europa gesichert werden. Ich meine nicht nur Sacharow persönlich, ich meine die Menschen drüben in der Sowjetunion, in der DDR, Polen, der Tschechoslowakei, alle ehrlichen, wirklich gewaltlosen Friedenskämpfer im Osten. Wenn man sie vergißt, dann läuft man die größte Gefahr für den Frieden hier. «

Der im Exil lebende russische Schriftsteller Lew Kopelew

FOTO: TEUTO-PRESS

WIRTSCHAFT

Stahl USA: Reagan verhängt Restriktionen über vier (nicht für die erwarteten drei) Jahre. Zölle auf flachgewalzte Edelstahlerzeugnisse (von zehn Prozent im ersten auf vier im vierten Jahr fallend; ähnlich für Grobbleche); Einfuhrquoten für Rund- und Werkzeugstahl. Belastungen treffen deutsche Exporteure besonders. EG protestiert.

Daimler-Benz: Umsatzzuwachs insgesamt durch Wachstum im PKW-Bereich (13 Prozent) erwartet. Dividende von 10,50 DM wird auch 1983 gezahlt.

Opel: Optimismus nach Überwindung der Verlustjahre 1980 und 1981 durch Umsatzrekord von 12,7 Milliarden DM, Überschuß von 92 Millionen. Zugpferd soll der „Corsa" werden.

„Stern": Auflagenverluste von 150 000 seit „Flop" mit Hitler-Tagebüchern, teilt Bertelsmann-Chef Wössner mit.

Veba: Konzernüberschuß im ersten Quartal '83 von 61 (1982) auf 63 Millionen DM verbessert; Investitionen von 19 Milliarden bis 1987 geplant.

Siemens: Datentechnik jetzt in der Gewinnzone. Für 1983 Aufträge über 45 Milliarden DM für Gesamtkonzern erwartet.

Babcock: Vorstandsvorsitzender Hans L. Ewaldsen wird im September von Helmut Wiehn abgelöst.

Börse: An den deutschen Aktienmärkten war die Schlußtendenz nach zeitweise lebhaftem Geschäft bei widerstandsfähiger Haltung uneinheitlich. Am Rentenmarkt gingen die Kurse zurück. WELT-Aktienindex 142,8 (143,2); Dollarmittelkurs 2,5672 (2,5670) Mark; Goldpreis je Feinunze 411,65 (410,75) Dollar.

KULTUR

Hochschulen: Rektorenkonferenz fordert Studium für jeden Abiturienten „ohne Berufsgarantie" trotz Akademikerschwemme; „laßt den Hauptschülern den übrigen Arbeitsmarkt". Hochschulrahmengesetz soll nur „in wenigen Punkten" geändert werden.

Meißen: Restaurierung der mittelalterlichen Altstadt hat begonnen.

SPORT

Fußball: Der deutsche Fußballmeister HSV erhielt bei der Auslosung der europäischen Pokalwettbewerbe für die erste Runde ein Freilos. Pokalsieger 1. FC Köln bekam Wacker Innsbruck zum Gegner.

Ski Alpin: Der deutsche Verband hat sein Prämiensystem im Weltcup und bei den Olympischen Spielen neu geregelt. Eine Goldmedaille ist bei den Herren 18 000, bei den Damen 15 300 Mark wert.

AUS ALLER WELT

Geburt nach dem Tod: 84 Tage nach dem klinischen Tod der Mutter wurde in Roanoke (US-Staat Virginia) ein 1,5 Kilo schweres Kind durch Kaiserschnitt zur Welt gebracht.

Erfindung: In Japan ist ein Durchbruch bei der Anwendung billiger amorpher Silicium-Solarzellen für Uhren, Taschenrechner usw. gelungen, der „einem Perpetuum mobile nahekommt" (Patentamts-Präsident Häußer, München).

Selbstschutz: US-Staat Louisiana erließ ein Gesetz, das jedem das Recht gibt, Einbrecher auf frischer Tat im eigenen Haus zu erschießen.

Wetter: Urlaub am Mittelmeer ist jetzt zu Hause möglich. Schwülwarme Luft von dort bringt die Temperaturen wieder bis auf 30 Grad; es bleibt gewittrig.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Als Patriot fordert Kohl in Moskau die Wiedervereinigung

Der Kanzler zieht die Bilanz seiner Gespräche mit der Sowjetführung

F. H. NEUMANN/DW. **Moskau**

In außergewöhnlich offener, eindringlicher und persönlicher Weise hat Bundeskanzler Helmut Kohl gestern, am letzten Tag seines Moskau-Aufenthalts, zur Einheit der deutschen Nation Stellung genommen. Auf einer Pressekonferenz unmittelbar vor seinem Weiterflug nach Kiew sagte Kohl unmißverständlich: „Wir wollen mit allen friedlichen Mitteln die Wiedervereinigung unseres Landes." Den Vorwurf des „Revanchismus", wie er während seiner Gespräche mit Mitgliedern der Kreml-Führung verschiedentlich erhoben wurde, wies der Kanzler entschieden zurück.

Unter ausdrücklicher Berufung auf den Brief zur deutschen Einheit, dem alle Fraktionen des Bundestages im Mai 1972 bei der Verabschiedung der Ostverträge zugestimmt hatten, und unter Hinweis auf die entsprechenden Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes bekräftigte Kohl die Verpflichtungen, auf eine Wiedervereinigung hinzuarbeiten. Im Gespräch mit Staats- und Parteichef Jurij Andropow habe er klargemacht, daß der Wille eines Volkes, seine Einheit zu erhalten, eine geschichtliche Kraft bedeute und deshalb auch eine politische Realität sei.

Der Kanzler bestätigte, daß es dabei Diskussionen über den von ihm erwähnten Realitätsbegriff und über die Vereinbarkeit einer entsprechenden Politik mit den Ostverträgen gegeben habe. Kohl versicherte im gleichen Atemzug, die Verträge von Moskau und Warschau würden als geltendes Recht von der Bundesregierung nicht in Frage gestellt.

Der Vorwurf, in der Bundesrepublik Deutschland würden revanchistische Ziele verfolgt, klang in den Moskauer Gesprächen mehrmals an. Kohl suchte dabei herauszuarbeiten, daß Revanchismus von Patriotismus zu unterscheiden ist. „Ich fragte Herrn Andropow, was würden Sie als sowjetischer Patriot sagen, wenn Moskau geteilt wäre?" Darauf habe sein Gesprächspartner nicht geantwortet. „Ich fragte ihn, was würden Sie sagen, wenn die Sowjetunion geteilt wäre? Wir sind auch Patrioten, und dies hat nichts mit Revanchismus zu tun", antwortete Kohl nach eigener Darstellung auf die Ausführungen seines Gastgebers.

SEITE 4:
Sonderthema Moskau

Auf Fragen von Journalisten nahm Kohl die deutschen Heimatvertriebenen in Schutz; sie waren gerade in den vergangenen Tagen in der sowjetischen Presse als Revanchisten bezeichnet worden. In einer längeren Erklärung hob er hervor, daß sich diese Gruppen schon sehr früh für einen Gewaltverzicht eingesetzt hätten. Schon 1950 sei die „Charta der Vertriebenen" verkündet worden, in der auf Rache und Vergeltung verzichtet wurde. „Diese Bürger beten für den Frieden", sagte der Kanzler, an die Adresse der Sowjet-Führer gewandt.

Selbst altgediente ausländische Kenner der Moskauer Verhältnisse zeigten sich über diese Ausführungen, die einen unvorhergesehenen breiten Raum in der Pressekonferenz Kohls einnahmen, beeindruckt: „Das hat es in Moskau von deutscher Seite noch nicht gegeben." Verschiedentlich wurde darauf hingewiesen, ähnlich entschieden und offen in dieser Frage sei zuletzt Konrad Adenauer 1955 in Moskau aufgetreten. Diese Offenheit und Klarheit der Aussage gehört offensichtlich zu den politischen Realitäten, auf die sich die sowjetischen Führer unter dem Kanzler Kohl erst einstellen müssen.

Bereits bei der Begegnung Kohls mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten Tichonow war die Frage des Patriotismus angeklungen. Aus der Umgebung Kohls wurde bekannt, der Bundeskanzler habe sich und seine Angehörigen bei diesem Gespräch als „ganz typisch deutsche Familie" dargestellt. Der Bruder seiner Mutter sei im Ersten Weltkrieg gefallen. Er selbst habe einen älteren Bruder im Zweiten Weltkrieg verloren, und nun sei einer seiner Söhne bei der Bundeswehr. Hinzu kommt, daß auch Kohls Ehefrau Hannelore in der Nachkriegszeit aus der heutigen „DDR" in den Westen geflüchtet war. Mit dieser, von allen Seiten als sehr persönlich und sehr eindringlich gewerteten Darstellung der deutschen Problematik und ihrer Geschichte, habe Kohl auch bei seinen sowjetischen Gesprächspartnern Eindruck gemacht, hieß es. „Die Sowjets haben Kohl als Persönlichkeit anerkannt."

Der Bundeskanzler bestätigte, daß er auch den Fall des sowjetischen Regimekritikers und Kern-

● Fortsetzung Seite 4

DER KOMMENTAR

Krefeld

RÜDIGER MONIAC

Die Düsseldorfer Landtagsdebatte über die Krawalle und Steinwürfe gegen den amerikanischen Vizepräsidenten Bush in Krefeld wirkte wie ein reinigendes Gewitter. Nach außen wie nach innen. In den USA wird man feststellen können, daß der Zorn über die Behandlung des amerikanischen Gastes auf deutschem Boden tief und nachhaltig ist. Im eigenen Lande nimmt man erleichtert zur Kenntnis, daß die politischen Kräfte, die weitere „Krefelds" und die Eskalation der Gewalt auf der Straße verhindern wollen, hellwach geworden sind.

Die Verteidigungsrede des politisch verantwortlichen Innenministers Schnoor und die Ausführungen von Ministerpräsident Rau blieben nicht ohne Eindruck. Doch was hülfe es diesen Sozialdemokraten, wenn sie sich zur Staatsräson bekennen? Wer sie auf der Rednertribüne beobachtete, ist fast geneigt, ihr Agieren mit dem einsamen Handeln des früheren Bundeskanzlers Helmut Schmidt zu vergleichen, der immer weniger mit der Unterstützung seiner sozialdemokratischen Partei rechnen konnte.

Die Rhetorik der Verantwortlichen von Düsseldorf hinterläßt einen zwiespältigen Eindruck. Denn es scheint so, als könnten sie die Gefolgschaft ihrer Partei nur noch dadurch sichern, daß sie die Gewalttaten auf der Straße als bedauerliche und kaum vermeidbare Pannen hinstellen, während sie es in der Wirklichkeit versäumten, die Möglichkeiten der Polizeitaktik voll auszuschöpfen.

Der CDU-Politiker Worms sagte, was viele denken: Es gehe nicht an, daß Sozialdemokraten die Gewaltanwendung von Chaoten als eine Art Plage verzweifelter Jugendlicher über die angebliche Veränderungsunfähigkeit unserer Demokratie deuten. Wer so verfahre, der helfe mit, die Spielregeln des Rechtsstaats außer Kraft zu setzen.

Solange bei Demonstrationen auf deutschen Straßen mit gewalttätigen Ausschreitungen zu rechnen ist, muß es erlaubt sein, über eine Änderung des geltenden Demonstrationsrechtes nachzudenken. Dabei ist die Überlegung legitim, Gewalttäter zu isolieren, indem den übrigen Demonstranten per Gesetz eine Strafe angedroht wird, wenn sie trotz polizeilicher Aufforderung die Kundgebungsstätte nicht verlassen.

Afghanistan-Entwurf nutzt Moskau

Widerstand lehnt Genfer Vorschläge ab / „Lösung nur auf Basis der UNO-Beschlüsse"

WALTER H. RUEB, **Bonn**

Moskau wird seine Ziele in Afghanistan erreicht haben, falls das Ergebnis der diplomatischen Bemühungen in Genf um eine politische Lösung des Konflikts Realität wird. Ein von Vertretern Pakistans, des Regimes in Kabul und der UNO in Genf erarbeiteter, noch geheimer Entwurf sieht vor:

● Die sowjetischen Invasionstruppen ziehen sich aus den drei afghanischen Provinzen entlang der Grenze zu Pakistan zurück. In die geräumten Provinzen rücken die afghanischen Flüchtlinge aus Pakistan ein. Jene Flüchtlinge, die nicht in die Heimat zurückkehren wollen, werden in den pakistanischen Pandjab umgesiedelt.

● Nach der Umsiedlung der afghanischen Flüchtlinge riegelt Pakistan die Grenze zu Afghanistan ab, um ein erneutes Einsickern afghanischer Freiheitskämpfer und Flüchtlinge zu verhindern.

● Wenn sich die Lage in Afghanistan normalisiert hat, sind die Sowjets bereit, sich nach 18 Monaten aus dem ganzen Land zurückzuziehen.

● Die Nichteinmischung fremder Mächte in die inneren Angelegenheiten Afghanistans soll international garantiert werden. Den Sowjets wird für den Fall einer Gefährdung des von ihnen in Kabul eingesetzten kommunistischen Regimes ein Interventionsrecht eingeräumt.

Diese Einzelheiten berichtete der frühere Ministerpräsident und zeitweilige Botschafter in Bonn, Mohammed Yussof, jetzt in einem Gespräch mit der WELT. Gleichzeitig teilte der afghanische Politiker und Ex-Diplomat mit: „Der afghanische Widerstand, der bisher von sämtlichen Verhandlungen über politische Lösungen des Afghanistan-Problems ausgeschlossen war, lehnt die Vereinbarungen von Genf kategorisch ab. Eine politische Lösung kann nur im Rahmen der Beschlüsse der UNO sowie der neutralen und blockfreien Länder und der moslemischen Konferenzen gefunden werden. Die in dem Papier enthaltenen Abmachungen sichern den Sowjets genau das zu, was sie stets verlangt haben: die Garantie für sichere, sprich geschlossene Grenzen, die weder Flucht noch Hilfe, weder Aus- noch Einreise von Freiheitskämpfern ermöglichen, ferner indirekt eine Anerkennung des Karmal-Regimes in Kabul. Das ist unannehmbar."

Angebliche Versuche der Sowjets, mit dem früheren afghanischen Ministerpräsidenten Yussof, der sich immer mehr zu einer führenden politischen Figur des Widerstands entwickelt, Kontakt aufzunehmen, bestritt dieser gegenüber der WELT. Auch der in Rom im Exil lebende frühere afghanische König Zahir Schah bestritt in aller Entschiedenheit, zu den Sowjets Kontakte zu unterhalten.

Hinter dem 69jährigen Ex-König aber wollen sich jetzt angesichts einer möglichen Verhandlungslösung über ihre Köpfe hinweg die afghanischen Widerstandsgruppen sammeln. Yussof: „Der König ist die einzige Persönlichkeit, die von der Mehrheit unseres Volkes respektiert wird."

Seite 10: Hoffnungen

Hellenbroich befürchtet Gewalttaten

dpa, **Bonn**

Das Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln rechnet im Zusammenhang mit den bevorstehenden Aktionen gegen die mögliche Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik Deutschland auch mit der Beteiligung von Gruppierungen des terroristischen Umfeldes.

Der neue Präsident des Bundesamtes, Heribert Hellenbroich, sagte gestern in einem Interview der Deutschen Presse-Agentur, diese Gruppen, die auch bei den gewalttätigen Ausschreitungen beim Besuch von US-Vizepräsident George Bush in Krefeld dabei waren, und nach eigenem Bekenntnis das „ganze Schweinesystem" – gemeint ist die Bundesrepublik Deutschland – zerschlagen wollen, ließen sich „nicht einmal aus taktischen Überlegungen auf Gewaltfreiheit festlegen". Sie hätten vereinzelt an den Aktionskonferenzen der „Friedensbewegung" teilgenommen, seien aber mit ihren Radikalforderungen bisher isoliert geblieben. Hellenbroich: „Dies könnte sich ändern, falls es tatsächlich zu einer Stationierung neuer Raketen kommen sollte."

Auch die „Revolutionären Zellen" hätten verkündet, „sich jene Fähigkeit anzueignen, die sie in die Lage versetzt, den bewaffneten Kampf dann aufzunehmen", wenn die Stationierung der Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik Deutschland aktuell werde. Der Verfassungsschutzpräsident geht davon aus, daß die „Revolutionären Zellen" sich genauso an den unfriedlichen Aktionen im Herbst beteiligen werden wie andere militante und anarchistisch orientierte Gruppen.

EG und Japan kritisieren US-Stahlpolitik

rtr/AP, **Brüssel/Washington**

Die von US-Präsident Ronald Reagan festgesetzten Zölle und Einfuhrquoten für Spezialstahl sind sowohl in der Europäischen Gemeinschaft und Japan als auch in der amerikanischen Stahlindustrie auf heftige Kritik gestoßen.

In einer ersten Stellungnahme sagten EG-Beamte gestern in Brüssel, die EG werde die Vereinbarkeit der Entscheidung Reagans mit dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (Gatt) sowie möglichen Schadenersatzforderungen für entgangenen Umsatz sorgfältig prüfen.

Reagan hatte in der Nacht zum Mittwoch ein über vier Jahre laufendes Programm neuer Zölle und Einfuhrquoten bekanntgegeben. Er begründete dies mit einem durch die Stahlimporte bewirkten Preisverfall auf dem amerikanischen Markt und dem Rückgang von Marktanteilen amerikanischer Erzeuger. Der Präsident bezog sich dabei offenbar auf das Urteil einer von ihm eingesetzten Kommission, wonach 20 Prozent der im vergangenen Jahr in den USA abgesetzten Spezialstahlsorten aus Importen, hauptsächlich Japans, der Bundesrepublik, Frankreichs, Schwedens und Spaniens stammten.

In Tokio erklärten Beamte dazu, Japan werde versuchen, in bilateralen Gesprächen einen größtmöglichen Anteil an den Importquoten zu erhalten. Vielfach wurde Verärgerung laut, weil die USA Japan zu einer Öffnung seiner Märkte für mehr ausländische Produkte aufgefordert hätten.

Seite 2: Handelskrieger
Seite 11: Reagan bremst

Neue Achse Kairo–Amman–Bagdad?

Zusammenarbeit zwischen Irak und Ägypten / Trennungsstrich gegenüber Syrien und PLO

PETER M. RANKE, **Beirut**

Eine verstärkte Zusammenarbeit auf politischem, wirtschaftlichem und militärischem Gebiet haben Ägypten und Irak beschlossen. Beide Staaten vereinbarten, ihr diplomatisches Potential zu verstärken und die Abkommen aus der Zeit vor dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen im Jahre 1979 wieder in Kraft zu setzen.

Die Ergebnisse zweitägiger Gespräche zwischen dem irakischen Vizeministerpräsidenten und Außenminister Tarik Aziz und dem ägyptischen Präsidenten Mubarak sind in Kairo und Bagdad offen begrüßt worden. Irak nähert sich damit noch mehr den prowestlichen arabischen Staaten, und Ägypten ist es gelungen, den arabischen Boykott wegen seines Friedens mit Israel zu unterlaufen. Jordaniens König Hussein, der auf seiten Iraks steht und über gute Beziehungen zu Kairo verfügt, gilt als Dritter im neuen Bunde.

Ohne Syrien namentlich zu erwähnen, haben der irakische und ägyptische Außenminister dazu aufgefordert, jede Einmischung in die Angelegenheiten der Palästinenser zu unterlassen. Auf die Frage, ob der Friedensschluß Kairos mit Israel vom Irak noch als Hindernis in den Beziehungen angesehen werde, sagte Aziz, „was unter Arabern zählt, sind Verständnis und Respekt und keine gegenseitigen Anklagen". Damit hat der irakische Politiker auch einen deutlichen Trennungsstrich gegenüber Syrien und der PLO gezogen.

Ausführliche Gespräche, die Aziz auch mit dem ägyptischen Verteidigungsminister Abu Ghazala in Kairo geführt hat, zeigen nach Einschätzung politischer Beobachter, daß Kairo die Waffen- und Munitionslieferungen an Irak noch verstärken will.

Seit Beginn des Golfkrieges 1980 soll schon für mehr als eine Milliarde Dollar ägyptisches Material über Jordanien an Bagdad geliefert worden sein. Weitere Lieferungen sollen über Kredite Saudi Arabiens abgewickelt worden sein. Unter den Waffen, die vom Nil nach Irak gelangten, seien auch sowjetische Mig 21 gewesen.

Da zivile und militärische Flüge zwischen Kairo und Bagdad und Aman längst wieder aufgenommen wurden, sprechen politische Beobachter davon, daß dem Kriegs- und Beistandsbündnis Syrien–Iran jetzt eine neue Achse Kairo–Amman–Bagdad entgegengesetzt werde, die Rückkoppelungen nach Saudi-Arabien und Amerika ermöglicht.

Kontroverse um Krefeld geht weiter

Unversöhnliche Standpunkte im Düsseldorfer Landtag / SPD hinter Schnoor

WILM HERLYN, **Düsseldorf**

Auch die von der CDU-Opposition erzwungene Sondersitzung des nordrhein-westfälischen Landtags konnte gestern die Vorwürfe gegen Innenminister Herbert Schnoor (SPD) nicht entkräften, die politische Führung habe bei den Krefelder Krawallen versagt. Dabei waren vor zwei Wochen die Fahrzeugkolonne des amerikanischen Vizepräsidenten George Bush von Gewalttätern angegriffen und bei blutigen Straßenschlachten mehr als 30 Polizisten zum Teil schwer verletzt worden.

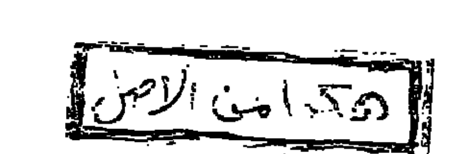
Der CDU-Fraktionschef Bernhard Worms lastete Schnoor an, er habe die Krefelder Aktionen im Vorfeld falsch eingeschätzt, dadurch sei es zu schwerwiegenden Pannen gekommen. Ministerpräsident Johannes Rau warf er vor, „anstatt die Krefelder Pannen zuzugeben und daraus zu lernen", attackiere er die Bundesregierung „wegen der noch gar nicht abgeschlossenen Diskussion um die Wirksamkeit des Demonstrationsstrafrechts".

In einer hitzigen Debatte, die durch den SPD-Fraktionschef Karl Josef Denzer eine zusätzliche Schärfe erhielt, blieben die Standpunkte unversöhnlich. Denzers Attacke gipfelte in dem Vorwurf: „Die CDU braucht und benutzt diese Chaoten als Wegbereiter für eine Verschärfung des Demonstrationsrechtes."

An die Adresse des Bundesinnenministers gerichtet unterstrich Schnoor, in der Bundesrepublik gebe es über Fragen der inneren Sicherheit unterschiedliche Auffassungen – „dies muß aber die Zusammenarbeit der Innenminister nicht beeinträchtigen". Er betonte ausdrücklich: „Allerdings darf eine auf Einstimmigkeit angelegte Konferenz nicht – wie es in der Vergangenheit geschehen ist – über politische Streitfragen wie etwa das Demonstrationsrecht mit Mehrheit entscheiden wollen." Er erklärte ferner, es bleibe bei der Zusammenarbeit der Polizei über die Ländergrenzen hinweg „und auch eine Zusammenarbeit der Minister, ganz gleich, in welchem politischen Lager sie stehen, mögen sie Zimmermann oder Schnoor heißen". Als Beweis führte er an, daß sich auch Nordrhein-Westfalen an dem Meldesystem zur Erfassung von Straftaten beteilige, obwohl er von dem Wert dieses Systems nicht überzeugt sei.

Obwohl die wesentlichen Fragen zu den Krefelder Krawallen unbeantwortet blieben, sprachen Ministerpräsident Rau und die SPD-Regierungsfraktion Schnoor demonstrativ ihr Vertrauen aus.

Seite 5: Entscheidende Antworten



DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Handelskrieger

Von Peter Gillies

Je häufiger die Großen dieser Welt Bekenntnisse zum freien Welthandel abgeben, desto mehr breitet sich das Gegenteil aus: der Handelskrieg. Zwei Meldungen von gestern, aber willkürlich gegriffen:

US-Präsident Reagan bremst die Edelstahlimporte durch Zölle und Bezugsquoten, um die heimische Industrie zu schützen und die ausländische Konkurrenz abzublocken. Zweites Beispiel: Frankreich verordnete aus heiterem Himmel eine Sonderapprobation für ausländische Gefriergeräte-Hersteller. Die deutschen (und vor allem die italienischen) Lieferanten müssen nun ein weiteres Prüfzeugnis vorlegen, aber die Prüfer sind auf Monate ausgebucht.

Beide Maßnahmen stellen schlichte Einfuhrstopps dar. Damit sollen leistungsfähige Anbieter verdrängt und weniger wettbewerbsfähige gefördert werden. So wird das Gesetz, daß der Markt den Konkurrenzfähigen belohnt und den Fußkranken bestraft, außer Kraft gesetzt. Dabei ist es jedoch Motor des Wohlstandes und damit auch des sozialen Friedens. Ihn abzustellen bedeutet, eine Spirale in Richtung Verarmung in Gang zu setzen.

An der Ausweitung dieses gefährlichen Handelskrieges sind alle beteiligt; niemand ist ordnungspolitisch sündenfrei. Der Agrarprotektionismus der EG und der USA sind ein Beispiel, die schier unerschöpflichen Tricks mit Sonderzöllen, Bescheinigungen, Schikanen und Kontrollen sind andere.

„Wir verpflichten uns, den protektionistischen Tendenzen Einhalt zu gebieten", schworen die Staats- und Regierungschefs in Williamsburg. Auch zur „Offenheit der Volkswirtschaften" bekannten sie sich. Das war vor fünf Wochen.

Fast muß man den Eindruck haben, es werde alles getan, um den Geist des Freihandels auszutreiben. Vielleicht lohnt die Erinnerung noch: In einem Handelskrieg gibt es nur Verlierer.

Appellitis

Von Günther Bading

Gleich zweimal sollen die Mitglieder deutscher Gewerkschaften in diesem Herbst für den Frieden auf die Straße gehen. So jedenfalls will es der DGB-Bundesvorstand. Er hat die organisierten Arbeitnehmer aufgefordert, nicht nur an den Veranstaltungen zum traditionellen Anti-Kriegstag des DGB am 1. September und in den folgenden Wochen teilzunehmen. Er hat den Aufruf auch ausgedehnt auf die Aufmärsche der „außergewerkschaftlichen Friedensbewegung" am 22. Oktober in Bonn und Stuttgart.

Auch in Hamburg sollen DGB-Gewerkschafter mitmarschieren, wenn die Veranstalter dort die Zusicherung der Gewaltfreiheit abgeben und wenn die Positionen des DGB zur Abrüstung dort „zum Tragen kommen".

Die Gewerkschaften – wie die SPD – an der Seite des kaum zu definierenden Gebildes Friedensbewegung? Das muß verwundern. Hörte man nicht bisher immer, daß die Gewerkschaften die erste, die eigentliche Friedensbewegung seien? Wo sind die Männer vom Schlage eines Heinz Oskar Vetter geblieben, die klipp und klar aussprachen, worum es geht: „Wer Pershing sagt, der muß auch SS 20 sagen!" Die Beschlußlage des DGB ist das noch immer. Und niemand unter den führenden Funktionären ist so einfältig, daß er nicht voraussehen würde, wie eindeutig sich die Kampagne im Herbst gegen Pershing und nicht gegen SS 20 richten wird.

Der DGB hätte allen Mitgliedern der Einzelgewerkschaften freistellen können, unter den Kriterien der Gewaltfreiheit und der Vereinbarkeit mit der DGB-Position an Veranstaltungen jener Art teilzunehmen. Ein konkreter Aufruf dazu, wie jetzt geschehen, war also angesichts eigener Friedensaktivitäten überflüssig. Da hilft auch nicht das Argument, daß sich seit dem Doppelbeschluß von 1979 die politischen Bedingungen verändert hätten.

Denn: 1979 gab es im Westen keine Pershings und es gab 120 SS 20 im Osten. Heute gibt es immer noch keine Pershings – aber 360 sowjetische SS 20, die uns alle bedrohen.

Im Niemandsland?

Von Werner Kahl

Demonstrativ haben Honecker-Soldaten in den letzten Tagen an der innerdeutschen Grenze in Niedersachsen die ungewohnte Rolle passiver Zuschauer übernommen: Die Kernkraftgegner aus der Bundesrepublik, die ihre Zelte auf dem zur „DDR" gehörenden Vorfeld der Grenzsperren und Minenfelder aufschlugen, konnten sich der größtmöglichen Publizität wie des Wohlwollens der Machthaber im anderen Teil Deutschlands sicher sein.

Schauplatz der Demonstration ist freilich nicht ein Niemandsland – terra nullius –, auch wenn die Medien hartnäckig den phantasievollen Begriff verwenden. Denn unter Niemandsland ist ein Gebiet zu verstehen, das keinem Land gehört; im Stellungskrieg ist es das Gebiet zwischen den Fronten der kriegführenden Parteien.

Die Kernkraftgegner durften sich jedoch als geduldete Eindringlinge im Vorfeld der sonst eifersüchtig und brutal auf den Meter genau gehüteten kommunistischen Machtsphäre ausbreiten. Ihre Duldung unterstreicht, auch wenn es schließlich zur Freigabe oder Räumung des besetzten Streifens kommt, die Bedeutung, welche Ost-Berlin auch der kleinsten Einheit in der Protestbewegung der Bundesrepublik für den „Widerstandsherbst" beimißt.

Und Eindringlinge 1. Klasse, deren Protest sich nicht gegen entsprechende Kernenergievorhaben in der „DDR" oder gar gegen die Mauer selbst richtet, genießen plötzlich Privilegien durch eine Macht, die bei sich weder eine Friedensbewegung noch Kernkraftgegner duldet. Auf Spaziergänger aber, Pilzesammler oder Beerenpflücker, die sich auf der Scheidelinie zwischen der freien Welt und dem Sowjetimperialismus verirren, wird weiterhin sofort geschossen. Ein Schritt zuviel kann ins Gefängnis, ins Krankenhaus oder auf den Friedhof führen. Im „Niemandsland" herrscht der Zynismus der Macht.



Mitbringsel

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Enttäuschte Freundschaft

Von Heinz Barth

Es gab eine Zeit – sie ist noch nicht lange her –, als die Türken als das deutschfreundlichste Volk der Welt galten – mit weitem Abstand von fast allen anderen. Heute gehören sie zu denen, die von einer irrationalen Presse in einen schäumenden Deutschenhaß hineingesteigert werden. In wenigen Jahren des Abgleitens der Bundesrepublik auf dem Rutschbrett der Wirtschafts-Euphorie, die auf das Millionenheer anatolischer Fremdarbeiter so verlockend gewirkt hatte, ist ihr Deutschland-Enthusiasmus empfindlich abgekühlt.

Was einmal die phantasiebeflügelnde Hoffnung war, voll am deutschen Wunder partizipieren zu können, was als unverbrüchliche Bündnistradition gepriesen wurde, was sich anfangs in dankerfüllter Bewunderung Deutschlands geradezu überschlug, hat sich ins extreme Gegenteil verkehrt. Es ist bestürzend, was sich an emotionalen Haßtiraden der Brust unserer türkischen „Mitbürger" und den Spalten ihrer Blätter jeglicher Richtung entringt. Das Leben auf Tuchfühlung – das sollte niemand wundern – ist keiner der beiden Seiten bekommen. Der Bonus wohltuender Fremdheit, der vieles zudeckte, ist, fürchten wir, wenn nicht für immer, doch auf absehbare Zeit verspielt.

Es wäre eine Beschönigung, von „Mißverständnissen" zu sprechen, wo es sich eindeutig um die totale Unfähigkeit zu gegenseitigem Verstehen handelt. Die Fehler, die von der Bundesrepublik in der Ausländer-Gesetzgebung begangen wurden, sollen gewiß nicht verschwiegen werden. Es waren vor allem Unterlassungsfehler. In der Hast des wirtschaftlichen Wiederaufbaus wurde es fahrlässig versäumt, ein Fremdarbeiter-Statut zu schaffen, das die Situation ausländischer Arbeitnehmer exakt definierte. Es rächt sich jetzt, daß sich frühere Bundesregierungen aus Sorge, nicht demokratisch genug zu erscheinen, nicht zu einer strikteren Regulierung des fremden Zustromes entschließen konnten.

Mit der unbedachten Liberalisierung der Zuwanderung wurde eine Zeitbombe an die Fundamente eines übervölkerten Landes und seiner in drangvoller Enge lebenden Industrie-Gesellschaft gelegt. Wo die Fremdarbeiter-Gesetze die erforderliche Klarheit vermissen lassen, erweitert sich der Ermessensspielraum der lokalen Subaltern-Bürokratie, der zu unvermeidlichen Reibungen mit listigen und trickreichen Pseudo-Asylanten führt, besonders wenn diese es für ein Gewohnheitsrecht halten, die Behörden-Autorität zu hintergehen, wo immer sich die Chance bietet.

Ein zäher, mit fanatischer Erbitterung geführter Kampf gegen den angeblich typisch deutschen Obrigkeits-Staat ist die Folge. Es scheint den Türken und leider auch ihrer jetzigen Regierung nicht klarzumachen zu sein, warum das für Bonn besonders frustrierend ist. Doppelt enttäuschend, weil die antideutsche Welle in der Türkei nichts anderes ist, als die bittere Frucht einer wohlgemeinten Liberalisierung der Ausländergesetze, mit denen die Bundesrepublik sich die Sympathien der Weltöffentlichkeit zu verdienen hoffte.

Die Frage muß erlaubt sein: Wo hat es das schon einmal gegeben, daß eine Regierung für die – wohlgemerkt freiwillige – Rückwanderung Prämien aussetzt, die in der Regel den Grundbetrag von DM 10 500 weit übersteigen werden? Es überrascht nicht, daß Norbert Blüm in Ankara die Forderung präsentiert wurde, den deutschen Marshallplan für die notleidende Türkei zu verdreifachen. Wir möchten den türkischen Militärs nicht vorwerfen, daß sie im Bazar von Istanbul Nachhilfestunden genommen haben. Fest steht jedoch, daß die Überweisungen der Fremdarbeiter einen Gesamtbetrag ausmachen, der bei der Misere der türkischen Zahlungsbilanz entscheidend ins Gewicht fällt.



Hoffnung auf ein Stück vom deutschen Wunder: Türkische Gastarbeiter FOTO: SVEN SIMON

Es trifft nicht zu, daß die deutsche Rückkehrerhilfe nicht ausreicht, um in der Türkei eine Existenz aufzubauen. Schon vor einer Reihe von Jahren haben die ersten Rückkehrer ihre Ersparnisse zusammengelegt und in Anatolien prosperierende mittlere Industriebetriebe geschaffen. Wer auf türkischen Straßen die Familienkutschen mit deutschen Autokennzeichen gezählt hat, wird es nicht mehr hören wollen, daß die Insassen dem deutschen Wirtschaftswunder „geopfert" wurden. Eine grobschlächtige, den Tatsachen hohnsprechende Propagandawelle geht auf die Bundesrepublik nieder.

Man versteht nicht, warum dieses angeblich so hassenswerte Land nicht fluchtartig von den Haßerfüllten geräumt wird. Die Wahrheit ist, daß die überwältigende Mehrheit von ihnen um jeden Preis bleiben will. Nicht weil sie daheim Verfolgungen zu befürchten hätte, sondern weil die soziale Hängematte der Bundesrepublik ein sanfteres Lager ist als der Existenzkampf in der Türkei, dem nicht alle gewachsen sind. Höchstens zwei Prozent werden von der Rückkehrerhilfe Gebrauch machen. Schon Mitte der siebziger Jahre hatte Helmut Schmidt seinen Botschafter in Ankara angewiesen, den Zustrom abzudämmen. So gut wie nichts hat sich seither bewegt. Dennoch haben die Linke der Kirchen, der SPD und – man staune – der FDP die Türken-Nöte als sozialistische Pep-Pille entdeckt.

Das macht aus den Türken weder Lutheraner noch Papisten und schon gar keine Liberalen. Das Gerede über ihre Integration, zu der ihnen der Wille und erst recht die Fähigkeit fehlt, ist eine gewaltige Selbsttäuschung. Sie sind weniger integrierbar als andere Islam-Völker, weil sie auf dem Rückweg von der Säkularisierung sind. Mit dem schreienden Widerspruch, daß sie sich nicht integrieren und trotzdem den deutschen Wohlstand genießen wollen, werden wir noch lange leben müssen.

IM GESPRÄCH H. FRANKE

Die neue Stimme aus Nürnb[erg]

Von Eberhard Nitschke

Die Nation hat sich an ein neues Gesicht im Fernsehen zu gewöhnen: Nicht mehr Josef Stingl wird es sein, der mit sorgenvoller Miene zum jeweiligen Ersten des Monats die Zahl der Arbeitslosen, der Kurzarbeiter, der offenen Stellen wo auch immer bekanntgibt, Folgerungen, Schlüsse zieht und Ausblicke eröffnet, sondern Heinrich Franke.

Daß der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung unter Minister Norbert Blüm den Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg bald ablösen würde, war in Bonn schon seit Monaten offenes Geheimnis. Franke, CDU-Bundestagsabgeordneter seit 1965, wird nach Bayern umziehen, noch ehe Stingl offiziell in den Ruhestand versetzt wird.

Über viele Jahre gehörte es zu den festen Aufgaben Frankes, den Renten-Experten der CDU-Fraktion, alle vier Wochen im Pressedienst seiner Partei Stingls Nürnberger Zahlen zu kommentieren, wobei es bei aller Stereotypie und bei allem Hang zur Sachlichkeit phantasievolle und einfallsreiche Darstellungen gab. Als Debattenredner im Bundestag oder auch hinterher in der Lobby war Franke ein As; wenn es nottut, kann er auch aggressiv werden.

Den Einstieg in die Politik fand der heute 55jährige kurz nach dem Kriege, als er sich der Jungen Union in seiner Heimatstadt Osnabrück anschloß. Turbulente Jahre lagen hinter dem halbfertigen Ingenieur. Er war 17, als man ihn im Februar 1945 zum Wehrdienst einberief. Die Ausbildungskompanie, in der auch 15jährige mitmarschierten, wurde in Königgrätz von den Amerikanern überrollt, die den verlorenen Haufen den Sowjets übergaben. Die ihrerseits wußten mit diesen Gefangenen auch nichts Rechtes anzufangen und schoben sie wieder an die Tschechen ab. 1947 floh Heinrich Franke von dem Bauern, bei dem er arbeiten mußte, nach Österreich.



Ablösung für Josef Stingl: H[einrich] Franke FOTO: [...]

Mit 21 schloß er seine Tech[nische] ausbildung ab, ging zum Siemens und Halske und w[urde] 1962 Ingenieur für Schwach[strom]technik. Das gleichzeitige [politi]sche Engagement brachte [Ämter] und Ehren. Elf Jahre lan[g war] Franke in Osnabrück Kreis[vorsit]zender der CDU, Landesse[kretär] kretär seiner Partei, Kreis- u[nd Be]zirksvorsitzender der So[zialaus]schüsse, Diözesanvorsitzen[der der] Katholischen Arbeitnehmer[bewe]gung (KAB). Zehn Jahre lan[g, von] 1955 bis 1965, gehörte er d[em Nie]dersächsischen Landtag an[, dann] kam der Ruf nach Bonn.

Als Arabeske am Rande e[...] Heinrich Franke gern, wie i[...] dem unvergessenen Ernst [Lem]mer, der sich nicht vo[rstellen] konnte, daß ein Politiker [...] von Karten versteht, das Sk[at...] beigebracht wurde. Doch ni[cht mit] solchen Künsten ist der h[eutige] Staatssekretär hervorgetre[ten, son]dern vor allem als Vorsitzen[der des] Arbeitskreises IV seiner Pa[rtei,] für Sozial- und Gesellschaf[tspolitik] zuständig ist.

Franke ist verheiratet u[nd hat] sechs Söhne. Das erklärt sei[ne Nei]gung auch zur Familienpoli[tik.]

DIE MEINUNG DER ANDER[EN]

Süddeutsche Zeitung

Das Münchner Blatt schreibt über Strauß und die Deutschlandpolitik:

Darf Strauß die Wende in der Deutschlandpolitik ungestraft durch eine Wende in seiner Deutschlandpolitik ersetzen? Es bleibt Strauß selbst überlassen, seiner Partei die Illusionen zu nehmen, die er ihr dreizehn Jahre lang eingeredet hatte. Der Schaden, den eine opportune, um nicht zu sagen, opportunistische Wendung an der Glaubwürdigkeit (oder Berechenbarkeit) der Politiker anrichtet, läßt sich begrenzen, wenn der sachliche Gewinn an Einsicht ihn übersteigt. Auch wenn dabei die parteipolitischen Feindbilder zerstört werden, soll niemand am Durchbruch zur Klugheit allein dadurch gehindert werden, daß man ihn auf seine alten Fehler festnagelt, weil es so bequem war, gegen sie zu polemisieren. Die Frage ist nur: wie lange bleibt Strauß seiner neuen Linie treu?

Kölner Stadt-Anzeiger

Hier heißt es über Pläne, zur Entlastung des Sozialhilfe-Etats die Familien stärker in die Pflicht zu nehmen:

Bevor der Staat einspringt, um in Not geratenen Menschen ein würdiges Leben zu ermöglichen, sollen viel mehr als bisher die Familienmitglieder Verantwortung übernehmen. Daß vor dem Gang zum Sozialamt zuerst einmal Eltern und Kinder gegenseitig aushelfen, hat bisher schon gegolten. Jetzt sollen auch Großeltern und Enkel in die Pflicht genommen werden. Damit werden entscheidend neue Akzente gesetzt. In einer Gesellschaft, in der schon die harmonische Kleinfamilie eher ein Glücksfall ist, wird zurückgegriffen auf Bindungen der Großfamilie, die anderswo gar nicht mehr gefragt sind. So wird Mobilität gepriesen, also die Bereitschaft, die Familie hinter sich zu lassen und weit entfernte Arbeit anzunehmen. Allerdings ha[t ...] Vergangenheit die Haltu[ng ...] zu sehr um sich gegriffe[n, ...] Hinweis auf die gestiegene[n ...] ben an den Staat diesem a[...] Lösung aller aufkommende[n Pro]bleme zu überantworten. [...] menschlichkeit lief über [...] nanzamt. Kein schöner W[...] wollte das bestreiten? Di[e Frage] ist, ob Geißler auf der Suc[he ...] Korrekturen – und Einspa[rungen] im Sozialetat? – nicht im [...] Anlauf über das Ziel hi[naus]schossen ist.

STUTTGARTER ZEITUNG

Das Blatt befaßt sich mit dem ange[kündig]ten Rücktritt des baden-württe[mbergi]schen Grünen Hasenclever:

Der politische Sprachgel[...] kennt kein Pardon: Wolf[...] Hasenclever, bisher Spitze[n...] der baden-württemberg[ischen] Grünen, ist gescheitert. Mi[t dem] Verzicht auf eine neue Lan[dtags]kandidatur zieht er die zwar [...]fige Konsequenz aus der Tat[sache,] daß er sein Verständnis von [...]scher Arbeit an der vielbesch[wore]nen Basis nicht hat durch[setzen] können. Im Gegenteil, je erf[olgrei]cher er in der Öffentlichkeit [für die] grüne Sache warb, desto sch[werer] hatte er es mit seiner Partei. [Auch] wenn die persönliche Erkl[ärung,] mit der Hasenclever seine[n Ab]schied von der landespolit[ischen] Bühne begründet, keineswe[gs frei] von Eitelkeiten ist, bringt si[e doch] die inneren Widersprüche [der] Anti-Parteien-Partei auf de[n Be]griff. Präziser als Hasen[clever] kann wohl auch ein polit[ischer] Gegner der Grünen kaum be[schrei]nen, daß und warum die Alt[ernati]ven in Wahrheit noch nicht [parla]mentsfähig sind. Das Rota[tions]prinzip, mit dem sie jeder [...] peinlichen Professionalisi[erung] vorbeugen wollen, bedeutet [für ih]re Parlamentarier nichts a[nderes] als ein permanentes Mißtrau[ensvo]tum.

Helmut Kohl und das Denken in historischen Dimensionen

Stirnrunzelnd hörten die Sowjets den Bundeskanzler von der Wiedervereinigung sprechen / Von Bernt Conrad

Bundeskanzler Helmut Kohl hat die Sowjetführung überrascht, indem er ihr gegenüber mit der gleichen Klarheit wie in seiner Regierungserklärung vom 4. Mai dieses Jahres und in seinem Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland den Anspruch unseres Volkes auf Selbstbestimmung und nationale Einheit betonte. Er tat das in seiner Tischrede beim offiziellen Essen mit Ministerpräsident Nikolai Tichonow ebenso wie bei den internen Gesprächen im Kreml.

Dies hatten Parteichef Jurij Andropow und seine Politbürokollegen seit langem nicht erlebt. Zwar war ihnen beim letzten Moskau-Besuch von Helmut Schmidt auch nicht wohl gewesen, als der damalige Kanzler bei einem Abendessen mit Leonid Breschnew am 3. Juni 1980 in harter Form die sowjetische Afghanistan-Invasion und die SS-20-Überrüstung kritisierte. Doch Schmidt schnitt das Problem der Wiedervereinigung, das den Sowjets angesichts der von ihnen betriebenen Zementierung des Status quo in Europa besonders unangenehm sein muß, im Kreml nicht an. Dahinter stand keineswegs nur das Bestreben, in einer gespannten Lage zusätzliche Spannungen zu vermeiden, sondern auch das Ausweichen vor einem im Grunde als unzeitgemäß angesehenen, wenngleich vom Grundgesetz festgeschriebenen nationalen Auftrag.

Kohl hingegen verband seine Bereitschaft zu einer „Politik der Verständigung, der Kooperation, der Entspannung und des Ausgleichs" in Moskau mit der unmißverständlichen Aussage: „Wir halten am Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes und an der Einheit unserer Nation fest. Wir resignieren nicht. Uns ist durch unsere Verfassung aufgetragen, ‚auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit vollendet'. Wir denken in historischen Dimensionen."

So Kohl wörtlich beim Essen mit Tichonow. Am Verhandlungstisch wies der Kanzler darauf hin, daß nicht nur die von den Sowjets häufig beschworene Nachkriegsentwicklung, sondern auch der fortbestehende Wille der Deutschen zur nationalen Einheit eine Realität sei. Die Deutschen seien Realisten und hätten auf Gewaltanwendung grundsätzlich verzichtet, nicht aber auf ihr Selbstbestimmungsrecht, sagte Kohl.

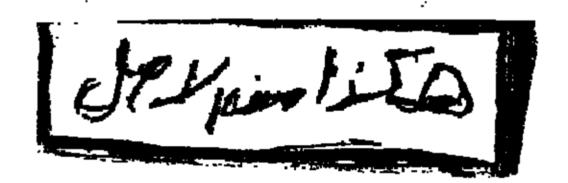
Dies gefiel der Sowjetführung gar nicht. Der Kanzler sei schlecht beraten gewesen, ausgerecnet jetzt „auf die nationale Pauke zu hauen", meinte ein russischer Diplomat. Am Konferenztisch und in einer Pressekonferenz wurde der Kanzler kritisch auf den zunehmenden „Revanchismus" bei den Vertriebenenverbänden und in anderen Lagern der Bundesrepublik angesprochen. Er wies das zurück und erinnerte daran, daß die Vertriebenenverbände sich schon 1950 in einer Erklärung als erste den Grundsatz des Gewaltverzichts zueigen gemacht hätten. In der gleichen Weise reagierte Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher gegenüber seinem Kollegen Andrej Gromyko.

In Wirklichkeit ging es den Sowjets natürlich nicht um die Heimatvertriebenen, sondern um Kohl selbst. Sein offenes Bekenntnis zu den von deutscher Regierungsseite kaum mehr erwähnten nationalen Zielen, sein wiederholter Hinweis auf den Deutschlandvertrag, die Briefe zur deutschen Einheit, die Bundestagsentschließung vom 17. Mai 1972 und die Verfassungsgerichtsurteile von 1973 und 1975 irritieren Andropow ebenso wie SED-Chef Erich Honecker. „Muß denn das sein, wenn Sie gleichzeitig Ausgleich und Kooperation wollen?" fragen Moskauer und Ostberliner Gesprächspartner immer wieder unwillig.

Beide können nicht einsehen – und stimmen darin mit der sozialdemokratischen Opposition in Bonn überein –, daß der Milliardenkredit an die „DDR" und der wirtschaftliche Austausch mit der Sowjetunion für die unionsgeführte Bundesregierung untrennbar mit der grundsätzlichen Offenhaltung der deutschen Frage, der damit verbundenen Wahrung nationaler Rechtspositionen und der Anprangerung von Mißständen verknüpft sind.

Für die SED-Führung hat dies noch einen besonders negativen Aspekt, weil jeder Hinweis auf die Unnatürlichkeit der deutschen Spaltung das internationale P[resti]ge des Teilstaates „DDR" be[schä]digt. Doch das ist nicht Bonns [Pro]blem. Mit Recht kann die Bu[ndes]regierung der „DDR" und de[n So]wjets entgegenhalten, daß di[e Be]tonung des grundgesetzlichen [Auf]trages zur Wiedervereinigung [...] der politischen Klarheit und d[...] letztlich auch der Verständi[gung] im wohlverstandenen Sinne [...] Erleichterung des Modus viv[endi] dient.

Der Bundeskanzler hat se[inen] Gesprächspartnern in Mo[skau] auch unverhohlen gesagt, da[ß die] Beziehungen Bonns zur „D[DR"] keineswegs normal seien. Den [Mil]liardenkredit an Ost-Berlin [be]gründete er mit der Absicht, [das] Zueinanderkommen der [Men]schen im geteilten Deutschlan[d zu] verbessern. Hier ergänzen [sich] Prinzipientreue und prakti[sche] Flexibilität. Das innenpoliti[sche] Problem der Bundesregierung [be]steht nur darin, daß die mit [dem] Kreditgeschäft angestre[bten] menschlichen Erleichterungen [aus] Rücksicht auf den prestigebe[dach]tigen Kreditnehmer nicht offi[ziell] genannt werden können.



Paris, die Mutter der Weltausstellungen, verstößt ihr Kind

Zum achtenmal seit 1855 sollte es heißen „Weltausstellung Paris", doch der Traum ist aus. Staatspräsident Mitterrand strich das Geld für die Schau 1989. Ein schwerer Schlag nicht nur für den Stolz der Franzosen, sondern auch für das Image des Präsidenten.

A. GRAF KAGENECK

Die Franzosen, allen voran die Pariser, wischen sich ungläubig den Sand aus den Augen. Sollen sie nun lachen oder weinen über den Beschluß ihres Staatspräsidenten François Mitterrand, die seit 1981 mit großem rednerischem Pathos und redlichem planetarischem Fleiß angekündigte und vorbereitete „Weltausstellung Paris 1989" von heute auf morgen abzusagen?

Lachen würden sie höchstens darüber, daß sie einen Haufen Geld weniger ausgeben müssen und nicht vier Jahre lang vom Krach der Dampfhämmer und Bulldozer um ihren Schlaf gebracht werden. Vielleicht auch ein bißchen, weil die nur noch wenig geliebten Sozialisten sich hier eine neue Blöße gegeben haben und vor aller Welt zum Offenbarungseid nach einer wirtschaftlichen Pleite ersten Ranges gezwungen wurden. Gewiß aber sind sie auch zum Weinen verleitet. Denn welcher Franzose ist nicht stolz darauf gewesen, seine angehimmelte Hauptstadt, sowieso heimliche Hauptstadt aller Bürger der Welt, zum Sitz einer erneuten Weltausstellung erhoben zu sehen. Zum neunten Mal seit 1851 und damit häufiger als alle anderen Metropolen der Welt? Noch dazu in einem Jahr, das sich weit über alle anderen hinaushebt und jedem freiheitsliebenden Menschen in den Ohren dröhnen sollte: dem 200. Jahr nach dem Ausbruch der Großen Revolution, die der geplagten Menschheit die Menschenrechte bescherte und auf den Pflastersteinen der Straßen von Paris am 14. Juli 1789 die ersten Funken von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit schlug?

Noch ist nicht klar aus der Kakophonie, die dem Beschluß aus dem Elysée-Palast folgte, herauszuhören, ob das Lachen oder das Weinen überwiegt. Vorläufig schlagen sich die Politiker die Köpfe ein, hie die Streiter François Mitterrands, da die Recken um Jacques Chirac, Sozialisten die einen, Gaullisten die anderen, Anhänger des allmächtigen Staatschefs die einen, Fußvolk des kaum weniger mächtigen Bürgermeisters von Paris die a deren. Man wirft sich niedere politische Motive an den Kopf, mit denen man „eine der größten Chancen Frankreichs, die Aufmerksamkeit der Welt auf sich zu lenken", zunichte gemacht habe. In Wahrheit ging es um ein ganz anderes politisches Prinzip, das ausgerechnet von den Sozialisten endlich in die Tat umgesetzt wurde: die Unabhängigkeit von Gemeinden und Regionen und die Unantastbarkeit ihrer von frei gewählten Volksvertretern gefaßten Beschlüsse. Hier hat ein neues Prinzip zum ersten Mal in Frankreich einen Triumph gefeiert, und beide Antagonisten, Mitterrand und Chirac, waren so fair, dies anzuerkennen: Es ging nicht an, daß der Staat ein gigantisches Bauobjekt autoritär durchsetzte, das von den Stadträten von Paris abgelehnt worden war. Alles andere, alle wahltaktischen und manipulativen Erwägungen im Hinblick auf den politischen Machtkampf mußten *dahinter zurücktreten.*

Die politische Aufregung wird rasch wieder abflauen. Was bleiben wird, ist ein enormer Katzenjammer. Eine ungeheure Hoffnung, ein riesiges Kapital an architektonischen, technischen, urbanistischen Kapazitäten, ein Arsenal von Arbeitsplätzen in einer lahm gewordenen Bauindustrie, eine Konjunkturspritze für die Industrie, ein neuer Anreiz für das touristische Großobjekt Paris sind innerhalb weniger Minuten vertan worden. Die Zeit, in der Gilbert Trigano, Sonderkommissar des Staatschefs für die Weltausstellung 1989, seinem Auftraggeber in dessen Arbeitszimmer klarmachte, daß er vor der Weigerung der Stadt Paris, die Kosten zu tragen, die Waffen strecken müsse. Mitterrand zögerte keine Sekunde, warf in fünf Sätzen eine Verzichtserklärung auf einen Handzettel und ließ sie, noch gewärmt von seiner zornigen Rechten, von seinem Pressesprecher vorlesen. Aus der Traum. Für 20 *Milliarden Franc Bauaufträge sind* vom Tisch.

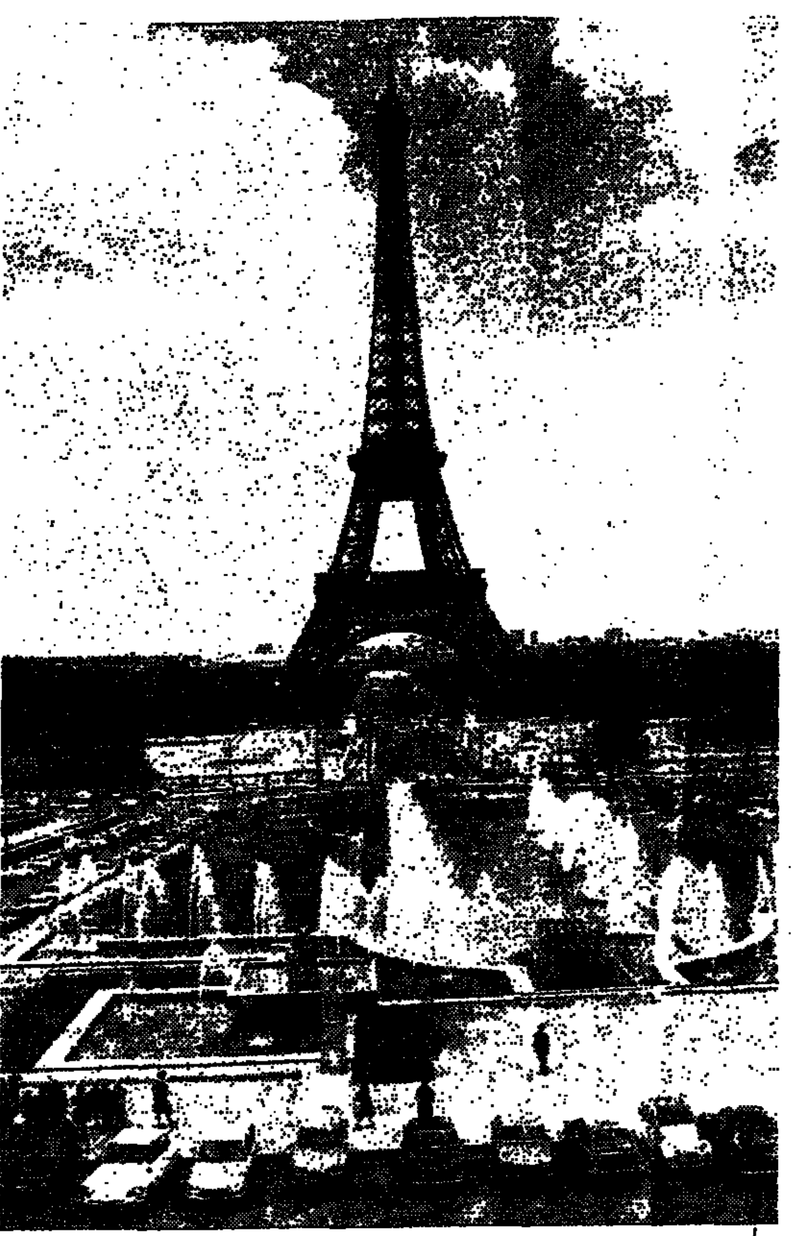
Paris, die Mutter der Weltausstellung, die Mutter des Fortschritts, der Menschenrechte, der geistigen und kulturellen, schließlich der technischen und technologischen Expansion. 1855 fand die vier Jahre vorher in London ins Leben gerufene „Universalausstellung" zum ersten Mal in Paris statt. Siebenmal kehrte die begehrte Veranstaltung seitdem in die Mauern Lutetias zurück: 1867, 1878, 1889, 1900, 1925, 1931 und 1937. Dreimal unterbrochen in ihrer Folge durch drei europäische Kriege, aber von Mal zu Mal heller strahlend und jedesmal von neuem ein unschätzbarer Gewinn für die französische Wirtschaft und Industrie.

Die großen Goldschmiede und Schmuckhersteller, die Keramik- und Porzellanmanufakturen, die *Textil- und die Tapetenindustrie,* das Möbel-, Glas-, Kristall- und schließlich Modehandwerk wären nicht auf den Rang von Weltruhm gelangt ohne die strahlenden Schaufenster, welche Kaiserreich und Republik den französischen Fabrikanten immer wieder einrichteten. Dabei wurde nie mit Geld gefackelt, es wurde sogar eher geprotzt. Und man war in Prunk- und Prachtentfaltung nicht zimperlich. Genau wie heute gab es zwar immer wieder Stimmen, die vor Ausgaben warnten, die dem augenblicklichen Stand der Wirtschaft des Landes nicht angemessen seien. *Und es ist nachgerade* belustigend, nachzulesen, wie schon 1889 und 1900 verantwortliche Politiker des Landes bis hinauf zu den Präsidenten der Republik die „Krise" beschworen, die heute in aller Munde ist.

Schaufenster für Kaiser und Republik

Immer wieder aber setzten sich praktische Erfordernisse und eingefleischtes französisches Prestigedenken über wirtschaftliche Bedenken hinweg, und letzten Endes war jede Ausstellung ein Erfolg, der Paris ein wenig mehr zur heimischen Hauptstadt aller Menschen machte.

Von den oft grotesken und über vielen exotisch anmutenden Pavillons und Ausstellungs*hallen, in* denen man im 19. und im frühen 20. Jahrhundert solche Exhibitionen zu organisieren pflegte, ist der Nachwelt nicht viel erhalten geblieben. Bedeutendstes und weltberühmtes Wahrzeichen einer Pariser Weltausstellung ist der von Gustave Eiffel 1886–1889 errichtete



Zur Weltausstellung 1889 baute Gustave Eiffel den Turm, der zum Wahrzeichen von Paris wurde FOTO: WERNER STUHLER

Turm auf dem linken Seine-Ufer am Marsfeld, der das erste Säkulum der Französischen Revolution feiern und Zeugnis vom Genie Frankreichs geben sollte. Er tut es bis heute. Die immer noch modern anmutende und trotz ihrer Masse zierlich wirkende Metallkonstruktion hat nie ihre Anziehungskraft auf die Menschen verloren und bleibt einsam an der Spitze aller Touristenziele Frankreichs.

Gegenüber dem Eiffelturm auf der anderen Seite der Seine zeugen die neoklassizistischen Fassaden des Trocadero von der Weltausstellung 1937, der bisher letzten. Zwei Jahre vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges führte sie die Völker Europas noch einmal zu friedlichem Wettbewerb in den Mauern der französischen Hauptstadt zu*sammen. Damals beeindruckten* die Menschen besonders die Pavillons der beiden großen totalitären Mächte in Europa, Deutschlands und der Sowjetunion. Aus französischen Zeugnissen jener Zeit ist die Furcht abzulesen, der so übermächtig gewordene Nachbar am Rhein könnte seine phänomenale industrielle Kraft in Bälde auch zu anderem als friedlichem Wettstreit mißbrauchen. Drei Jahre später betrachtete der Triumphator Hitler von den Stufen des Trocadero herab das zu seinen Füßen liegende Paris. Vom Eiffelturm herüber grüßte ihn die Hakenkreuzflagge, und Pariser Touristen trugen plötzlich feldgraue Kleider.

Etwas weiter, seineaufwärts, auf dem selben rechten Ufer, erzählt das „Grand Palais" vom Ruhm zweier Weltausstellungen, deren Kern es war. Heute ist der Glas- und Steinpalast nur noch Mittelpunkt weltweiter Gemäldeausstellungen (zur Zeit beherbergt er die Manet-Schau), und ein Teil des Riesengebäudes wurde zur Universität umfunktioniert.

Aber alles, was bisher war, sollte durch die Planer des Präsidenten Mitterrand in den Schatten gestellt werden. Mit dem ihm eigenen Pathos hatte der Chef der Sozialisten ihnen im September 1981, vier Monate nach seinem Wahltriumph, den Weg gewiesen.

Über die Kosten war man sich nie einig

„Frankreichs Kandidatur für die Weltausstellung 1989, mit der auch die Zwei-Jahrhundertfeier der französischen Revolution begangen werden soll, sollte den Enthusiasmus des französischen Volkes und aller Freunde der Freiheit entfesseln", schrieb der Präsident. „Sie wird die Fähigkeiten der Menschen unseres Volkes enthüllen, deren Worte und Taten die Welt verändert haben. Der Apokalypse, die manche unter uns für das Ende unseres Jahrhundert voraussehen, soll sie das unerhörte Schauspiel des Wissens, des Könnens und der kulturellen Fähigkeiten vermitteln, deren unsere Völker fähig sind." Die Ausstellung sollte unter dem Stichwort „Die Wege zur Freiheit" stehen und sich besonders mit dem Fortschritt befassen, der am Ende dieses Jahrtausends auf dem Feld der Massenkommunikation erzielt wurde. Auf zwei jeweils Dutzende von Hektar großen Arealen am Seine-Ufer am westlichen und östlichen Rand der Stadt sollten kühne Pavillons, Brückengebilde, schwimmende Seine-Inseln und an Ballonen hängende Luftschlösser „unsere architektonische Einbildungskraft und die Kreativität unserer Künstler, Handwerker und Ingenieure der Welt vor Augen führen" (Trigano). Das alles zum neuen Ruhme Frankreichs und sicher auch zum Ruhm der in nur zwei Jahren Regierung arg ramponierten Sozialisten. Über die Kosten wurde man sich nie ganz einig. Trigano bezifferte sie mit „höchstens 14 Milliarden", die Oppositionspolitiker nannten Summen bis zur dreifachen Höhe.

Für den Penner Carl ist das ‚Herz-As' eine kleine Chance

Mit der Zahl der Arbeitslosen steigt auch die Zahl der Obdachlosen. In der Bundesrepublik leben etwa 80 000 „Penner" und „Berber", allein 2800 in Hamburg. Einer davon ist „Carl".

Von GISELA KRANEFUSS

Carl mit C heißt er, und seinen Nachnamen, den nennt er nie; den sagt er höchstens bei einer Polizeikontrolle. Carl ist einer von 2800 nichtseßhaften Männern in der Hansestadt Hamburg, von denen der Älteste 89 und der Jüngste 19 Jahre alt ist. Zwei Spielkartennamen beherrschen das Leben der Obdachlosen: Pik-As und Herz-As. Der erste Name soll von der Bezeichnung Polizei-Asyl abgeleitet worden sein. Der zweite soll etwas von dem zeigen, was sein Name sagt, ein bißchen Herz im Spiel. Im Spiel sind beide Karten Trümpfe, für die Stadtstreicher sind es zwei Asyle. Und eine winzige Chance.

Carl ist zehn Jahre jünger als ich, sieht aber zwanzig älter aus, als er ist. Wenn die Kinder rufen: „Du stinkst wie eine Laternenpfahl ganz unten!", dann pöbelt er sie entsprechend seinem Alkoholspiegel an. Hinterherlaufen kann er nicht. Er hat offene Beine. „Ich wasch' mich, hab' auch Wäsche zum Wechseln, aber der Mief sitzt in den Klamotten drin."

Carl schläft im Nachtasyl Pik-As in Hamburgs City, wo früher das Gängeviertel war, das den Brandbomben im Zweiten Weltkrieg zum Opfer fiel. Carl schläft auf den Stufen im Treppenhaus, denn abends um *18 Uhr,* wenn geöffnet wird, ist er meistens schon zu voll, um sich noch um ein freies Bett zu streiten. Pik-As-Chef Gernot Fitzke hat das zweifelhafte Vergnügen, Nacht für Nacht mehr Gäste zu bekommen als sein „Hotel" aufnehmen kann. Er weiß, die meisten kommen ungern, aber sie wissen eben nicht, wo sie sonst bleiben können. Für wenige ist es nur eine Durchgangsstation. Und wenn der Rausch noch nicht mal ausgeschlafen ist, dann hat die Straße sie schon wieder. Keiner ist scharf auf den Job des Pik-As-Chefs, aber jeder weiß, daß man ihn braucht.

Jetzt ist es 9 Uhr früh. Wir sitzen in einem Imbiß am Hafen und trinken Kaffee. Essen will Carl nichts. Seine Hände zittern. Er knetet sie, und die Gelenke knacken ganz fürchterlich. Nach der dritten Tasse Kaffee sagt er: „Nu ist genug, jetzt brauche ich einen richtigen *Schluck."* Er trinkt *ein Drittel* der Flasche leer, bekommt glänzende Augen, ruhige Hände und erzählt: „Das war damals so. Als die Russen kamen, hat meine Mutter mit uns weggemacht von Schlesien. Vater war gefallen. Mutter starb 1947. Ich kam ins Heim, büxte aus, lebte bei Bauern, arbeitete auf dem Schwarzmarkt, wurde eingebuchtet."

Carl trinkt weiter, gähnt und zeigt viele schwarze Zahnstummel und erzählt weiter. Er hat geheiratet, landete in Hamburg, arbeitete im Hafen und fing an zu trinken. Damit begann der soziale Abstieg. Er verlor die Frau, die Arbeit, die Wohnung. Das Leben auf der Straße und in den Asylen nahm seinen Lauf.

Fragt einer wie Carl nach Arbeit, dann heißt es: „Haben Sie eine Wohnung?" Die hat er nicht mehr. Sucht er eine Wohnung, fragt der Vermieter: „Haben Sie Arbeit?" Die bekommt er nicht ohne Wohnsitz. Ein Teufelskreis, aus dem er alleine nicht mehr herauskommt.

Dreimal in der Woche sitzt Carl ab mittags 12 Uhr vor dem „Herz-As", den Hafen zu seinen Füßen. Die Tagesstätte, die wegen Personal- und Geldmangels nur an drei Tagen von 13 bis 18 Uhr geöffnet ist, wurde seit zwei Jahren für die Männer ein bißchen was wie ein Zuhause. Alkohol muß draußen *bleiben. Es gibt Kaffee, Tee, Stullen* und Suppe mit Fettaugen. „Herz-As" hat Duschen und eine Waschmaschine, vor denen die Männer anstehen.

All diese jungen und alten Männer gehorchen einer kleinen, zierlichen Frau. Ingrid Wienefeld (46), verwitwet, drei Kinder, dialyseabhängig, ist Sozialpädagogin und Leiterin vom „Herz-As". Sie hat im vorigen Jahr den Johann-Georg-Büsch-Preis der Patriotischen Gesellschaft bekommen, sagt aber: „Ohne meine freiwilligen Helfer geht es nicht." Sie bettelt über die Presse um Kleidung, Verbandzeug, Nahrungsmittel, Wäsche und Geld für „ihre" Männer. Und aus Hilfsbedürftigen hat sie schon Helfer gemacht, die waschen, putzen, Wunden verbinden. „Drei sind gerade aus dem Dreck wirklich raus. Zuerst Entziehungskuren, dann Arbeit. Einer hat geheiratet, einer ist bei den Guttemplern, der dritte hat uns im eigenen Auto nach einem Jahr besucht. Es ging ein Raunen durch das „Herz-As". Und dann kamen ein paar und haben gesagt, wir wollen es auch schaffen, was die können, können wir auch." Der Verein „Herz-As" bekommt 140 000 Mark von der Stadt, die fehlenden 70 000 Mark werden durch Spenden aufgebracht.

Ingrid Wienefeld hat erkannt, daß die größte Schwäche des „starken Geschlechts" darin liegt, daß es nicht alleine leben kann. 80 000 Obdachlose leben in der Bundesrepublik. Weniger als 5 Prozent sind Frauen. Heime und Asyle sind hoffnungslos überfüllt. Viele von den Männern machen „Platte", das heißt, sie schlafen an Bahnhöfen, unter Brücken, in Kellern, in Abbruchhäusern, unter Büschen und in Ladeneingängen. Und sie werden zum Ärgernis, weil sie nicht in das Bild einer heilen Wohlstandsgesellschaft passen. *Das* Leben auf der Straße zeichnet sie schon nach wenigen Tagen. Oft bleiben nur fünf Zeilen im Morgenblatt. Einer ertrinkt im Kanal, einer erfriert unter einem Busch, und einer stirbt ganz leise im Einkaufszentrum im nächtlichen Neonlicht vor der großen Schaufensterscheibe.

Die Obdachlosen teilen sich in zwei Lager. Die „Berber" wollen nicht mit „Pennern" in einen Topf geworfen werden. „Berber" sind arbeitswillig. Sie sehen adretter aus, rasieren sich und stehen frühmorgens auf der „Rolle", um für die Hafenschichten der ständig Beschäftigten eingeteilt zu werden. Das klappt selten. Aber am Hafen gibt es auch den „Arbeitsstrich".

Von diesem schwarzen Arbeitsmarkt weiß jeder, aber es spricht niemand darüber. „Ein heißes Eisen", sagen die, die selber daran verdienen. Die Männer kriegen 5 bis 6 Mark die Stunde, der Vermittler fährt sie zum Arbeitsplatz und kassiert einen Stundenlohn von 15 bis 20 Mark. Nach Arbeitspapieren fragt keiner. Wer krank wird, einen Unfall hat, muß sehen, wie er weiterkommt. Im „Herz-As" wird er verpflastert und verbunden. Ein *Arzt sieht nach ihm.*

60 Prozent der Männer sind ledig, 34 Prozent haben eine gescheiterte Ehe hinter sich, 50 Prozent sind ohne Berufsausbildung, 30 Prozent waren in Erziehungshei*men.* Arbeitsplatzverlust, Scheidung, Wohnungskündigung, Krankheit, Suchtabhängigkeit, Straffälligkeit – eine breite Rutschbahn nach unten, auf der viele Platz finden. Die „Ambulante Nichtseßhaftenhilfe", das Diakonische Werk, der Caritas-Verband, die Heilsarmee – viele versuchen zu helfen. Es gibt Heime, in die die Männer nicht wollen. Heim, das *bedeutet, mit mehr als hundert* Männern auf engem Raum leben müssen, keinen Kontakt zur Öffentlichkeit haben, immer kontrolliert werden, Hausordnungen beachten und mit Heimverweis rechnen müssen.

Carl hat noch gesagt, es war gut, *im Heim ein Dach* über dem *Kopf* zu haben, aber irgendwann fällt einem die Decke runter, man kriegt Zoff mit den anderen Kerlen, man möchte sich gegenseitig umbringen. Darum ist er auch wieder auf die Straße gegangen.

„Mal allein sein", hat Carl noch gesagt, „wenn man schon keine Tür hinter sich zumachen kann, dann gehört einem der Busch in den Wall-Anlagen."

Für 1983 prognostiziert der Leiter der Arbeitsamtes Hamburg die Zahl von 60 000 Arbeitslosen. „Dann wird auch die Zahl der alleinstehenden obdachlosen Männer erheblich anwachsen", fürchtet Helmuth Schmidtke von der Nichtseßhaftenhilfe. Der Sozialpädagoge fragt nicht nach Schuld, sondern fordert den Auf- und Ausbau der ambulanten Dienste, damit die Männer angesprochen werden und Hilfe bekommen können.

Acht Tage nach dem Gespräch treffe ich Carl wieder. Er erkennt mich nicht, ist betrunken, der Blick glasig. Plötzlich dämmert es ihm. „Son Schiet", greint er, „dreimal habe ich im Kaufhaus geklaut, dreimal haben sie mich erwischt, wie ich es mir gewünscht habe. Und was tun sie mit mir? Sie lassen mich laufen." Im Kittchen ist kein Zimmer frei.



Nicht jeder Obdachlose findet einen Schlafplatz im Asyl. Es bleiben Brücken, Hauseingänge oder Abrißhäuser. FOTO: BERND BEUTNER

Letzter Tag in Moskau: Gedankenspiele über die französischen und britischen Atomraketen

Kohl sieht in Genf durchaus noch eine „Verhandlungsmarge"

Von MANFRED SCHELL

Die deutsche Delegation unter Leitung von Bundeskanzler Helmut Kohl ist in Moskau zu der Einschätzung gelangt, daß die sowjetische Position bei den Verhandlungen in Genf „noch nicht abgeschlossen ist". In Delegationskreisen wurde gestern gegenüber der WELT erklärt: „Es gibt in Genf durchaus noch eine Verhandlungsmarge." Kohl selbst sprach öffentlich von interessanten „Details", die auch bei den Verhandlungen über die Mittelstreckenraketen eine Rolle spielten und die „im Rahmen der Allianz" besprochen werden müßten. Von einem Signal könne allerdings nicht die Rede sein. Dies habe man realistischerweise auch nicht erwarten können.

Um „Bewegung" in die Verhandlungen in Genf zu bringen, deren Herbstrunde am 5. September beginnt, gibt es in der deutschen Delegation die Überlegung, die START-Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und den USA „auszudehnen" und dort das Raketenpotential Großbritanniens und Frankreichs einzubeziehen. Dadurch würde, wie ein Delegationsmitglied gegenüber der WELT formulierte, eine „Mischform" geschaffen. Auch eine europäische Abrüstungskonferenz, die jetzt nach dem sowjetischen Einlenken in Madrid möglich erscheine, könne „dafür eine Plattform" sein.

Bundesaußenminister Genscher hatte seinem sowjetischen Amtskollegen Gromyko bei den Gesprächsrunden vorgehalten, die sowjetische Forderung nach Einbeziehung der Raketen Großbritanniens und Frankreichs „blockiere" die Verhandlungen in Genf. Die USA hätten dort kein Mandat, für Paris und London zu verhandeln.

In Kreisen der deutschen Delegation hieß es, in der Diskussion mit der sowjetischen Führung über diesen Komplex habe man zwar keine Schwierigkeiten bei der Positionsbeschreibung, aber bei der Argumentation. Der Bundeskanzler hat es als „grotesk" bezeichnet, daß mit einer der Raketen Großbritanniens oder Frankreichs die Sowjetunion angegriffen werden könnte. „Aber wir können gegenüber der Sowjetunion nicht so tun, als gebe es diese Raketen nicht", erläuterte ein Delegationsmitglied.

Um die „Blockade" Moskaus in Genf aufzubrechen, sollte man deshalb erwägen, die britischen und französischen Arsenale auf einer „anderen Ebene" zur Sprache zu bringen. Aber auch dies könne nur in Absprache und mit der Einwilligung der beiden Regierungen geschehen. Die Entscheidungen darüber, so hieß es in der deutschen Delegation, „liegen in Paris und London". Aber die Bundesregierung denkt offenbar daran, in dieser Richtung einen Vorstoß zu unternehmen, weil sie hofft, daß dadurch eine Zwischenlösung in Genf näherrücken könnte.

Die sowjetische Seite hat ihre Gesprächsrunden mit Kohl – letzte Gesprächspartner des Kanzlers waren Verteidigungsminister Ustinow und zwei Marschälle – mit „werbendem" Unterton geführt. Andropow, so war zu hören, sagte gegenüber dem Bundeskanzler, die Nachrüstung würde „nicht ohne Einfluß" auf die Ost-West-Beziehungen bleiben. Aber offene Drohungen, etwa in Richtung Berlin oder innerdeutsches Verhältnis, wurden nicht ausgesprochen. In diesem Zusammenhang wurde in der deutschen Delegation die Auffassung vertreten, die politische Absicherung des Milliarden-Kredits für Ost-Berlin sei ein „richtiges Signal zum richtigen Zeitpunkt" gewesen.

Das verbale Angebot von Andropow und Ministerpräsident Tichonow von langfristigen Wirtschaftsprojekten, die allerdings nicht näher konkretisiert wurden, deutet nach deutscher Einschätzung darauf hin, daß auch Moskau das bilaterale Verhältnis „intakt" halten wolle. „Man kann nicht Kooperation anbieten und Konfrontation wollen", sagte ein hochrangiges deutsches Delegationsmitglied. Wohl aber stellt man sich bei der Bundesregierung darauf ein, daß es im Falle der Nachrüstung eine befristete „Funkstille" geben werde. Bundeskanzler Helmut Kohl, das fiel auf, hat in seinen offiziellen Erklärungen die Notwendigkeit unterstrichen, auch nach einer eventuellen Nachrüstung die Verhandlungen fortzusetzen.

Zu den „Akzenten", die bei der deutschen Delegation sehr aufmerksam registriert wurden, gehörten auch die Aussagen von Parteichef Andropow zum SS-20-Potential. Er ließ dabei nämlich offen, ob es – im Falle einer Übereinkunft in Genf – zur „Verschrottung" oder nur zur „Verlagerung" von sowjetischen atomaren Mittelstreckenraketen kommen werde. Bisher war, auch bei dem Gespräch zwischen Andropow und dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Vogel vor der Bundestagswahl auf sowjetischer Seite vor allem von einer Verlegung der Raketen in Richtung Asien die Rede. Die deutsche Seite wollte allerdings diesen Einlassungen keine übergebührliche Bedeutung beimessen. Man sprach nur von einem „Akzent", der interessant sein könnte. Das Wort „verschrotten" war in Andropows Ausführungen nicht gefallen. Aber er hat diese Möglichkeit im Hinblick auf die SS 20 offengehalten.

Die deutsche Seite, vor allem der Bundeskanzler, hat den sowjetischen Vorwürfen über mangelnde Verhandlungsbereitschaft der USA in Genf entgegengehalten, Moskau sei jetzt am Zuge, nachdem Washington am 28. März eine „Zwischenlösung" mit dem flexiblen Angebot, zwischen null und 572 Sprengköpfen zu kommen, unterbreitet habe. Dieses Angebot, so der Bundeskanzler, sei bis heute durch Moskau nicht beantwortet worden.

Die abschließende Herbstrunde in Genf beginnt am 15. September. Ihr Ende ist offen. Unabhängig von dieser Zeitplanung, wurde von einem hochrangigen Mitglied der deutschen Delegation in Moskau gegenüber der WELT versichert, bleibe es dabei, daß ab dem 15. November die Nachrüstung in der Bundesrepublik Deutschland beginne. Ein anderes Verfahren würde dem Sinn des NATO-Doppelbeschlusses zuwiderlaufen, der ja bewußt den „Zeitdruck" Ende 1983 zum Gegenstand habe. Wenn man dieses Mittel aus der Hand gebe, so wurde versichert, würde man der sowjetischen Verhandlungsführung in Genf einen „Freiraum" verschaffen, der es ihr ermögliche, durch schleppende Verhandlungen die Nachrüstung hinauszuzögern. Dies könne und wolle man nicht zulassen.

In diesem Zusammenhang wurde an die von dem früheren Bundeskanzler Helmut Schmidt gegenüber der amerikanischen Regierung gegebene Zusage erinnert, schon im Juni 1983 mit den Nachrüstungsvorbereitungen zu beginnen. An diese Zusage sollten die Sozialdemokraten, die erneute Entscheidungen des Parlaments im Herbst verlangten, denken.

Bundeskanzler Kohl sprach bei einem abendlichen Empfang in der Residenz des deutschen Botschafters davon, er habe in Moskau „deutsche Interessen vertreten". In Genf sei man „mitten im Fluß". Kohl deutete auch an, daß die KSZE für die „Zeit danach" – gemeint war die Nachrüstung – eine der Gesprächsebenen sein könne. Er sei nicht mit der Erwartung nach Moskau gekommen, „daß ich die Dinge entscheidend ändern kann". Aber Kohl zeigte sich zugleich zuversichtlich, daß es noch gelingen könne, in Genf einen Kompromiß zu finden. Die Zeit dafür reiche, auch nach sowjetischer Auffassung, noch aus.



Bundeskanzler Kohl und Marschall Ustinow: Die Begegnung mit dem Verteidigungsminister war der Abschluß der offiziellen Gespräche FOTO: DPA

PRESSE-ECHO

DW. Bonn

In der in- und ausländischen Presse wird die entschiedene Haltung des Bundeskanzlers in Moskau hervorgehoben und die unflexible Position Moskaus betont. Herausgestellt wird auch, daß es trotz der entspannten Atmosphäre bei den Gesprächen in der Sache kaum Fortschritte gegeben habe.

Die **„Neue Zürcher Zeitung"** weist auf das Engagement Kohls in der deutschen Frage und auf sein Eintreten für den NATO-Doppelbeschluß hin. Das Schweizer Blatt schreibt: „Bundeskanzler Kohl bekräftigte, daß seine Regierung auf der Grundlage der geschlossenen Verträge mit dem Osten eine Politik der Verständigung, der Kooperation, der Entspannung und des Ausgleichs anstrebe.

Doch ebenso betonte Kohl mit Nachdruck, daß man am Ziel des Selbstbestimmungsrechts für alle Deutschen unter Einheit der deutschen Nation unbeirrt festhalte. Allerdings sei man sich bewußt, daß die Lösung dieses Problems nur im Rahmen einer europäischen Friedensregelung verwirklicht werden könne.

Der Bundeskanzler stellte gegenüber der Kreml-Führung klar, daß gemäß dem NATO-Doppelbeschluß in Westdeutschland neue Mittelstreckenraketen stationiert werden, falls bis zum Ende dieses Jahres kein gegenteiliges Verhandlungsergebnis vorliege."

Die **„Frankfurter Allgemeine Zeitung"** schreibt über die Reaktion auf die Rede des Bundeskanzlers: „Nüchtern, ernst distanziert geht es bei dem Besuch zu. Das kann auch nicht anders sein angesichts so vieler Differenzen. So viele sind es, daß die ‚Prawda' offensichtlich Mühe hatte, aus der Tischansprache Kohls wenigstens einige Passagen richtig wiederzugeben. Dem Moskauer Politbüro paßt in dieser Rede so vieles nicht: Kohls Bemerkungen zur deutschen Einheit, zur mangelnden Ausreise-Freiheit für Rußland-Deutsche, zu Afghanistan, Indochina und Polen, zum Gewaltverzicht zwischen Ost und West. Am weitesten auseinander sind die Ansichten der Sowjetunion und der Bundesrepublik beim Raketen-Thema. Hier gibt es keine Annäherung – sie war nicht zu erwarten. Andropow hat aber auch darauf verzichtet, Kohl mit einem Schein-Zugeständnis zu konfrontieren – und das ist gut."

Die **„Stuttgarter Nachrichten"** beklagen den mangelnden Fortschritt bei den Gesprächen: „Die Hoffnung, so gedämpft sie gewesen sein mag, hat sich nicht erfüllt: Bei der anderthalbstündigen Begegnung zwischen Helmut Kohl und Juri Andropow hat es keine Fortschritte, keine Signale für eine Zwischenlösung bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen gegeben. Die britischen und französischen Atomwaffen haben bei der Unterredung eine besondere Rolle gespielt. Das zeigt zwar, wo Moskau im eigenen Interesse noch ‚Fortschritte' wünscht. Doch der Westen hält sich gerade hier aus guten Gründen zurück. Was bleibt, ist Atmosphärisches: etwa Kohls Eindruck – erstmals geäußert, daß auch Andropow ein Ergebnis in Genf wünscht. Weiter, daß das Klima der Gespräche trotz der inhaltlichen Gegensätze konstruktiv und entkrampft war. Das deutet darauf hin, daß auch der Kreml vorbauen will, damit bei dem zu erwartenden Nachrüstungsgewitter im Herbst nicht zuviel Porzellan zerschlagen wird."

Die **„Bild"**-Zeitung hebt die Verhandlungsführung des Bundeskanzlers hervor: „In großer Offenheit hat Kohl seine Karten auf den Tisch gelegt. Die Kreml-Führer wissen jetzt, wo die Bundesrepublik steht. Sie wissen, daß jeder Versuch, unseren Staat aus dem westlichen Bündnis herauszulokken, die reine Illusion ist. Sie wissen auch, daß die Bundesrepublik berechenbar ist. Kohl hat in einem Maße Klartext gesprochen, wie die Gastgeber es seit Adenauer nicht mehr gehört haben. Beide Seiten wissen jetzt, woran sie sind. Deshalb war die Reise von Nutzen."

Die **„Washington Post"** schreibt zum Verlauf der Gespräche in Moskau: „Helmut Kohl redete in Moskau geradeheraus, er erinnerte die sowjetische Führung, daß seine Regierung für eine Mehrheit spricht und daß sie, wenn es keine sowjetisch-amerikanische Übereinkunft gibt, zu ihrer Entscheidung steht, neue amerikanische Raketen vom kommenden Dezember an aufzunehmen. Es war eine nützliche Botschaft, die von einem NATO-Land kommt, das an der Frontlinie steht. Soweit bekannt, haben weder die Sowjetunion noch die USA eine neue Formel vorgeschlagen, die die grundsätzlichen Interessen beider Seiten gleichmäßig berücksichtigt. Das ist die Herausforderung, die jetzt der Führung dieser beiden Länder dringend vorgelegt ist."

Die konservative britische Zeitung **„Daily Telegraph"** beschäftigt sich mit dem Gesundheitszustand von Parteichef Andropow und würdigt das entschlossene Auftreten des Bundeskanzlers: „Das Debakel des Fernbleibens Andropows an diesem ersten Tag hat möglicherweise – aus sowjetischer Sicht – den Verlauf des gesamten Besuchs von Kohl bestimmt. Bislang war er für Moskau eine Katastrophe – und ein Triumph für den westdeutschen Kanzler. Dr. Kohl ist der erste christdemokratische Kanzler seit 28 Jahren, der Moskau einen Besuch abstattet. Die Kreml-Herren könnten nach so vielen Jahren des Umgangs mit Kanzlern wie Brandt und Schmidt in Selbstgefälligkeit verfallen sein. Wenn dies der Fall sein sollte, so muß Kohls offene, unumwundene Rede vom Montagabend wie eine kalte Dusche gewirkt haben."

Mit Zufriedenheit, manchmal sogar mit einer gewissen Bewunderung, berichtet die französische Presse über die feste Haltung Kohls in Moskau. In den Artikeln wird der Bundeskanzler als ein Politiker beschrieben, der sich nach außen verbindlich zeigt, im Kern der Sache jedoch hart bleibt.

So schreibt die linksorientierte Pariser Zeitung **„Le Monde"**, Kohl beharre trotz aller sowjetischen Einwände auf dem NATO-Beschluß und habe den Moskauer Gastgebern klargemacht, daß die Pershing-2-Raketen installiert würden, wenn es zu keiner Einigung in Genf käme. „Außerdem hat sich der Kanzler nicht gescheut, auch so schwierige Themen wie die deutsche Verurteilung der Sowjet-Invasion in Afghanistan und das Problem der deutschen Wiedervereinigung zur Sprche zu bringen", schreibt das Blatt.

Der liberale **„Quotidien de Paris"** meint: „Mit großem Mut hat Kohl auch in Moskau betont, daß sich sein Land den NATO-Verpflichtungen nicht entziehen werde, ganz gleich, welche Risiken das Land dafür eingehen müßte." Das Blatt sieht in der prompten Annahme der Einladung Andropows nach Bonn einen ersten Erfolg von Kohl in Moskau.

Der konservative **„Figaro"** glaubt: Kohl habe in Moskau eigentlich nur feststellen können, daß die Positionen allzu unterschiedlich seien, um zu einer Einigung zu kommen. Dennoch habe der Kanzler von seinen Gesprächspartnern im Kreml so viele neue Einzelheiten erfahren, daß er schon jetzt behaupten könne, die „Mission sei erfüllt".

KSZE-Folgetreffen vor erfolgreichem Ende?

BERNT CONRAD, Bonn

Die Bemühungen um einen allseits akzeptablen Abschluß des Madrider KSZE-Folgetreffens nähern sich dem Ende. Experten der Bundesregierung halten eine Einigung innerhalb der nächsten Woche für möglich. Dann könnte Ende Juli eine feierliche Abschlußsitzung in der spanischen Hauptstadt stattfinden. Zu diesem Ereignis haben auf Initiative von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher schon zahlreiche Außenminister, darunter George Shultz (USA) und Andrej Gromyko (Sowjetunion), ihre Teilnahme zugesagt.

Allerdings ist es denkbar, daß sich der formelle Abschluß aus Zeitgründen noch bis Anfang September verzögert. Der August fällt als Ferienmonat aus. Die derzeitigen bilateralen und multilateralen Verhandlungen in Madrid drehen sich vor allem darum, in welcher Form und mit welchem Inhalt die vom Westen gewünschte Expertenkonferenz für menschliche Kontakte beschlossen werden soll. Die Sowjets scheinen sich mit einer solchen Tagung, die von ihnen lange verworfen worden war, abgefunden zu haben. Sie wollen aber vermeiden, daß diese Ankündigung in das eigentliche Schlußdokument aufgenommen wird.

Wahrscheinlich wird der Konferenz-Vorsitzende am Ende in einer Zusatzerklärung mitteilen, daß sich die Teilnehmer auf ein Expertentreffen geeinigt haben, das am 16. April 1986 in Bern beginnen soll. Auf der Tagesordnung werden Fragen wie Familienzusammenführung und Erleichterung im Reiseverkehr stehen.

Einigkeit besteht schon jetzt darüber, daß die geplante Konferenz über Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa (KAE) am 17. Januar 1984 in Stockholm eröffnet werden soll. Der Westen, besonders die Bundesrepublik Deutschland, hätte einen früheren Termin vorgezogen. Ihrem Drängen wird wenigstens dadurch Rechnung getragen, daß – aufgrund des Vermittlungsvorschlages des spanischen Ministerpräsidenten Felipe Gonzáles vom 17. Juni – schon im Herbst ein Vorbereitungstreffen in Helsinki stattfinden wird.

Der Appell Genschers

Der „Durchbruch" in Madrid hatte sich am vergangenen Freitag abgezeichnet, als der sowjetische Chefdelegierte Kowaljow nach der Rückkehr aus Moskau seine Bereitschaft erklärte, „imRahmen der spanischen Regierungsinitiative zu handeln". Dem war eine Gipfelkonferenz der Warschauer-Pakt-Staaten in Moskau vorausgegangen. Im Bonner Auswärtigen Amt glaubt man, daß ein brieflicher Appell Genschers an Gromyko und die anderen Ostblock-Außenminister zum Einlenken, die Madrider Entwicklung positiv beeinflußt hat.

Auch bei ihren Gesprächen mit Bundeskanzler Kohl und Genscher in Moskau haben Parteichef Andropow, Ministerpräsident Tichonow und Außenminister Gromyko den Willen zur Fortsetzung des KSZE-Prozesses bekundet.

In Bonn wurde mit Interesse registriert, daß der sowjetische Regierungschef daran die Bemerkung knüpfte, „das Beispiel Madrids" könnte als „ein Anreiz" für die Wiener Truppenreduzierungsverhandlungen (MBFR) dienen. Die Sowjets hatten in Wien kürzlich neue Vorschläge gemacht, die zwar noch keine Annäherung in der umstrittenen Daten-Frage brachten, aber prozedural einen gewissen Fortschritt bedeuteten. Nach Bonner Ansicht wird man testen müssen, ob Tichonows Ankündigung jetzt weitere sowjetische Kompromißbereitschaft signalisieren sollte.

Kein Störsender-Verbot

In Bonn wird bedauert, daß das sich abzeichnende Madrider Schlußdokument nicht das vom Westen erstrebte Verbot östlicher Störsender enthalten wird und daß auch keine eindeutigen Texte zur sowjetischen Invasion in Afghanistan, zur Verhängung des Kriegsrechts in Polen und zur Verfolgung von Bürgerrechtlern in Osteuropa erreicht werden konnten.

Dennoch äußerte sich Staatsminister Alois Mertes vom Auswärtigen Amt in einem Gespräch mit der WELT befriedigt über die erzielten Fortschritte, „die den Menschen unmittelbar zugute kommen". Dazu gehören nach seinen Angaben:

- ein für Mai 1985 in Toronto geplantes Expertentreffen über Menschenrechte;
- Verbesserungen bei den Verfahren zur Familienzusammenführung;
- eine Vereinbarung über den ungehinderten Zugang zu den diplomatischen Vertretungen;
- substantielle Einigungen über Religionsfreiheit und Kontaktmöglichkeiten der Kirchen;
- die erstmalige Erwähnung der Gewerkschaftsfreiheit in einem KSZE-Dokument;
- mit der vorgesehenen Veröffentlichung des Madrider Schlußdokuments würden die Bürger aller Teilnehmerstaaten von ihren Rechten und von den Pflichten ihrer Regierungen Kenntnis erhalten.

„Diese Ergebnisse sind – gemessen an den Erwartungen von 1975 – zwar sehr bescheiden, aber dennoch nicht gering zu schätzen. Sie sind die Frucht der Geschlossenheit des Westens in der beharrlichen und flexiblen Verfolgung seiner Verhandlungsziele", sagte Mertes.

Kohl fordert in Moskau die deutsche Einheit

● Fortsetzung von Seite 1

physikers Andrej Sacharow zur Sprache gebracht habe. Für den nach Gorki Verbannten besteht nach Informationen aus seinem Freundeskreis Lebensgefahr. Kohl lehnte es jedoch ab, Einzelheiten seines Gesprächs über Sacharow bekanntzugeben, der erst in der vergangenen Woche von Moskau scharf angegriffen worden war.

Einen eindringlichen Appell richtete Kohl an die Kreml-Führung, Ausreisewünsche von sowjetischen Staatsbürgern deutscher Herkunft nicht zu blockieren. Diese Problematik hatte auch Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher bei seinen Gesprächen mit Sowjet-Außenminister Andrej Gromyko zur Sprache gebracht.

Die Nachrichtenagentur Reuter berichtete gestern, wenige Stunden nach der Abreise des Kanzlers aus Moskau seien vor der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland vier deutschstämmige UdSSR-Bürger von Polizisten und Angehörigen des Geheimdienstes KGB festgenommen worden. Die vier hätten telefonisch bei westlichen Nachrichtenagenturen angekündigt, sie wollten vor der Botschaft ein Transparent entrollen, auf dem sie gegen die Verweigerung der Ausreise protestieren wollten.

Die offizielle sowjetische Nachrichtenagentur Tass versah die Pressekonferenz Kohls in Moskau mit kritischen Anmerkungen. Tass griff vor allem Kohls Hinweise auf die Verpflichtung zur Wiederherstellung der deutschen Einheit auf. „Als Antwort auf eine Frage versuchte Helmut Kohl, die Tatsache einer angewachsenen Aktivität revanchistischer Elemente in Westdeutschland zu leugnen und das Wirken der revanchistischen ‚Verbände' in der BRD als eine ‚Manifestation von Patriotismus' hinzustellen."

Kohl sah sich nach seinen eigenen Worten in Moskau „keinen Pressionen" von seiten der sowjetischen Führung ausgesetzt. Er verneinte auch eine Frage, ob ihm „konkrete Konsequenzen" für die Beziehungen der Sowjetunion oder auch der „DDR" zur Bundesrepublik Deutschland für den Fall angedeutet worden seien, daß es bei den Raketenverhandlungen in Genf zu keinem Kompromiß kommt und amerikanische Mittelstreckenwaffen in Westeuropa stationiert werden.

Sowjetische Vorwürfe, wonach die Amerikaner auf ein Scheitern der Genfer Verhandlungen aus seien, wies der Kanzler zurück, billigte aber auch der Kreml-Führung Interesse an einer Verständigung vor Jahresende zu. Er appellierte an seine Gastgeber, die Verhandlungen nicht durch ein Beharren auf einer Berücksichtigung der französischen und britischen Atomwaffen zu „blockieren".

Paris: Force de Frappe nicht zur Disposition

A. GRAF KAGENECK, Paris

Frankreich besteht nach wie vor darauf, daß seine nationale Atomstreitmacht nicht in die sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen in Genf einbezogen wird, weder auf dem Gebiet der Mittelstreckenraketen (INF) noch auf dem der strategischen Interkontinentalwaffen (START). Das Argument der Pariser Regierung lautet unverändert: Die französische Atomstreitmacht ist ihrem Charakter nach eine spezifische, zentrale Streitmacht und soll, wie an ihrem Umfang im Vergleich zu den Arsenalen der beiden Supermächte ersichtlich wird, lediglich die „Abschreckung des Stärkeren" gewährleisten.

Paris wäre nur unter drei Bedingungen zu einem Gespräch über Rolle und Umfang seiner „Force de Frappe" bereit: erstens, eine bedeutende Reduzierung des Atompotentials der beiden Supermächte, welche die Natur ihrer Überbewaffnung sowohl quantitativ wie qualitativ verändern würde. Zweitens, eine wesentliche Beschränkung der atomaren Abwehrsysteme der beiden Mächte vom Typ etwa der amerikanischen ABM. Drittens, ein Durchbruch in den Verhandlungen über eine Beseitigung des Ungleichgewichts bei den konventionellen Streitkräften in Europa sowie eine Verringerung der Bedrohung durch chemische Waffen.

Auf die beiden ersten Punkte hat Frankreich, so heißt es in Paris, keinen direkten Einfluß. Für eine europäische Abrüstungskonferenz auf konventionellem Gebiet dagegen tritt es seit Jahren ein. Paris glaubt sich diesem Ziel in jüngster Zeit nähergekommen.

Schließlich legte die französische Regierung im vergangenen Dezember bei den Vereinten Nationen einen Plan zum Verbot der chemischen Waffen vor, der auf die Tagesordnung der nächsten UNO-Vollversammlung gesetzt wurde. Frankreich hofft, daß es in Genf zu einer Einigung zwischen Sowjets und Amerikanern kommen möge, die dann auch eine Teilnahme französischer Unterhändler an späteren Verhandlungen ermöglichen würde.

London: Die Sowjets müssen erst abrüsten

FRITZ WIRTH/DW. London

„Das britische nukleare Raketenpotential kann und wird niemals Gegenstand der Genfer INF- und der START-Verhandlungen werden." Mit diesen Worten reagierte ein Sprecher des britischen Außenministeriums auf Überlegungen auch in deutschen Regierungskreisen, die britische Polarisflotte in die START-Verhandlungen mit einzubeziehen.

Im Londoner Foreign Office weist man darauf hin, daß sowohl die Verhandlungen über die Reduzierung der Mittelstrecken-Raketen (INF) als auch die START-Gespräche bilaterale Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten seien. Die Absicht und die Zielrichtung dieser Gespräche sollte nicht durch die Hinzuziehung neuer Verhandlungspartner verwässert werden.

Außerdem betont man im britischen Außenministerium, daß der Umfang des britischen nuklearen Raketenpotentials im Vergleich zu dem der Sowjets und der USA verschwindend gering sei und deshalb keine wesentliche Rolle bei diesen START-Gesprächen spielen könne.

Den Kern der britischen Nuklearstreitmacht bilden vier atomgetriebene Polaris-U-Boote, von denen zwei ständig einsatzbereit durch die Weltmeere kreuzen. Die vier Polaris-U-Boote verfügen zusammen über 64 Atomraketen mit einer Reichweite von mehr als 4000 Kilometern. Demgegenüber umfaßt das sowjetische Potential 2350 strategische Atomraketen.

Außer seiner U-Boot-Flotte besitzt Großbritanien noch eine große Anzahl nuklearer Bomben – schätzungsweise 2000 –, die von Bombern und Kampfflugzeugen abgeworfen werden können sowie atomare Wasserbomben, die für den Einsatz durch Marinehubschrauber gedacht sind.

Das britische Außenministerium hat wiederholt zu erkennen gegeben: Sollte das sowjetische strategische Raketenpotential auf dramatische Weise reduziert werden, dann sei London unverzüglich bereit, die eigene Position in dieser Frage zu überdenken und möglicherweise Gespräche über die Zukunft des britischen Raketenpotentials zu beginnen.

Es soll nach einem Beschluß der Regierung Thatcher Anfang der neunziger Jahre durch ein neues, um ein vielfach stärkeres U-Boot-Quartett mit amerikanischen Trident-Raketen ersetzt werden. Das Trident-System würde in seiner am weitesten entwickelten Version vier Riesen-U-Boote mit 64 Atomraketen zu je 14 Sprengköpfen bedeuten. 896 Ziele bis zu 10 000 Kilometer Entfernung kämen damit in Reichweite der Briten.

Das Echo in Bonn

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Erwartungsgemäß haben die Parteien der Bonner Koalition die Ergebnisse der Gespräche von Bundeskanzler Helmut Kohl und Außenminister Hans-Dietrich Genscher in Moskau begrüßt, die oppositionelle SPD dagegen hat sie kritisiert. Dabei stellte die Opposition in den Mittelpunkt, daß es Kohl wie schon früher in Washington nun auch in Moskau versäumt habe, auf einen Genfer Mittelstreckenkompromiß ohne die Pershing-2-Raketen zu dringen.

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, beglückwünschte den Kanzler zu seinen Moskauer Gesprächen: Kohl habe die deutsche Position, die Teil der westlichen Position sei, „mit Würde und Festigkeit" vertreten. Danach wisse die Sowjetunion, so meinte Dregger in Bonn, woran sie mit der Regierung Kohl/Genscher sei. Moskau gebe sich „keinen falschen Hoffnungen hin auf Einbröselungen im Regierungslager", wie das Dregger zufolge in der früheren SPD/FDP-Koalition möglich gewesen sei. Der Fraktionsvorsitzende der Unionsparteien hob weiter hervor, für Moskau sei wichtig, daß die Bundesrepublik Deutschland kalkulierbar und zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit bereit sei. Dies alles treffe zu.

Der Fraktionsvorsitzende der FDP im Bundestag, Wolfgang Mischnick, nannte die Moskauer Gespräche von Kohl und Genscher nützlich. Durch sie sei deutlich geworden, daß beide Seiten ein Interesse daran hätten, die Genfer Abrüstungsverhandlungen nicht zum alleinigen Maßstab der bilateralen Beziehungen zu machen. Auf beiden Seiten sei der Wille sichtbar geworden, zu Lösungen zu kommen. Mischnick unterstrich in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit, die KSZE-Folgekonferenz von Madrid möglichst bald erfolgreich abzuschließen und noch vor Ende des Jahres eine europäische Abrüstungskonferenz in Gang zu bringen.

Für die SPD-Bundestagsfraktion warf deren Obmann im Auswärtigen Ausschuß des Bundestages, Karsten Voigt, dem Bundeskanzler vor, er habe seine Moskauer Gespräche nicht genügend im Interesse von Fortschritten bei den Genfer Mittelstreckenverhandlungen genutzt. Enttäuschend nannte es der SPD-Abgeordnete im übrigen, daß darüber hinaus konkrete Ergebnisse ausgeblieben seien. Hinsichtlich der Genfer Verhandlungen meinte Voigt, Kohl habe es schon gegenüber dem amerikanischen Präsidenten Reagan versäumt, auf ein Genfer Ergebnis ohne die Pershing-2-Raketen im Sinne des informellen Kompromisses zwischen den beiden Verhandlungsführern zu dringen. Nicht anders habe Kohl jetzt gegenüber seinen sowjetischen Gesprächspartnern gehandelt.

Der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der CSU-Abgeordnete Hans Klein, richtete im Zusammenhang mit dem Moskau-Besuch von Kohl und Genscher schwere Vorwürfe gegen Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel. Dieser hatte in einem Brief an seine Fraktion die Möglichkeit eines Neins seiner Partei zur Nachrüstung nicht ausgeschlossen. Klein erklärte dazu, es sei ein „nicht zu überbietender, den deutschen Interessen abträglicher Ausrutscher", daß Vogel „diese Anpassungsübungen nach links" während Kohls Moskau-Besuchs veröffentlicht habe.

Keine Einigung zwischen Ärzten und Kassen

pje. **Bonn**

Entgegen den Verlautbarungen aus Ärztekreisen hat die erste Verhandlungsrunde zwischen den Orts-, Betriebs- und Innungskrankenkassen und der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) über ein Honorarvereinbarung von Mitte dieses Jahres an noch kein Ergebnis gebracht. Die Verhandlungen sollen am 15. Juli fortgesetzt werden. Wie der Bundesverband der Ortskrankenkassen gestern gegenüber der WELT erklärte, haben die Kassenärzte die Verhandlungen mit der Forderung nach einer Punktwertanhebung für die einzelne ärztliche Leistung um 3,5 Prozent eröffnet, diese Forderung jedoch später auf 2,5 Prozent reduziert. Hinzuzurechnen ist die sogenannte Mengenkomponente, die sich aus dem Anstieg des Fallwertes und der Fallzahl zusammensetzt. Eine Honorarvereinbarung, die sich aus einer linearen Honorarerhöhung von 2,5 Prozent und einem Mengenzuwachs von zwei Prozent zusammensetzt, würde die Kassen unter Berücksichtigung der modifizierten Laborhonorare mit Kostensteigerungen von gut vier Prozent belasten. Dies wäre jedoch nicht mehr mit der von den Ortskrankenkassen erwarteten Grundlohnentwicklung in Höhe von drei Prozent zu vereinbaren.

Gromyko empfängt Botschafter Chinas

AFP, **Moskau**

Der sowjetische Außenminister Gromyko hat gestern den Botschafter Chinas in der UdSSR, Yang Shouzheng, zu einer Unterredung über „Fragen von gemeinsamem Interesse" empfangen. Politische Beobachter messen dem Treffen besondere Bedeutung angesichts der im Oktober aufgenommenen bilateralen Konsultationen über eine Normalisierung der chinesisch-sowjetischen Beziehungen bei.

Am 20. Juni hatte Moskau in einem kurzen Glückwunsch an den neuen Präsidenten der Volksrepublik, Li Xiannian, erneut eine Normalisierung der Beziehungen gefordert. Eine Delegation der Pekinger „Gesellschaft für Freundschaft ausländischer Staaten" hält sich derzeit zu einem Besuch in der UdSSR auf.

DIE WELT (uspe 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Schnoor blieb die entscheidenden Antworten schuldig

WILM HERLYN, **Düsseldorf**

Mit „standing ovations" feierten die sozialdemokratischen Abgeordneten im Düsseldorfer Landtag gestern „ihren" Innenminister Herbert Schnoor. Ministerpräsident Johannes Rau drückte ihm in der Regierungsbank die Hand. Fraktionschef Karl Josef Denzer eilte zu ihm. Die Antwort auf die Frage, warum diese übertriebenen Ovationen, bleiben die Genossen allerdings schuldig. Wie auch Schnoor die Antworten nicht geben konnte oder wollte, wie es zu den Krawallen in Krefeld während des Besuches des amerikanischen Vizepräsidenten George Bush vor drei Wochen kommen konnte. Seine Rede war zwar lang – immerhin 28 Manuskriptseiten – aber in den entscheidenden Passagen wenig aussagekräftig.

Nach den Krawallen hatte Schnoor noch zugegeben: „Ich bedaure, daß wir nicht die Chance hatten, die gewalttätigen Ausschreitungen zu verhindern." Jetzt mußte er sich von Oppositionschef Bernhard Worms die Frage gefallen lassen: „War es denn wirklich nicht zu verhindern, daß die aus dem ganzen Bundesgebiet angereisten Berufs-Chaoten sich in der Stadt und an der Fahrtstrecke der Staatsgäste ungehindert tummeln konnten;

- sich mit der Polizei Straßenschlachten lieferten, wobei mehr als 30 Polizisten zum Teil schwer verletzt wurden;
- die Fahrzeugkolonne mit Bush und Bundespräsident Karl Carstens und Bundeskanzler Helmut Kohl zeitweilig blockierten und mit scharfkantigen Steinen attakkieren konnten?

Worms begründete auch, warum die Opposition eine Sondersitzung des aus den Ferien gerufenen Parlamentes verlangt hatte: Die SPD hatte das Verlangen der CDU nach Sondersitzungen von Innen- und Hauptausschuß mit ihrer Mehrheit im Ältestenrat abgeschmettert, weil sie insgeheim hoffte, Worms werde nicht zum letzten Mittel greifen. Denzer war sogar vorher von Rau noch gewarnt worden: „Jupp, paß auf, der zieht alle Register." Aber „Jupp" paßte nicht auf. Bekannt wurde zudem gestern zum Ärger der CDU, daß die SPD-Mehrheit wegen zweier Bürgschaften des Landes zwei andere Ausschüsse aus den Ferien holte. Warum will die SPD der parlamentarischen Diskussion um Krefeld ausweichen? fragt nun die CDU argwöhnisch. Worms: „Das gehört zu den elementaren Kontrollrechten und -pflichten der gewählten Volksvertretung." Denzer mochte das auch gestern nicht einsehen. „Hier ist keine Gefahr im Verzuge, hier können abgeschlossene Vorgänge auch durch parlamentarische Debatte nicht mehr rückgängig gemacht werden." Ist es also jetzt die Meinung der SPD, daß „abgeschlossene Vorgänge" nicht mehr ins Parlament gehören? fragte da die CDU empört und warf Denzer vor, er solle „herunter vom Sockel der Überheblichkeit der absoluten Mehrheit".

Die Regie der Genossen ließen auf Worms nicht Herbert Schnoor antworten, sondern erst einmal ihren Fraktionschef. Die Taktik war durchsichtig: Denzer sollte die Opposition reizen, möglichst sogar soweit, daß sie unter Protest das Plenum verläßt. Fast hätte er Erfolg damit gehabt, als er der CDU vorwarf, „Sie brauchen und benutzen diese Chaoten als Wegbereiter für eine Verschärfung des Demonstrationsrechts." Denzer redete sich bei den tumultartigen Szenen so in Rage, daß er sich sogar in die Behauptung verstieg: „Sie – die CDU – wollen die rechtlichen Rahmenbedingungen aber so gestalten, daß kein Bürger es mehr wagen darf, für eine politische Meinung, die von ihrer abweicht, auf die Straße zu gehen." Dem Oppositionsführer Worms, der bisher bewußt nach der Devise „audiatur est altera pars" darauf verzichtet hatte, den Kopf des Innen inisters zu fordern, warf er „Scheinheiligkeit" vor und behauptete: „Das ist Bestandteil einer politisch motivierten Kampagne, das ist ein von Bonn inszenierter Diffamierungsfeldzug."

Schnoor selbst suchte sich von den Vorwürfen zu entlasten, in dem er feststellte, er habe weder der in Krefeld eingesetzten Polizei noch dem Polizeipräsidenten eine besondere Vorgabe gegeben: „Auch habe ich zu keiner Zeit irgendeinen Vorschlag oder irgendeine Anregung der Polizei abgelehnt." Als der Krefelder CDU-Abgeordnete Klaus Evertz ihm später entgegenhielt, ortskundige Beamte hätten andere und sicherere Fahrstrecken für die Kolonne der Ehrengäste vorgeschlagen, die aber verworfen worden seien, rief Schnoor erregt mehrmals: „Das ist nicht wahr, das ist nicht wahr."

Natürlich nahm die offene und zur Schau gestellte Verbrüderung mit Schnoor gestern im Landtag niemanden wunder, denn die SPD sieht sich unvermittelt in Verteidigungsposition. Aber auch in internem Kreis vermag Schnoor nicht die letztlich entscheidende Frage zu beantworten, warum er von seiner „Linie" in Krefeld abgewichen ist –, obwohl er wußte, daß gerade die angekündigten Krawalle das Interesse aller auf sich ziehen mußten.

FDP verstärkt Widerstand gegen Zimmermann

STEFAN HEYDECK, **Bonn**

Zwischen der FDP-Spitze und Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) bahnt sich ein neuer Konflikt an. Nachdem schon seit Wochen zwischen Bundesjustizminister Hans Engelhard (FDP) und Zimmermann in aller Öffentlichkeit ein Streit über die Novellierung des Demonstrationsstrafrechts ausgetragen wird, in den inzwischen sogar Bundeskanzler Helmut Kohl eingreifen mußte, geht es jetzt um die Kulturpolitik. Nach einer Sitzung der Parteiführung der Liberalen meinte der stellvertretende FDP-Vorsitzende Gerhart Rudolf Baum, er habe „den Eindruck, daß Zimmermann die Konfrontation geradezu sucht".

Der Widerstand der Freien Demkraten richtet sich insbesondere gegen Überlegungen des Innenministeriums, die Kriterien für die Filmförderung zu ändern. Vorausgegangen war die Streichung der letzten Rate von über 20 000 Mark für den umstrittenen Film „Das Gespenst" von Herbert Achternbusch. Die Sperrung war damit begründet worden, daß der Film religiöse Gefühle verletzen könnte. Dem hielt Baum entgegen, zum ersten Mal in der 35jährigen Geschichte des Filmpreises sei eine Entscheidung des Auswahlgremiums nicht akzeptiert worden.

Dahinter steht nach Auffassung des Zimmermann-Vorgängers eine „politische Entscheidung". Wenn jetzt der Innenminister die Voraussetzung für die Filmförderung auch von der Publikumswirkung und den Marktchancen abhängig machen wolle, werde das die FDP nicht hinnehmen. Sie werde vielmehr darauf bestehen, den Vorgang zum Thema bei den Koalitionsgesprächen zu machen.

Denn, so der FDP-Politiker, wenn es künftig um „Kasse statt Qualität" gehe, würde das ein „Aushebeln der Filmförderung" bedeuten. Sie sei aber 1951 bewußt geschaffen worden, um neben den „kommerziellen auch einen an Qualitätszielen orientierten Film" zu stellen.

Baum, der den umstrittenen Achternbusch-Film selbst nicht gesehen hat, wies darauf hin, daß die FDP-Führung besorgt über Versuche sei, mit denen der Liberalismus abgebaut werden solle. Das gelte auch für die Kulturpolitik. Die Freien Demokraten würden deshalb gerade in diesem Bereich in dieser Legislaturperiode für weitere Verbesserungen der Rahmenbedingungen kämpfen. Dazu wird die FDP-Fraktion eine „Arbeitsgruppe Kultur" einsetzen.

Wiesheu erläutert den Milliardenkredit an die „DDR"

„Himmelweiter Unterschied" zu Krediten an Polen und Jugoslawien unter Brandt und Schmidt / CSU: Deutschlandpolitischer Kurs nicht geändert

PETER SCHMALZ, **München**

In der Frage des Milliardenkredits an die „DDR" geht die CSU nun in die Offensive. CSU-Generalsekretär Otto Wiesheu erläutert im neuesten „Bayernkurier" ausführlich die Umstände, unter denen das Geschäft bei Mitwirkung des *CSU-Vorsitzenden Franz Josef* Strauß und der Bayerischen Landesbank zustandegekommen ist. Er dementiert Vermutungen, die CSU sei von ihrer bisherigen Haltung gegenüber der „DDR" abgerückt. „Die Grundpositionen, an denen die CSU in dreizehnjähriger Oppositionszeit ihre nationale Verantwortung ausrichtete, gelten unverändert fort", schreibt Wiesheu.

Er schreibt, wie mutterseelenallein die CSU bei der Anrufung des Bundesverfassungsgerichts zum *Grundlagenvertrag gestanden* habe, der zu Kernaussagen zum Thema der Einheit und Freiheit aller Deutschen geführt habe. Dies soll offensichtlich beruhigend auf die Parteibasis wirken.

Nach Darstellung des CSU-Generalsekretärs hat Strauß noch Ende vergangenen Jahres Bundeskanzler Helmut Kohl auf die Möglichkeit des Kredits hingewiesen und sei von Kohl gebeten worden, „die Sache weiter zu verfolgen". Andeutungen im Wiesheu-Artikel lassen erkennen, daß neben Strauß und Kohl nur Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg und Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl mitgewirkt haben. Der FDP-Vorsitzende und Bundesaußenminister *Hans-Dietrich Genscher* wird nicht erwähnt.

Dagegen war das geplante Geschäft nach Informationen aus Bankkreisen in den führenden Häusern der Branche bekannt und begehrt, wobei die Tatsache Erstaunen hervorgerufen hat, daß die Bayerische Landesbank als Konsortialführer auftrat. Insider sprechen von einem Wettlauf der Banker nach diesem Milliarden-Kredit, der den teilhabenden Banken einen Zinsgewinn von einem Prozent verspricht, was deutlich über den Bankgewinnen bei einer Bundesanleihe liegt.

Auf diese Einzelheiten geht Wiesheu in seinem „Bayernkurier"-Beitrag nicht ein, er schlüsselt aber detailliert die „himmelweiten Unterschiede" auf zwischen diesem Kredit und den Milliarden-Krediten, die von der sozial-liberalen Bundesregierung an Jugoslawien und Polen gegeben wurden. Wiesheu: „In beiden Fällen mußte der Steuerzahler riesige Lasten auf sich nehmen, die die Kredite praktisch zum geschenkten Geld machten."

So habe der damalige Bundeskanzler Willy Brandt 1973 Jugoslawien einen Kredit über eine Milliarde Mark zu Bedingungen gewährt, „wie sie sonst nicht einmal den ärmsten Ländern der Welt eingeräumt werden": Bei 30 Jahren Laufzeit fallen in den ersten zehn Jahren keine Zinsen an und dann lediglich zwei Prozent im Jahr. Da die Bundesrepublik als Kreditgeber auftrat, muß der Steuerzahler für diesen eingeräumten Sonderzins 700 Millionen Mark aufbringen.

Als zweites Beispiel führt der CSU-Generalsekretär die Milliardenzahlungen an, zu denen sich Bundeskanzler Helmut Schmidt 1976 während der KSZE-Konferenz gegenüber Polen verpflichtete: 1,3 Milliarden Mark wurden als pauschale Abgeltung von „angeblichen" Rentenansprüchen gezahlt. Es wurde ein Kredit über eine Milliarde Mark zu 2,5 Prozent Zins eingeräumt, der 950 Millionen Mark Kosten auf dem Kapitalmarkt zu Lasten des Steuerzahlers verursachte sowie bei der Laufzeit von 20 Jahren und dem niedrigen Zinssatz zu 60 Prozent geschenkt ist, weshalb weitere 600 Millionen Mark abgeschrieben werden müssen.

Zum „DDR"-Kredit sieht Wiesheu vier „grundlegende Unterschiede": Da der Kredit von westdeutschen Banken gewährt wird, ist die Bundeskasse „mit keiner Mark betroffen"; auf die Zinshöhe wurde kein politischer Einfluß genommen; die von der „DDR" gewährten Sicherheiten reduzieren das Bürgschaftsrisiko der Bundesregierung auf Null.

Dagegen sieht Wiesheu einen „Gesamtzusammenhang" zwischen Kredit und positiven Entwicklungen im Verhältnis zwischen der „DDR" und der Bundesrepublik. So würden seit einiger Zeit die Grenzabfertigungen humaner verlaufen (in der CSU schreibt man dies nun eher dem Geldgeschäft als den harten Worten von Strauß zu), es gebe außerdem Anzeigen, „daß sowohl bei Verhandlungen über gemeinsam berührende Umweltfragen wie bei Postverhandlungen nicht unbeachtliche Verbesserungen und konkrete Fortschritte zumindest näherrücken". Zudem stünden Verhandlungen in anderen Bereichen an, wobei offenbar vor allem an einen besseren Kulturaustausch gedacht ist.

In führenden CSU-Gremien findet der Kredit und die Mitwirkung von Strauß Zustimmung. Im Vorstand der bayerischen Landtagsfraktion fand der CSU-Vorsitzende nach ausführlicher Diskussion sogar anhaltenden Beifall. Fraktionschef Tandler: „Das habe ich in dieser Form noch nicht erlebt." Anderslautende Meldungen im „Münchner Merkur", wonach im bayerischen Kabinett nach einer „deprimierenden Sitzung" Unmut aufgekommen sei, werden als frei erfunden bezeichnet. Als einziger CSU-Politiker äußerte sich bisher der Bundestagsabgeordnete Franz Handlos aus Regen (Niederbayern) namentlich kritisch. In einem Brief an Strauß zeigte er sich empört: „Wo bleibt eigentlich die Glaubwürdigkeit?" Er sei nicht bereit, diese Politik mitzutragen. Handlos hatte allerdings bereits kurz nach dem 6. März angekündigt, demnächst auszuscheiden. Wiesheu bezeichnete den Brief gestern als „Außenseiter-Aktion".

In Uniform wird hier niemand mehr getraut

Von JOACHIM NEANDER

Soldaten sind alle bezahlte Mörder." Sechs Wochen lang im Herbst des vorigen Jahres hat dieser Satz, krakelig mit Rotstift auf weißes Papier gemalt, als Teil einer Collage zum Thema Frieden an der Wand des Gruppenraums im Evangelischen Gemeindezentrum des Eifelstädtchens Mayen gehangen. Der Satz versetzte die Garnisonstadt Mayen fast in Aufruhr. Jetzt wurde er sogar zum Gegenstand eines Strafprozesses. Die Religionspädagogin Kornelia Kräber-Löwenstein steht wegen Volksverhetzung (Paragraph 130 Abs. 3 StGB) vor einem Schöffengericht und wurde festern freigesprochen.

Sie ist gerade 25 geworden. Nach dem Studium an der Evangelischen Fachhochschule in Düsseldorf ist Mayen ihre erste Stelle. Ein blasses Mädchen, Chiffonbluse, langer bunter Rock, Sandalen mit flachem Absatz. Sie hat damals, wie sie es gelernt hat, mit einer Jugendgruppe Collagen anfertigen lassen zum Thema Frieden: „Was fällt euch dazu ein?" Mit Collagen könne man Jugendliche dazu bringen, Einstellungen und Meinungen zu äußern, die sonst vielleicht unausgesprochen bleiben, ein Gespräch anregen.

Acht Jugendliche haben fünf Collagen gemacht. Die eine, die bewußte, stammt von einem Fünfzehnjährigen. Den Namen nennt sie nicht. Der Junge hat u. a. ein Foto von einem Massaker in Rhodesien ausgeschnitten, aufgeklebt und mit einem Text versehen, der den bösen Satz und noch anderes enthält, zum Beispiel: „Erst schießen sie die Leute tot, dann lassen sie sich dekorieren."

Daß das nun vor Gericht gekommen ist, scheint ihr unbegreiflich. „Ich kam gar nicht auf die Idee, diesen Satz auch auf die Bundeswehr zu beziehen. In seiner Pauschalität ist er mir nicht sonderlich aufgefallen." Beim Aufhängen der Collagen haben die Autoren zwar alles noch einmal vorgelesen. Aber sie erinnert sich nur noch, daß man von „Söldnern" gesprochen hat. Eine Diskussion hat es nicht gegeben. Man hat „das alles mehr oder weniger so stehenlassen". So eine Sache müsse in ihrem Gesamtzusammenhang ablaufen, ohne daß der Gruppenleiter eingreift oder gar korrigiert. Gruppenprozeß, Lernprozeß, da brauche man Zeit.

Sechs Wochen. Auch andere Gruppen benutzen den Raum. Die 23jährige Tochter eines Oberleutnants der Bundeswehr, selbst aktiv in einer Behindertengruppe der Gemeinde, liest den Satz. Sie erzählt ihrem Vater, sie habe im Gemeindezentrum gelesen, daß alle Soldaten bezahlte Mörder seien. Und sie stellt ihm, dem eigenen Vater, eine dem Außenstehenden beinahe entsetzlich klingende Frage: „Stimmt das wirklich, was da steht?" Es beginnt das, was die Angeklagte und später auch der eine Pfarrer als Zeuge „die große Aufregung" nennen!.

Oberleutnant Werner K., 49 Jahre, grauhaarig, sehr ruhig und *nachdenklich, versucht zuerst,* den Pfarrer anzurufen. Der ist nicht da. Zwei Tage trägt der Offizier die Sache mit sich herum. Dann geht er zur Polizei und stellt Strafantrag wegen Beleidigung. Vor Gericht sagt er, ihm liege gar nichts daran, den Namen des Jungen zu erfahren. Aber „nach allem, was in den letzten Jahren in der Kirchengemeinde mit der Bundeswehr gelaufen ist", scheint ihm dieses hier „doch ein bißchen zuviel".

Die Geschichte der Klimaveränderung einer Gemeinde tut sich auf. Der Oberleutnant spricht von „vielen kleinen Nadelstichen". Früher hat z. B. ein Bundeswehroberstleutnant in der kirchlichen Jugendarbeit mitgewirkt. Dann ist er ausgeschieden, unter anderem, wie Pfarrer Dr. Günther R. sagt, „weil er wohl die Auseinandersetzungen beschwerlich fand".

Werner K., *als er einmal in* Uniform zur Kirche geht, wird vom Pfarrer angesprochen: Ob das denn sein müsse. Im Gespräch wird deutlich: Hier würde in Uniform niemand mehr kirchlich getraut werden. Ein anderer Offizier als Zeuge erzählt, einer der Pfarrer habe mal gesagt, von ihm könne man Seelsorge an Soldaten nicht verlangen. Zeitungsanzeigen seien erschienen, unterzeichnet von der von den beiden Pfarrern mitgegründeten und getragenen örtlichen Friedensbewegung. Darin sei gesagt worden: „Kommt zu uns, folgt nicht euren Vorgesetzten."

Pfarrer Günther R., kühl, kurz, verbindlich, zeichnet ein unverfängliches Bild. Nein, von der Collage hat er „keine Notiz genommen". *In diesen Raum* kommt er nur selten. Als es am 18. November die „große Aufregung" gibt, hat er sofort mit der Angeklagten gesprochen: „Es war jedem klar, daß es über diesen Satz keine Diskussion gibt." Der Satz wird einfach durchgestrichen. Auch das Presbyterium hat sich damals sofort davon distanziert. Nein, der Pfarrer hat „den Satz niemals verteidigt". Aber die Verbindung zur Bundeswehr, auch zum Militärpfarrer, ist offenbar abgerissen.

Selbst nach der „Aufregung" hat er kein Gespräch mit der Bundeswehr geführt, kein Bedauern geäußert. Man ist mit der Angeklagten so verblieben, „daß die das regelt". Tatsächlich gab es Versuche, miteinander darüber zu reden. Zuerst mit der Frau des Oberleutnants, die lehnte ab. Dann wurde die Tochter angesprochen: Sie solle doch junge Soldaten fragen, ob sie nicht bereit seien, über den fraglichen Satz mit der Collagengruppe zu diskutieren: „Aber junge, nicht so alte wie dein Vater ..."

Dieser Prozeß sei der Versuch, in Mayen ein „Sprachverbot" durchzusetzen und „Sprachverbot" bedeute immer auch „Denkverbot" – so heißt es in einem Flugblatt, das vor dem Gerichtsgebäude verteilt wird. Es stammt von der örtlichen „Friedensbewegung". Ob er an diesem Text beteiligt sei, wird Pfarrer Günther R. vom Gerichtsvorsitzenden gefragt. Nein, nicht im mindesten, er hat es eben erst gelesen.

Zehn Jahre für ein paar Worte Wahrheit

Mit einer großangelegten Kampagne will das KGB die Samisdat-Presse der Dissidenten zum Schweigen bringen

Von PETER REDDAWAY

Der Kreml hat eine rücksichtslose Attacke gegen die Bewegung für die Einhaltung der Menschenrechte in der Sowjetunion gestartet. Das geht aus zahlreichen Berichten über Verhaftungen und Prozesse hervor, die jetzt in den Westen gelangt sind. Die Bewegung muß nun so tief im Untergrund operieren wie noch nie in den fünfzehn Jahren ihres Bestehens.

Schon seit 1979 versuchen die sowjetischen Behörden unablässig und zum Teil erfolgreich, alle Formen des öffentlichen Dissenses zu unterdrücken, doch unter Andropow ist der Druck verstärkt worden. So bedeutete kürzlich ein KGB-Offizier einem Moskauer Dissidenten: „Wir sind in eine neue Phase eingetreten. In Moskau läuft eine große Kampagne. Wir reinigen die Hauptstadt von schädlichen Elementen – von Kriminellen, Drogensüchtigen, Schwulen und Dissidenten." Aber nicht nur Moskau, sondern das ganze Land ist betroffen. Die Anzahl der politischen Verhaftungen betrug in diesem Jahr bisher fünfzehn bis zwanzig pro Monat – nicht gerechnet Hunderte von Hausdurchsuchungen und Verhöre. Entsprechend steigt die Zahl der politischen Prozesse.

Ohne Zweifel liegen die tatsächlichen Zahlen noch wesentlich höher, denn es gibt nur in wenigen Bereichen der UdSSR Nachrichtennetze, die gut genug organisiert sind, um einschlägige Informationen zu sammeln und ins Ausland schicken zu können. Gerade die Fähigkeit dieser humanitären Vereinigung, trotz der immer brutaleren Unterdrückungsmethoden weiter zu funktionieren, hat ihnen jetzt den verstärkten Druck des KGB eingetragen.

Ihre bekannteste Publikation, die „Chronik gegenwärtiger Ereignisse", ist ein hauptsächliches Angriffsziel. Dieses Journal der Menschenrechte erscheint hektographiert seit 1968 in Moskau. Die englische Übersetzung jeder Ausgabe wird von Amnesty International veröffentlicht. Die jüngste Ausgabe, Nr. 63, ist soeben in den Westen gelangt. Darin wird auf 233 Seiten in zusammenfassender Form und mit dem traditionellen, fast pedantischen Sinn der Beiträge für Genauigkeit über Dutzende von Prozessen und Verhaftungen, über die Bedingungen in den Haftanstalten und über die Samisdat-(Untergrund-)Presse berichtet.

Redakteure eingeschüchtert

So versuchte der KGB die Redakteure der „Chronik" einzuschüchtern, indem er einen von ihnen, Alexei Smirnow, durch ein Moskauer Gericht zu zehn Jahren Haft verurteilen ließ – sechs Jahre strenges Arbeitslager und vier Jahre Verbannung. Der 32jährige Smirnow ist Computer-Spezialist, der früher in einem Regierungsministerium arbeitete. Er ist ein Enkel des Schriftstellers Alexei Kosterin, der in den späten 60er Jahren die Menschenrechtsbewegung mitbegründet hatte.

Bei seinem Prozeß sagte Smirnow aus, daß er während der acht Monate Untersuchungshaft keinerlei Besuch empfangen durfte und zusammen mit gewöhnlichen Verbrechern in eine Zelle gesteckt worden war. Diese hätten ihn auf Anordnung der Verhörinstanzen mehr als dreißigmal verprügelt, um ihn zu einem Schuldeingeständnis der „antisowjetischen Agitation und Propaganda" zu bewegen. Er hielt aber durch und plädierte vor Gericht auf nicht schuldig, denn er habe, was auch richtig ist, nur die Wahrheit geschrieben.

Der KGB hat ebenfalls Maßnahmen ergriffen, um Dissidenten, die ihre in der Vergangenheit verhängten Strafen abgebüßt haben, an der Rückkehr in die Moskauer „Chronik"-Kreise zu hindern. Alexander Lavut zum Beispiel, der wegen redaktioneller Tätigkeit bei der „Chronik" zu drei Jahren Haft verurteilt worden war, und kurz vor der Entlassung stand, wurde erneut unter Anklage gestellt. Er wurde in seinem Lager nahe der chinesischen Grenze verhaftet und wartet nun auf seinen nächsten Prozeß. Der 53jährige Lavut ist Mathematiker und arbeitete früher in der sowjetischen Zentralorganisation für geologische Forschung.

Ein ähnliches Schicksal erlitt kürzlich Wjatscheslaw Bakhmin, der wegen der Herausgabe einer Schwesterpublikation der „Chronik", die sich auf die Dokumentation politischen Mißbrauchs der Psychiatrie spezialisierte, drei Jahre abgesessen hatte. Bakhmin, ein 36jähriger Computer-Experte, der zuvor bei einer Regierungsstelle beschäftigt war, wurde zu einem weiteren Jahr Gefängnis verurteilt. Seine Verwandten erklärten, die Aussagen gegen ihn stammten von gewöhnlichen Kriminellen, die unter Druck des dem Lager zugeteilten KGB-Offiziers meineidig wurden.

Der KGB hat auch gegen ein anderes mit der „Chronik" verbundenes Magazin zugeschlagen, das erst kürzlich ins Blickfeld der Öffentlichkeit gekommen ist. Es handelt sich dabei um die vierzehntägig erscheinende „Expreß-Information", die die gleichen Aufgaben wie die „Chronik" erfüllt, nur in schnellerem Rhythmus. Sie wurde mehrere Jahre lang privat verteilt und bediente die verschiedensten Gruppen vom Hilfsfonds für politische Häftlinge (ebenfalls ein Ziel des KGB) bis zur Vereinigung für die Rechte der Körperbehinderten. In diesem Jahr gab die „Expreß-Information" in ihrer 94. Ausgabe bekannt, daß sie an die Öffentlichkeit gehe. Das reichhaltige Material auf den 73 Seiten dieser Ausgabe zeugt von der Wendigkeit der im ganzen Land verteilten Korrespondenten des Magazins.

Grigoryants unter Anklage

Der KGB reagierte sofort, indem er drei Dissidenten verhaftete und sie der redaktionellen Mitarbeit bei „Expreß-Information" beschuldigte. Der bekannteste der drei, die alle im Kaluga-Gebiet in der Nähe von Moskau wohnen, ist der Literaturwissenschaftler Sergei Grigoryants (42); er hat mehr als hundert Artikel in der offiziellen „Literarischen Enzyklopädie" und in verschiedenen Zeitschriften sowie ein Buch über den klassischen Dramatiker Griboyedow veröffentlicht. Jetzt steht er unter Anklage wegen antisowjetischer Propaganda und muß mit einer Haftstrafe von zwölf Jahren rechnen.

Englands Gewerkschaften geben sich kämpferisch

Gewerkschaftsboß Scargill sucht Konfrontation mit der Regierung Thatcher / Vorentscheidung für Nachfolge Foots

FRITZ WIRTH, **London**

Arthur Scargill, der marxistische Präsident der britischen Bergarbeiter-Gewerkschaft, ist dabei, zum dritten Mal in seiner bisher zweijährigen Amtszeit die britischen Kumpel zur offenen Konfrontation mit der Regierung Thatcher zu mobilisieren. In einer militanten Rede auf dem Jahreskongreß seiner Gewerkschaft in Perth rief er die 220 000 Bergarbeiter zum aktiven Widerstand gegen die Regierung auf. Großbritannien habe seit der letzten Wahl eine „absolut undemokratische Regierung", die nach Gefallen alle ihr passenden Gesetze durchs Parlament bringen könne.

„Ich bin nicht bereit, die Politik einer Regierung zu akzeptieren, die nur von einer Minderheit der britischen Wählerschaft gewählt worden ist", erklärte Scargill. Da die britische Gesellschaft von einer möglichen Zerstörung durch dieses Parlament bedroht sei, seien außerparlamentarische Aktionen der einzige Weg, der der Arbeiterklasse und der Labour-Bewegung offenstehe.

Was Scargill übersah: Es hat in diesem Jahrhundert noch keine Regierung in Großbritannien – weder konservativ, labour oder liberal – gegeben, die die Stimmen der Mehrheit der britischen Wahlberechtigten gewinnen konnte. Nach dem Demokratieverständnis des britischen Bergarbeiter-Präsidenten hat es damit in diesem Jahrhundert noch keine demokratische Regierung in Großbritannien gegeben.

Scargill versteht unter außerparlamentarischen Aktionen die Besetzung von Betrieben, Straßenmärsche zum Parlament und politische Streiks, die sich nach seiner Ansicht auch durchaus außerhalb der Legalität bewegen können.

Zugleich beschloß der Kongreß, für die Lohnverhandlungen im November „substantielle Lohnerhöhungen" zu fordern, ohne sich jedoch auf eine Zahl festzulegen. Es war auf dem Kongreß jedoch wiederholt von Lohnforderungen bis zu 30 Prozent die Rede, während die Regierung sich auf einen Rahmen zwischen zwei und drei Prozent einrichtet. Obwohl diese Entschließung mit großer Mehrheit vom Kongreß angenommen wurde, ist es noch fraglich, ob die 220 000 Kumpel dieser aggressiven Lohnpolitik folgen werden. Sie haben sich in den letzten zwölf Monaten bereits zweimal mit großer Mehrheit einem Streikaufruf Scargills widersetzt.

Die militanten Töne Scargills haben darüber hinaus das deutliche Mißfallen des britischen Gewerkschaftschefs Len Murray erregt. Murray nannte den Aufruf Scargills zum politischen Streik „töricht". Sicher ist jedoch, daß der Regierung Thatcher so aggressive Auftritte Scargills wie auf diesem Bergarbeiterkongreß nur recht sein können. Sie enthüllen für viele britische Wähler das „unakzeptable Gesicht des britischen Sozialismus" und fügen den Bemühungen der Labour Party um ein politisches „Comeback" unendlichen Schaden zu.

Das gleiche kann vom Kongreß der britischen Transportarbeiter gesagt werden, die zum gleichen Zeitpunkt wie die Bergarbeiter auf der Insel Man tagten. Die Transportarbeiter sind mit zwei Millionen Mitgliedern die größte und mächtigste Gewerkschaft im Lande. Von diesen zwei Millionen zahlen 1,25 Millionen einen jährlichen Mitgliedsbeitrag von umgerechnet zwei Mark an die Labour Party, was den Transportarbeitern auf allen Labour-Parteitagen und bei der Wahl des neuen Labour-Parteichefs mit 1,25 Millionen Stimmen das bei weitem größte Mitspracherecht gibt.

Die Gewerkschaft war auf diesem Kongreß nun unter starken Druck geraten, ihre beträchtliche Stimmenmacht zu demokratisieren und den einzelnen Gewerkschaftsmitgliedern ein direktes Stimmrecht bei der bevorstehenden Wahl des Labour-Parteichefs einzuräumen. Ihr Gewerkschaftschef Moss Evans widersetzte sich jedoch diesem Druck mit dem Argument, daß ein direktes Stimmrecht für alle 1,25 Millionen Mitglieder zu teuer sei. Eine derartige Wahl würde 760 000 Pfund kosten.

Da also Demokratie für diese Gewerkschaft ein zu teurer Luxus ist, blieb man beim alten Block-Wahlsystem. So stimmten die Tausend Delegierten im Auftrage ihrer 1,25 Millionen Mitglieder ab und legten sich durch Handerheben auf Neil Kinnock als Kandidaten für die *Nachfolge Michael Foots* fest. Nach dieser Entscheidung gibt es kaum noch Zweifel, daß Kinnock am 2. Oktober zum neuen Labour-Parteichef gewählt wird.

Außerdem haben die britischen Gewerkschaften in diesen Tagen einen Entwurf für eine neue britische Tageszeitung vorgelegt, die das Übergewicht der stark konservativ orientierten britischen Massenpresse neutralisieren soll. Tatsächlich wird die Labour Party heute nur noch vom Massenblatt „Daily Mirror" unterstützt. Das Blatt soll mit einer Auflage von 300 000 bereits profitabel werden. Die Startgebühren werden auf 6,7 Millionen Pfund veranschlagt. Zahlmeister sind die Gewerkschaften, die ansonsten nicht genug Geld für demokratische Entscheidungsprozesse haben.

„Strafe für Auschwitz-Lüge"

hey, **Bonn**

Von einer bestürzenden Zunahme rechtsextremer Agitation und Propaganda in der Bundesrepublik Deutschland hat der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Werner Nachmann, gesprochen. Gegenüber Bundesjustizminister Hans Engelhard forderte er ein energisches Einschreiten gegen neu aufflackernde Formen des Rechtsextremismus. Engelhard wiederum bekräftigte den Willen der Bundesregierung, das Leugnen und Abstreiten von Gewalttaten aus der nationalsozialistischen Zeit mit einer Gesetzesnovelle unter Strafe zu stellen.

Der FDP-Bundestagsabgeordnete Detlef Kleinert forderte, „in jedem Einzelfall energisch" einzuschreiten. Auch das Verbreiten der „Auschwitz-Lüge" müsse künftig geahndet werden.

Pastora fordert westliche Hilfe

AP, **Offenburg**

Der in Nicaragua gegen das herrschende Regime kämpfende Guerrilla-Führer Eden Pastora strebt nach eigenen Worten eine Demokratie nach westeuropäischem Vorbild an. In einem Interview der Illustrierten „Bunte" warf Pastora, der einst als stellvertretender Verteidigungsminister der Führung der sandinistischen Revolution in Nicaragua angehörte, der Regierung in Managua Betrug am Volk vor.

Seine Kämpfer benötigten dringend wirtschaftliche und militärische Unterstützung und seien für jede Hilfe einer westeuropäischen Regierung, gleich welcher Couleur, dankbar. Bisher habe nur der portugiesische Ministerpräsident Mario Soares dieser Bitte entsprochen. Eden Pastora bezeichnete sich selbst als einen „demokratischen Sozialisten".

Sudans „Stechende Insekten" sind diesmal Marxisten

HANS GERMANI, **Johannesburg**

In Afrika haben die verschiedenen Untergrundbewegungen offenbar die Jagdsaison auf weiße Ausländer eröffnet. Nach Überfällen und Entführungen in Zimbabwe, Angola, Moçambique und Äthiopien sind vor einigen Tagen auch in Sudan fünf Weiße einer Guerrilla-Gruppe in die Hände gefallen. Damit hat sich die Zahl der entführten Ausländer innerhalb eines Jahres auf mehr als 120 erhöht.

Die bisher unbekannte „Befreiungsfront des südlichen Sudan" erinnert an den schwelenden Konflikt in Sudan zwischen dem arabischen Norden (etwa zwei Drittel bis drei Viertel der Bevölkerung) und dem schwarzen, negroiden Süden. Er geht auf das Ende der britischen Kolonialzeit in den fünfziger Jahren zurück. Zu dem rassischen Gegensatz kam hier stets der religiöse. Der Norden ist fanatisch islamisch, der Süden teils christlich, teils animistisch. Während die Briten die Minderheiten noch schützten, hatten die Araber freie Hand im unabhängigen Sudan. Sie verfolgten die Süd-Neger und christliche Missionare. Nach dem Sturz des Diktators Ibrahim Abboud 1963 brach der Guerrilla-Krieg zwischen den fanatischen Muslims aus dem Norden und den schwarzen Südsudanesen offen aus.

Die Rebellen, die von dem deutschen Söldnerführer Rolf Steiner ausgebildet wurden, nannten sich „Anyanya" – „Stechende Insekten". Unterstützt wurden sie vom kaiserlichen, später republikanischen Äthiopien, das sich somit für die Hilfe rächte, die Khartum den moslemischen Rebellen in Eritrea zukommen ließ.

Mitte der siebziger Jahre konnte der heutige sudanesische Staatschef Numeiri einen Ausgleich erzielen und das Land befrieden. Seit etwa einem Jahr nun sind wieder Unruhen und wachsende Spannung zu verzeichnen. Die jetzt hervorgetretene Guerrilla-Organisation der Schwarzen hat allerdings nach Ansicht von westlichen Diplomaten mit der früheren Bewegung Anyanya nichts zu tun. Ihr Name verrate marxistischen Einfluß. Sie werde nach in Nairobi und Khartum vorliegenden Informationen von der kommunistischen *Regierung Äthiopiens* und deren sowjetischen Beratern aufgebaut und in Einsatz gebracht.

Dieselben Beobachter sehen darin den Versuch, das Regime Numeiris zu destabilisieren und möglicherweise zu stürzen. Racheakte seien ausgeschlossen, da Numeiri seine Hilfe an die Eritrea-Rebellen schon lange eingestellt habe.

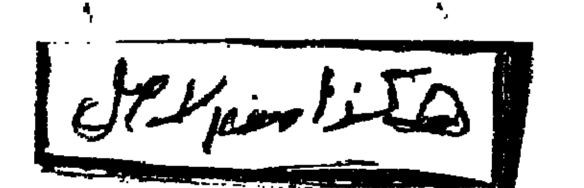
Das Auftreten der südsudanesischen „Befreiungsfront" ist im Zusammenhang mit den Kämpfen in Tschad von besonderer Bedeutung. Numeiri unterstützt ebenso wie der ägyptische Präsident Mubarak den tschadischen Staatschef Hissen Habré, der von den prolibyschen Rebellen des Goukouni Weddeie hart bedrängt wird. Bezeichnenderweise marschieren die Truppen Weddeies nicht auf die Hauptstadt N'djamena vor, sondern auf eine andere Hochburg, Habrés, Abéché, an der Grenze zu Sudan. Besorgt verfolgt man diese Truppenbewegung. Denn wenn Weddeie die Stadt Abéché einnimmt, dann kann Sudan im Westen von den Libyern und im Süden von Äthiopiens in die Zange genommen werden. Äthiopien und Libyen sind verbündet und prosowjetisch ausgerichtet. *Handelt* es sich bei dem Tschad-Sudan-Konflikt um eine neue Sowjetoffensive in Mittelafrika?

„Sacharow ein Prüfstein der Kreml-Politik"

War Anschlag ... von 16 Extremist...

London: 65 Mrd. Mark für Militär

Krefeld: Austausch mit den USA



Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Schwierige Mikrochirurgie

„Unfall am Wochenende"; WELT vom 9. Juni

Sehr geehrte Damen und Herren,
mit großer Betroffenheit habe ich den oben genannten Artikel gelesen. Ich weiß nicht, was mich mehr bestürzt hat: der wohl kaum von Sachkenntnis getragene Inhalt des Artikels oder die fast schon beleidigende Art und Tendenz des Wortlautes im letzten Absatz! Es wird Ihnen nicht unbekannt sein, daß sich inzwischen herausgestellt hat, und zwar von seriösen Zeitungen sowie Rundfunk und Fernsehen bestätigt, daß sich diese ganze Angelegenheit als eine „geplatzte Seifenblase" erwiesen hat!

Bei einiger Sachkenntnis ärztlicher und speziell chirurgischer Verhältnisse, vor allem mikrochirurgischer Verhältnisse, hätten dem Schreiber dieses Artikels schon große Zweifel kommen können, und er hätte dann lieber Abstand davon genommen, diese Zeilen zu schreiben. Der Schreiber dieses Artikels unterstellt offenbar, daß „an einem schönen, sonnigen Sonntag" Zweifel daran bestehen *könnten, ob in* Schwerpunktkrankenhäusern und Krankenhäusern der Maximalversorgung Operationsteams bereit stehen, die auch sofort und unverzüglich Schwer- und Schwerstverletzte versorgen können. Es ist auch nicht recht verständlich, was die Erwähnung von Einser-Abiturienten und Ärzte-Einkommen mit diesem Unfall zu tun haben!

Des weiteren sei mir gestattet, darauf hinzuweisen, daß mancher Notarzt trotz bester Absicht nicht in der Lage ist zu beurteilen, ob eine Replantation einer Gliedmaße stattfinden kann oder nicht, schon gar nicht, wenn es sich um große Gliedmaßen wie Arme und Beine handelt.

Hochachtungsvoll
Dr. Karl Hempel,
Präsident des Berufsverbandes der Deutschen Chirurgen e. V.,
Hamburg 70

*

Sehr geehrter Herr v. Loewenstern,
Ihre Kritik an der mangelhaften mikrochirurgischen Versorgung in der Bundesrepublik verlangt nach einer Ergänzung. Arme oder Finger wieder anzunähen, bedarf eines eingespielten Teams, das zudem in ständigem Training sein muß, will es die im Tierversuch mühevoll erlernten Fingerfertigkeiten nicht wieder verlieren. Immerhin müssen diese Operateure Gefäße in einer Größenordnung von wenigen Millimetern wieder zusammenfügen, was ohne antrainiertes Geschick wohl nicht möglich ist. Jedenfalls vertritt die Replantationsgruppe am Klinikum rechts der Isar in München diese Auffassung seit Jahren mit Nachdruck. Für eine optimale Versorgung solcher Verletzungen sollten in mehreren deutschen Zentren Teams rund um die Uhr parat sein – ein personelles wie auch organisatorisches Problem.

Ich hoffe, daß Ihr scharfer Schuß auf die Versorgungsmängel hilft, die erforderlichen Replantationszentren in der Bundesrepublik aufzubauen und die bestehenden mit ausreichenden Personalstellen auszustatten.

Dr. med. Jochen Aumiller,
Chefredakteur der Münchener Medizinischen Wochenschrift,
München 80

Die ungenannten Opfer

„Über 100 000 Tote beim Bau von Moskaus Bombe"; WELT vom 24. Juni

Sehr geehrte Damen und Herren,
die schätzungsweise 100 000 beim Bau der sowjetischen Atombombe umgekommenen Menschen sind bei weitem nicht die einzigen durch Radioaktivität Getöteten in der UdSSR.

Der jüdische Bürgerrechtler Avraham Shifrin, der selbst ein ganzes Jahrzehnt in sowjetischer Lagerhaft verbringen mußte, berichtet in seinem „Reiseführer durch Gefängnisse und Konzentrationslager in der Sowjetunion" von 41 (!) Vernichtungslagern, die praktisch über das gesamte Staatsgebiet verteilt sind. Dort werden Menschen bei Uranförderung, Arbeit an Urananreicherungsanlagen und dem Reinigen der Düsen von Atom-U-Booten solch starker Strahlung ausgesetzt, daß sie dabei langsam und elend zugrunde gehen. Wer die Ächtung von Atomwaffen fordert, der sollte auch für die Ächtung dieser Todeslager eintreten, in denen bereits heute zum Teil unschuldige Menschen regelrecht radioaktiv verseucht werden!

Die Behandlung der inoffiziellen sowjetischen Friedensbewegung, wogegen hier auch niemand auf die Straße geht, spricht ebenfalls eine beredte Sprache. Friedenskämpfer in der Sowjetunion werden von den Machthabern als „unzurechnungsfähig" erklärt, werden in Psycho-Kliniken eingeliefert, psychiatrisch gefoltert und mit Elektroschocks gequält. Trotz akuter Lebensgefahr muß der schwerkranke Atomphysiker und Friedensnobelpreisträger Andreij Sacharow immer noch in der Verbannung leben, die Helsinki-Gruppen wurden allesamt zerschlagen, Millionen Menschen müssen in Konzentrationslagern unmenschliche Zwangsarbeit verrichten. Fazit: Das Sowjetregime führt nicht nur Krieg in Afghanistan, es führt permanent Krieg gegen den einzelnen Menschen, gegen das eigene Volk!

Wer aber im Innern die Menschenrechte nicht respektiert, der erkennt auch nicht nach außen hin das Rechtsprinzip an, auf dem das Völkerrecht, das Selbstbestimmungsrecht der Völker und damit der internationale Frieden fußt. Daraus erklärt sich auch die Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis sowjetischer Friedensliebe, denn *zwischen* demokratischen Staaten, die Menschenwürde und Menschenrechte achten, hat noch niemals ein Krieg stattgefunden.

Mit freundlichen Grüßen
Bernward Münster,
Internationale Gesellschaft für Menschenrechte e. V.,
Herborn

Qualifikation

„Muß der DAAD-Präsident ein guter Wissenschaftler sein?", fragt Peter Philipps (WELT vom 7. Juni). Eine deutliche Mehrheit der Hochschulvertreter im Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) hat diese Frage verneint, als sie am 14. Juni 1983 von zwei Kandidaten den nach allen landläufigen Kriterien deutlich schlechteren wählte. Aber es geht nicht nur um wissenschaftliche Qualifikation. Jetzt hat die Mehrheit der Hochschulspitzen wissentlich einen Mann an der Spitze einer Wissenschaftsförderungsorganisation bestätigt, der in seinem Lebenslauf angegeben hat, er sei habilitiert, obwohl er nicht habilitiert ist, und er sei 1969 auf einen Lehrstuhl in Paris berufen worden, obwohl er damals nur maitre de conférence geworden ist. Ob das den Ruf des DAAD und der deutschen Wissenschaft verbessert?

Daß dieser Fehler zum vierten Mal gemacht worden ist, macht ihn nicht kleiner, sondern größer. Außerdem wirft es ein Licht auf das hochschulpolitische Establishment, dem nichts Kühneres einfällt, als der Versuch, den Ruf des DAAD durch die Unterdrückung unerwünschter Fakten per Stilkritik – „unerträglicher Stil" – zu sanieren. Wenn etwas dem Ruf des DAAD abträglich ist, dann sind es die Personalunterlagen des alten / neuen Präsidenten.

Was die Stilfrage anlangt: Wer sich um ein öffentliches Amt bemüht, muß sich gefallen lassen, daß seine Qualifikation für dieses Amt öffentlich diskutiert wird. Das ist ein Gesetz der Demokratie. Aber die Mehrheit der Hochschulspitzen im DAAD wußte, warum sie eine Personaldebatte abgewürgt hat. Daß sie dabei versucht hat, sich zu entlasten, indem sie mich diskreditierte, paßt ins Gesamtbild, trifft mich aber nicht.

Prof. Dr. Gerd Roellecke,
Rektor der Universität Mannheim

Frommer Wunsch

„Leserbrief: Karl Barth zum Pazifismus"; WELT vom 25. Juni

Möglicherweise ist Herrn Professor Dr. Motschmann das „Wort" von Karl Barth nicht bekannt: „Ein nationalsozialistischer Sieg wäre für uns die denkbar größte Niederlage, dann lieber ein verwüstetes Deutschland!"

Dieser fromme Wunsch ist dem pazifistischen Theologen in Erfüllung gegangen. Was diese Einstellung mit Pazifismus zu tun hat, bleibt wohl ein Rätsel.

Mit dem besten Gruß
Fritz Schramm,
Pinneberg

Unflexibel

„Wer etwas lehrt, müßte es eigentlich auch selber können"; WELT vom 25. Juni

Die fachwissenschaftlichen Studien eines Lehramtsstudenten reichen zwar für ein Lehramt, aber nicht für eine entsprechende berufliche Tätigkeit. Der Student wird dadurch alternativlos auf den Staat als Arbeitgeber fixiert und unflexibel.

Die wünschenswerte Wechselbeziehung zwischen beruflicher und unterrichtlicher Tätigkeit und umgekehrt wäre erreichbar, wenn das fachwissenschaftliche Studium an der Universität in einem Fach mit einem Diplom abschließen würde. Die Lehrbefähigung wird weiterhin über eine Seminarausbildung erworben, die ein artverwandtes Fach einschließen muß und unter Umständen gegenüber der bisherigen meist zweijährigen Seminarausbildung verlängert wird.

Rütger Nabbefeld,
Köln 71

Wort des Tages

„Alles, was es bedarf, damit die Kräfte des Bösen in der Welt gewinnen, sind genügend gute Menschen, die nichts tun."

Edmund Burke, brit. Politiker (1729–1797)

Mit Tarnkappe

Sehr geehrte Damen und Herren,
der Paragraph 18 des Parteiengesetzes lautet u. a.: „Die notwendigen Kosten eines angemessenen Wahlkampfes sind Parteien, die sich an der Bundestagswahl beteiligt haben, zu erstatten."

Das Parteiengesetz ist in dieser Hinsicht umstritten. Es gibt keine vergleichbaren Beispiele in anderen Demokratien. Parteien sollten sich durch ihre Mitglieder finanzieren und ihren teils verschwenderischen Aufwand begrenzen.

Unmoralisch ist es auch, wenn alle hohen Staatsfunktionäre und alle Parteien von notwendigen Einsparungen reden, sie aber selbst durch die Tarnkappe eines Gutachtens die Erhöhung der Pauschale von DM 3,50 auf DM 5,00 je Wähler bestimmen, um gravierende Schulden abzubauen.

Welche neutrale und unabhängige Stelle ermittelt denn die laut Parteiengesetz „notwendigen Kosten"? Und welche neutrale Stelle überprüft einmal den Personal- und Sachaufwand?

Unter Berücksichtigung der Wählerstimmen der Bundestagswahl 1983 erhielten die Parteien schon 126 Millionen DM, bei einer Anhebung auf DM 5,00 würde dieser Betrag auf 194 Millionen DM ansteigen.

Gleichzeitig fordern die Bundestagsabgeordneten bei leeren Kassen eine Anhebung ihrer Bezüge, von deren Höhe und den in Aussicht gestellten Pensionszusagen die Abgeordneten anderer Staaten nur zu träumen wagen.

Die Kosten des Deutschen Reichstages betrugen bei 473 Abgeordneten im Jahre 1919 7,4 Millionen Reichsmark, auf DM-Währung umgerechnet sind dies rund 60 Millionen DM.

Der Bundestag kostete den Steuerzahler 1982 bereits über DM 367 Millionen, auf jeden Abgeordneten kommen bereits drei Beamte und Angestellte der Bundestagsverwaltung. Liegt es doch daran, daß die Masse unserer Abgeordneten ein gestörtes Verhältnis zum Geld besitzt?

Mit freundlichen Grüßen
Heinz Behrendt,
Bendestorf

Personalien

ERNENNUNGEN

Die Deutsche Atlantische Gesellschaft hat ihren langjährigen Präsidenten, den früheren Bundesminister Dr. **Richard Jaeger**, zum Präsidenten wiedergewählt. Vizepräsident wurden erneut der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, **Fritz Rudolf Schultz**, General a. D. **Ernst Ferber**, **Marie Elisabeth Klee**, Delegierte der Europäischen Frauen Union beim Europarat, und Professor Dr. **Klaus Stern**, Direktor des Instituts für Öffentliches Recht und Verwaltungslehre an der Universität Köln. Präsident der Atlantic Treaty Association, der Dachorganisation der nationalen atlantischen Gesellschaften wurde an Stelle des früheren Bonner Staatsministers **Peter Corterier** der stellvertretende Intendant des Deutschlandfunks, **Stephan Thomas.**

*

Swasiland, ein Königreich im Nordosten der Republik Südafrika, wird in Zukunft durch Botschafter **Kenneth M. Mbuli** in der Bundesrepublik Deutschland vertreten. Botschafter Mbuli übergab Bundespräsident **Karl Carstens** das von Königin und Regentin **Dzeliwe** unterschriebene Beglaubigungsschreiben. Der Diplomat hat in der Universität von Glasgow Politik und Wirtschaftsgeschichte studiert. In seinem Heimatland übernahm er sofort bedeutende Posten: ab 1973 als amtierender Sekretär des Direktoriums der nationalen Swasiländischen Industrie-Entwicklungsgesellschaft und als Abteilungsleiter im Ministerium für Industrie und Bergbau. 1976 ging er zur Swasiländischen Vertretung bei der EG in Brüssel, wo er bis 1980 als Geschäftsträger sein Amt versah. 1982 wurde er Botschafter bei der Regierung in Brüssel und bei den Europäischen Gemeinschaften. Swasiland hat bisher keine eigene Botschaftskanzlei in Bonn. Der neue Botschafter wird seine deutschen Dienstgeschäfte von Brüssel aus versehen. Bundespräsident Karl Carstens sagte beim Besuch des Diplomaten, die Bundesrepublik wolle dem Land auch in Zukunft behilflich sein, seine wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit zu festigen.

Kenneth M. Mbuli

BUNDESPRÄSIDENT

Mindestens 13 Ständchen von Blaskapellen und Musikzügen werden den 38 Kilometer langen Fußmarsch von Bundespräsident **Karl Carstens** durch den Bayerischen Wald verschönern. Der Bundespräsident und seine Frau **Veronica** wandern am Wochenende wieder. Ausgangspunkt ihrer Wanderung, nach einer Begrüßung in Straubing, ist die Loipenhütte am Bretterschachten an der Arberseestraße. Über Bodenmais geht es Richtung Jugendherberge Kleiner Arber bis Bayerisch Eisenstein, wo der Präsident das dortige Zollamt besucht. In Schloß Egg übernachten Karl Carstens und seine Frau am Samstag. Am Sonntagmorgen fliegen sie mit dem Hubschrauber zunächst nach Freyung, wo sie in der dortigen Bundeswehrkaserne erwartet werden.

EHRUNG

Bundestagsdirektor Dr. **Helmut Schellknecht** erhielt von Bayerns Ministerpräsident **Franz Josef Strauß** den Bayerischen Verdienstorden. Dr. Schellknecht versieht das schwierige Amt des Bundestagsdirektors seit 1970. Davor war er leitender Beamter beim Wehrbeauftragten der Bundeswehr gewesen. In der Zeit, in der Strauß das Amt des Verteidigungsministers ausübte, hatte Dr. Schellknecht im Bonner Verteidigungsministerium die Aus- und Fortbildung für die dortigen Beamten aufgebaut. Der Bundestagsdirektor wird im August nächsten Jahres 65 Jahre alt.

GESTORBEN

Carl Friedrich Meineke, Vorstandsvorsitzender der zum Schweizer Rück Konzern gehörenden Vereinigten Versicherungsgruppe, starb mit 64 Jahren. Der gebürtige Münchner war außerdem Vorstandsvorsitzender der Vereinigten Aachen-Berlinischen Versicherungs AG, München, der Vereinigten Eos-Isar-Lebensversicherungs AG, München, der Vereinigten Krankenversicherungs AG München, und Vorstandsvorsitzender der Salus Krankenhauskosten-Versicherungs AG, München.

FUSSBALL / Auslosung der drei europäischen Pokalwettbewerbe in Zürich

Freilos für den Hamburger SV – Elton Johns Verein spielt gegen den 1. FC Kaiserslautern

DW. Zürich

Der Hamburger SV braucht in der ersten Runde gar nicht anzutreten. Pokalsieger 1. FC Köln setzt gegen Wacker Innsbruck die deutsch-österreichischen Vergleichskämpfe auf internationaler Ebene fort. Bremen und Stuttgart erhielten mit Malmö FF und Levsky/Spartak Sofia im UEFA-Cup Gegner der gehobenen Mittelklasse, Bayern München mit Anothosis Famagusta aus Zypern nicht mehr als einen Trainingspartner. Nur der 1. FC Kaiserlautern läuft Gefahr, schon in der ersten Runde auszuscheiden. Er muß sich mit Englands Vizemeister FC Watford auseinandersetzen. Das ist das Fazit der Auslosung für die drei europäischen Fußball-Pokalwettbewerbe, die gestern in Zürich stattfand, und deren erste Runden am 14. und 28. September gespielt werden.

Immer mehr müssen die Bundesliga-Vereine den Europapokal unter finanziellen Gesichtspunkten betrachten. Und so ist denn Helmut Kallmann aus dem Präsidium des Hamburger SV gar nicht so unglücklich über das Freilos, das den Titelverteidiger im Europapokal der Landesmeister sofort in die zweite Runde einziehen läßt: „Besser so, als nach Zypern oder in die Türkei fahren zu müssen und zu Hause einen Gegner zu haben, der keine Zuschauer ins Stadion zieht. So können wir Freundschaftsspiele abschließen, um das Geld hereinzuholen."

Bayern Münchens Gegner aus Zypern ist so ein Fall: Keine Frage, daß die Bayern die zweite Runde erreichen, aber die Reisekosten zum Auswärtsspiel werden nur schwer eingespielt werden können. Hannes Löhr, Manager des 1. FC Köln, ist da recht zufrieden. Er setzt darauf, daß sich die oft auch emotionsgeladene nachbarschaftliche Auseinandersetzung zwischen deutschen und österreichischen Mannschaften bei der Weltmeisterschaft und in der Europameisterschafts-Qualifikation als Kassenfüller auswirkt. Werder Bremen hat das Pech, gegen Malmö FF zur Zeit schon in der Intertoto-Runde antreten zu müssen. Trainer Otto Rehhagel sieht darin nur einen sportlichen Vorteil: „Für uns ist es gut, jetzt schon zweimal gegen Malmö spielen zu können. Wir haben die Chance, uns über Stärken und Schwächen des Gegners informieren zu können."

Bleibt der 1. FC Kaiserlautern. Der FC Watford ist die Überraschungsmannschaft der englischen Saison 1982/83, in der er erstmals in seiner Geschichte in die erste Liga aufstieg und gleich Zweiter der Meisterschaft wurde. Der Verein aus dem Londoner Vorort wird geführt von Popsänger Elton John.

Sein Einsatz für den FC Watford ist nicht nur Hobby. Es ist die Möglichkeit, „dem gläsernen Käfig des Tourneezirkus zu entfliehen". Seine Fußball-Leidenschaft, sagte er, sei viel größer als sein Hang, Brillen zu sammeln (200 Exemplare besitzt er) und Automobil-Oldies in den 15 Garagen seines 34-Zimmer-Schlosses gleich neben dem königlichen Sommersitz, Windsor Castle, unterzustellen.

„Ich kaufe mir etwas, wenn ich es wirklich mag", ist Elton Johns scheinbar schlichte Lebensphilosophie. Dazu zählt denn auch der Luxus, sich bei Auslandsreisen über Telefon das gesamte Spiel seines FC Watford übertragen zu lassen. Jetzt hat er den Fans zu Hause versprochen, daß eine neue Sportanlage mit 30 000 Zuschauerplätzen gebaut wird. Anfangs haben ihn diese Vereinsanhänger voller Argwohn gemustert („Der ist doch schwul"), wenn er als spendabler Mäzen in extravaganter Kleidung seinen Tribünenplatz einnahm.

Das Mißtrauen schlug auch deshalb in Sympathie um, weil er seine Grenzen im Fußball-Geschäft kennt. „Auf sportlichem Sektor habe ich volles Vertrauen zu Manager und Trainer", sagt der Klubchef. Bereits 1976 verpflichtete er Graham Taylor als Manager mit 100 000 Pfund (etwa 410 000 Mark) Jahresgage. Er und Coach Bertie Mee sind die starken Männer von Watford. Die beiden bekommen jede notwendige Verstärkung, gewiß auch für die nächste Saison. Welche Summen Elton John zu investieren bereit ist, will er sich nicht entlocken lassen. Aber er steht nach wie vor zu seiner Aussage: „Diesen Klub bringe ich ganz nach vorne."

Die Spiele der ersten Runde

Pokal der Landesmeister
Hamburger SV – Freilos
AS Rom – IFK Göteborg
Athlone Town – Lüttich
Ajax Amsterdam – Piräus
Fenerbahce – Bohemians Prag
Rapid Wien – FC Nantes
ZSKA Sofia – Nikosia
Odense BK – FC Liverpool
Benfica – Linfield Belfast
Ostberlin – Jeunesse Esch
Partizan Belgrad – Stavanger
Kuusysi Lahti – Dynamo Bukarest
Dundee United – Hamrun/Malta
Dynamo Minsk – Grasshoppers
Györ – Vikinggur Rejkjavic
Lech Posen – Athletico Bilbao

Pokal der Pokalsieger
FC Aberdeen – IK Akranes
Innsbruck – 1. FC Köln
Juventus Turin – Danzig
Famagusta – SK Beveren
Dynamo Zagreb – FC Porto
Idmanyurdu – Varna
Manchester Un. – Dukla Prag
Servette Genf – Beggem
NEC Nijmegen – Brann Bergen
Glasgow Rangers – La Valetta
AEK Athen – Ujpest Dosza
Nykoebing – Donezk
Hammarby Stockholm – Tirana
St. Germain – Glantoran Belfast
Qualifikation: FC Swansea – FC Magdeburg, der Sieger spielt gegen den FC Barcelona.

UEFA-Pokal
Aston Villa – Viktoria Setubal
Sparta Prag – Real Madrid
FC Antwerpen – FC Zürich
Sparta Rotterdam – Belfast
Ostrau – BK Kopenhagen
Austria Wien – Aris Bonneweg
PSV Eindhoven – Ferencvaros

Kaiserslautern – Watford
Roter Stern Belgrad – Verona
Groningen – Atletico Madrid
Larissa – Honved Budapest
Lodz – Elfsborg Boras
Jena – Vestmannaeykar
Spartak Moskau – HJK Helsinki
Racing Lens – AA Gent
Anderlecht – Brüne
Nottingham – Frankfurt/Oder
Celtic Glasgow – GF Aarhus
Dynamo Kiew – Stade Laval

Werder Bremen – Malmoe FF
Drogheda United – Tottenham
Feyenoord – St. Mirren
Bordeaux – Lok. Leipzig
Radnicki Nisch – St. Gallen

Bayern München – Famagusta
Sportul Bukarest – Graz
Plovdiv – PAOK Saloniki

VfB Stuttgart – Levsky Sofia
Craiova – Hajduk Split
Trabzonspor – Inter Mailand
Inter Preßburg – Rabat Ajax/Malta
Sligo Rovers – Valkeaskoski

SPORT-NACHRICHTEN

Derwall droht mit Klage

Hamburg (DW.) – Fußball-Bundestrainer Jupp Derwall droht Horst Hrubesch eine Klage wegen Rufschädigung an. Der frühere Hamburger, der in der nächsten Saison bei Standard Lüttich spielt, hatte über den Bundestrainer gesagt: „Wir können nur hoffen, daß Derwall zurücktritt. Er versteht nichts von Fußball-Taktik." Sollte Hrubesch seine Äußerungen nicht öffentlich widerrufen, so will Derwall ihn verklagen.

Spandau erneut Meister

Berlin (sid) – Bereits drei Spieltage vor Saisonende sicherten sich die Wasserballspieler von Spandau 04 Berlin ihren fünften deutschen Meistertitel in Folge. Nach dem 24:2-Sieg über den SSV Esslingen sind die Berliner bei 57:1 Punkten von dem zweitplazierten Duisburg 98 (44:8) nicht mehr einzuholen.

Burgsmüller zu teuer

Dortmund (sid) – Manfred Burgsmüller wechselt nicht vom Fußball-Bundesligaklub Borussia Dortmund nach Nürnberg. Der Transfer scheiterte an der zu hohen finanziellen Forderung von Dortmund. Die Nürnberger wollten für den 34 Jahre alten Burgsmüller 400 000 Mark Ablöse zahlen, Dortmund verlangte aber 540 000 Mark.

Kokain bei Tennisspielern

Aachen (sid) – Die beiden Tennisspieler Terry Saunders (Australien) und Hernando Aquiere (Kolumbien) wurden in Aachen wegen illegalen Drogenbesitzes festgenommen. Nach Angaben der Aachener Oberstaatsanwaltschaft waren in der Wohnung des Australiers, der beim Regionalligaklub Grün-Weiß Aachen spielt, größere Mengen Kokain gefunden worden.

Guter Test von Lauda

Zeltweg (sid) – Der Österreicher Niki Lauda, der bei den letzten sechs Weltmeisterschaftsläufen in der Formel 1 keinen Punkt gewann, bewies in Zeltweg gute Form. Bei Testfahrten für den Großen Preis von Österreich (14. August) erzielte Lauda (1:35,79 Minuten) auf McLaren-Ford hinter dem Franzosen Patrick Tambay (1:34,73 Minuten) auf Ferrari-Turbo die zweitbeste Trainingszeit.

Tennis: Graf überraschte

Hittfeld (sid) – Die 14 Jahre alte Heidelbergerin Steffi Graf erreichte überraschend in Hittfeld die zweite Runde des Damen-Tennis-Turniers. Sie besiegte Dianne Fromholtz (Australien) mit 6:4, 3:6, 7:6. Mit Eva Pfaff (Frankfurt) und Petra Keppeler (Augsburg) stehen zwei weitere deutsche Spielerinnen in der zweiten Runde.

Koof reitet in London

Düsseldorf (sid) – Der Weltmeister der Springreiter, Norbert Koof aus Willich, sowie Europameister Paul Schockemöhle (Mühlen) und Gerd Wiltfang (Thedinghausen) gehen bei der weltberühmten „Royal Horse Show" in London (18.–23. 7.) an den Start. Von dort aus reisen die Pferde der drei deutschen Reiter direkt weiter nach Hickstead, wo vom 28. bis 31. Juli die Europameisterschaft ausgetragen wird.

ZAHLEN

SEGELN

Internationale Deutsche Meisterschaft in der Solingklasse vor Grömitz, zweite Wettfahrt: 1. Bank (Dänemark), 2. Simons (England), 3. Jungell (Finnland), 4. Kadelbach, 5. Hirt, 6. Noel, 7. Jungblut (alle Deutschland). – Gesamtwertung: 1. Bank 0, 2. Jungell 4,5, 3. Simons 6,6, 4. Hirt 9, 5. Gaersch (Deutschland) 13,9, 6. Noel 16 Punkte.

TENNIS

Turnier inGstaad/Schweiz, erste Runde: Higueras (Spanien) – Lozano (Mexiko) 6:4, 6:4, Scanlon (USA) – Menon (Indien) 6:4, 6:4, Sandy Mayer (USA) – Orantes (Spanien) 6:4, 5:7, 6:2, Fibak (Polen) – Fromm (USA) 6:1, 6:2, Purcell – Carter (beide USA) 6:1, 6:2. – Damen-Turnier in Hittfeld, erste Runde: Graf (Deutschland) – Fromholtz (Australien) 6:4, 3:6, 7:6, Buderova (CSSR) – Phelbs (USA) 2:6, 6:2, 6:2, Bonder (USA) – Skronska (CSSR) 6:3, 4:6, 6:3, Benjamin (USA) – Tanvier (Frankreich) 6:1, 2:6, 6:1.

SCHWIMMEN

Universiade in Edmonton/Kanada. Herren: 400 m Freistil: 1. Salnikow (UdSSR) 3:49,38, 2. Hayes (USA) 3:54,93, 3. Semenow (UdSSR) 3:56,57, ... 5. Fahrner (Deutschland) 3:57,81. – 4 x 100 m Freistil: 1. UdSSR 3:21,72, 2. USA 3:21,82, 3. Kanada 3:26,38, 4. Deutschland 3:26,77. – Frauen: 100 m Brust: 1. Belokon (UdSS) 1:12,17, 2. Buzelite (UdSSR) 1:13,08, 3. Valle (Italien) 1:13,90, ... 5. Knipping (Deutschland) 1:14,28. – 100 m Schmetterling: 1. Woodhouse (Australien) 1:01,79, 2. Scarponi (Italien) 1:02,31, 3. Kume (Japan) 1:02,48.

AMATEURBOXEN

Gürtel enger geschnallt

sid, München

Die Amateurboxer aus der Bundesrepublik müssen den Gürtel enger schnallen. Aus dem enttäuschenden Abschneiden der mit einem Durchschnittsalter von 21,3 Jahren jüngsten Staffel des Deutschen Amateur-Box-Verbandes (DABV) bei den Europameisterschaften im Mai in Varna, zog Sportwart Heinz Birkle erste Konsequenzen. In Varna hatte es erstmals seit 1977 keine Medaille gegeben.

Rainer Gies aus Kaiserslautern („Er minderte seine harte Trainingsarbeit durch unnötigen Genuß von Nikotin") und Nachtschwärmer Kurt Seiler aus Leverkusen tauchen nicht mehr im vorläufigen Aufgebot für das Ostalb-Turnier im September in Oberchochem und die anschließende Länderkampfreise mit drei Starts in die USA auf. Nachdem die Berliner Brüder Graciano und Ralf Rocchigiani nach schriftlichen Auflagen von Heinz Birkle ohne Begründung ihre Teilnahme am Akropolis-Turnier in Athen abgesagt hatten, wurde den beiden Talenten die Sporthilfe gestrichen. Selbst Profi-Manager Wilfried Sauerland zeigt nach dem wenig rühmlichen Auftreten der DABV-Staffel in Bulgarien kein Interesse mehr an den beiden.

Kürzungen gab es auch bei den Fahrt- und Verpflegungszulagen für das Stützpunkttraining der Spitzenathleten. „In Zukunft werden nur noch die beiden Bundestrainer Dieter Wemhöner und Helmut Ranze bei großen Turnieren amtieren", kündigte Birkle an. In Varna assistierten dem Trainergespann die beiden Landestrainer Karl-Heinz Johannpeter (Westdeutschland) und Bubi Dieter (Berlin).

Olympia-Tourismus soll es nicht geben. Für den Weg nach Los Angeles gab Birkle die Devise aus: „So oft wie möglich einen Athleten schlagen, der bei den Europameisterschaften das Viertelfinale erreicht hat. Gleichrangig sind Erfolge gegen Boxer des gleichen Kalibers aus anderen Kontinenten."

Die endgültige Nominierungsentscheidung wird nach dem Abschneiden bei den Frühjahrs-Turnieren in Italien, dem Chemiepokal in Halle/„DDR" und dem Intercup 1984 in der ersten Maiwoche in Karlsruhe erfolgen.

SKI ALPIN

Prämiensystem neu geordnet

dpa, München

Der Brotkorb für die deutschen Skirennläufer ist im Olympiawinter 1983/84 besser gefüllt, aber er hängt auch höher. Noch mehr denn je zählen Leistung und Werbung. In einem vom Sportwart Kuno Messmann ausgearbeiteten neuen Zahlungssystem werden die Prämien für Spitzenplätze im Weltcup, bei Olympischen Spielen und Weltmeisterschaften erhöht, die bezahlten Ränge aber eingeschränkt. Eine olympische Goldmedaille wird mit 18 000 Mark bei den Herren und 15 300 Mark bei den Damen honoriert. Wer beispielsweise aber nur Siebter wird, geht gänzlich leer aus.

Nach dem neuen Bewertungssystem zählen im Weltcup bei den Herren nur die Rennen in Gröden, Val d'Isère, Kitzbühel, Wengen (Slalom), Madonna di Campiglio, Garmisch-Partenkirchen (Arlberg-Kandahar) und das Weltcupfinale in Oslo zur Kategorie I, bei den Damen Val d'Isère, Pfronten, Haus bei Schladming und Zwiesel. Alle anderen Rennen sind Kategorie II. Überhaupt nicht bewertet werden Rennen zwischen dem 1. Mai und dem 30. November.

Prämien gibt es in der Kategorie I von den Rängen 1 bis 10, wobei ein Weltcupsieg bei den Herren 12 000 Mark und bei den Damen 10 200 Mark bringt. Für den 10. Rang werden noch 500 Mark (425 Mark) brutto gutgeschrieben. In der Kategorie II werden nur die Ränge 1 bis 5 honoriert, wobei der erste Platz mit 9000/7650 Mark, der fünfte Rang mit 1800/1530 Mark zu Buch steht.

Bei den Verdienstausfallentschädigungen, die sich an den Leistungen des vergangenen Winters orientieren, und bei den Damen auch mit 85 Prozent der Herren-Sätze angetzt sind, ist die Zahl der gut Verdienenden ebenfalls gering. An der Spitze steht die derzeit beste deutsche Rennläuferin, Irene Epple (25), mit 27 000 Mark brutto. Davon gehen mindestens noch 40 Prozent Steuern ab. Bei den Herren hat sich zwar der Sonthofener Frank Wörndl wieder auf 16 400 Mark Verdienstausfall dank seiner Erfolge in der letzten Saison geschraubt, aber 12 von 18 Nationalmannschaftsmitgliedern erhalten das Minimum von 4200 Mark jährlich.

STAND●PUNKT / *Marsikova*

Wie groß mögen die Gefängniszellen sein in Prag oder Brünn? Drei mal vier Meter? So daß man nur auf- und abgehen, und ein bißchen Gymnastik machen kann?

Wie mag das Essen sein in den Gefängnissen von Prag oder Brünn? Wird es nur Wasser und Brot geben, so daß auch der Stärkste langsam verfällt? Oder wird es Steaks geben und Eier und alles, was ein junger Mensch so braucht?

Wir wissen es nicht. Aber es muß offenbar hinter der Grenze, hinter der eine andere Welt beginnt, wirklich alles anders sein, und alles besser.

Zehn Monate saß sie, die 24 Jahre alte Regina Marsikova. Zehn von den 24, mit denen sie dafür büßen sollte, daß sie, angetrunken, einen Autounfall mit Todesfolge verursacht hatte. Jetzt wurde sie entlassen und der erste Weg führte die ehemalige Weltklassespielerin wieder auf den Tennisplatz. Die zehn Monate sind scheinbar völlig spurlos an ihr vorübergegangen. Sie kam zurück und wurde Meisterin von Mähren.

Das ist wirklich humaner Strafvollzug und perfekte Resozialisierung. Und wir wollen das der blonden Regina wirklich gönnen. Wir wollen auch gar nicht die Frage stellen, ob dort, wo alle gleich sein sollen, vor Gericht, beim Urteil und beim Rabatt, es nicht doch eine Rolle spielt, wieviel Devisen einer ins Land bringt. Und wir freuen uns auch darüber, daß es so menschlich zugeht in den Gefängnissen, daß keiner Mangel leiden muß, weil wir doch annehmen dürfen, daß auch die Unterzeichner der Charta 77 in den Zellen nebenan alles haben.

Oder ist da drüben eben wirklich alles anders – und das mit der Gleichheit auch?

DIETER SCHULZ

Salnikow klar überlegen

dpa, Edmonton

Die sowjetischen Studenten beherrschen bei der Universiade die Schwimm-Wettbewerbe fast nach Belieben. Von den bisher 19 vergebenen Goldmedaillen gingen allein 15 an sowjetische Teilnehmer. Die Siegesserie der UdSSR wurde am vierten Tag nur von der Australierin Susie Woodhouse durchbrochen, die über 100 Meter Schmetterling in 1:01,79 Minuten gewann. Eindrucksvollster Sieger war dabei der Weltrekordhalter Wladimir Salnikow über 400 Meter Freistil. Nach 3:49,38 Minuten schlug er mit einem Vorsprung von acht Längen vor dem Amerikaner Bruce Hayes (3:54,93) an.

Der in Lyon lebende Deutsche Meister Thomas Fahrner blieb mehr als vier Sekunden über seinem Landesrekord (3:53,02) und kam in 3:57,81 Minuten nur auf den fünften Platz. Ebenfalls einen fünften Platz belegte Angelika Knipping (Heidelberg). Die Universiade-Siegerin von 1981 benötigte über 100-Meter-Brust 1:14,28 Minuten. Die sowjetischen Schwimmerinnen feierten auf dieser Strecke durch Larissa Belokon (1:12,17) und Ischkute Buzelite sogar einen Doppelsieg.

Die Überraschung des Tages war aber die Niederlage der USA in der 4 x 100-Meter-Freistil-Staffel der Herren. In der Weltjahresbestzeit von 3:21,72 Minuten verwies das sowjetische Quartett die Amerikaner (3:21,82) und die Kanadier (3:26,28) auf die Plätze. Für die deutsche Staffel mit Schowtka, Seuser, von der Bosch und Schmidt (3:26,77) reichte es nur zum vierten Rang. Damit bleibt die Bronzemedaille von Andreas Schmidt über 100 Meter Freistil die bisher beste Plazierung für den Allgemeinen Deutschen Hochschulsportverband (ADH).

Erfolgreichster Autor des deutschen Fernsehens: Herbert Reinecker

Die Verlockung des weißen Papiers

Spätestens seit dem Zeitpunkt, als die erste „Derrick"-Folge anlief, ist der Name Herbert Reinekker (68) Millionen von Fernsehzuschauern bekannt. Sie wissen ihn zu schätzen, denn er enttäuscht sie nie. Der meistbeschäftigte Autor hierzulande gehört längst zum Pantoffelkino wie die Butter aufs Brot, und inzwischen sieht es fast so aus, als wäre unser Fernsehen ohne den Reinecker arm dran. Denn er weiß genau, was die Leute sehen wollen und was eben nicht.

Zum Beispiel bietet er prinzipiell nur Geschichten, die das Leben spielt, liebevoll beobachtete menschliche Alltäglichkeiten ohne Knalleffekt, immer mit glücklichem Ausgang, nach dem Motto „Seid nett zueinander".

So oder so ist das Leben – ZDF, 19.30 Uhr

Für den leidenschaftlichen Schreiber Herbert Reinecker ist weißes Papier eine ähnliche Verlockung wie für andere beispielsweise Kaviar. „Der Moment, in dem ich etwas Neues überlegen darf, ist einer der schönsten Momente, die es gibt. Solange noch nichts geschrieben ist, hat man auch noch keinen Fehler gemacht", bekannte er einmal. Angst vor geistiger Leere, vor Ausgebranntheit hat diesen Routinier noch nie überfallen. Auch von Selbstzweifeln wird er nicht geplagt. Seine Standardantwort auf die Frage nach diesem Problem lautet: „Wenn ein Mensch in einer interessanten Zeit gelebt hat, wie ich, dann hat er ein Spektrum an Erlebnissen, das alles enthält, was im Leben eines Menschen denkbar ist. Und wenn man ein denkender Mensch ist, dann geht einem der Stoff für Geschichten bestimmt nicht aus."

Erlebt hat er wahrlich genug. Geboren wurde Reinecker in der Weimarer Zeit, am 24. Dezember 1914 in Hagen/Westfalen; gleich nach dem Abitur Chefredakteur der Zeitschrift für „Landesjugendpflege", danach redigierte er bei der Berliner Reichsjugendführung die Zeitschrift „Jungvolk"; dann Kriegsberichterstatter. Als der Krieg vorbei war, fing Reinecker wieder ganz von vorne an; hielt sich und seine Familie zunächst in einer pfälzischen Kleinstadt mit einem Feuilletondienst über Wasser.



Der meistbeschäftigte Autor des deutschen Fernsehens: Herbert Reinecker (68) FOTO: ISTVAN BAJZAD / DPA

Unter einem Dutzend Ps[...]donymen produzierte er Artikel [...] die Kulturseiten von Zeitungen.

Für Alfred Weidemann sch[...] er Szenen für einen Kultur[...] über Jugendgefängnisse, „We[...] die Freiheit", der 1952 den Bun[...]filmpreis erhielt. Und sein e[...] Nachkriegsroman „Kinder, Mü[...] und ein General" wurde sogl[...] verfilmt und ein Kinokassens[...]ger. Romane und an die taus[...] Kurzgeschichten folgten, daz[...] Filmdrehbücher – darunter „[...]liebter Sommer", „Canaris", „[...]astasia", „Stern von Afrika" [...] „Taiga".

Und als dann die Fernsehära [...]brach, war Reinecker natürlich [...] dabei. Ein Medium geradezu [...] für diesen Vielschreiber, di[...] „Fernseh-Balzac". Er selber a[...]dings verweist da lieber auf L[...] de Vega, Verfasser von rund [...] Theaterstücken. Denn Reinec[...] TV-Bilanz ist recht stattlich: [...] schrieb er Krimi-Dreiteiler [...] „Babeck" und „Der Tod läuft [...]terher", die absolute Zuschau[...]korde beim ZDF erreichten.

Angeregt durch Simenons „[...]gret" ließ er sich dann die popu[...] Fernsehserie „Der Kommis[...] einfallen, die bis 1976 sieben J[...] lang in 97 Folgen lief und in [...] reiche Länder verkauft wu[...] Und 1974 startete Reinecker [...] nächste erfolgreiche Krimis[...] „Derrick", die kürzlich zum [...] Mal ausgestrahlt wurde.

Und er schreibt und schreibt [...] schreibt ...

ROSE-MARIE BORNGÄS[...]

KRITIK

Ein Hauch von Süffisanz

Wir wußten es schon nach dem Ersten Weltkrieg, daß der Plan des Generalstabschefs von Falkenhayn, durch eine Offensive in Flandern im Herbst 1914 mit fünf Reserve-Korps um jeden Preis die Initiative zurückzugewinnen, der erste der kapitalen Irrtümer dieses Generals gewesen ist. Gleichwohl wurde der Sturm junger Kriegsfreiwilliger auf Langemarck im November 1914 zum Mythos soldatischen Opferwillens.

Nun hat das ZDF uns einen „historischen Versuch" präsentiert, um die Stimmung der deutschen Jugend von 1914 einzufangen: „**In den Tod – Hurra**". Helmut Kopetzky, Autor und Regisseur, konnte es sich indes nicht verkneifen, seine Bildfolgen mit einem Hauch von Süffisance zu würzen. Für weite Teile unserer sogenannten Öffentlichkeit sind Opferbereitschaft, soldatischer Einsatzwille, Tapferkeit heute offensichtlich Mumpitz.

Doch die junge Generation damals hat Deutschland, hat die Heimat wirklich und wahrhaftig geliebt. Sie ist auch nicht aus Todessehnsucht zum Angriff gegen britische Eliteregimenter angetreten, sondern um des Sieges willen. Leider war der Autor ganz unfähig, in seinem „historischen Versuch" historische Sachlichkeit walten zu lassen. Womit sich der ganze Versuch erledigt.

In der Schlußszene noch eine Geschmacklosigkeit: Der anonyme Kriegsfreiwillige, „Held" des Kopetzkyschen Unterfangens, mit der Grabnummer 7165, stürmt vorwärts, mit aufgepflanztem Bajonett, vor Erschöpfung keuchend, ganz allein auf weiter Flur und bricht zusammen – im Zeitlupentempo.

WALTER GÖRLITZ

STUDIO

Nachdem das „DDR"-Fern[...]hen Ende des vergangenen J[...]res seine beiden Kanäle mit m[...] Unterhaltungssendungen [...]grammierte, ist jetzt auch – [...] Wirkung von Anfang Mai – [...] **Angebot an Unterhaltung** in [...] vier Rundfunkprogrammen [...]sentlich verstärkt worden. Da[...] wird angestrebt – so der Sekre[...] des Staatlichen Rundfunkko[...]tees Helmut Gralow in einem [...]spräch mit der „DDR"-P[...]grammzeitschrift „FF Dabei" [...] „daß der unterhaltende, popul[...] Charakter der Programmange[...]te in ausgesprochenen Haupth[...]zeiten ausgeprägter wird". G[...]low: „Dem Wunsch vieler Hö[...] in den Abendstunden über [...] ganze Woche hinweg populä[...] beschwingte Musik empfan[...] zu können, die der Entspannu[...] und dem Frohsinn dient, w[...] noch besser Rechnung getrage[...]

ARD



III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Sendung mit der Maus
10.00 heute
10.05 Dazwischen
11.25 Pfarrer Johannes Kuhn antwortet
11.55 Umschau
12.10 Bilanz
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD-Ferienprogramm für Kinder
15.00 Unsere kleine Farm
Die Sprechmaschine
15.50 Tagesschau
15.55 Frauengeschichten
Lotti Huber. Mit 70 noch Karriereträume
Ein neuer Film der Radio-Bremen-Reihe stellt eine Frau vor, die sich trotz ihrer 70 Jahre jung fühlt und ihr Alter einfach ignoriert. Lotti Huber entdeckt immer wieder mehr Gemeinsamkeiten mit jungen Menschen als mit Leuten ihrer Generation.
16.40 Matt und Jenny
1. Die Ankunft
17.05 Kein Tag wie jeder andere
Keine Panik auf Hannibal
17.30 Tour de France
6. Etappe: Chateaubriant – Nantes
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
Anschließend: Der 7. Sinn
20.18 Im Brennpunkt
Über allen Wipfeln ist Schmutz
Wer rettet Europas Wälder?
21.00 Die magische Show des David Copperfield
Mit dem amerikanischen Magier David Copperfield
21.45 Talentschuppen
22.30 Tagesthemen
23.00 Zeugen (1)
Aussagen zum Mord an einem Volk (Wh. v. 1981)
Film von Karl Fruchtmann
Karl Fruchtmann hat jüdische Überlebende der Konzentrationslager zum Sprechen über ihre Erlebnisse in der Zeit der Judenvernichtung gebracht. Frauen und Männer, die heute in Israel und Polen leben, berichten über die einzelnen Stationen ihrer „Einlieferung in eine faschistische Tötungsfabrik".
1.00 Tagesschau

15.17 heute
ZDF-Ferienprogramm für Kinder
15.20 Pinocchio
Ist Geppetto wirklich krank?
15.45 Das Hirschkälbchen
Erlebnisse auf einer Farm
16.40 Ferienkalender
17.00 Einführung in das Strafverfahrensrecht
11. Leere Versprechungen
Jugendliche im Strafverfahren
17.30 heute / Aus den Ländern
17.45 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Nena
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.25 Patienten gibt's
Herzschmerzen
19.00 heute
19.30 So oder so ist das Leben
Vier Episoden von Herbert Reinecker
1. „Blumen für die Braut"
2. „Der Reiseleiter"
3. „Bluhms Meisterstück"
4. „Kastagnetten"
20.30 Locker vom Hocker
Kleine Geschichten mit Walter Giller
Regie: Gerhard Schmidt
Walter Giller präsentiert eine bunte Mischung von Sketchen und lustigen Geschichten. Mit Josef Meinertzhagen, Brigitte Mira, Barbara Schöne u. a.
21.00 heute-journal
21.20 Kennzeichen D
Themen: EG-Streit um Blei im Tank – soll Bonn den Alleingang wagen? / Kohl im Kreml – Strauß bei Honecker? Interview mit dem Politologen Richard Löwenthal über die ostpolitische Wende in der Union / Die Gurus und das große Geld – Psychosekten machen Kasse / Urlaub auf Rügen/DDR – eine Sommeridylle mit Schattenseiten.
22.05 Das kleine Fernsehspiel
Nord-Süd-Achse, Achsenbruch
Regie: Hans-Peter Böffgen
23.30 heute



Brigitte Mira und Jochen Schröder in der Episode „Frau Bluhms Meisterstück" – „So oder so ist das Leben", ZDF, 19.30 Uhr FOTO: URSULA RÖHNERT

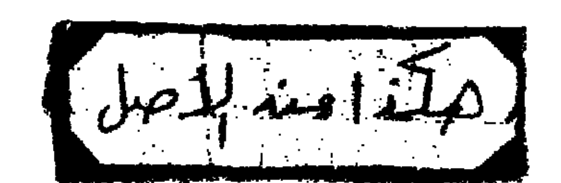
WEST
18.00 Telekolleg
Physik (26)
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde

NORD/HESSEN
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Kostas, ein Junge auf Kreta
19.00 Briefmarken – nicht nur für Sammler
19.15 Wunder der Erde
Maui und Molokai – Inseln im Passat
Gemeinschaftsprogramm W[...] Nord/Hessen
20.00 Tagesschau
20.15 Wenn ich König wär
Amerik. Spielfilm, 1938
Mit Ronald Colmann, Basel Ra[...]bone u. a.
Regie: Frank Lloyd
21.30 Das sind wir
Ein Unterhaltungsprogramm [...] dem Wohnzimmer
Moderation: Klaus Struck
22.50 Wer ermordete das Lindbergh-Baby?
Starb Richard Hauptmann 1936 schuldig auf dem elektrisch[...] Stuhl?
Dokumentation
Bruno Richard Hauptmann – sc[...]dig gesprochen der Entführ[...] und Ermordung des Lindbergh-[...]bys – wurde am 3. April 1936 [...] Staatsgefängnis von Trenton/N[...] Jersey hingerichtet. Es war d[...] Abschluß eines „Jahrhundert-f[...]les".
23.50 Letzte Nachrichten

SÜDWEST
18.00 Hallo Spencer (24)
18.30 Telekolleg I
Physik (26)
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Fernsehspiel des Auslands
Budapester Legende
Ungarischer Fernsehfilm
Regie: István Szabó
21.00 Sport unter Lupe
Nur für Baden-Württemberg
21.45 Freiplatz
Nur für Rheinland-Pfalz
21.45 Guten Abend aus Mainz
Nur für das Saarland
21.45 TV-Club-Saar 3

BAYERN
18.15 Aerobic-Dance
18.45 Rundschau
19.00 Z. E. N.
19.05 Damals Tagesgespräch
Ein Toter stoppt den 8 Uhr 10
Kriminalfilm von Michael Braun
20.35 Gedanken über die Zeit
20.45 Rundschau
21.00 Heut' abend ...
Zu Gast: Ludwig Bölkow
21.45 Die Fuchsen Grüße
22.30 Dallas
Angst um Miß Ellie (7)
23.15 Rundschau





Tief bewegt geben wir davon Kenntnis, daß am 5. Juli 1983 unser Vorstandsvorsitzender

Herr Generaldirektor

CARL FRIEDRICH MEINEKE

im Alter von 64 Jahren unerwartet verstorben ist.

Die Vereinigte Versicherungsgruppe hat mit dem Verstorbenen einen Mann verloren, der sie in den vergangenen Jahren entscheidend gestaltet hat.

Seit 1955 bei der Vereinigten Krankenversicherung tätig, wurde die Arbeit für die Vereinigte Versicherungsgruppe seine Lebensaufgabe. Mit unermüdlichem Einsatz, fast unerschöpflicher Tatkraft und Energie, profunden Fachkenntnissen und hohem Verantwortungsbewußtsein lenkte Herr Meineke die Geschicke der Unternehmensgruppe.

Seinen Kollegen war er ein guter Freund, seinen Mitarbeitern ein verständnisvoller Vorgesetzter.

Wir nehmen voll Trauer von einem Mann Abschied, dessen Persönlichkeit uns immer Vorbild war. Wir werden seiner stets in Dankbarkeit gedenken.

Aufsichtsräte, Vorstände, Betriebsräte und Mitarbeiter

Vereinigte Versicherungsgruppe

Vereinigte Aachen-Berlinische Versicherung AG
Vereinigte Eos-Isar Lebensversicherung AG
Vereinigte Krankenversicherung AG
Salus Krankenhauskosten-Versicherungs-AG

Die Beerdigung findet am Freitag, dem 8. Juli 1983, 13.45 Uhr im Neuen Südfriedhof, Hochäckerstraße, München 83 (Perlach), statt.

Am 5. Juli 1983 verstarb für uns unerwartet das Mitglied unseres Aufsichtsrates

Herr Generaldirektor

CARL FRIEDRICH MEINEKE

Der Verstorbene war uns seit vielen Jahren verbunden.

Als Förderer unserer Gesellschaft und guten Ratgeber werden wir ihn dankbar in Erinnerung behalten.

Saar-Rhein Allgemeine Versicherungs-AG

Aufsichtsrat, Vorstand, Betriebsrat und Mitarbeiter

WIR TRAUERN UM

Herrn Generaldirektor

CARL FRIEDRICH MEINEKE

der unerwartet am 5. Juli 1983 im 65. Lebensjahr verstorben ist.

Herr Meineke hatte maßgeblichen Anteil an der Gründung und erfolgreichen Entwicklung der mh Bausparkasse AG.

Als Mitglied des Aufsichtsrates prägte er mit seiner reichen Erfahrung, seinem unermüdlichen Schaffen und seinem sicheren Urteil unser junges Unternehmen.

Es fällt uns schwer, von dieser großen Persönlichkeit Abschied nehmen zu müssen.

Aufsichtsrat, Vorstand und Mitarbeiter der

mh Bausparkasse AG.

Israel erwägt einseitigen Teilrückzug in Libanon

Verluste sollen verringert werden / Shultz in Jerusalem

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

Unter dem Druck der öffentlichen Meinung, die immer dringender eine Beendigung der Präsenz israelischer Truppen fordert, hat der Kabinettsausschuß für Sicherheit unter Vorsitz von Ministerpräsident Menachem Begin gestern über einen einseitigen Teilrückzug der israelischen Armee aus dem Mittel- und Westsektor des Libanon beraten.

In diesem von der israelischen Armee besetzten Gebiet besteht eine latente Feindschaft zwischen Christen und Drusen, die jederzeit zu einem Ausbruch neuer Kämpfe führen kann. Besonders in den Bergen des Shouf, wo die meisten Drusen wohnen, wurden schon Dutzende israelische Soldaten erschossen und verwundet, als sie versuchten, interne Kämpfe zwischen den verfeindeten Kräften zu beenden.

Hinzu kommt, daß die teilweise Besetzung des Libanon eine erhebliche Belastung für die israelische Volkswirtschaft bedeutet.

Einwände gegen einen einseitigen israelischen Rückzug kommen jetzt paradoxerweise gerade von jenen Stellen, die bis zum Abschluß des israelisch-libanesischen Vertrages auf einem totalen israelischen Rückzug bestanden: Washington und Beirut. Die USA befürchten, daß ein israelischer Rückzug ein Vakuum schaffen würde, das die regulären Truppen der Regierung in Beirut nicht beherrschen könnten und daß daher lokale Milizen, etwa die linksgerichteten Kräfte der Drusen unter der Führung von Walid Jumblat, oder auch PLO-Verbände in dieses Gebiet eindringen könten.

Erste Etappe Damit

Israel hat daher den Vereinigten Staaten zugesagt, einen Rückzug nur etappenweise und nur in dem Maße auszuführen, in dem reguläre libanesische Truppen das geräumte Gebiet übernehmen könnten. Verteidigungsminister Moshe Arens schlug gestern dem Kabinettsausschuß vor, daß die erste Rückzugsetappe bis zur Stadt Damit, etwa zehn Kilometer südlich von Beirut, und von dort entlang des gleichnamigen Flusses in nordöstlicher Richtung bis zur Straße Beirut–Damaskus verlaufen sollte. Das geräumte Gebiet würde die Stadt Beirut mit ihren Vororten um weitere 100 Quadratkilometer umfassen. Die nächste Etappe sollte sich bis zum Awali erstrecken, der etwa fünf Kilometer nördlich von Sidon ins Meer fließt. Der Shouf würde außerhalb der israelischen Besatzungszone liegen.

Die geplanten Rückzugslinien umfassen vorerst nur den West- und Mittelsektor, würden aber den Baruhk-Berg mit seinen wichtigen elektronischen Abhöreinrichtungen unter israelischer Kontrolle belassen. Im Ostsektor, wo die israelische Armee den Syrern gegenübersteht, möchte sich Jerusalem vorläufig nicht zurückziehen.

Proisraelische Miliz?

Mittlerweile bereitet sich der Kommandeur der christlichen Milizen in Südlibanon darauf vor, die militärische Kontrolle über das gesamte Gebiet zu übernehmen, das Israel gegenwärtig beherrscht. In einem Gespräch mit der WELT bezeichnet Major Haddad seine Truppe als „reguläre Armee": „Wir haben Kompanien, Bataillone und Brigaden. Täglich kommen neue Freiwillige zu mir", sagte er. „Vorläufig brauche ich noch die Israelis, denn ohne sie würden uns die Syrer davonjagen. Aber sobald wir stark genug sind, hoffe ich, daß wir auf israelischen Schutz verzichten und uns selbst verteidigen können", meint Haddad. Fachleute schätzen, daß er 3000 bis 5000 Mann unter Waffen hat.

Es löste daher Überraschung aus, als der staatliche israelische Rundfunk gestern berichtete, die Schiiten im Libanon seien zur Zeit im Begriff, eine proisraelische Miliz aufzustellen, die jedoch nicht unter dem Befehl Haddads stehen werde. Das Verteidigungsministerium wollte diese Berichte nicht bestätigen. Es wäre ja doch denkbar, daß Israel nicht allein auf Haddad setzen will.

In Jerusalem führten gestern gleichzeitig drei westliche Außenminister Gespräche: George Shultz aus den USA und seine Kollegen van der Broek aus den Niederlanden und Claude Cheysson aus Frankreich. Shultz kam nach Gesprächen in Beirut und Damaskus über einen eventuellen syrischen Rückzug. Van der Broeks Besuch war schon seit Wochen angekündigt. Die Visite Cheyssons bleibt rätselhaft. Wie Shultz hatte auch er vor seiner Visite in Jerusalem Gespräche in Damaskus und Beirut geführt. (SAD)

Blüm fand in Belgrad Verständnis

AP, Belgrad

Mit Verständnis hat die jugoslawische Regierung – im Gegensatz zu Ankara – auf die vom Bundeskabinett beschlossenen Rückkehrhilfen für ausländische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland reagiert. Wie Bundesarbeitsminister Norbert Blüm gestern nach Abschluß seiner Gespräche in Belgrad mitteilte, seien zwischen deutscher und jugoslawischer Seite eine Reihe von Mißverständnissen ausgeräumt worden. Der jugoslawische Arbeitsminister Djordje Jakovlevic zeigte sich befriedigt, daß es sich bei der Rückkehrforderung nur um eine begrenzte Maßnahme handele.

In der Bundesrepublik Deutschland arbeiten nach jugoslawischen Angaben rund 320 000 Jugoslawen. 46 300 Jugoslawen waren im März als arbeitslos gemeldet. Jugoslawien wolle mit der Bundesrepublik zusammenarbeiten, um Stellen für die derzeit Arbeitslosen zu schaffen. Im September sollen dazu weitere bilaterale Gespräche geführt werden.

„Hochschulen haben keine Reserven"

E. N., Bonn

Auch angesichts der Beschäftigungsprobleme für Akademiker hat sich die Westdeutsche Rektorenkonferenz (WRK) nachdrücklich für eine Offenhaltung der Hochschulen ausgesprochen. Zugleich bezeichnete die WRK auf ihrer Plenarversammlung in Bonn die Bewältigung des „Studentenberges" unter den gegenwärtigen Finanzverhältnissen als unlösbare Aufgabe.

Wie der Konferenz-Vorsitzende, Professor George Turner, sagte, seien „die Reserven der Hochschulen erschöpft". Einem Anstieg der Studienanfängerzahlen um 30 Prozent seit 1975 stehe im gleichen Zeitraum ein Rückgang des wissenschaftlichen Personals gegenüber. Auf etwa 730 000 „flächenbezogenen Studienplätzen" seien rund 1,2 Millionen Studenten untergebracht. Von 1970 bis 1980 seien die Realausgaben pro Student um 40 Prozent gesunken. Kritisiert wurde von den Rektoren die Ansicht von Bund und Ländern, im Hochschulbereich seien noch erhebliche Reserven vorhanden. Warnend wiesen die Rektoren auf einen drohenden „totalen Numerus clausus oder einen Niedergang der Ausbildungsqualität" hin, wenn den Hochschulen weiter Mittel und Stellen gekürzt würden.

Hoffnung der afghanischen Kämpfer richtet sich auf den abgedankten König

Von WALTER H. RUEB

Ohne großes Aufsehen sind die Afghanistan-Gespräche in Genf zwischen dem pakistanischen Außenminister Yakub Khan, dem Außenminister des prosowjetischen Karmal-Regimes in Kabul, Mohammed Dost, sowie dem UNO-Sonderbeauftragten Diego Cordovez vor wenigen Tagen zu Ende gegangen. Die Verlautbarungen waren spärlich, ihre Tendenz jedoch optimistisch.

In der pakistanischen Hauptstadt Islamabad wurde darauf hingewiesen, daß die Sowjets es mit Verhandlungen ernst meinten, weil sie Entlastung von einer drückenden politischen und militärischen Bürde suchten. UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar hält eine Lösung des Konflikts am Hindukusch bis Ende des Jahres für möglich. Sein Sonderbeauftragter sprach zwar von Fortschritten, kündigte jedoch gleichzeitig eine Fortsetzung seiner Pendelmission zwischen den Hauptstädten der beteiligten Staaten an.

„In Peking, Paris, London, Moskau und Washington wurde mit dem Vertragsentwurf bereits hausiert", sagte der afghanische Oppositionspolitiker Mohammed Yussof zur WELT. Auf die Frage, ob er überzeugt sei, daß die Interessen des afghanischen Widerstands in Washington und Peking in guten Händen seien, antwortete der frühere Ministerpräsident: „Ich hoffe es .... Einen derartigen Vertragsentwurf können unsere Freunde in den USA nicht akzeptieren, geschweige denn garantieren ..." Im übrigen bestehe der afghanische Widerstand nach wie vor auf direkten Verhandlungen mit den Sowjets oder zumindest auf Beteiligung bei Verhandlungen über eine politische Lösung des Konflikts am Hindukusch, fügte Yussof hinzu.

Zur Rolle der UNO bei der Erarbeitung der Vorschläge von Genf sagte Yussof: „Es scheint, daß die Vereinten Nationen unter zwei Zwängen stehen. Erstens unter einem Erfolgszwang – wollte die UNO doch endlich ein Ergebnis ihrer Bemühungen melden können ... Zweitens haben die Vereinten Nationen das Regime von Babrak Karmal in Kabul anerkannt. Der Vertreter Karmals hat bei der UNO einen Sitz, den wir dem kommunistischen Regime in Kabul absprechen. Dieser Sitz müßte eigentlich suspendiert werden, bis ein Vertreter des afghanischen Widerstandes ihn einnehmen kann ... Weil jetzt aber ein



Ex-König Zahir Schah: Integrationsfigur des Widerstands FOTO: AP

Vertreter des prosowjetischen Regimes von Kabul diesen Sitz belegt, ist die UNO nicht bereit, mit den afghanischen Flüchtlingen oder gar den Vertretern des Widerstands zu sprechen ... Von den Russen und von Karmal werden die Mudjahedin ja nicht als Freiheitskämpfer anerkannt, sondern immer nur als Banditen beschimpft ..."

Der Vermutung, aß Pakistan bereit sei, einer Lösung zuzustimmen, die den Sowjets in die Hände spiele, um sich der drei Millionen afghanischer Flüchtlinge zu entledigen, die für Islamabad zu einer ungeheuren Belastung geworden sind und die darüber hinaus das gesamte soziale Gefüge des Landes zu destabilisieren drohen, widersprach Yussof mit Nachdruck. „Ich glaube nicht, daß Pakistan für eine schnelle Lösung dieser Probleme künftig harte Konsequenzen in Kauf zu nehmen bereit ist", sagte Yussof. „Das afghanische Volk würde dadurch die Gewißheit bekommen, daß die pakistanische Regierung gemeinsame Sache mit den Russen gemacht hat ... Das würde den Kern zu einer historischen Zwietracht legen."

Die Frage nach einem Ausweg brachte Yussof nicht in Verlegenheit. Vertragsentwürfe ohne die Mitwirkung des afghanischen Widerstands blieben Papier, nichts als wertloses Papier, sagte er. „Wir werden niemals eine Lösung akzeptieren, die die Souveränität, Unabhängigkeit und Freiheit unseres Landes nicht sichert. Und wir werden die Waffen nicht niederlegen, sondern weiterkämpfen, wenn nötig jahrelang. Wir werden nie aufgeben, ja, selbst einen jahrelangen Volkskrieg auf uns nehmen. Wir sind zwar nicht in der Lage, die Russen mit Gewalt aus unserem Land zu werfen, doch die Russen werden auch nicht in der Lage sein, mein Volk in den Griff zu bekommen. Afghanistan wird ein Unruheherd, eine Belastung und Gefahr für die Sowjets in der ganzen Welt bleiben ..."

Auf die Frage, ob er und die über die Welt verstreuten Mitglieder des afghanischen Widerstands eine politische Lösung zugunsten einer Entscheidung mittels Waffen ablehnten, antwortete er lebhaft: „Wir sind für eine politische Lösung." Doch wer daheim oder im Ausland aufstehen und im Namen des afghanischen Widerstands sprechen könnte, wußte Yussof nicht zu sagen. Er gestand: „Bisher haben wir niemanden."

Das jedoch, so hofft er, wird sich bald ändern. „Wir wollen eine Einheitsfront bilden, Rivalitäten zwischen Parteien, Stämmen und Gruppen überwinden und uns hinter eine Persönlichkeit scharen", verriet Yussof. „Diese Persönlichkeit kann nur der frühere König Zahir Schah sein, der abgedankt hat und seit Jahren in Rom im Exil lebt. Er ist 69 Jahre alt und bei guter Gesundheit. Natürlich wird es Widerstand geben. Aber wir hoffen, daß wir auch einen großen Teil der fundamentalistischen Parteien, die die Monarchie ablehnen, für die Sammlungsbewegung hinter dem König gewinnen können. Es gibt keine andere Möglichkeit. Was soll sonst gemacht werden? Uneinigkeit nutzt nur den Russen. Wer sich für die Interessen seines Landes einsetzten will, muß auch zu gewissen Opfern bereit sein ..."

„Doch wenn gewisse Gruppen draußen bleiben und nicht mitmachen wollen, dann sollen sie dies tun – es ist ihr gutes Recht. Doch wäre es besser, wenigstens in der Zeit, wo die Russen noch in unserem Lande sind, zusammenzuhalten. Eine Wiederherstellung der Monarchie ist nicht im Gespräch. Auch der König weiß, daß sich die Vergangenheit nicht wiederherstellen läßt."

Der Ex-König seinerseits sagte in einem Interview: „Wir sind für die Suche nach einer politischen Lösung der Krise ... Ab und zu hört man Gerüchte, wonach die UdSSR angeblich zu Gesprächen mit Vertretern des afghanischen Widerstands bereit ist. Wenn dieser Wunsch seriös ist, muß eine Organisation gebildet werden, die für das ganze afghanische Volk sprecher kar r."

Informationen der CDU zur Nachrüstung

hey, Bonn

Die CDU will den Gegnern des NATO-Doppelbeschlusses und des westlichen Bündnisses nicht das Feld überlassen, wenn diese im Herbst zu spektakulären Protesten auf die Straße gehen. Die Partei will sich vielmehr offensiv in die Diskussionen einschalten und argumentativ die Notwendigkeit der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Bundesregierung und des Westens verdeutlichen. Im Bonner Konrad-Adenauer-Haus sind Vorbereitungen für eine breit angelegte Informationskampagne angelaufen.

In den Kreis- und Ortsverbänden sollen kleine Gruppen von Parteimitgliedern speziell auf die Auseinandersetzung mit den Kritikern der Bündnisstrategie vorbereitet werden. In den Mittelpunkt will die Parteiführung dabei die Frage nach der Verteidigungswürdigkeit des Westens und der Bedrohung durch den Osten setzen. So soll in der Öffentlichkeit zum Beispiel das Kräfteverhältnis zwischen NATO und Warschauer Pakt gestellt werden. Gleichzeitig soll klargemacht werden, daß die Sowjetunion zwar keinen Krieg wolle, Moskaus Überrüstung aber einen politischen Hintergrund habe.

„Nur mit Gewalt an den Arbeitsplatz"

AP, Warschau

Der polnische Arbeiterführer Lech Walesa will seinen eigenmächtig angetretenen Urlaub nur abbrechen, wenn er mit Gewalt dazu gezwungen werden sollte. Einem westlichen Journalisten sagte der sich in der Nähe von Warschau aufhaltende Walesa gestern, drei Tage nach seiner Abreise aus Danzig, er werde seinen Urlaub fortsetzen. Unterdessen schien die Leitung der Lenin-Werft in Danzig, wo Walesa als Elektriker arbeitet, noch keine Schritte eingeleitet zu haben.

Moskauer Lob für Jaruzelski

DW. Warschau

Die sowjetische Staats- und Parteispitze hat dem polnischen Militärratschef Jaruzelski zu dessen 60. Geburtstag ausdrücklich für seinen „Kampf zur Verteidigung des Sozialismus" gelobt. Jaruzelski scheint somit über die Unterstützung Moskaus zu verfügen, und das zu einem Zeitpunkt, zu dem man in Warschau aktiv an der Vorbereitung eines „ideologischen Plenums" der polnischen KP arbeitet.

Am 30. Juni 1983 starb im 77. Lebensjahr

Professor Dr. phil. Dr.-Ing. e. h.

Gerhard Hess

Als Präsident der deutschen Forschungsgemeinschaft hat Gerhard Hess dem Senat der Max-Planck-Gesellschaft in den Jahren 1956 bis 1964 angehört.

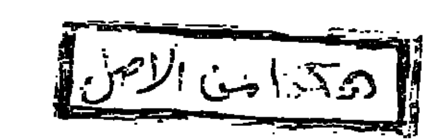
Die Max-Planck-Gesellschaft trauert um Gerhard Hess, der Wissenschaft und Forschung in Deutschland in zahlreichen Ehrenämtern, insbesondere aber auch die Zusammenarbeit zwischen der deutschen Forschungsgemeinschaft und der Max-Planck-Gesellschaft maßgeblich mitgestaltet hat.

Sie nimmt in Dankbarkeit Abschied von einem verständnisvollen Freund und tatkräftigen Förderer.

München, den 6. Juli 1983
Residenzstraße 1a

Professor Dr. Reimar Lüst
Präsident der Max-Planck-Gesellschaft
zur Förderung der Wissenschaften





Spanien stützt den Absatz

Py. – Als vor Jahren erstmals Pläne über ein General-Motor-Werk im spanischen Saragossa bekannt wurden, beschlich nicht wenige der Gedanke einer „Flucht in Niedriglohn-Länder", der Aufgabe von deutschen Arbeitsplätzen zugunsten eines ungewissen Marktes. Selbst Gewerkschaftern, die in berechtigter Sorge um ihre Mitglieder die Ansiedlungspläne in Spanien kritisierten, müssen sich heute eines Besseren belehren lassen.

Innerhalb von drei Jahren ist es Opel gelungen, dank des „Corsa", des kleinsten der in Rüsselsheim konzipierten, entwickelten und zur Serienreife gebrachten und von GM finanzierten Fahrzeugfamilie, zum größten Importeur des Landes zu werden. Neben den im letzten Jahr verkauften 17 000 „Corsa" kamen als gewollter Nebeneffekt für den erst durch die Werksgründung geöffneten Markt 14 000 Opel aus deutscher Fertigung. Bereits 1983 sollen von den 61 000 in Spanien verkauften Opel-Fahrzeugen rund 16 000 Importe aus der Bundesrepublik sein.

Von Investitionen in Milliardenhöhe für Anlagen und Ausrüstungen für das Werk Saragossa und das zuliefernde Motoren- und Getriebewerk in Wien einmal abgesehen, zeigen diese Zahlen schon, wie ein bislang abgeschotteter Markt, fängt man es nur richtig an, über Folgeverkäufe größerer Modelle als des „Corsa" in der Bundesrepublik Arbeitsplätze sichern kann. Und deren Zahl kann durchaus steigen, wenn man über Exporte des „Corsa" und zusätzliche Devisen wiederum die Möglichkeit für weitere Spanien-Einfuhren schafft.

Das Paradebeispiel von Opel für eine Politik des freien Warenaustauschs, sollte Industriezweigen und Politikern zu denken geben, die oft genug Rationalisierung und Wettbewerb so lange behinderten, bis Arbeitsplätze tatsächlich gefährdet waren.

Privatinitiative

Stw. – Meldungen über Investitionsruinen oder in dunklen Kanälen versickerte Hilfsgelder bestimmen weithin die Ansichten über Entwicklungshilfe – nicht nur an Stammtischen. Auf eine Hilfe, die darin besteht, gemeinsame Unternehmensgründungen deutscher mit einheimischen Firmen in der Dritten Welt finanziell zu unterstützen und beratend zu begleiten, lassen sich die gängigen Vorbehalte nicht anwenden. Der ausländische Partner kann die Kenntnis der Probleme und Bedürfnisse des eigenen Landes einbringen, dem deutschen Unternehmen eröffnen sich neue Absatzmärkte. Nach diesem einleuchtenden Konzept arbeitet seit über 20 Jahren die bundeseigene Deutsche Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern (DEG). Eine lupenreine Erfolgsbilanz kann freilich auch die DEG nicht vorlegen. Ihre Arbeit zeigt jedoch, daß Privatinitiative auch in der Entwicklungshilfe staatlicher Projektplanung überlegen ist: Von 167 Unternehmen in der Dritten Welt, die die DEG mitfinanziert, arbeiten 114 mit Gewinn.

VEREINIGTE STAATEN / Zölle und Einfuhrquoten für Edelstahlimporte

Deutsche Unternehmen kaum noch konkurrenzfähig auf dem US-Markt

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Präsident Ronald Reagan hat der US-Edelstahlindustrie einen Importschutz gewährt, der für verschiedene Warengruppen aus höheren Zöllen und mengenmäßigen Beschränkungen besteht. Hinsichtlich der Dauer der Restriktionen ist er über die Empfehlungen der International Trade Commission (ITC) hinausgegangen: Statt drei gelten sie vier Jahre. Weil doppelt bestraft, müssen deutsche Firmen befürchten, vom amerikanischen Markt verdrängt zu werden.

Die Maßnahmen richten sich gegen alle ausländischen Hersteller, die staatliche Exportbeihilfen erhalten oder Dumpingpraktiken betreiben. Im einzelnen errichtet das Weiße Haus diese Einfuhrbarrieren:

1. Auf flachgewalzte Edelstahl-Erzeugnisse, die 55 Prozent der US-Importe ausmachen, werden zusätzliche Ausgleichszölle erhoben. Für Feinbleche und Bandstahl (ausgenommen für Rasierklingen und sogenannten Chrysler-Stahl) beträgt der Wertzoll im ersten Jahr zehn, im zweiten acht, im dritten sechs und im vierten Jahr vier Prozent. Für rostfreie Grobbleche macht der Zoll zunächst acht Prozent aus. Er sinkt dann auf sechs, fünf und vier Prozent.

2. Weil die amerikanische Wettbewerbsposition bei rostfreiem Rund- und Stabstahl und bei legiertem Werkzeugstahl schwächer ist, werden Einfuhrquoten eingeführt, *die in jedem der vier Jahre* um drei Prozent aufgestockt werden.

In Kraft treten die Zölle und Quoten, die auf Länderbasis zugeteilt *werden können, in 15 Tagen.* Allerdings ist es den betroffenen Regierungen möglich, mit den USA in Verhandlungen über or*dentliche Marktabkommen* für Rund- und Stabstahl sowie legierten Werkzeugstahl einzutreten.

Die globalen Quoten sollen nach 90 Tagen adjustiert werden, falls derartige Absprachen getroffen worden sind. Ein Teil oder der Rest der verbliebenen Quote könne unter Umständen einem einzelnen Lieferstaat zugeschlagen werden. Das ist ein Wink mit dem Zaunpfahl; denn das Vorgehen der Reagan-Administration verstößt eindeutig gegen die Regeln des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt). Durchsetzen lassen sich die mengenmäßigen Beschränkungen nur, wenn Washington im Gegenzug etwas anzubieten hat.

Im vergangenen Jahr hat Amerika *202 525 Tonnen Edelstahl* importiert; davon stammten rund 40 000 Tonnen aus der Bundesrepublik. Insgesamt belief sich 1982 der Importwert der betroffenen Erzeugnisse *auf 373 Millionen Dollar.* Nach Angaben des Weißen Hauses waren Japan, Deutschland, Schweden, Frankreich, Spanien, Großbritannien, Brasilien, Kanada, Südkorea *und Italien die wichtigsten* Lieferanten.

Ein großes Problem ist, daß die ITC deutsche, französische und britische Hersteller schon Anfang Juni mit Strafzöllen – 7,4, 3,4 und 9,3 Prozent auf rostfreie Walzbleche – belegt hat. Sie werden jedoch nicht angerechnet, so daß Bleche *aus der Bundesrepublik im ersten* Jahr mit mehr als 17 Prozent belastet werden. Damit sind die deutschen Unternehmen auf dem US-Markt kaum noch konkurrenzfähig.

Wie der Handelsbeauftragte des Weißen Hauses, Botschafter Brock, gegenüber der WELT erklärte, können diese Firmen in einer Eingabe an die ITC die Anwendung der neuen Sätze beantragen. Ein rechtlicher Anspruch bestehe jedoch nicht.

Die EG hat sofort in Washington protestiert. Die Maßnahmen verstießen gegen den „Geist von Williamsburg", heißt es in einer Erklärung. Nicht die Einfuhren, sondern die lange wirtschaftliche Stagnation sei für den Niedergang der US-Edelstahlindustrie verantwortlich, die übrigens seit 1972 erheblich von staatlichen Hilfen profitiert habe. Die amerikanischen Einfuhrrestriktionen würden von der Gemeinschaft *mit Blick auf* ihre Gatt-Rechte geprüft.

Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff hat die Entscheidung des amerikanischen Präsi*denten mit Befremden zur Kennt*nis genommen. Diese Entscheidung stehe nicht im Einklang mit den handelspolitischen Beschlüssen und Vereinbarungen von Wil*liamsburg und auch nicht mit* den Erklärungen der gerade zu Ende gegangenen Unctad-Konferenz in Belgrad.

SCHIFFAHRT

Dollinger will Schrumpfen der deutschen Flotte bremsen

HANS-J. MAHNKE, **Bonn**

Das Schrumpfen der deutschen Flotte hat sich in diesem Jahr dramatisch verschärft. Erstmals überwiegen jetzt die „echten" Verkäufe von Schiffen gegenüber den Ausflaggungen. *Bundesverkehrsminister* Werner Dollinger „hofft", daß die von der Bundesregierung ergriffenen Maßnahmen dazu beitragen können, den Trend zu stoppen. Allerdings: Das, was Experten für unbedingt notwendig halten, wurde erst zum Teil eingeleitet.

Nach Angaben Dollingers nahm die deutsche Handelsflotte seit Anfang 1978, als mit 9,3 Millionen Bruttoregistertonnen der Höchststand registriert wurde, bis Ende Mai 1983 auf 6,15 Millionen BRT ab. Dieses bedeutet einen Verlust von rund 34 Prozent. Mehr noch: Die Hälfte dieses Rückgangs wurde seit Anfang 1982 verzeichnet.

Seit Anfang dieses Jahres schrumpfte die Flotte um 520 000 BRT, was dem durchschnittlichen *Abgang eines Jahres bereits* entspricht. Da kein Ende abzusehen ist, erwartet Dollinger für 1983 einen Rekordverlust von mehr als einer Million Bruttoregistertonnen.

*Im Durchschnitt des vergange*nen Jahres entfiel die Hälfte des Abganges auf Ausflaggungen, die Schiffe blieben also unter deutscher Regie. 40 Prozent waren echte Verkäufe an Reeder im Ausland. Im ersten Quartal dieses Jahres machten die Verkäufe bereits 70 Prozent aus. Der Anteil der Ausflaggungen lag bei 20 Prozent. Heute fahren 35 Prozent der Schiffe, die unter deutscher Regie geblieben sind, unter fremder Flagge.

Ursächlich für diese Entwicklung sei, so Dollinger, die „schlimmste Schiffahrtskrise" nach dem Zweiten Weltkrieg. Konjunkturell schlage die desolate Lage im Welthandel auf die Schiffahrtsmärkte durch. Für die deutsche *Flotte kämen* Wettbewerbsnachteile, vor allem höhere Löhne, hinzu. Immerhin ließen sich durch das Ausflaggen je nach Schiffsgröße 300 000 bis eine Million Mark an Heuer jährlich sparen. Angesichts dieser Größenordnung ist bereits mehr als 50 Prozent der deutschen Tramp-Flotte ausgeflaggt, während es in der Linien-Fahrt, bei der ein Großteil der Kosten wegen der Containerisierung an Land anfallen, rund 20 Prozent sind.

Nach Ansicht Dollingers entspricht die Handelsflotte nicht mehr den gesamtwirtschaftlichen Notwendigkeiten. Um den Trend zu stoppen, hat ein Unterausschuß des Seeverkehrsbeirats vor zwei Jahren Vorschläge auf den Tisch gelegt, die, als Paket verwirklicht, den *Bestand hätten* sichern können. Verwirklicht wurden bisher die Fortsetzung und Aufstockung der Schiffbauzuschüsse von 230 auf 250 Millionen Mark 1984 und *gewisse Entlastungen bei den* ertragsunabhängigen Steuern.

Die Neuordnung der Schiffsbesetzung hofft Dollinger in diesem Jahr abzuschließen. Dabei soll von *einer Mindestmannschaftsstärke* auf eine Regelbesetzung übergegangen werden. Finanzbeiträge, also eine Betriebskostenhilfe, wurde bisher vom Kabinett abgelehnt. Ob durch den UN-Verhaltenskodex für die Linienschiffahrt der Zugang zur Ladung gesichert werden kann, läßt sich noch nicht sagen.

Düstere Lage in den Alpen

Von WOLFGANG FREISLEBEN, *Wien*

Es gab Zeiten – und die sind noch gar nicht so lange her –, da konnte sich die Regierung in Wien *zufrieden in die Ferien* zurückziehen. Selbst wenn rundherum die Nachbarländer von der Konjunkturflaute erfaßt wurden und die Arbeitslosigkeit beängstigend um sich griff, segelte das österreichische Wirtschaftsschiff zumindest laut Statistik noch stolz vor dem Wind dahin. Auch im Frühjahr noch, vor den Wahlen, wollte es der *inzwischen abgedankte Langzeit*kanzler Bruno Kreisky so gesehen haben.

Heute jedoch, wenige Monate später, sieht die seit Mai neu for*mierte Koalitionsregierung wohl* kaum allzu viele Gründe für einen selbstzufriedenen Urlaub. Denn schon in der Regierungserklärung hatte der neue Bundeskanzler Fred *Sinowatz auf die rosarote* Brille seines Vorgängers verzichtet und das Bild von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft eher in düsteren Farben gemalt.

So wie ein neuer *Unternehmens*vorstand kaum ein Interesse hat, die Situation eines angeschlagenen Unternehmens bei Amtsantritt besonders optimistisch darzustellen *und etwaige Rückschläge dann auf* die eigene Kappe zu nehmen, ließ auch Sinowatz keinen Zweifel daran, daß die Lage in den Alpen kaum besser ist als an den europäischen Meeresküsten. Und auch die sechs Regierungsmitglieder aus den Reihen der Freiheitlichen Partei versuchen mit keinem Wort, die Lage zu beschönigen. So etwa dann, wenn der neue Staatssekretär im Finanzministerium, Holger Bauer, offen bekennt, daß sich die Lage der Staatsfinanzen bei näherem Hinsehen viel trister darstellt als dies von der Oppositionsbank noch im April ausgesehen haben mochte.

In der Tat tragen heute die Wirtschaftsindikatoren deutliche Kri*senvorzeichen.* Schon 1982 kam das Wirtschaftswachstum von 1,1 Prozent nur durch eine Überproduktion der Landwirtschaft zustande, die aber letztlich mehr – insbesondere finanzielle – Probleme aufwarf als sie lösen konnte. Denn bei einem Preisverfall um 12 Prozent konnten die fehlenden Absatzmöglichkeiten im Inland nur durch entsprechende Exportstützungen in Milliardenhöhe wettgemacht werden.

Der gewerbliche Sektor schrumpfte schon 1982 um 0,5 Prozent. Der Dienstleistungssektor dagegen wuchs noch um 1,6 Prozent, wobei allerdings der Fremdenverkehr zurückging. Auch für 1983 erwarten die Wirtschaftsforscher *trotz optimistischer Meldungen* aus dem Ausland kaum positive Impulse. Im Gegenteil: Beide Prognose-Institute rechnen mit einer leichten Abschwächung der Konjunktur auf 0,7 bis 1 Prozent Wachstum – entgegen früheren Usancen weniger als im OECD-Durchschnitt. Somit ist klar, daß die Konjunktur keinerlei Beitrag *zur Lösung* der anstehenden Wirtschaftsprobleme leisten wird.

Die während der letzten beiden Jahre längst der Kontrolle entglittenen Budget-Defizite werden *noch durch konjunkturbedingte* Einnahme-Ausfälle wie auch zusätzlich nötige Ausgaben für Arbeitslose sprunghaft vergrößert. Die Arbeitslosigkeit steigt und wird 1983 bei *4,6 Prozent, 1984* schon bei mindestens 5,2 Prozent liegen.

Während heute Themen wie Leistungsbilanzdefizit und Energieverbrauch nicht mehr der Rede wert sind, erfordern die Sozialversicherungen und die Staatsbetriebe, von den Bundesbahnen bis zu schwer angeschlagenen ver*staatlichten Industrien, Zuschüsse* in einer Dimension, die kaum mehr zu bewältigen ist. Allein für die Sicherung der Pensionszahlungen müssen 1983 aus dem Budget 37 *Milliarden Schilling, im nächsten* Jahr nach Ansicht von Pessimisten gar schon 50 Milliarden Schilling (rund 5,3 Milliarden Mark) aufgewendet werden; die Bahn verschlingt 21 Milliarden Schilling; und für die acht verstaatlichten Industriekonzerne werden weitere 5 Milliarden Schilling kaum reichen.

Es sind dicke Brocken, die von *dieser neu zusammengewürfelten* Regierung erst verdaut werden müssen. Von einem dritten Beschäftigungsprogramm, das noch Kreisky zu Jahresbeginn zur Si*cherung oder* Schaffung von Tausenden von Arbeitsplätzen lautstark angepriesen hat, ist inzwischen angesichts der Geldnöte keine Rede mehr. Fest steht nur die Erhöhung von Steuern, Tarifen und Gebühren, um das Haushalts-Defizit mit Mehreinnahmen von 15 bis 20 Milliarden Schilling wenigstens auf einem Niveau von etwa fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts stabilisieren zu können. Darüber hinaus aber herrscht wirtschaftspolitische Funkstille, die aber keineswegs geeignet ist, in der Wirtschaft auch Urlaubsstimmung aufkommen zu lassen.

AUF EIN WORT

„Sozial ist heute nicht, wer etwas verteilt, was nicht vorhanden ist, wer *die Zukunft belastet mit* Schulden. Sozial ist vielmehr, wer die Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe stärkt, wer neue – bezahlbare – Arbeitsplätze schafft."

Dr. Hansjörg Häfele, CDU-MdB. Parlamentarischer Staatssekretär *beim Bundesminister der Finanzen*
FOTO: DPA

Verein gegen Einwegflaschen

Bm. **Bonn**

Abgaben auf Einwegverpackungen für Getränke fordert der in *Frankfurt gegründete Verein zur* Bekämpfung und Verminderung von Einwegverpackungen vor der Presse in Bonn. Der Vorsitzende des Vereins, Werner Zielasko (Präsident des Verbandes des Getränkefachgroßhandels) weist darauf hin, daß die Getränkeindustrie ihre Zusage zur Selbstbeschränkung nicht eingehalten hat, daß nun der Staat – wie in anderen EG-Ländern auch – mit Abgaben auf Einwegverpackungen die ökonomisch und ökologisch sinnvollere Mehrwegverpackung fördern müßte. Namhafte Brauereien, wie Warsteiner, Veltins und Krombacher hätten sich dem Verein bereits angeschlossen. Die Brauerei Rhenania in Krefeld habe man von ihrem Vorhaben, Halbliterdosen an den Markt zu bringen, abhalten können.

AUFTRAGSEINGÄNGE

Bestellungen aus dem Ausland gingen zurück

HANS-J. MAHNKE, **Bonn**

Der Auftragseingang bei der deutschen Industrie verharrte auch im Mai auf dem Niveau der Vormonate. Den vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes zufolge blieb der Auftragseingang beim verarbeitenden Gewerbe von April auf Mai preis- und saisonbereinigt unverändert. Das Auftragsvolumen war nach Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums im Mai aber nach wie vor erkennbar höher als im Herbst 1982. Seit Februar liegt der saisonbereinigte Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (1976 = 100) bei 98 (Volumen). Für Oktober wird er mit 94 angegeben. In den Folgemonaten lag er wegen der auslaufenden Frist für die Inve*stitionszulage über 100.*

Der Zweimonatsvergleich (April/Mai gegenüber Februar/März) weist für das verarbeitende Gewerbe einen Orderrückgang von 0,5 Prozent aus. Dahinter stand ein Zuwachs der Inlandsbestellungen um ein Prozent und ein Rückgang bei den Auslandsaufträgen von 2,5 Prozent. Die schwachen Bestellungen aus dem Ausland waren auch der Hauptgrund dafür, daß im Investitionsgütergewerbe der Auftragseingang um 1,85 Prozent schrumpfte. Eine leichte Abnahme hatte auch das Verbrauchsgütergewerbe um 0,5 Prozent zu verzeichnen. Dagegen wurde im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe ein Plus von einem Prozent registriert.

Volumenmäßig lag der Auftragseingang im April und Mai um 1,5 Prozent niedriger als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Dabei wurde aus dem Inland eine Zunahme der Ordereingänge um 0,5 Pro*zent verbucht. Dagegen bestellte* das Ausland vier Prozent weniger als vor einem Jahr. Beim Investitionsgütergewerbe wurde ein Rückgang um vier Prozent verzeichnet.

LÄNDERFINANZEN

Wachstum der Ausgaben ist deutlich abgeschwächt

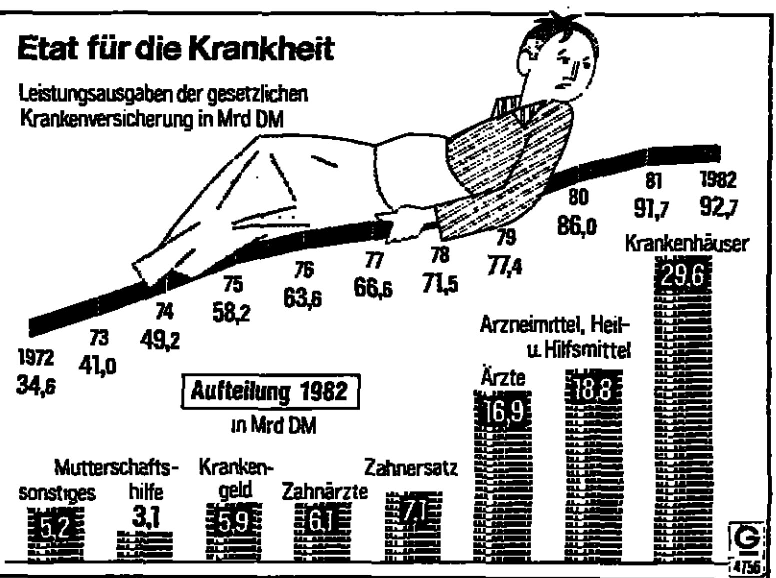
HEINZ HECK, **Bonn**

Die Haushaltsführung der Länder zielt wie die des Bundes auf eine Dämpfung des Ausgabenwachstums. Wie das Bundesfinanzministerium gestern anhand der endgültigen Haushaltsabschlüsse der Länder 1982 mitteilte, nahmen die Ausgaben insgesamt nur noch um 3,3 (Vorjahr 3,6) Prozent auf *217,6 Milliarden Mark* zu und damit deutlich geringer als im Schnitt der Jahre 1978 bis 1980 mit 8,6 Prozent. Hauptursachen hierfür sind ein noch stärker abgeschwächter An*stieg der konsumptiven Ausgaben* sowie ein Investitions-Rückgang.

Andererseits lag der Zuwachs der Ländereinnahmen (mit 4,5 Prozent auf 193,0 Milliarden) deutlich über dem von 1981 mit plus 2,1 Prozent und übertraf damit erstmals nach Jahren wieder das Ausgabenwachstum. Infolge der verbesserten Einnahme/Ausgaberelation blieb die Nettokreditaufnahme der Länder 1982 mit 24,0 Milliarden Mark um 0,5 Milliarden unter dem bisherigen Höchststand von 1981. Die Kreditfinanzierungsquote der Länder, also das Verhältnis der Nettoverschuldung zu den Gesamtausgaben, ging dadurch gegenüber 1981 von 11,7 auf 11,0 Prozent zurück. Die entsprechenden Zahlen lauten für den Bund 16,0 und 15,2, für die Gemeinden 4,0 und 4,3 Prozent.

Der Rückgang der Investitionen wurde wesentlich mitbestimmt durch das Auslaufen des Bund/Länder-Programms für Zukunfts*investitionen (1981 noch 0,9, 1982* nur 0,4 Milliarden Mark Ausgaben). Trotz gewisser Konsolidierungserfolge überschritten die Länder ihr in den Haushaltsplänen veranschlagtes Ausgabensoll um 1,3 Milliarden Mark. Mehrausgaben waren bei Personal (plus 0,4 Milliarden), den laufenden Zahlungen an Gemeinden (plus 0,3) und dem Erwerb von Beteiligungen (plus eine Milliarde) zu verzeichnen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Gesundheit ist ein teures Gut. Wie teuer, das läßt sich an den Ausgaben *der gesetzlichen Krankenkassen ablesen,* in denen 90 Prozent aller Bundesbürger versichert sind. Für ihre medizinische Betreuung und Versorgung – ob beim Arzt, beim Zahnarzt oder im Krankenhaus – waren 1982 insgesamt 92,7 Milliarden Mark erforderlich. Damit hat sich der Etat für die Krankheit innerhalb von zehn Jahren nahezu verdreifacht.
QUELLE: GLOBUS

Jugoslawien: Sparpolitik bringt erste Erfolge

Paris (dpa/AFP) – Die Sparpolitik der jugoslawischen Regierung trägt nach Ansicht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) erste Früchte. In ihrem jüngsten Landesbericht kommt die Organisation zu dem Schluß, daß das Außenhandelsbilanzdefizit Jugoslawiens gegenüber den Ländern mit konvertierbarer Währung in diesem Jahr von 3,75 auf zwei bis 2,5 Milliarden Dollar zurückgehen wird. Mit einer anhaltend hohen Inflationsrate und einem Schuldendienst von rund fünf Milliarden Dollar (12,5 Milliarden DM) für 1983 stehe Jugoslawien allerdings weiterhin vor erheblichen Problemen. Zur Bekämpfung der Inflation empfehlen die OECD-Experten Belgrad eine Reform der Wirtschaftspolitik zugunsten der Marktkräfte, eine Begrenzung des hohen Lohnzuwachses und eine realistische Wechselkurspolitik.

Weniger Rohstahl produziert

Düsseldorf (VWD) – Die deutschen Hüttenwerke haben im ersten Halbjahr 1983 mit 18,09 Millionen Tonnen 12,8 Prozent weniger Rohstahl als im entsprechenden Vorjahreszeitraum produziert. Wie die Außenstelle Düsseldorf des Statistischen Bundesamts in Düsseldorf weiter berichtete, war der Rückgang bei Roheisen mit 16,3 Prozent auf 13,48 Millionen Tonnen noch größer. Im Juni stieg die Stahlproduktion bei 28 Produktionstagen um 0,3 Prozent auf 3,1 Millionen Tonnen an gegenüber dem Vormonat, der 27 Produktionstage hatte. Damit verringerte sich die Leistung je Tag um 3700 auf 111 100 Tonnen. Beim Roheisen ging die Erzeugung im Vergleich zum Mai um 2,8 Prozent auf knapp 2,3 Millionen Tonnen zurück.

Neue Spezialitäten-Fonds

Frankfurt (VWD) – Vier neue Spezialitäten-Fonds bringt jetzt die von der Dresdner Bank und der Bayern-Hypo getragene DIT – Deutscher Investment-Trust Gesellschaft für Wertpapieranlagen mbH, Frankfurt. Am 25. Juli wird der DIT je einen Fonds für Rohstoff- und Energieaktien, für Technologiewerte, für Anlagen im pazifischen Raum sowie für Wandel- und Optionsanleihen auflegen, die seit 4. Juli zum Erstausgabepreis von 75 Mark pro Anteil gezeichnet werden können. Die Ertragsausschüttung der neuen Fonds, mit denen der DIT seine Angebotspalette auf insgesamt 12 Investmentfonds abrundet, erfolgt jeweils am 15. Februar. Realisierte Kursgewinne sollen jedoch grundsätzlich zur Substanzstärkung in den Fonds verbleiben.

Bundesanleihe aufgelegt

Frankfurt/Hamburg (dpa/VWD) – Die neue Bundesanleihe kommt mit einem Nominalzins von 8,00 Prozent, einem Ausgabekurs von 99,25 Prozent und einer Laufzeit von zehn Jahren auf den Markt. Das Bundesanleihekonsortium hat sie damit mit einer Rendite von 8,11 Prozent ausgestattet, teilte die Deutsche Bundesbank mit. Vom Gesamtvolumen dieser Anleihe von 1,6 Milliarden Mark werden 1,2 Milliarden Mark vom 7. bis 11. Juli zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt. 400 Millionen Mark werden vorerst zur Marktpflege zurückgehalten.

DIW warnt Bundesbank

Berlin (wt) – In der Geldpolitik erwartet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) für die Bundesbank größere Schwierigkeiten als im Vorjahr. Das Berliner Institut warnt die Bundesbank davor, zu rigoros gegen eine Ausweitung der Geldmenge vorzugehen. Sie solle sich eher an der Entwicklung der eigenen Volkswirtschaft orientieren und weniger an der Zinsentwicklung in den USA.

Hohe Rückvergütung

Düsseldorf (Py.) – Die deutschen Autoversicherer überweisen ihren 1982 schadenfrei gebliebenen Kunden mehr als 650 (520) Millionen Mark als Rückvergütung aus der Kfz-Haftpflichtversicherung. Nach Angaben des HUK-Verbandes verteilt sich dieser Betrag fast gleichmäßig auf Ausschüttungen aus versicherungstechnischen Überschüssen und auf Zinserträge aus Vermögensanlagen. Die Rückvergütungen aus technischen Überschüssen machen 2,9 (2,5) Prozent der Beitragseinnahmen in dieser Sparte aus.

Wochenausweis

	30.6.	23.6.	31.5.
Netto-Währungsreserve (Mrd. DM)	68,5	68,4	69,3
Kredite an Banken	66,9	67,1	59,7
Wertpapiere	7,4	7,4	6,8
Bargeldumlauf	100,1	97,0	98,8
Einl. v. Banken	46,2	39,0	48,1
Einl. v. öffentl. Haushalten	2,7	12,4	0,7

WERFTENFUSION

Lambsdorff lehnt den Plan des Bremer Senats ab

W. WESSENDORF, **Bremen**

Kritik am Finanzierungsplan des Bremer Senats für die geplante Werftenfusion hat Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff geäußert. In einem Interview mit dem „Weser Kurier" in Bremen lehnte der Minister diesen Plan ab; eine 75prozentige Übernahme der für die Fusion erforderlichen Kosten durch die Bundesregierung komme nicht in Frage.

„*Ein Verhältnis von 75 zu 25 Pro*zent ist nicht akzeptabel", allenfalls sei über eine paritätische Kostenteilung zu reden. Den vom Senat vorgelegten Fusionsplan, der die *Zusammenlegung* der Großwerften AG „Weser" Bremer Vulkan mit den Bremerhavener Betrieben Seebeckwerft und Hapag Lloyd vorsieht, kritisierte der Bun*deswirtschaftsminister, weil er* als Bedingung die Zustimmung der Betriebsräte und der IG Metall enthält.

Die Umstrukturierung der Schiffbaubetriebe in Bremen und Bremerhaven erfordert von der öf*fentlichen Hand* über 100 Millionen Mark. 87 Millionen Mark soll nach den Vorstellungen des Senats der Bund tragen, Bremen bis zu 25 Millionen aufbringen; der Rest der insgesamt geschätzten Kosten in Höhe von 230 Millionen Mark solle von den Eignern getragen werden. Das Land Bremen wird hierbei noch einmal mit einer 25-Millionen-Mark-Beteiligung gefordert.

Lambsdorff räumte in Bremen ein, daß die deutsche Werftindustrie vor einer schweren Bewährungsprobe stünde. Auf Grund der Auftragsbestände sehe er jedoch keine Notwendigkeit, sofort mit einer Auftrags- oder Exporthilfe in die Bresche zu springen. „Wir müssen uns gegen die Subventionspraxis hier wie beim Stahl zur Wehr setzen", sagte der Bundeswirtschaftsminister.

STAHL / Hersteller verhandelten ohne Ergebnis über Produktionsquoten

Franzosen zeigen sich unnachgiebig

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Nur mit Ächzen und Stöhnen werden sich die Stahlproduzenten der EG auf eine Anschlußregelung für das Ende 1983 auslaufende „Eurofer-III-Abkommen" verstän*digen können.* Einstweilen jedenfalls gehen die nationalen Quotenwünsche noch so weit auseinander, daß eine mehrtägige Verhandlungsrunde in Luxemburg ergebnislos abgebrochen werden mußte.

In der Brüsseler Kommission wird das vorläufige Scheitern indes nicht dramatisiert: „Zwischen heute und dem 25. Juli liegt noch ein ganzes Jahrhundert", meinte EG-Vizepräsident Etienne Davignon beschwichtigend. Am 25. dieses Monats müssen die Wirtschaftsminister endgültig über die Verlängerung des Krisenmechanismus auf dem Stahlmarkt entscheiden. Ohne die Mitwirkung der Industrie wäre die Einhaltung der obligartorischen Produktionsbeschränkungen allerdings von vornherein obsolet.

Schon in der letzten Ratssitzung war deutlich geworden, daß eine Reihe von Mitgliedstaaten die von der *Kommission* gewünschte Verlängerung des Quotensystems bis Ende 1985 und seine Ausdehnung auf einige neue Produkte nicht mitmachen will. Grund dafür ist die Unzufriedenheit mit den künftigen Quoten. Auch bei den Verhandlungen zwischen den Unternehmen kamen die Interessengegensätze zum Ausdruck.

Die „Eurofer"-Mitglieder schienen sich nach Angaben von Teilnehmern der Verhandlungen letztlich doch noch auf den Kommissionsvorschlag zuzubewegen, da nach dem Urteil aller Beteiligten ein Scheitern der Gespräche zu chaotischen Verhältnissen auf dem europäischen Stahlmarkt führen würde. Völlig unnachgiebig zeigte sich allein die französische Delegation. Sie verlangte nicht nur eine Kürzung der italienischen Quoten, sondern für sich selbst einen vollen Ausgleich für die seit dem Beginn des Krisensystems verlorengegangenen Marktanteile.

Die Situation gilt vor allem deshalb als prekär, weil die französischen Unternehmen seit ihrer Ver*staatlichung nicht* mehr über den gleichen Freiraum für Entscheidungen verfügen, wie zum Beispiel die deutschen. Die Regierung Mauroy hatte schon im Rat, ähnlich wie die italienische, eine besonders harte Haltung eingenommen.

Für die Kommission hat das Quotensystem vor allem die Funktion, die unerläßlichen Strukturveränderungen im Stahlbereich zu erleichtern. Deshalb hält die EG-Behörde eine Verlängerung für nur wenige Monate nicht für sinnvoll. Bis Ende 1985 soll die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie wiederhersgestellt werden, was nach den Brüsseler Auflagen für die Genehmigung staatlicher Beihilfen die Stillegung von überschüssigen Kapazitäten von 26,7 Millionen Tonnen Warmwalzerzeugnissen erfordert. Gegen diese Auflagen protestiert besonders Italien. Es macht jetzt auch die Zustimmung zu einer Verlängerung der Quotenregelung von günstigeren Bedingungen im Strukturbereich abhängig.

BABCOCK

Wechsel beim Vorstandsvorsitz



FOTO WOLF P. PRANGE

J. GEHLHOFF, **Düsseldorf**

Mit Rücksicht auf seine seit längerem stark angegriffene Gesundheit hat Hans L. Ewaldsen den Aufsichtsrat der Deutschen Babcock AG, Oberhausen, gebeten, ihn mit dem Ende des Geschäftsjahres 1982/83 (30. 9.) aus dem Vorstandsvorsitz zu entlassen. Der AR entsprach dem am Mittwoch „mit großem Bedauern" und bestellte das seit einem Vierteljahrhundert mit Ewaldsen zusammenarbeitende Vorstandsmitglied Helmut Wiehn (52) per 1. Oktober zum neuen Vorsitzenden. Zu diesem Zeitpunkt soll Ewaldsen, dann 60jährig, in den AR überwechseln. Dort will der bisherige AR-Vorsitzende, Bankier Hans Georg Gottheiner, nach der nächsten Hauptversammlung für ihn den Vorsitz freimachen.

Auf diese Weise sollen Führungsqualitäten und Erfahrungsschatz des langjährigen Babcock-Chefs dem Unternehmen im Rahmen des gesundheitlich noch Möglichen erhalten bleiben, wird betont. Unterstrichen wird damit erneut, was Ewaldsen in 16 Vorsitz-Jahren für Wachstum und Strukturwandel des einst fast nur vom Kraftwerksbau lebenden Konzerns geleistet hat und was auch durch die in den letzten Jahren ans Licht gekommenen dicken „Problemaufträge" offensichtlich nur temporär verdunkelt wird. Planmäßige Abwicklung dieser „Problemaufträge" und ein wieder positives Ergebnis kündigt Babcock für 1982/83 an.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Darmstadt: Nachl. d. Martha Wedler; **Hamburg:** Karl Heinz Berbig, Kaufmann, Alleininh. d. Omnibusbetrieb Berbig; **Hameln:** Adolf Siebert, Kfz-Schlosser; **Heidenheim/Brenz:** Wilhelm Mayer GmbH & Co., Sontheim a. d. Brenz; Mayer GmbH, Verwaltung u. Geschäftsführung v. Unternehmen d. Baubranche, Sontheim a. d. Brenz; **Kassel:** D+S Massivhäuser GmbH; **München:** Nachl. d. Gabriele Peritz, Versicherungsangestellte; N. C. Ashton Deutschland GmbH; Peter Scholz Ingenieurges. mbH Verfahrenstechnik i. Umweltschutz; **Wuppertal:** Nachl. d. Karl Schulte, Inh. d. Gebr. Schulte; Nachl. d. Alfred Emil Brückner.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Gelsenkirchen: Inge Ilin, Apothekerin, Dorsten 19, Alleininh. d. Malteser Apotheke, Gelsenkirchen; **Hamburg:** KG i. KG Hamburger Verlag f. Bild und Form GmbH & Co.; **Stuttgart-Bad Cannstatt:** David Datentechnik GmbH + Co. Computer KG; **Wuppertal:** City Video Film Verleih u. Vertriebs GmbH.

Vergleich eröffnet: Lippstadt: Metallbau Jüde GmbH.

Vergleich beantragt: Gelsenkirchen: Peter Michael Jonek, Kaufm.; Jonek GmbH & Co. KG, vorm. Textilhaus Dieler & Co.; Jonek GmbH; **Iserlohn:** J. H. Rud. Giese GmbH & Co. KG, Hemer-Westig; Giese Verwaltungsges. mbH, Hemer-Westig.

ADAM OPEL / Den Wettbewerbern davongerollt – Wieder in der Gewinnzone

In der Mittelklasse auf Erfolgskurs

HARALD POSNY, **Rüsselsheim**

Die in ihrer Auskunftsbereitschaft von Jahr zu Jahr spröder wirkenden Opel-Manager gaben sich selbst angesichts eines nach gerade zu Stolz verpflichtenden 82erAbschlusses für die noch bevorstehenden Monate des laufenden Jahres zurückhaltend. Vorstandsvorsitzender Ferdinand Beickler mochte jetzt für das Gesamtjahr 1983 lediglich „ein wesentlich besseres Ergebnis" ankündigen. Immerhin: Nach einem Rekordumsatz liegen zwischen dem Verlust 1981 und dem Überschuß 1982 685 Mill. DM.

Vorstandsmitglied Ferdinand Schwenger betont, daß es auch zu schwarzen Zahlen gekommen wäre, wenn 57 Mill. DM a. o. Erträge (Differenz zwischen Buch- und Marktwert von Anlagevermögen aus Leasinggeschäften) nicht etwas kosmetisch nachgeholfen hätten. So diente auch die Entnahme von 591 Mill. DM aus den freien Rücklagen dieser Kosmetik. Schwenger: „Wir wollten klare Verhältnisse und nicht den 82er Abschluß mit den hohen Vorjahresverlusten (593 Mill. DM) belasten." Gleichwohl werden in den nächsten Jahren noch steuerlich nutzbare Verlustvorträge von rund 900 Mill. DM vorhanden sein.

Beickler mag über die 0,7 Prozent Umsatzrendite keine rechte Freude empfinden. Sie reichten nicht aus, um das Unternehmen auf Dauer investitionsfähig zu halten, zumal für Abwicklung und Konstruktion eines einzigen neuen Modells eine runde Milliarde DM aufgewendet werden muß. Bei den Investitionen hatte Opel ohnehin 1982 ein Tief. Von dem Vorjahresvolumen muß etwa die Hälfte an übertragenen Aktiva des langfristigen 950-Mill.-DM-Leasingvertrags mit der General Motors Corp. abgerechnet werden.

Im laufenden Jahr werden etwa 800 Mill. DM investiert, über 50 Prozent davon in Bochum, 40 Prozent in Rüsselsheim. Vom Gesamtvolumen werden über 60 Prozent in neue Produkte und die damit verbundenen Änderungen der Fertigungsanlagen fließen. Bei einer deutlich über 90 (85) Prozent liegenden Kapazitätsauslastung wird Opel Ende dieses Jahres etwa 59 500 Personen beschäftigen, zur Zeit sind es einschließlich befristeter Arbeitsverträge rund 60 200.

Opel ist 1982 neben dem Weg in die schwarzen Zahlen ein mehrfacher, auch im Branchenvergleich bedeutsamer Coup gelungen: es gelang, mit einer „jungen" Modell-Palette, die Verluste vornehmlich in der oberen Mittelklasse wettzumachen und – was auch die Zahlen des laufenden Jahres unterstreichen – das Ruder nachhaltig herumzuwerfen. Lag die GM/Opel-Gruppe 1981 (8,3 Prozent Marktanteil in Europa) noch hinter dem führenden Renault um 5,4 Prozentpunkte zurück, sind es zur Zeit hinter dem heute führenden Ford (11,4 Prozent) nur noch 1,3 Prozent.

Auch unter den deutschen Wettbewerbern lag Opel in bezug auf Produktions- und Exportwachstum um Längen vorn. Als einziger Hersteller legten die Rüsselsheimer bei den Neuzulassungen im Inland ein Plus von 3,6 (Branche: minus 7,5) Prozent vor. Der verbesserte Marktanteil ging praktisch zu Lasten aller anderen Anbieter, was vor allem ein Verdienst von Kadett und Ascona war.

Opel steuert auch im laufenden Jahr auf Erfolgskurs. Für das Gesamtjahr 1983 erwartet Beickler eine Produktion von über 1 Mill. Fahrzeugen (ohne die in Spanien gefertigten Corsa). Im ersten Halbjahr lag die Zahl bei 520 000 (517 000). Im Ausland will man übers Jahr 531 400 (550 000) Autos absetzen, in den ersten fünf Monaten waren es 233 418, noch 3,6 Prozent mehr als im Vorjahr, und dies bei in der Branche um 4,5 Prozent auf 932 000 Stück zurückgefallenen Ausfuhren. Von dem hohen Sockel kann Opel in einigen Märkten noch eine Zeitlang profitieren. Zusätzlich wurden in Europa bislang 68 650 Corsa abgesetzt, davon 19 000 in der Bundesrepublik.

Adam Opel AG	1982	± %
Umsatz (Mill. DM)	12 735	+ 26,2
Produkt. ¹) (Stück)	961 094	+ 17,7
Absatz ²)	946 276	+14,4
– Export	549 944	+ 24,5
– Exportanteil (%)	58,1	(53,4)
– Inld.-Zulass.	396 322	+ 2,9
– Marktanteil (%)	18,2	(16,2)
Mitarbeiter ³)	59 888	– 1,5
Personalaufwand	3 361	+ 5,8
Sachanl.-Invest.	965	– 9,3
in % v. Umsatz	7,6	(10,5)
Sachanl.-Abschreib.	814	– 4,9
Brutto-cash-flow ⁴)	809	+ 203
in % v. Umsatz	6,4	(2,6)
Netto-cash-flow ⁵)	783	+ 233
in % d. Invest.	81,2	(22,1)
Gewinn (Verlust)	91,9	(593)
in % v. Umsatz	0,7	(–5,9)

¹) einschl. 355 625 (306 447) in Antwerpen in Opel-Auftrag mit Opel-Komponenten montierte Fahrz., ohne motorenlose Fahrz.-Teilesätze; ²) davon 704 (2456) Bedford-Blitz-Transporter; ³) Jahresende; ⁴) Jahresüberschuß + Zuf. z. Pens.-Rückst. + Abschr. ± a. o. Pos. (Saldo) + EEV-Steuern; ⁵) Brutto-cash-flow – Steuern (25,4 noch 31,6 Mill. DM) und Dividende (1981 und 1982 ausgefallen).

MTU / Der militärische Bereich bleibt in den kommenden Jahren die tragende Säule

Durststrecke für Investitionen nutzen

DANKWARD SEITZ, **München**

Auf eine Zeit ohne großes Wachstum hat sich die MTU Motoren- und Turbinen-Union GmbH, München/Friedrichshafen, für die kommenden Jahre eingestellt. Wie Ernst Zimmermann, Vorsitzender der Geschäftsführung, erläuterte, kann im Bereich Strahlentriebwerke, der in München angesiedelt ist, erst ab 1988 wieder mit einem besseren Auftragseingang gerechnet werden. Vorher werde die Nachfrage der internationalen Luftverkehrsgesellschaften nach neuen Flugzeugen unverändert schwach bleiben.

Für MTU-München bleibe somit der militärische Bereich in den kommenden Jahren die tragende Säule. Vor allem durch die Produktion für das Kampfflugzeug Tornado steuerte dieser Sektor 1982 rund 77 Prozent zum Triebwerks-Umsatz von 1,01 (0,9) Mrd. DM bei. In den ersten fünf Monaten 1983 wurden 342,7 Mill. DM umgesetzt und neue Aufträge über 381,1 Mill. DM hereingeholt. Auf das Ausland entfielen davon jeweils 162,1 Mill. und 174,2 Mill. DM.

Angesichts des hohen Auftragsbestandes – Ende Mai 1983 waren es 1,5 Mrd. DM nach 1,47 (1,32) Mrd. DM zu Jahresbeginn – glaubt Zimmermann, daß MTU-München die Durststrecke bis 1988 „einigermaßen überstehen" kann. Ausgeschlossen sei nicht, daß die Kapazitäten zeitweise um 15 bis 20 Prozent weniger ausgelastet sein könnten. Diese mögliche Phase wolle man dann nutzen, um die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit weiter zu steigern. Allein für 1983 sind Investitionen in Höhe von 100,6 (46,3 nach 52,4) Mill. DM bei Abschreibungen von 54,9 (41,0 nach 34,6) Mill. DM eingeplant. Das Umsatzziel für 1983 liegt wieder über 1,0 Mrd. DM.

Hoffnungen im zivilen Triebwerksbau setzt MTU-München in eine Kooperation mit vier anderen Unternehmen zur Entwicklung eines neuen Triebwerks (AI 2500) für künftige Kurz- und Mittelstreckenflugzeuge. Es soll ab 1988 zur Verfügung stehen. Dem Konsortium gehören neben MTU die Japanese Aero Engines Corp., Pratt & Whitney, Rolls-Royce und Fiat an. Der Kooperationsvertrag soll in den nächsten sechs Wochen unterschrieben werden.

Als eine „technologische Diversifikation" auf der Basis eines gegenseitigen Know-how-Austauschs begründete Zimmermann die Anfang 1983 auf eine Mehrheit erweiterte Beteiligung am Stammkapital der Kühnle, Kopp & Kausch AG (KKK), Frankenthal. Zusätzlich wurden noch 25 Prozent am KKK-Vorzugskapital erworben. Im Herbst 1982 hatte sich MTU-München mit 25,56 Prozent an KKK beteiligt. An eine weitere Aufstokkung oder einen Beherrschungsvertrag sei derzeit, so Zimmermann, nicht gedacht. Jetzt reiche die Beteiligung aus, um die gemeinsamen Unternehmensziele zu realisieren.

Auf eine Konsolidierungsphase stellt man sich auch bei MTU-Friedrichshafen ein, wo Dieselmotoren und Steuerungselemente für Schiffahrt, Eisenbahn und Schwerfahrzeuge hergestellt werden. Wie die gesamte Branche leide dieser Bereich unter einem „enormen Wettbewerbsdruck" und dem geringeren Export in die Opec-Länder. Die Aufstockung der Investitionen für 1983 auf 68,1 Mill. DM bei Abschreibungen von 41,0 Mill. DM verdeutlicht jedoch, daß die langfristigen Perspektiven günstig beurteilt werden. 1982 waren in Sachanlagen 35,1 (52,1) Mill. DM investiert worden; abgeschrieben wurden 37,0 (41,9) Mill. DM.

In den ersten fünf Monaten 1983 wurde ein Umsatz von 524,6 Mrd. DM erzielt, davon 299,5 Mill. DM im Ausland. Am Ende des Jahres sollen es, wie Zimmermann mitteilte, über 1,2 Mrd. DM sein; im letzten Geschäftsjahr war mit 1,13 (0,94) Mrd. DM erstmals die Milliarden-Marke überschritten worden. Bei einem Auftragseingang per Ende Mai von 423,1 Mill. DM und einem Auftragsbestand von 1,2 Mrd. DM dürfte dieses Ziel auch wieder erreicht werden. 1982 verzeichnete MTU-Friedrichshafen erstmals seit 1978 wieder einen Rückgang im Auftragseingang auf 0,92 (1,02) Mrd. DM. Der Auftragsbestand zum Jahresende verringerte sich auf 1,29 (1,5) Mrd. DM.

Recht zuversichtlich zeigte sich Zimmermann für die weitere Entwicklung der MTU Maintenance GmbH in Langenhagen, wo seit November 1981 Flugzeugtriebwerke für zahlreiche Fluggesellschaften gewartet werden. Das erste volle Geschäftsjahr 1982 brachte einen Umsatz von rund 21 Mill. DM. 1983 sollen es bereits 35 bis 40 Mill. DM und in vier bis fünf Jahren rund 100 Mill. DM sein. Für 1982 mußte MTU-München einen Anlaufverlust von 18 (11) Mill. DM übernehmen; 1983 dürften noch einmal rote Zahlen, aber „nicht in dieser Höhe" anfallen.

Daß 1982 für die MTU-Gruppe dennoch auf der Ertragsseite kein schlechtes Jahr war, zeigt der weitere deutliche Anstieg des Cash-flow auf 141,4 Mill. – nach 117,3 (82,2) Mill. DM. An die Gesellschafter Daimler-Benz und MAN (jeweils 50 Prozent) wurde ein versteuerter Gewinn von 11,7 (11,4) Mill. DM abgeführt.

DSL-BANK / Belastung durch Sonderkreditprogramm

Stark verbessertes Ergebnis

LEO FISCHER, **Bonn**

Die DSL-Bank, Deutsche Siedlungs- und Landesrentenbank, Bonn, konnte in den ersten fünf Monaten 1983 ihre Zusagen im Eigenkreditgeschäft gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um rund 12 Prozent auf 1,947 Mrd. DM steigern und damit an die erfolgreiche Entwicklung von 1981 und 1982, den beiden ersten Jahren nach der Neuorientierung der Geschäftstätigkeit, anknüpfen.

Für das Gesamtjahr 1983 sagte Vorstandsvorsitzender Hermann Sehrbrock eine stärkere Steigerung des Zinsüberschusses einschließlich Eigenhandel als 1982 voraus; im letzten Jahr stieg dieses Ergebnis um 21 Prozent auf 103,7 Mill. DM. Wegen der durch die Strukturänderung des Geschäfts bedingten zusätzlichen Aufwendungen im technisch-organisatorischen Bereich werde sich dies aber nicht voll im Betriebsergebnis niederschlagen. Das Betriebsergebnis einschließlich Eigenhandel stieg 1982 von 70,7 auf 85 Mill. DM.

Das öffentlich-rechtliche Institut konnte das Geschäftsvolumen im letzten Jahr um 12 Prozent auf 28,32 Mrd. DM steigern, die Bilanzsumme um 10,9 Prozent auf 27,72 Mrd. DM. Der Bilanzsummenzuwachs von 73 Mrd. DM resultierte ausschließlich aus der Zunahme des Eigengeschäfts der Bank. Deren Anteil an der Bilanzsumme stieg weiter auf 70,4 Prozent (67,1).

Die Kreditzusagen nahmen im Eigen- und Auftragsgeschäft um 3,93 Mrd. DM zu. Mit 3,74 Mrd. DM (plus 460 Mill. DM) machte das Eigengeschäft 95 (Vorjahr 93) Prozent der Gesamtzunahme aus. 774 Mill. DM Kreditzusagen entfielen auf den Wohnungsbau. Dies bedeutet das bisher beste Jahresergebnis und eine Verdoppelung der Vorjahreszahl.

Auf der Passivseite stieg das Refinanzierungsvolumen von 4,1 auf 6,9 Mrd. DM. Dabei verschob sich der Schwerpunkt von Kommunalobligationen auf sonstige Schuldverschreibungen, deren Anteil mit 4,62 Mrd. DM rund zwei Drittel erreichte. Dem verbesserten Betriebsergebnis stand ein Mehraufwand im außerordentlichen Geschäft gegenüber, der vom Sonderkreditprogramm für Spätaussiedler verursacht wurde. Dadurch wird die Ertragslage noch bis 1986 belastet sein, doch war das Jahr 1982 besonders betroffen.

Deshalb ging der Jahresüberschuß von 25,9 Mill. DM im Vorjahr auf 12,8 Mill. DM zurück. Davon gingen 9,6 Mill. DM in die gesetzliche Rücklage; das haftende Eigenkapital stieg von 496,8 auf 506,4 Mill. DM. 3,2 Mill. DM wurden an die Anteilseigner (Bund 99 Prozent, Berlin 0,40, Bayern, Hessen und Schleswig-Holstein je 0,2 Prozent) ausgeschüttet.

Stark expandierte das erst 1981 aufgenommene Auslandsgeschäft. 1982 wurden Auslandskredite über 614 Mill. DM, fast doppelt so viel wie im Vorjahr (328 Mill. DM), zugesagt.

NAMEN

Hans-Peter Jähler wurde zum Geschäftsführer der Dürkoppwerke GmbH, Bielefeld, berufen. Er löst am 1. Oktober 1983 **Klaus Eckhardt** ab, der neue Aufgaben bei der Muttergesellschaft FAG Kugelfischer Georg Schäfer & Co., Schweinfurt, übernimmt. Zu stellvertretenden Geschäftsführern wurden **Dr. Florian Böllhoff** und **Gerd Führing** berufen.

Dr. Otto Bartmann, langjähriger Geschäftsführer der Filztuchfabrik Thomas Josef Heimbach, Düren, vollendet am 8. Juli das 60. Lebensjahr.

Dr. Gerd Federlin, bisher Leiter des Bereiches Personal-, Sozial- und Bildungspolitik der Bosch-Siemens Hausgeräte GmbH, München, wurde per 1. Oktober 1983 zum Geschäftsführer und Arbeitsdirektor der Osram GmbH, Berlin/München bestellt. Er ist Nachfolger von **Dr. Harry Wirth,** der am 30. September 1983 auf eigenen Wunsch aus der Gesellschaft ausscheidet und ab 1. Oktober als Hauptgeschäftsführer die Leitung der Deutschen Gesellschaft für Personalführung, Düsseldorf, übernimmt.

Dr. Alexander von Tippelskirch (42), Direktor der Niederlassung Norddeutschland der Industriekreditbank AG – Deutsche Industriebank, wurde als stellvertretendes Mitglied zum 1. April 1984 in den Vorstand der Bank berufen.

Carl Friedrich Meineke, Vorsitzender der Vorstände der Vereinigten Versicherungsgruppe in München, ist im Alter von 64 Jahren in München gestorben.

BERTELSMANN / Jahr der Turbulenzen überstanden – Probleme abgehakt

Lage viel besser als die Stimmung

DOMINIK SCHMIDT, **Gütersloh**

„Die Krisen sind gemeistert, das Geschäft läuft, der Umbruch ist vollzogen." Mark Wössner, seit April dieses Jahres Vorstandsvorsitzender der Bertelsmann AG, Gütersloh, übt bei der Standortbestimmung des Medien-Riesen keinerlei Zurückhaltung. Die Turbulenzen, durch die „Bertelsmann plötzlich ins Gerede gekommen war", seien überstanden, wenngleich intern gewaltige Überzeugungsarbeit geleistet werden mußte. Wössners Fazit: „Im Gegensatz zur deutschen Wirtschaft ist die Lage bei Bertelsmann um Klassen besser als die Stimmung."

Ohnehin, so Wössner, seien die angesprochenen Turbulenzen nicht wirtschaftlicher oder bilanzieller Art gewesen. Dies werde durch die Ergebnisse des gerade zu Ende gegangenen Geschäftsjahrs 1982/83 (30. 6.) belegt. Zwar nahm der Konzernumsatz entsprechend dem Plan nur um 3 Prozent auf 6,2 (6,04) Mrd. DM zu, und auch das Betriebsergebnis erreichte mit 362 Mill. DM nur das Niveau des Vorjahres. Der Jahresüberschuß indes verbesserte sich kräftig auf 140 (105) Mill. DM. Gleichzeitig stieg die Eigenkapitalquote auf 22,6 (21,5) Prozent.

Die Konsolidierungsphase des Konzerns betrachtet Wössner nunmehr als nahezu abgeschlossen. Nur noch zwölf von insgesamt 200 Profit-Centers würden rote Zahlen schreiben; sechs davon seien neue Firmen, bei denen Aufbauverluste wirksam werden. Nachdem 1982/83 noch 22 Firmen Verluste in Höhe von 150 Mill. DM produzierten, rechnet Bertelsmann für das laufende Jahr noch mit negativen Ergebnissen von 50 Mill. DM.

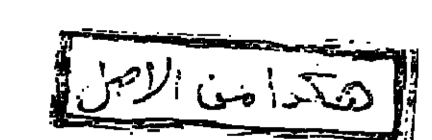
Der Budget-Rohentwurf für das neue Geschäftsjahr, der unverändert konservativ geplant sei, sieht einen Betriebsgewinn von 462 Mill. DM und einen Jahresüberschuß von 204 Mill. DM vor. Bei Bankenschulden von derzeit 400 Mill. DM werde Bertelsmann 1983/84 zum ersten Mal überschüssige Liquidität vorweisen.

Spürbar erleichtert zeigt sich Wössner darüber, daß das zunächst unlösbar scheinende Problem mit der US-Tochter Arista (Schallplatten) „abgehakt" ist. Mit der Hereinnahme des amerikanischen Medienkonzerns RCA sei der Wunschpartner gefunden worden. Arista, an der Bertelsmann und RCA jetzt mit jeweils 50 Prozent beteiligt sind, belastete Bertelsmann im letzten Jahr mit rund 30 Mill. DM bei einem Umsatz von 130 Mill. DM.

Inzwischen werde das Tagesgeschäft vom stark RCA-geprägten Arista-Management gestaltet. Die Gesellschaft, die nicht mehr dem Bertelsmann-Konsolidierungskreis angehört, werde Ende 1983 den Break-even-point erreichen. Von der Zusammenarbeit mit RCA verspricht sich Bertelsmann beträchtliche Synergie-Effekte. Nach den Worten Wössners wurde inzwischen vereinbart, daß die Bertelsmann-Tochter Sonopress das gesamte europäische Schallplattengeschäft von RCA – jährlich rund 6 Millionen Langspielplatten und ebenso viele Singles – von der technischen Seite her übernimmt. Bislang ließ RCA die Platten bei Teldec pressen.

Ausführlich beschäftigte sich Wössner mit den Hintergründen der „Stern"-Affäre (Hitler-Tagebücher) und den Auswirkungen auf Gruner + Jahr („handwerkliche Schlamperei mit tragischen Folgen"). Unberechtigt indes seien die Vorwürfe an die Gütersloher Adresse. Bertelsmann selbst habe an diesem Desaster nicht den geringsten Anteil. Grundsätzlich habe sich gezeigt, daß „gegen kriminelle Intelligenz im eigenen Haus" kein Kraut gewachsen sei. Die finanziellen Belastungen aus dem „Fall Stern" beziffert Wössner auf rund 20 Mill. DM. Vorsichtshalber habe der G + J-Vorstand Rückstellungen von 15 Mill. DM gebildet. Die Auflage des „Stern" sei um 150 000 gesunken; die Hälfte davon allerdings dürfte auf die gleichzeitig vorgenommene Preiserhöhung zurückzuführen sein.

Priorität werde in Zukunft innerhalb des Konzerns die „Inhalte-Arbeit" haben, die Neuorientierung zum Produkt. Die Verpflichtung des früheren Finanzministers Manfred Lahnstein, der später den Unternehmensbereich „Neue Medien" leiten soll, sei auch vor diesem Hintergrund zu sehen.



DAIMLER-BENZ HV / Pkw-Sektor erwartet Wachstum im In- und Ausland

Grautöne im Nutzfahrzeug-Bereich

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Viel Lob an die Adresse des Vorstandes für einen „in jeder Richtung blendenden Abschluß", aber auch besorgte Anmerkungen beispielsweise zur Nutzfahrzeugsparte und zur Umweltschutzthematik standen im Mittelpunkt der teilweise weitschweifigen mehrstündigen Diskussion der von 5000 Aktionären gut besuchten Hauptversammlung der Daimler-Benz AG im Untertürkheimer Museum des Unternehmens (die nächste Hauptversammlung findet in der benachbarten Hanns-Martin-Schleyer-Halle statt).

Eine gewisse Unruhe kam auf, als ein „interessierter Kleinaktionär" seinen Oppositionsantrag begründete, mit dem er auf die Nichtentlastung des Aufsichtsratsmitglieds und IG-Metall-Bezirksleiters Franz Steinkühler abzielte. Seiner These, daß die jahrelange preissteigernde Lohnkostenpolitik ohne Berücksichtigung der Wettbewerbslage die Werksexistenz gefährde und seiner Aufsichtsratspflicht widerspreche, wurde jedoch von der Verwaltung unter Zustimmung der Mehrzahl der Aktionäre die gute Qualität der bisherigen Zusammenarbeit mit den Vertretungsorganen der Arbeitnehmer entgegengehalten.

Zur Situation im Nutzfahrzeug-Bereich stellte Daimler-Benz-Vorstandsvorsitzender Gerhard Prinz in Beantwortung von Aktionärsfragen fest, daß sich die Marktanteile im Inland im bisherigen Verlauf dieses Jahres durchweg erfreulich entwickelten. In der Omnibussparte seien die Erlöse heruntergewirtschaftet, doch rechne man bei guter Auslastung des Mannheimer Werks mit einer Ergebnisverbesserung. Bei Euclid mache man sich Gedanken über die Struktur. Die bisherige Entwicklung bei der Markteinführung der Pkw-Kompaktklasse 190 übertreffe teilweise die Erwartungen.

Die HV – Präsenz fast 88 Prozent – billigte für 1982 die Ausschüttung von 21 Prozent Dividende zuzüglich zwei Prozent Bonus sowie die Kapitalerhöhung um 170 Mill. DM im Verhältnis neun zu eins zu pari. Laut Prinz gebe es eine „gute Grundlage", den Dividendensatz auch für 1983 auf das erhöhte Kapital zu halten. Der Bonus sei in die Überlegungen nicht einbezogen.

In seiner einleitenden Rede auf der Hauptversammlung hatte Prinz die Elastizität des Automobilkonzerns hervorgehoben. Während Mitte der siebziger und Anfang der achtziger Jahre der weltweite Nutzfahrzeugbereich wesentlich zur Stabilität des Gesamtunternehmens beitrug, ist derzeit der Pkw-Bereich der wachstums- und ertragsträchtigere Teil.

Auch für 1983 erwartet Daimler-Benz im Pkw-Sektor sowohl im Inlands- als auch im Exportgeschäft ein weiteres Wachstum. Der Ergebnisbeitrag der Pkw-Sparte werde in diesem Jahr gehalten oder sogar noch gesteigert werden, während man für den Nutzfahrzeugbereich mit weiteren Ergebniseinbußen rechne. Der Umsatz von Daimler-Benz ist im Konzern in der ersten Jahreshälfte 1983 um 1 Prozent, in der AG um 3 Prozent angestiegen. Dabei wuchs der Inlandsumsatz um 16 Prozent, während der Exportumsatz bei der AG um 6 Prozent zurückging.

Der Anstieg des Umsatzes im Pkw-Bereich von 13 Prozent in den ersten sechs Monaten eröffne die Möglichkeit für einen Umsatzzuwachs auch im ganzen Jahr. Demgegenüber werde der Konzernumsatz in der Größenordnung des Vorjahres liegen. Die Pkw-Produktion lag im 1. Halbjahr 1983 mit 235 000 Einheiten um 1 Prozent über dem Vorjahr. Für das ganze Jahr 1983 ist eine Steigerung der Pkw-Produktion auf 470 000 Einheiten (plus 2,6 Prozent) eingeplant. Zur Nutzfahrzeugsparte bemerkte Prinz, daß man eine Absatzsteigerung im Inlandsgeschäft erwarte und auch die Verkäufe in bisher konjunkturellen schwachen europäischen Märkten in etwa gehalten werden könnten.

VEBA / In den kommenden Jahren Investitionen von 19 Milliarden Mark – Schwerpunkt bleibt Elektrizität

Mineralöl und Chemie erholen sich spürbar

HANS BAUMANN, Essen

Im ersten Quartal 1983 lag der Konzernüberschuß der Veba AG, Düsseldorf, mit 63 Mill. DM schon leicht über dem Ergebnis im Jahr zuvor mit 61 Mill. DM. In den Monaten April und Mai hat sich die wirtschaftliche Situation nach Auskunft des Vorstandsvorsitzenden, Rudolf von Bennigsen-Foerder, „doch spürbar verbessert". Die Verluste aus dem Mineralölgeschäft sind spürbar zurückgegangen, in der Chemie hat sich – mit Ausnahme der Düngemittel – die Lage gebessert. Man schließt sogar nicht aus, daß die Chemische Werke Hüls (CWH) 1983 ein kleines Ergebnis abführen werden.

Der Konzernaußenumsatz ist jedoch bis Ende Mai um 6,2 Prozent auf 19,6 Mrd. DM zurückgegangen. Stinnes verlor 13,8 Prozent, weil man Trading-Geschäfte aufgab, der Umsatz bei Veba Oel ging um 7,9 Prozent zurück, der von CWH um 4,2 Prozent, davon allein der Düngemittelbereich um 17 Prozent. Positiv ist die Umsatzentwicklung dagegen bei der Preag (plus 6,6) und bei VKR (plus 17,4 Prozent).

Für 1983 wird mit einem Kernenergieanteil bei der Veba im Bereich Preußenelektra von 40 Prozent gerechnet. Im Konzern sind es 17 Prozent gegenüber einem Bundesdurchschnitt von 11 Prozent. Die Bedeutung der Stromseite spiegelt sich deutlich wieder im Ergebnis je Aktie. Die Stromwirtschaft trug dazu im Berichtsjahr 1982 zu 91 (73) Prozent bei, die Mineralölseite verschlechterte es um 24 (23) Prozent. Ein kleines Plus brachte noch die Chemie mit 2 (18) Prozent, Handel und Verkehr unverändert 18 Prozent, Hohlglas 1 (3) Prozent und Mutter Veba selbst 12 (11) Prozent.

Die geringeren Erträge schlugen natürlich auf den Cash-flow durch. Er demonstriert jedoch nach wie vor beachtliche Finanzkraft. Der Anstieg der Investitionen (Schwerpunkt wieder Strom) bezieht sich auf Sach- und Finanzanlagen. Hier wird der Fortschritt der Gemeinschaftskraftwerke deutlich, die Kapitalerhöhungen benötigten. Der Ordnung halber muß man aber bei den Investitionen auch jene anteiligen Aufwendungen berücksichtigen, die in Gemeinschaftsunternehmen (etwa Deminex) flossen. Rechnet man diese dem Konzern zu, so betrug die Gesamtinvestition im Berichtsjahr 3,8 (2,9) Mrd. DM. Bis 1987 plant die Veba Investitionen in Höhe von 19 Mrd. DM, davon zwei Drittel in der Elektrizitätswirtschaft, 15 Prozent im Ölsektor, 10 Prozent in den Chemiesparten und 10 Prozent in Handel und Verkehr.

Wie stark die Innenfinanzierung ist, zeigt der Außenbeitrag zur langfristigen Fremdfinanzierung von ungewöhnlich geringen 25 Mill. DM. Doch hier wird nur ein Saldo großer Finanzbewegungen sichtbar: Neuaufnahmen 816 Mill. DM und Tilgungen 794 Mill. DM.

Solide sind auch die Finanzierungsrelationen. Das langfristige Vermögen wird zu 57,6 (58) Prozent durch Eigenkapital gedeckt, durch Eigenmittel und langfristige Fremdmittel zu 128,5 (127,2) Prozent. Zusätzlich zur Ausschüttung von wieder 7,50 DM Dividende werden 113 Mill. DM den Konzernrücklagen zugeführt. Diese betragen jetzt bei 1,685 Mrd. DM Aktienkapital 4,69 (4,59) Mrd. DM. Trotz Solidität sagt von Bennigsen, daß die Veba die weitere Stärkung der Eigenmittel für „ein ganz vorrangiges Ziel" halte. Dabei hilft der Gesellschaft der schrittweise Abbau der doppelten Vermögenssteuerbelastung, die das Eigenkapital betrifft.

Wenn er auch das Ergebnis für 1983 „zufriedenstellend" erhofft, so mag er sich nicht auf Zahlen festlegen. Die allmähliche Lösung der Probleme bei der Chemie und die resolute Umstrukturierung bei Veba Oel, um aus dem Strudel der Downstream-Probleme herauszukommen und die Erholung von Veba Hohlglas ließen auf ein befriedigendes Ergebnis schließen.

Ist er noch an den beiden Ruhrkohle-Paketen von Hoesch und Krupp interessiert? „Aber ja", lautet die Antwort. Gespräche würden geführt. Aber der Wirtschaftsminister von NRW, Jochimsen, wolle doch eine weitere Stärkung des Veba-Einflusses auf die Ruhrkohle verhindern? „Das kann der gar nicht", entgegnet von Bennigsen, da die Ruhrkohle-Aktien unter den Anteilseignern frei handelbar seien.

Veba Konzern	1982	± % 1981
Umsatz (Mrd. DM)	50,5	+ 2,2
davon Strom	8,8	+ 8,6
Öl/Gas/Chemie	19,2	– 3,8
Handel/Verkehr	21,8	+ 2,9
Hohlglas	0,6	– 3,4
Beschäftigte	80 474	– 3,0
Gesamtinvestitionen (Mill. DM)	2 087	+ 2,5
Cash-flow (brutto)	3 119	– 3,5
Cash-flow (netto)	2 182	– 7,5
Sachinvestitionen	2 087	+ 2,7
Nettogewinn [1]	310	–14,4
Jahresüberschuß	433	–20,0

[1] Gewinn je Aktie 9,20 (10,80) DM je 50 DM nom., hinzu kommen 92 (90) Mill. DM Anteile Konzernfremder

DUB-SCHULTHEISS-HV / Pflege des Faßbieres

Investitionen in den Vertrieb

P. WEERTZ, Berlin

In Zukunft will die Dortmunder Union-Schultheiss Brauerei AG, Berlin und Dortmund, mehr als bisher im Vertriebsbereich investieren. „Investitionen in den Vertrieb sind die zweite Säule der Zukunftssicherung", betonte Vorstandsvorsitzender Frank Wedekind vor der Hauptversammlung. Hierbei denkt das Unternehmen an Werbekampagnen, Verbreitung der Gaststättenbasis durch Finanzierungshilfen und die Modernisierung der Absatzstätten nach marktgerechten Kriterien.

Auf eine Frage eines Aktionärsvertreters, ob mit weiteren Kosten für die „Elefantenhochzeit" von vor zehn Jahren zu rechnen sei, sagte Wedekind: Die Umstrukturierung des Brauereikonzerns sei abgeschlossen. Allerdings erforderten der Markt und die wirtschaftliche Entwicklung, daß sich der Konzern der notwendigen Anpassung nicht entziehen könne. Die Umstrukturierung hat 1982 noch einmal 4,9 Mill. DM erfordert.

Als oberstes Ziel der Unternehmenspolitik bezeichnete Wedekind, das qualitative Wachstum ertragreicher Marken in aussichtsreichen Märkten zu fördern. Ein „Verkaufen um jeden Preis" lehnte freilich Wedekind ab. Gefördert werden soll vor allem der Faßbierabsatz. Bei alkoholfreien Getränken verfüge der Konzern mit „Apollinaris" über eine überregionale Marke mit Zukunftschancen.

Für dieses Jahr ist zwar Wedekind zuversichtlich, das geplante Absatzziel zu erreichen, vorerst liegt der Bierabsatz bis Mai aber noch um 0,6 Prozent zurück. Bei alkoholfreien Getränken konnte hingegen ein Plus von 0,4 Prozent erreicht werden. Mit Mehrheit genehmigten die Aktionäre für 1982 eine höhere Dividende von 14 (12) Prozent auf das Aktienkapital von 151 Mill. DM.

PREUSSAG-HV / Verluste im Metallbereich abbauen

In Gabun fündig geworden

KLAUS WÄGE, Hannover

Die Preussag AG, Hannover, muß die Verluste im Metallbereich erheblich abbauen, wenn 1983 das Ertragsniveau des Vorjahres erreicht werden soll. Voraussetzung dafür sei die weitere Erholung der Zink- und Bleipreise, meinte der Vorstandsvorsitzende, Dr. Günther Saßmannshausen, anläßlich der Hauptversammlung des Unternehmens. Zumindest sei in den ersten fünf Monaten bisher auf den für die Preussag relevanten Märkten nicht die erhoffte Belebung eingetreten. Stabilisiert hat sich bisher in 1983 der Zinkmarkt, während sich der Bleimarkt noch verschlechtert hat. Insgesamt haben die Bergwerke ein ausgeglichenes Betriebsergebnis erzielt, wobei der Anstieg im Silberpreis sich positiv ausgewirkt habe.

Im Zusammenhang mit den ausländischen Off-Shore-Aktivitäten sagte Saßmannshausen, daß die Preussag in Gabun fündig geworden sei. Auch würden die Funde im Golf von Suez planmäßig entwickelt. Aus beiden Projekten werde ab 1984 mit einem Rückfluß der eingesetzten finanziellen Mittel gerechnet. Lagerstättenbedingt habe die inländische Förderung bei Öl abgenommen und die Erlöse würden sich aufgrund des Opec-Beschlusses weiter ermäßigen. Erheblich besser als erwartet sei bisher der Erdgasabsatz gewesen, während die Steinkohlenförderung auf Vorjahresniveau gelegen habe. Der Auftragseingang im Baubereich war in den ersten fünf Monaten ähnlich hoch wie im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die Verluste in Kanada bezifferte Saßmannshausen im Metallbereich für 1983 auf 30 Mill. DM. Auf der Hauptversammlung waren 78,54 Prozent des Aktienkapitals von 350 Mill. DM vertreten. Die Aktionäre erhalten für 1982 eine Dividende von 8 DM je 50-DM-Aktie.

SIEMENS / Datentechnik aus den roten Zahlen – Liquidität gestiegen

Leichtes Wachstum in der Flaute

DANKWARD SEITZ, Athen

Die internationale Konjunktur ist unverändert schlecht, doch mehren sich die Anzeichen für eine leichte Belebung in den USA und Europa. Dadurch bedingt, wird sich auch der Weltelektromarkt 1983 noch am Rand der Stagnation bewegen und erst in den nächsten Jahren auf ein reales Wachstum von 5 Prozent einschwenken.

Vor diesem Hintergrund erwartet Karlheinz Kaske, Vorstandsvorsitzender der Siemens AG, München, einen leichten Rückgang des Konzern-Umsatzes auf 39 (40,1) Mrd. DM im Geschäftsjahr 1982/83 (30. 9.). Während dieses Minus allein der Tatsache zugeschrieben wird, daß bei KWU kein Kraftwerksauftrag zur Abrechnung kommt – ohne sie wird ein Umsatz von 36 (35) Mrd. DM erwartet –, ist es beim Auftragseingang genau umgekehrt. Den Zuwachs um 4 Prozent auf 45 (43,1) Mrd. DM wird allein KWU bringen. Der Auftragsbestand per Ende Mai 1983 wurde mit 59,4 Mrd. DM angegeben; Ende 1982 waren es 52,8 Mrd. DM.

Die weiteren Zahlen für die ersten acht Monate 1982/83, die Kaske zur Sommerpressekonferenz präsentierte, sehen gar nicht so schlecht aus. Der Welt-Umsatz erhöhte sich gegenüber der gleichen Vorjahreszeit um 2 (3) Prozent auf 24,4 Mrd. DM. Auf das Inland entfielen davon 10,8 Mrd. DM (plus 3 Prozent) und das Ausland 13,6 Mrd. DM (plus 1 Prozent).

Deutlich bessere Zuwachsraten zeigt der Auftragseingang mit 15 (1,8) Prozent auf 31,9 Mrd. DM. Überdurchschnittlich hat dazu das Inland mit 51 Prozent auf 16,7 Mrd. DM beigetragen, während aus dem Ausland mit 15,2 Mrd. DM 8 Prozent weniger Bestellungen hereingeholt werden konnten. Den maßgeblichen Schub im Inland brachte die KWU mit zwei Kernkraftwerksaufträgen.

Zum Ergebnis 1982/83 wollte sich Kaske auf keine genaue Prognose festlegen, außer daß es „nicht schlechter" wird. Spekulationen, daß die Umsatzrendite auf 2,0 (1,9) Prozent gestiegen ist, wurden nicht bestätigt. Vermutet werden kann dennoch ein besseres Ergebnis, weil die Datentechnik (Umsatzanteil 5 bis 6 Prozent), die bisher rote Zahlen brachte, nach Angaben von Kaske inzwischen die Nullinie durchstoßen hat und schwarze Zahlen in Höhe anderer Siemens-Bereiche schreibe.

Fragen nach einer Dividendenaufstockung beantwortete Finanzchef Heribald Närger mit dem Hinweis, daß in den letzten Jahren immer eine höhere Dividendensumme ausgeschüttet worden sei, was nur im Dividendensatz nicht zum Ausdruck komme. Zu Gerüchten, daß die Liquidität des Konzerns sich inzwischen von 11,1 auf 13 bis 14 Mrd. DM erhöht hat, meinte er lapidar: „Sie ist weiter gestiegen."

Aktien weiter widerstandsfähig

Sonderbewegungen sorgten für lebhafte Umsätze

DW. – Nahezu unbeeindruckt von der vorangegangenen Schwäche der New Yorker Börse sowie von dem weiteren Zinsanstieg entwickelte sich am Mittwoch der Aktienhandel in den deutschen Börsensälen. Es kam zwar in einigen der bisherigen Favoriten zu weiteren Gewinnmitnahmen, die daraus resultierenden Verluste hielten sich jedoch in engen Grenzen. In der zweiten Börsenstunde sorgten neue Anlagekäufe aus dem In- und Ausland für eine spürbare Geschäftsbelebung. Diese kam in erster Linie den Papieren der Großchemie zugute, reger umgesetzt wurden aber auch Veba-Aktien, bei denen angenommen wird, daß ihr Kurs bis zur Begebung der Optionsanleihe weiter nach oben gezogen werden soll.

Der Preussag-Kurs setzte seinen Anstieg um 4 DM auf 284 DM fort. Größere Umsätze gab es in den IWKA-Aktien, die bis zu 166 DM (plus 7,50 DM) gehandelt wurden. Im Großbankenbereich konnten sich die Papiere der Deutschen Bank dank anhaltenden Auslandsinteresses wieder gut behaupten. Commerzbank-Aktien fielen dagegen auf 184 DM (minus 3 DM) zurück. Bei den Autoaktien hielten die Gewinnmitnahmen ebenso an wie bei den Kaufhauswerten, von denen Karstadt um 4 DM und Kaufhof um weitere 5 DM zurückgenommen werden mußten.

Düsseldorf: Gildemeister verloren 2,50 DM und Didier St. 3,30 DM. Keramag verbilligten sich um 4 DM, AEG Kabel Rheydt um 5 DM, Leffers um 5 DM und Stahlwerke Bochum um 5 DM. Auf der positiven Seite lagen Gerresheimer Glas mit plus 4,50 DM, Kromschröder mit plus 6 DM und Heinrich mit plus 8 DM.

Frankfurt: Bei den Standardwerten gab es Veränderungen bis zu 2,50 DM nach beiden Seiten. Etwas deutlicher befestigt waren Rohstoff-Aktien wie Preussag und Veba. Von Spezialwerten blieben Vögele 154 DM plus 4 DM, MAN-Roland 382 DM plus 7 DM, Steigenberger 1270 DM plus 30 DM, Südzucker 351 DM minus 9 DM.

Hamburg: HEW konnten sich um 1,50 DM auf 103,50 DM erholen. NWK Vz. lagen bei 160,50 (minus 0,50 DM) knapp gehalten. Phoenix Gummi verkehrten zu 142,70 DM bis 143 DM unverändert. Flensburger Schiffbau waren erneut gesucht und wurden bis 162 DM (plus 2,10 DM) gehandelt. Bremer Vulkan blieben mit 40 DM unverändert.

München: Agrob Vz. erhöhten um 4 DM auf 335 DM und Audi NSU um 25 DM auf 285 DM. Dywidag gaben um 13 DM auf 311 DM nach und Ekatit Riedinger um 4 DM auf 100,50 DM. Enost erhöhten um 10 DM auf 300 DM und Gehe AG um 4,50 DM auf 224,50 DM.

Berlin: Spinne Zehlendorf wurden um 40 DM heraufgesetzt. Herlitz Vorzüge festigten sich um 5,10 DM und DeTeWe um 5 DM. Herlitz Stämme lagen um 1 DM freundlicher.

Nachbörse: zuversichtlich

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München · Aktien-Umsätze

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Auslandszertifikate

Ausländische DM-Anleihen

Fremde Währungen

Junge Aktien

Ausland

New York

Toronto

London

Mailand

Amsterdam

Tokio

Zürich

Madrid

Paris

Hongkong

Sydney

Wien

	6. 7.	5. 7.
Creditanstalt-Bkv.Vz.	210	213
Gösser-Brauerei	320	320
Länderbank Vz.	210	211
Österr. Brau AG	268	267
Perlmooser	344	347
Reininghaus	345	342
Schwechater Br.	169	164
Semperit	–	–
Steyr-Daimler-P.	140	140
Universale Hoch Tief	219	225
Veitscher Magnesit	219	219
Index	55,36	55,45

Kopenhagen

	6. 7.	5. 7.
Den Danske Bank	278,5	256,75
Jyske Bank	449,75	440
Kopenh. Handelsbk.	263,75	244,75
Novo Industri	2825	2895
Privatbanken	260	246
Ostasiat. Komp.	172	173,25
Dan. Sukkerfabr.	574	587,75
For. Bryggerier St.	988	1000
Kgl. Porc. Fabr.	320	330

Brüssel

	6. 7.	5. 7.
Arbed	1202	1240
Brux Lambert	2350	2310
Cockerill Ougrée	144	150
Ebes	2390	2400
Gevaert	2220	2220
Kreditbank	6440	6480
Pétrofina	5660	5490
Soc. Gén. d. Belg.	1850	1870
Sofina	4750	4840
Solvay	2880	2850
UCB	3800	3730
Index	127,78	128,49

Singapur

	6. 7.	5. 7.
Cycle - Car	6,25	6,25
Cold Storage	5,25	5,25
Dev. Bk. of Sing.	10,10	10,10
Fraser - Neave	9,20	9,25
Kl Kepong	2,69	2,71
Mal. Banking	10,00	9,85
Nat. Iron	7,40	7,45
OCBC	11,50	11,70
Sime Darby	2,56	2,57
Singapur Land	7,25	7,40
Un. Overs. Bank	5,65	5,75

Optionshandel

Frankfurt: 6. 7.: 813 Optionen, 43 100 (39 550) Aktien, davon 135 Verkaufsoptionen = 7650 Aktien. Kaufoptionen: AEG 10-75/5,40, 10-80/2, 1-75/9, 1-90/2,50, 4-80/7,40, 4-85/6, Siemens 10-350/15, 10-370/7,60, 1-360/20, 1-370/15, 1-390/9, 1-400/6,50, 4-390/25, 4-400/12, Veba 10-170/7,50, 1-160/15,50, 1-170/11, 1-180/4,50, 4-180/6,50, BASF 10-150/6,50, 10-160/3,90, 10-170/3, 1-140/18, 1-150/11,80, 1-160/6,40, 4-150/18, 4-170/8, 4-180/7,40, Bayer 10-136/11, 10-140/9, 10-150/5, 1-150/8,60, 1-160/5, 1-170/4, 4-150/11,20, Hoechst 10-150/7,50, 1-140/16, 1-150/8,90, 1-160/5,40, 4-150/12,80, 4-160/9,10, BMW 10-410/20, 4-450/15, VW 10-200/6,90, 1-190/17, 1-200/12, 1-210/9, 1-240/3, 4-200/18,50, 4-210/15, 4. Conti 10-85/24, 10-95/12,40, 10-100/5, 10-110/2,90, 10-120/2, 1-100/11, 1-1-110/5,90, 1-120/2,60, 4-110, 120/6, Lufthansa 1-130/11,50, 4-130/17,90, Commerzbank 10-170/23, 10-190/10,40, 10-200/5,40, 1-190/15, 1-210/7,70, 1-230/5, 4-220/14,90, Deutsche Bank 10-350/6,20, 1-340/22,80, 1-360/14, 4-340/35, 4-350/25, Dresdner Bank 10-190/7,50, 1-160/20, 1-210/5,40, 4-210/9,40, Hoesch 10-50/5, 10-55/3, 10-60/1,60, 10-45/11, 1-50/10, 1-55/5,70, 1-60/3,25, 4-85/4, Mannesmann 10-150/7, 10-160/4,40, 1-150/11,80, 1-160/9,50, 1-180/4, 4-150/21, 4-170/9,80, Thyssen 10-10-85/3,40, 1-90/4, 1-85/3, 4-100/5, Bewag 10-110/390, BBC 1-220/10, Kaufhof 10-270/5, Kloeckner 10-45/2, 1-40/5, 1-45/3, 1-50/2,40, 4-50/2,40, MAN 1-160/18, Mercedes 10-520/15,15, RWE 10-180/3,10, 4-180/10, RWE 10-170/5, Schering 1-350/34, 1-360/24,20, 1-370/14,40, Varta 10-190/4,80, VEW 1-140/4. Verkaufsoptionen: AEG 10-75/4,40, 10-80/8, 1-80/8,30, Veba 10-170/6,50, Hoechst 10-150/7,40, BMW 10-380/6, 10-390/9,90, 10-400/20, 1-390/15, VW 10-180/2,80, 10-190/7, 1-200/15, Conti 10-100/3, 1-100/3,35, Commerzbank 10-180/3,10, 10-190/6, 1-190/10,20, Hoesch 10-55/5, 4-55/6, Mannesmann 10-160/12,60, Bay. Vereinsbank 10-380/15, BHF-Bank 10-300/14,90, BBC 10-200/3,40, Daimler 10-560/6, 10-580/21,80, Harpener 10-300/12, KHD 10-260/7, Kloeckner 10-45/5,40, Mercedes 10-520/20, RWE 10-180/10,60, 10-180/12, RWE Vorzüge 10-180/10, VEW 10-10/6, Chrysler 1-85/9, General Motors 10-180/6, 4-200/27,20, IBM 10-290/10, 10-300/15,60, 1-300/20, Litton 10-170/12, Xerox 10-20/6. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis)

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 6. 7.: Redaktionsschluß 14.30 Uhr.

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9⅞–9⅞	4⅞–5⅛	4⅝–4⅞
3 Monate	9⅞–10⅛	5⅛–5⅜	4⅝–4⅞
6 Monate	10⅛–10⅜	5⅛–5¼	4¾–5⅛
12 Monate	10⅝–10⅞	6 –6¼	4¾–5⅛

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 6. Juli folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1385,00	1692,90
10 US-Dollar (Indian)**)	1178,00	1388,86
5 US-Dollar (Liberty)	518,00	687,42
1 £ Sovereign alt	258,00	316,92
1 £ Sovereign Elizabeth II	240,00	296,40
20 belgische Franken	177,00	235,88
10 Rubel Tscherwonez	256,00	319,20
2 südafrikanische Rand	240,00	296,40
Krüger Rand, neu	1075,00	1271,10
Maple Leaf	1075,00	1271,10
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	248,00	316,92
20 schweiz. Franken „Vreneli"	207,00	264,48
20 franz. Franken „Napoléon"	208,00	265,62
100 österr. Kronen (Neuprägung)	990,00	1197,00
20 österr. Kronen (Neuprägung)	198,00	248,60
10 österr. Kronen (Neuprägung)	104,00	135,66
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	459,00	563,16
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	108,00	145,92

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

6. 7. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Ankfs.-Kurs 4)	Wechs. Frankfurt. Sorten*) Ankauf	Verkauf
New York 3)	2,5632	2,5712	2,5358	2,52	2,61
London 1)	3,939	3,953	3,90	3,88	4,03
Dublin 1)	3,150	3,164	3,093	3,11	3,25
Montreal 3)	2,0815	2,0895	2,0622	2,05	2,14
Amsterd.	89,160	89,380	89,18	88,25	90,25
Zürich	120,660	120,880	120,76	119,50	122,25
Brüssel	4,976	4,996	4,934	4,86	5,08
Paris	33,205	33,365	32,915	32,25	34,25
Kopenh.	27,785	27,905	27,525	26,75	28,75
Oslo	35,095	35,215	34,445	34,25	36,00
Stockh.**)	33,425	33,585	32,985	32,75	34,50
Mailand 2) **)	1,683	1,693	1,636	1,65	1,75
Wien	14,185	14,225	14,265	14,10	14,33
Madrid**)	1,744	1,754	1,651	1,73	1,85
Lissabon**)	2,160	2,180	2,07	1,85	2,35
Tokio	1,0695	1,0725	—	1,02	1,08
Helsinki	46,025	46,225	45,125	45,25	47,00
Buen. Air.	—	—	—	—	22,00
Rio	—	—	—	0,10	0,75
Athen*) **)	3,0253	3,0385	—	2,30	3,30
Frankf.	—	—	—	—	—
Sydney*)	2,2235	2,2525	—	2,17	2,30
Johannesbg.*)	2,3360	2,3550	—	1,85	2,10

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire, 3) 1 Dollar, 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Der US-Dollar konnte seine am Vortag erreichte Position behaupten. Bei nur geringer Geschäftstätigkeit handelte man am 6. 7. zwischen 2,5640 und 2,5700. Die amtliche Notierung wurde mit 2,672 festgestellt, wobei die Bundesbank 20,45 Dollar abgab. Kaufneigung entwickelte sich für das Britische Pfund, die von positiven Äußerungen zur Ölsituation aus dem Nahen Osten hervorgerufen sein könnte. Mit 3,948 wurde der höchste Kurs seit dem 13. Juni 1983 notiert. Einen deutlichen Kursgewinn von 4,2 Promille konnte der Japanische Yen mit einer Notiz vom 1,0710 vorweisen. Damit wurde ein Jahreshöchstkurs erreicht. Historische Tiefstände verbuchten heute der Belgische Franc mit 4,986 und der Portugiesische Escudo mit 2,170. US-Dollar in: Amsterdam 2,8750; Brüssel 51,49; Paris 7,7135; Mailand 1521,20; Wien 18,0700; Zürich 2,1259. Pfd.-DM 3,157; Pfd/Dollar 1,5371.

Ostmarkkurs am 6. 7. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 22,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Die Möglichkeit einer Diskonterhöhung ... heute im Markt neu diskutiert, führte am 6. 7. ... höheren Dollar-Zinssätzen und größeren ... gen.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,10/1,00	3,18/3,08	[illegible]
Pfund/Dollar	pari/0,03	0,03/0,07	[illegible]
Pfund/DM	2,20/0,80	5,30/3,80	[illegible]
FF/DM	290/18	85/69	[illegible]

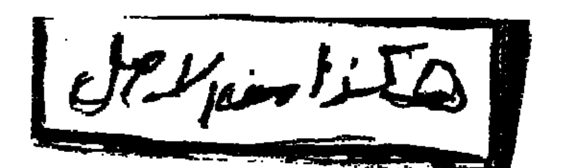
Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 6. 7.: Tagesgeld 5,05–5,15 Prozent; Monatsgeld 5,35–5,5 Prozent; Dreimonatsgeld 5,55–5,65 Prozent.

Privatdiskontsätze am 6. 7.: 10 bis 29 Tage ... 3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G–3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 6. 7.: 4 Prozent; Lombardsatz 5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Juni 1983; Zinsstaffel in Prozent, jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/9 (Typ A) 4,00 (4,00)–8,00 (4,90) ... (5,77) – 8,50 (6,28) – 9,00 (6,83) – 9,50 (7,20). Ausgabe 83/10 (Typ B) 4,00 (4,00) – 4,00 (5,00) – 7,50 (5,82) – 8,50 ... 9,00 (6,98) – 9,50 (7,40) – 9,50 (7,70). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,85, 2 Jahre 6,97. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 101,00, Rendite 7,75.



Renten weiter abwärts

Die von den USA ausgehende Wiederanhebung der Zinsen hinterließ bei den Kursen der festverzinslichen Papiere deutliche Spuren. Im Bereich öffentlicher Anleihen wurden die Kurse um weitere 0,40 Prozentpunkte herabgesetzt, und zwar auf nahezu der gesamten Breite. Unter diesen Umständen erweisen sich die Konditionen der neuen Bundesanleihe mit einer Rendite von nur 8,11 Prozent schon jetzt als nicht mehr marktgerecht. Im Handel unter Banken wurde sie mit einem Abschlag von ⅞tel Prozentpunkten angeboten.

Bundesanleihen

		6. 7.	5. 7.
F 4 Abl 57*	4/84	100,66	100,66
5½ Bund 78 I	1/84	99,85	99,95
6 dgl 64 I	1/84	100,1	100,05
8 dgl 76 I	2/84	101,05	100,95
7 dgl 77	3/84	100,45	100,45
7½ dgl 76 II	4/84	100,9	100,9
5 dgl 78	5/84	99,1	99,05
6 dgl 78 III	9/84	99,56	99,6
8¼ dgl 76	9/84	101,8	101,9
6 dgl 78 IV	12/84	99,25	99,25
6¼ dgl 79	1/85	99,1	99,25
8½ dgl 73 I	3/85	102,3	102,3
7 dgl 79	4/85	99,5	99,25
7¼ dgl. 79 II	6/85	101	100
7¾ dgl 79 I	7/85	101	101,1
8 dgl 76 IV	10/85	101,45	101,45
5½ dgl. 78 II	3/86	95,35	96,45
5¼ dgl 78	5/86	95,85	95,75
7¼ dgl 76 I	12/86	99	98,95
6½ dgl. 79	1/87	96,05G	96,05
7¼ dgl. 76 II	1/87	98,45	98,45G
6¾ dgl 77	4/87	96,9	96,9
6½ dgl 77	7/87	95,75	95,8
6 dgl. 77	10/87	93,9	94
6 dgl 78 I	1/88	93,35	93,95
6½ dgl. 78 I	9/88	94,2	94,35
6½ dgl. 78 II	12/88	94,25	94,3
6¾ dgl 79	1/89	95,15	95,4
7¼ dgl 79 I	4/89	96,8	96,9
10 dgl 81	4/89	108,3	108,5
7½ dgl 79 I	6/89	97,7	97,85
8 dgl 79 I	7/89	99,65	99,9
8 dgl 79 II	8/89	99,7	99,7
7½ dgl 79 II	9/89	97,2	97,36
7¾ dgl. 79 II	11/89	98	98,35
7¾ dgl 80 I	1/90	98,2	98,45
10 dgl 80	4/90	109,05	109,05
5¾ dgl 78	5/90	91,8	91,9G
8¼ dgl 80 I	7/90	100,3	100,75
8¼ dgl. 80 II	11/90	100,3	100,65
7¾ dgl 82	11/90	98,65	98,15
9 dgl. 81	2/91	104,5	104,8G
10¼ dgl. 81	7/91	111,65	111,65
10¾ dgl 81	9/91	114,55	114,8
10 dgl. 81 II	12/91	110,25	110,5
9¾ dgl. 82 I	1/92	108,8	108,9bG
9¾ dgl. 82 II	3/92	109	109,3
6 dgl. 78 II	3/93	91	91,4
9.5 dgl 82	4/92	107,6	107,75
9 dgl. 82	5/92	104,6	104,8G
8½ dgl. 82	6/92	101,75	102,1
9 dgl 82	8/92	104,7	105G
8¾ dgl. 82	9/92	103,15	103,4G
7¾ dgl 82	12/92	97,25	97,45
7½ dgl 83	1/93	95,1	95,35
7½ dgl 83 II	3/93	95,35	95,7
7½ dgl 83 III	5/93	97,1	97,1G
8¼ dgl 83	6/93	100,2	100,55
F 7¾ B.Obl 79 S 1	12/84	101,35	101,4
8 dgl. 80 S.2	2/85	101,6	101,6G
8¼ dgl 80 S 3	2/85	101,9	101,9G
9¼ dgl 80 S.4	3/85	102,65bG	102,65bG
8¾ dgl. 80 S 5	4/85	102,1G	102,1G
8¼ dgl 80 S 6	5/85	101,3	101,5G
8 dgl 80 S.7	6/85	101,35	101,3
7½ dgl. 80 S 8	8/85	100,4	100,5G
8¼ dgl. 80 S.9	10/85	101,7	101,4
8¾ dgl. 80 S 10	1/86	102,65	102,65G
9 dgl. 81 S 11	1/86	102,35	102,5
9¾ dgl 81 S 12	3/86	104,55G	104,55
10 dgl 81 S 13	3/86	104,8	105
8½ dgl 81 S 14	4/86	104,15G	104,15G
10 dgl. 81 S 15	4/86	105,2G	105,2
10½ dgl. 81 S 16	6/86	106,7	106,7
11 dgl 81 S 17	8/86	108,3	108,45
10¼ dgl. 81 S.18	10/86	107,25	107,35
10 dgl 81 S.19	10/86	105,9	106G
9½ dgl. 81 S.20	11/86	104,8	104,8G
10¼ dgl. 81 S 21	11/86	106,8	106,9G
10 dgl. 81 S.22	11/86	106,1	106,2G
9½ dgl. 81 S.23	12/86	104,4	104,5
9¾ dgl. 82 S.24	1/87	104,9	105,05
9½ dgl. 82 S 25	3/87	104,15	104,3
9¼ dgl. 82 S.26	4/87	103,65	103,85
9 dgl 82 S 27	4/87	102,75	102,8
8½ dgl. 82 S.28	5/87	101,5	101,6
9½ dgl 82 S 29	7/87	104,5	104,65
9 dgl. 82 S.30	9/87	103	103,1
8¾ dgl 82 S 31	9/87	102,2	102,35
8¼ dgl. 82 S.32	10/87	100,7	100,75
8 dgl. 82 S.33	11/87	99,85bG	99,85bG
7¾ dgl. 82 S 34	12/87	98,75	98,95
7½ dgl. 82 S 35	12/87	97,8	98
7¾ dgl. 83 S 36	3/88	96,9	97
6¾ dgl. 83 S 37	5/88	95,3	95,45
7 dgl. 83 S.38	5/88	96,05	96,2
7¼ dgl. 83 S.39	6/88	97,3G	97,45
7½ dgl. 83 S 40	6/88	98	98,2

Bundesbahn

		6. 7.	5. 7.
F 4 Abl 57*	4/84	100,6G	100,6G
5½ Bdbahn 58	10/83	100,1G	100,1G
10 dgl. 73 II	11/83	101,35	101,35G
7½ dgl. 72	2/84	100,6	100,6
8 dgl 72	9/84	101,75G	101,7G
8¼ dgl. 76	9/84	101,85	101,85G
6 dgl 78 III	11/84	99,25	99,25
6½ dgl 79	2/85	99,2G	99,2
8½ dgl. 73	2/85	102,1	102,1
7 dgl 77	2/87	97,5	97,9
F 6 dgl 77	9/87	93,55	93,5
6 dgl. 78 II	7/88	93,1	93,2
6½ dgl 77	5/89	94	94,15G
8 dgl. 79 I	7/89	99,75	99,75
6 dgl 78 I	2/90	90,8	90,95
8 dgl. 80 II	7/90	99,9	99,95
9 dgl. 81	3/91	104,65	104,8
10½ dgl 81	9/91	113,2	113,35
10¼ dgl 81	11/91	111,85	112
8 dgl. 80 I	2/92	99,35	99,4
10 dgl. 82	2/92	110,7	110,9G
9½ dgl. 82	7/92	107,9	108,1
8 dgl 82	11/92	99,15	99,3
7¾ dgl. 83	1/93	97,75	98,05

Bundespost

		6. 7.	5. 7.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,6G	100,6G
5½ Bdpost 58	10/83	100,1G	100,1G
8 dgl. 72 II	12/83	101,05	101,05G
6½ dgl 68	6/88	99	99
8 dgl 72 I	9/87	100,9	101
10 dgl. 81	3/89	108,2	108,55
10¼ dgl. 81	6/89	109,2	109,5G
8 dgl. 80	3/90	99,7	100
7¾ dgl 80	9/90	98	98,7
8¾ dgl 80	12/90	103,05	103,25
10½ dgl 81	10/91	113,15	113,25
9¾ dgl. 82	2/92	109,05	109,25G
8¾ dgl. 82	6/92	103,15	103,3
8½ dgl. 82	10/92	101,45	101,7G
7¾ dgl. 83	2/93	97,75	97,95

Länder – Städte

		6. 7.	5. 7.
S 5½ Bd.-Wttbg 58	83	100G	100G
8 dgl. 71	83	100,25G	100,25G
6¼ dgl 78	86	95,75	96,25
8¼ dgl 82	92	100,5	100,75G
M 7 Bayern 66	86	100G	100G
6½ dgl. 67	87	100,25G	100,25
6 dgl. 68	85	98,05	98G
7 dgl. 72	84	100,25G	100,25G
7½ dgl 76	84	100,6G	100,6
6 dgl 78	88	93,25G	93,25
8¾ dgl. 80	90	102,75	102,75
8¾ dgl. 82	90	103	103
7½ dgl. 83	93	95,5G	96,25
B 8½ Berlin 70	85	102,25G	102,25G
8 dgl 72	85	101G	101,3G
7½ dgl 76	84	100,65	100,75G
7 dgl 77	85	100,3	100,3G
6½ dgl. 78	88	95,8	95,5G
8¾ dgl. 80	88	103,75G	103,75G
Br 7¾ Bremen 71	87	100,25G	100,25G
8 dgl. 72	87	101G	101G
7½ dgl. 83	93	96G	96G
H 8½ Hamburg 70	85	101,6G	101,6G
6¼ dgl. 77	92	94,8G	94,8G
8 dgl. 80	92	99,7G	99,7
9¾ dgl 82	92	108,8G	108,8G
7½ dgl 83	92	95,5	96
F 8 Hessen 71	86	100,5	100,5
6¼ dgl. 78	88	93,5	93,5
Hn6 Nieders. 69	84	99,75G	99,75G
8½ dgl. 70	85	102,1G	102,1G
7½ dgl 72	87	99,9	99,9G
8 dgl. 72	87	100,15	100,23
7½ dgl. 79	87	98,5	98,6
7¾ dgl. 82	92	97G	97G
8 dgl. 83	93	99,25	99,25
D 7½ NRW 71	83	100,5G	100,4
7¼ dgl. 83	93	95	95,25G
7¾ dgl. 83	93	97G	97,3
F 8 Rhld.-Pf. 64 II	84	98,8G	98,8G
8 dgl. 71	86	100,75G	100,75
F 8½ Saar 70	85	101,75G	101,75
7 dgl. 72	87	98,25	98,25G
6 dgl. 78	88	92,75	92,75
H 5½ Schl.-H. 59	84	99,4G	99,4G
6 dgl 64 II	84	99,7G	99,7G
7¼ dgl. 72	87	98,75	98,7G
8½ dgl. 73	85	102	102G
D 7 Essen 72	85	100G	100G
M 6 München 64	84	99,5G	99,5G
S 7½ Stuttgart 71	86	100,5G	100,5G
7¾ dgl. 72	87	100,25G	100,25G

Bankschuldverschreib.

	6. 7.	5. 7.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	82	82
6½ dgl Pf 5	87	87
7 dgl. Pf 2	99,1G	99,1G
F 7½ Bakola Pf 104	100,2T	100,2T
9 dgl. Pf 106	103,5G	103,5G
10 dgl. Pf 108	108,75G	108,75G
7 dgl. KS 132	95G	95G
8 dgl. KS 155	99G	99G
9 dgl. KS 169	102,3G	102,3G
M 5½ Bayer.Hyba Pf 14	90,25G	90,25G
6 dgl Pf 20	81bG	81G
6¾ dgl. Pf. 2	94,25G	94,25G
7 dgl. Pf 3	94,5G	94,5G
7 dgl. Pf 27	99,75bG	99,75bG
6½ dgl. KS 14	95,25G	95,25G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	120G	120G
5½ dgl. Pf 11	127,5G	127,5G
6 dgl. Pf 34	77G	77G
6 dgl KO Pf 50	99,75G	99,75G
6¾ dgl Pf 10	84bG	84G
6 dgl. KS 1	98G	98G
M 6 Lda. Aufb. IS 15	95G	95G
6 dgl. IS 16	93,75bG	94G
6 dgl. IS 17	93,25bG	93,25G
8½ dgl. KO 49	101,75G	101,75G
8½ dgl. KO 48	101,75G	101,75G
M 7½ Bay.Lbkgz. Pf 103	103G	103G
9½ dgl. Pf 105	102,85G	102,85G
10 dgl KS 307	103G	103G
9½ dgl. IS 726	103G	103G
M 5 Bayer. Verbk. Pf 11	115bG	115G
5½ dgl. Pf 28	77G	77G
6 dgl. Pf 4	92G	92G
6½ dgl. Pf 3	86G	86G
6½ dgl Pf 12	88G	88G
7 dgl. Pf 20	96G	96G
B 5 Berl Pfandb. Pf 7	–	–
7 dgl. Pf 31	99,25	99G
6 dgl Pf 34	97G	97G
6½ dgl. Pf 37	98,5G	98,5G
8 dgl. Pf 51	100,5G	100,5G
Hn5 BrHann. Hypo Pf 1	116G	116G
7 dgl Pf 80	87G	87G
7½ dgl. Pf 87	92G	92G
6 dgl. KS 29	78,5G	78,5G
7 dgl. KS 30	96,5G	95,5G
D 5 Dt.Centbod. Pf 44	116G	116G
5 dgl. Pf 54	112,5G	112,5G
6 dgl Pf 109	82G	82G
6½ dgl. Pf 123	89bG	89bG
6½ dgl. Pf 141	88G	88G
7 dgl. Pf 143	92G	92G
8½ dgl. Pf 191	101,25G	101,25bG
7 dgl. KO 113	99,5G	99,5G
9 dgl. KO 217	102,5G	102,5G
9 dgl KO 215	102G	102G
9¼ dgl. KO 218	103G	103G
H 5½ DG-Hypobk. Pf 21	115G	115G
5½ dgl. Pf 50	75G	75G
6 dgl. Pf 84	99,6G	99,8G
9 dgl. KS 139	102,75G	102,75G
F 8 Dt.Gen.bk. Pf 216	100,3G	100,8G
9 dgl. Pf 239	102,75G	102,75G
H 5½ DG-Hypobk. KS 9	108,25G	108,25G
7 dgl. KS 35	97,75G	97,75G
F 5¾ Dt.Gen.bk. IS 70	91T	91T
6 dgl. IS 71	99,35G	99,35G
8¼ dgl. IS 73	95,3G	95,3G
6¾ dgl. IS 80	100G	100G
F 6 Dgz Dt.Komm.KO56-4	83G	83G
6 dgl. KO 46	79G	79G
7 dgl. KO 97	100,1G	100,1
7½ dgl KO 185	95,2G	95,2G
9 dgl. KO 129	102,4G	102,4G
10 dgl. KO 125	102,65	102,65G
Hn5 Dt. Hyp. Hann. 46	99,75G	99,75G
6 dgl Pf 91	80G	80G
7 dgl. KS 101	99,15G	99,15G
10 dgl. KS 134	103,9G	103,9G
8¾ dgl. KS 140	102,1G	102,1G
Br 5 Dt.Hyp F-BR Pf 41	107G	107G
4 dgl. Pf 57	83G	99G
5 dgl. Pf 87	70G	70G
7 dgl. Pf 123	97,15G	97,15G
Br 5½ Dt.Hyp.F-BF KS 74	81G	81G
8 dgl KS 86	80G	80G
6¾ dgl. KS 259	95,55G	95,55G
F 5 Dt. Pfandbr. Pf 82	73bG	73bG
5½ dgl. Pf 59	80G	80G
6 dgl. Pf 162	80G	80G
B 9 Dt.Pf.Wi. Brl. 482	103,75G	103,75G
Br 7½ Dt. Schiffbk. Pf 33	–	–
8 dgl. Pf 46	100,5G	100,5G
5½ dgl. Pf 62	88,9G	88,9G
6½ dgl. Pf 65	98,1	98,1
8¼ dgl. Pf 60	93,95G	93,95G
6½ dgl. Pf 74	97,5G	97,5G
6½ dgl. Pf 76	95G	95G
Br 6½ dgl. Pf 77	93G	93G
8 dgl. Pf 42	99,65G	99,65G
8½ dgl. Pf 47	101,75G	101,75G
F 5 Frk Hypobk. Pf 66	89,5G	89,5G
5½ dgl Pf 53	76G	76G
6 dgl. Pf 79	79,5	79,5G
6 dgl. Pf 130	80,45G	80,45G
6½ dgl. Pf 133	86,5G	86,5G
10 dgl. Pf 168	100,9	100,9G
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	115G	115G
6 dgl. 14	88,6G	88,6G
6 dgl. 47	79	79
8 dgl. IS 44	100,15G	100,15G
10 dgl IS 46	–	–
F 5 Helaba Pf 8	110G	110G
6 dgl. Pf 80	92,55G	92,55G
8 dgl. Pf 73	99,95G	99,95G
4 dgl KO 5	99	99
H 6 Hyp.I.Hbg. Pf 46	81	81
6½ dgl. Pf 80	89,25G	89,25G
8 dgl. Pf 248	100,95G	100,95G
9 dgl. KO 125	101,5G	101,5G
8 dgl. KO 175	100,25G	100,25G
9 dgl. KO 258	102,3	102,3
9¾ dgl. KO 262	103,4G	103,4G
F 5 Lbk. Rnpfalz Pf 4	111G	111G
5 dgl. Pf 12	70G	70G
7 dgl. Pf 25	93,75G	93,75G
10 dgl. Pf 40	103G	103G
6 dgl. KO 30	99,7G	99,7G
9¾ dgl. K 84	102,5G	102,5G
F 4½ Lbk. Saar Pf 5	101G	101G
5½ dgl. Pf 11	86,75G	87G
7 dgl. Pf 12	91,25G	91,5
4½ dgl. KO 6	100,5G	100,5G
5½ dgl. KO 4	101G	101G
7¼ dgl. KO 80	100,85G	100,85G
8½ dgl. KO 81	99G	99,5G
S 8½ LKbK Badw Pf 8	101,25G	101,25G
6 dgl. Pf 28	88G	88G
6 dgl. Pf 49	85G	85G
8 dgl. KS 1	100G	100G
8¼ dgl. KS 8	100,5G	100,5G
H 6 Lbk.S-Holst.Pf 89	83,5G	83,5G
7 dgl. Pf 97	90,75	90,75
10 dgl. Pf 32	102,5G	102,5G
10 dgl. Pf 33	104G	104G
6½ dgl. KS 78	97G	97G
10 dgl. IS 95	106,75G	106,75G
11¼ dgl. IS 96	110,75G	110,75G
M 5½ Münch.Hypo.Pf 100	85G	85G
8 dgl. Pf 118	–	–
H 4½ Nordhyp WBK Pf 24	101,5G	101,5G
6½ dgl. Pf 42	98,25G	98,25G
Hn7 Nord. Lbk. Pf 1	94G	94G
7½ dgl Pf 4	96,2G	96,2G
8 dgl. Pf 10	101,4G	101,4G
9 dgl. KO 53	102,3G	102,3G
7½ dgl. IS 6	98,5G	98,5G
10 dgl. IS 37	103,5G	103,5G
F 5 Pfalz Hypo. Pf 48	108G	108G
6 dgl. Pf 58	83,65G	83,85G
6 dgl. Pf 95	80G	80
7 dgl. Pf 114	100,3G	100,3G
D 5 RW Bodencr. Pf C	120G	120G
5½ dgl. K	109G	109G
4 dgl. Pf 18	100G	100G
6 dgl. Pf 28	91G	91G
6½ dgl. Pf 67	86G	86G
5½ dgl. KO J+E	110G	110G
9½ dgl. KO 58	103,75G	103,75G
7½ dgl. KO 77	100G	100G
S 5 RhHyp Mannh. Pf 59	110G	110G
5½ dgl. Pf 109	72G	72G
7 dgl. Pf 125	98,5G	95,5G
7 dgl. Pf 128	90G	90G
8 dgl. Pf 177	104G	104G
9 dgl. Pf 167	101,6G	101,6G
6 dgl. KS 77	79G	79G
6½ dgl. KS 80/1	100G	100G
8½ dgl. KS 110	101,5G	101,5G
Br 5 St. Kr. Ol-Br Pf 17	110G	110G
5½ dgl Pf 24	104G	104G
5 dgl. Pf 36	83,1G	83,1G
5½ dgl. Pf 43	83,15G	83,15G
6 dgl. Pf 56	78,8G	78,6G
7 dgl. Pf 61	88,35G	88,35G
8 dgl. Pf 70	100,15G	100,15G
9 dgl Pf 68	102,5G	102,5G
H 6 Schiffshyp Pf 23	98,25G	98,25G
7½ dgl. Pf 45	100,75G	100,75G
M 6 Süddboden Pf 41	88G	88G
5½ dgl. Pf 57	76G	76G
6½ dgl. Pf 143	94,5G	94,5G
7 dgl Pf 87	93,5G	93,5bG
7½ dgl. Pf 104	96TG	95,5G
7 dgl. KS 49	92,5G	92,5G
7½ dgl. KS 81	98,5G	98,5G
8 dgl. KS 133	100G	99TG
8½ dgl. KS 132	101,25G	101,25G
9 dgl. KS 185	100,25G	100,25G
9½ dgl. KS 171	104G	104G
M 5 Verbank Nbg. Pf 55	105G	105G
5 dgl. Pf 95	78bG	78G
7 dgl. Pf 100	99TG	99TG
D 8 WestLB Pf 350	100,35G	100,35G
6¾ dgl Pf 403	95,5G	95,5G
9½ dgl. Pf 1007	104,95G	104,95G
8 dgl Pf 1015	98,95T	98,95T
7 dgl KO 556	99,3G	99,3G
6¼ dgl. KS 420	92,75G	92,75G
9¼ dgl KO 1301	103,65G	103,65G
8¾ dgl. KS 1278	101,7bG	101,7bG
8 dgl IS 1512	99,55G	99,55G
9¼ dgl IS 1520	102,6G	102,6G
6½ dgl IS 679	93,35G	93,35G
7½ dgl. IS 1503	100,3G	100,3G
D 4 Westf Land. Pf 4	98,5G	98,5G
6 dgl. Pf 16	95T	95G
6½ dgl Pf 19	85,5G	85,5G
7 dgl Pf 20	89,5G	89,5G
D 8¼ Westf.Hypo. Pf 550	101,2G	101,3G
9 dgl. Pf 564	103G	103G
9¾ dgl. KS 294	103,4G	103,4G
S 6 Wür. Hypo. Pf 84	77G	77G
7 dgl. KS 58	99G	99G
S 8¾ Wür. KoLa Pf 1	87,3G	87,3G
7 dgl. Pf 5	100,35G	100,35G

Sonderinstitute

	6. 7.	5. 7.
D 6 DSLB Pf 28	84,5G	84,5G
6 dgl. Pf 47	80G	80G
7 dgl. Pf 63	89,5G	89,5G
5½ dgl PF 99	94G	94G
8 dgl. Pf 104	98,5G	98,5bG
8 dgl. Pf 165	99,5G	99,5G
5½ dgl RS 45	97,5bG	97,5G
6 dgl. RS 73	95,75G	95,75G
8 dgl. RS 120	100,25G	100,25G
8½ dgl RS 153	101G	101G
7 dgl RS 162	94,75G	94,75G
9½ dgl. RS 172	104G	104G
9 dgl RS 186	103,75G	103,75G
10 dgl. RS 193	105G	105G
11¼ dgl. RS 195	108G	108G
D 6 IKB Anl. 68	100G	100G
6½ dgl 69	100G	100G
F 7½ KfW 70	101,1G	101,1
8 dgl. 70	102	102G
8 dgl. 76	100,8	100,8
7¼ dgl 79	97,85	98,1
10 Kredit 81	109,4	109,4
F 8½ Krd.Wied.aufb. 82	101,4	101,6
F 6 Lawi.Rentbk. RS 13	100G	100G
6 dgl. RS 14	95,5G	95,5G
6 dgl. RS 15	95,25	95,5
6 dgl RS 16	95,25	95,25
6 dgl. RS 18	100G	100G
6 dgl. RS 19	96	96G
6 dgl. RS 20	99,75G	99,75G
6 dgl. RS 21	98,25G	98,25G
6 dgl. RS 26	99G	99G
8 dgl. RS 29	100,25G	100,25G
6½ dgl. RS 60	95,5G	95,5G
7 dgl. 94	95T	95T
7 dgl. 99	99,3G	99,3
8 dgl. 101	99,75G	99,75G
7½ dgl. 102	97,27	97,27
9½ dgl. 126	104,25G	104,25G
D 7¾ LAG TS 76	100,8	100,7
8 dgl. TS 76	101,5G	101,5G
6½ dgl. TS 77	95,8G	95,8
5½ dgl. 78	92,5	92,5
7 dgl. 79	97,5	97,5G

Industrieanleihen

	6. 7.	5. 7.
F 6 Badenwerk 64	99,3G	99,3G
6 dgl. 78	94G	93,75
5 BASF 59	98,15T	98,15T
5 Bayernw. 59	97,75T	97,5T
F 8 Chem. Hüls 71	100,5	100,45
7¾ Conti Gum 71	100,5	100,65
6 Dt Texaco 64	99,5G	99,5G
6 Gelsenb 64	99,5	99,5G
6 HEW 58	99,8G	99,8G
5¾ dgl. 62	95,75	95,75G
6 dgl. 63	98,8G	98,8G
7½ dgl 71	99,9G	99,9G
7¾ dgl 71	100,1G	100,1G
4½ Harpen 59	1840T	1850
6 Hoechst 64	100	99,85T
6 Hoesch 64	-Zhg	-Zhg
7½ dgl 71	99,5G	99,5G
7½ Karstadt 71	100,25	100T
7½ Kaufhof 71	99,75G	99,75G
7¾ dgl. 71	99,25G	99,25
7½ dgl 76	99,5T	99,5T
6 Klöckner W. 63	99,5G	99,5G
7½ dgl 71	98	98,25
8 dgl 72	99,75G	96,6
6 Krupp 64	99,5G	99,5G
6 Linde 64	99,15G	99,15
5 Mannesmann 59	97,5G	98T
6 Moselkraft 63	99,65T	99,65T
6 NWK 58	99,8G	99,8G
6 dgl. 61	99,3G	99,3G
6 dgl 62	96,5G	96,5G
8 ObDon Krwk. 64	95	94,85G
5½ Öst.BayK. 58	99,65G	99,65G
D 6 Rat.Vdb. Stk. 68	98,5T	98,5T
F 5½ Rh Brkw. 58	98,6G	98,6G
6 dgl 63	94,5T	94,5T
6 dgl 65	94,75T	94,75G
5½ RWE 59	99,25T	99T
6 dgl 63	96,25	96,25
6 dgl 65	95,75G	95,75
7¾ dgl. 7[illegible]	-Zhg	-Zhg
7 dgl 72	98,75	99
6 Rh.-M.-Don 62	95,5G	95,5G
6½ dgl 68	98,5G	98,5G
8 Schleswag 71	100,35G	100,35G
5 STEAG 59	99G	99G
6 Thyssen 63	99,7	99,6G
7½ dgl 71	99,75G	99,75G
8 dgl 72	100,35G	100,35G
7¼ dgl. 77	97,35T	97,25
5 Veba 59	98,15T	98T
8 VEW 71	100,4G	100,4G
6¾ dgl 77	96T	95,75T
7 VW 72	98,75T	98,5
5½ Wintersh 58	99,5G	99,5G

Wandelanleihen

	6. 7.	5. 7.
F 4¾ AKZO 69	85,5T	85,5T
3½ All Nippon 78	91,5	91G
3½ Asahi Opt. 78	133	131,25
4¾ Canon Inc. 77	410G	405G
3½ Cas. Comp. 78	248,5	242G
5¾ Daiei Inc. 80	112,5G	112,5G
4¼ Fujitsu Ltd 78	493G	493G
5 dgl 79	320G	320G
5¼ Hoogovens 68	83G	83G
3½ Izumiya Co 78	94,25	94,5G
3½ Jusco Co. 78	95,75	95,75
4 Kansai El. 79	100	100G
6 Komatsu 78	163,25G	163
6 Konishiroku Pho 81	115,75G	115,75G
6¾ dgl 82	114	114,75
3½ Korakuen 78	93G	93,25G
7½ Kraft Inc. 70	111,75	111,25G
3½ Marudai F 78	93G	93
6 Michelin Int. 70	94G	94G
5¾ Minolta 77	166G	163G
4 dgl. 79	127G	126G
6¼ Mitsub Ch 76	195T	195T
5,75 Mitsub H 81	123G	123G
6 dgl 81	105	104,5
6 Nichii Co Ltd 80	114G	114G
7 Nippon Sh. Gl 82	127	127
3¾ Nippon Sh. 78	143G	143G
3½ Nissan Mot. 78	94,5	94,75
4 Nisshin Steel 78	136G	137G
6½ Océ v. d. Gr 69	100G	100G
3½ Olympus 78	217G	216G
3¾ Omron Tat 79	282G	282G
4¾ Orient Fin 79	225G	225G
3½ Ricoh Comp 78	158,5	155G
6¼ Rothm. Int. 72	94G	94
3¾ SankyoElec. 78	103,5G	103G
3½ Sanyo Elec. 78	164G	164G
3¾ Seiyu Stores 78	95G	95G
6¼ Sekisui 76	149	146G
3½ Stanley 78	115,25	111bG
6 Taiyo Yuden 82	118G	118G
5 Texaco Int. 66	95,5	96
3½ Tok. Elec. 78	370G	365G
4¾ Tok. Sanyo 77	290G	285G
4 Tokyu Land 79	99,5	101,5
3½ Trio Kenw. 78	107,5	107
6½ Uny Ltd 79	132G	132G

Optionsscheine

	6. 7.	5. 7.
F 11 BASF 82	43,5	43,5
7¼ Bayer Fin. 79	38,9	38,9
10½ Bayer Fin 82	47,1	47,1
6¾ Ciba-Geigy 75	867	867
3½ Commerzbk 78	49	49
4½ Dt. Bk Comp. 77	140,5	140,5
10 Hoechst 75	204	204
6¾ dgl. 79	44,5	44,5
8 Hoechst 83	51,4	51,4
7½ Jap Syn Rubber 82	1270	1270
Mitsui 82	310	310
7¾ Siemens 83	153,5	153,5
6½ Wells F 73	265	285

Optionsanleihen

	6. 7.	5. 7.
F 8½ BASF 74 m O	139,50	139,5
8½ BASF 74 oO	101,60	101,5
M 3½ Stumpf 88 mO	153B	153B
M 3½ Stumpf oO	78,2G	78G

Währungsanleihen

	6. 7.	5. 7.
F 9 Brasilien 72	99,50G	99,5G
6¼ Kopenhagen 72	96,00T	95T
9½ dgl 79	100T	100G

Optionsanleihen

	6. 7.	5. 7.
F 3½ ComBk Int 78 mO DM	111,50G	111,5G
F 3½ dgl 78 oO DM	88,25	88,25
4½ C F DT Bk 77 mO $	128G	128G
4½ dgl 77 oO $	84,25	84,25
7½ Jap Syntn 82	149T	149T
7½ dgl 82 oO	98,50G	98,5G
F 6½ Wells F 73 mO DM	124	124
6½ dgl. 73 oO DM	96G	96G

Optionsscheine

	6. 7.	5. 7.
F 8½ BASF 74	57,50	58
Stumpf 78	74TB	74,8

Wandelanleihen

	6. 7.	5. 7.
F 5 Bayer 69	101	101
5 Bay Wa 75	124B	124B
H 8 Beiersdorf 82	177G	177T
F 4½ Commerzbk 78	99,60	99,6
D 9 Girmes 74	290	290G
6½ KSB 83	123,80	122,8

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

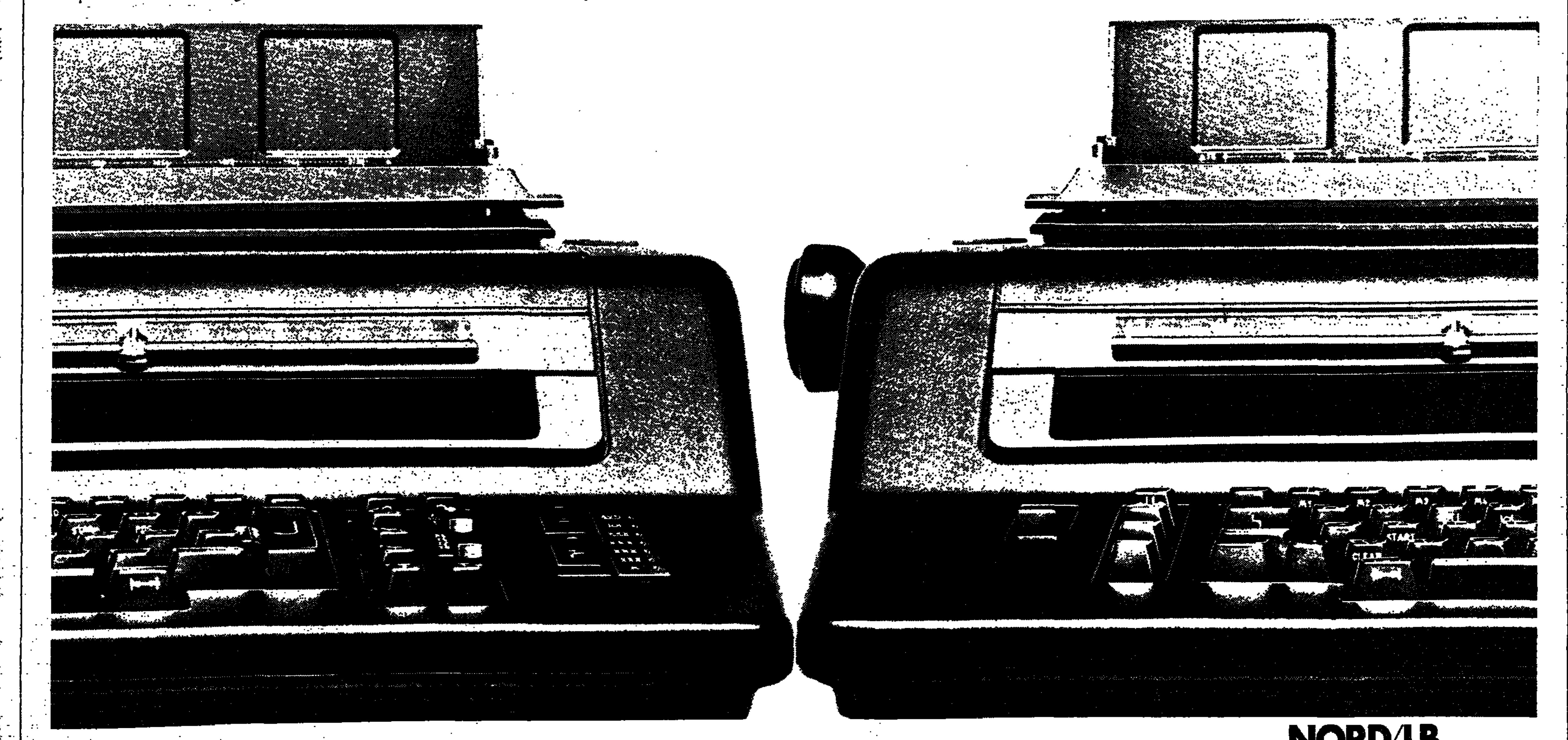
	6. 7.	5. 7.
F 6 AKZO 84	98,25G	98,25G
6½ dgl 86	98/99	98/99
7¾ Arbed 83	97,5T	97,5T
7½ dgl.88	97,25G	97,25G
9 dgl 87	92,75T	92,75T
F 6¾ Ardal 89	94,7/5,7	94,7/5,7
10 dgl. 88	104T	104T
8 Austr. 87	103T	103T
8¼ dgl 87	103,75G	103,75G
F 7½ BEC 83	100G	100G
5 CFDB 84	99,6/100	99,6/100
6½ Estel 84	95,75G	95,75G
6¼ dgl 85	95,5G	95,5G
8½ dgl 87	94,75G	94,75G
6¼ Euratom 91	93G	93G
F 6¾ Eurofima 87	98,5G	98,5G
10 dgl 89	107G	107G
6 EIB 88	92T	92T
6½ Lufthansa 86	99G	99G
6 Montanunion 90	93,75G	93,75G
6½ O. Ko. Bk. 84	99,75G	99,75G
7½ Parker-H 87	97,5G	97,5G
8 S. A. R 83 I	–	–
8 dgl 83 II	–	–
7½ Schweden 89	98,5 9,2	98,5 9,2
F 6¾ Weltbank 83	99,9G	99,9G
6½ dgl 85	99,2G	99,2G
7¼ dgl 87	98,75G	98,75G
7½ dgl. 90	97,5G	97,5G
9 dgl 98	103,5G	103,5G
8½ dgl. 88	102T	102T
7¾ dgl 98	99,5-100	99,5-100
9½ dgl 89	105G	105G
8 dgl. 90	99,25	99,25
11 dgl. 91	113,5G	113,5G

Anmerkungen.
* Zinsen steuerfrei.
Pf = Pfandbriefe
KO = Kommunalobligationen
KS = Kommunalschatzanweisungen
IS = Inhaberschuldverschreibungen
RS = Rentenschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen
(Kurse ohne Gewähr)
B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Ausländische Aktien

	6. 7.	5. 7.
F L'Air Liquide	–	–
D Akzo	50,8	50,6
F Alcan	82,5	82,2
F Alcoa	95,8	96
F Alg. Bk. Nedl	335G	335
F All Nippon Air	3,37	3,47
F Amax	68,6	69,5
F Am. Cyanamid	115bG	118
D American Expr	179G	156,5G
D Am Motors	23,5	24,7
F Am. T & T	163,8	165
F Amro Bank	55,5	55,8
M Anglo Am. Gold	306,5	304G
F Anglo Am m O	55,8	56,5
F dgl. o O	56,5	57
F Arbed	60G	60bG
F Asahi Chem	4T	4,20B
M Atl. Richfield	127G	124,5
H Atlas Copco	38G	38G
M Avon	83,5	85
F Ball Canada	22,3	21,8
F Banco Central	34,4	24,4
F Banco de Bilbao	20,4bG	20,6
F Banco de Santander	15	17,5
F Banco de Vizcaya	30,1	30,2
F Banco Hisp. Americ	19,50G	19,5T
D Beatrice Foods	66G	66G
D Bell Canada	56bB	55G
F Black & Decker	55	55G
F Boeing	114	115
F Bowater	8,7	8,4
D BP	16,45	16,5
M Broken Hill	19,1	19,15
F Bull	13,1T	13T
F Can. Pacific	101,7	100,3
F Canon	16,3	16,1
F Casio Comp.	15,3	15,3
F Caterpillar	117	118
D Ch. Manhattan	136,5	136
F Chrysler	78,2	81,3
M Citicorp	98	101,4
F City Investing	93G	94,6
F Coca-Cola	128,5	124
D Colgate	57,5G	57,5G
F Cons. Gold F	22,1	22,1
D Cont. Group	109G	110G
F Control Data	146G	148
M CRA	11,75	11,85B
M CSR	8,5	9,5exD
F Dart & Kraft	170	172,5
M De Beers Cons	22,5	23,9
F Deere Comp	97G	90
F Diam Shamr	57,6	58
M Digital Equipm	307,3	309,3
M Disney Prod	171	172
M Dome Petroleum	12,75	12,8
D Dow Chemical	95	95G
D Dresser	57,6	56,1
D DuPont	120	123,5
M East Drief. Gold	89	89,9
D East Air Lines	28	28,5
F Eastman Kodak	188,8	189
F Elf Aquitaine	54,8	55,5
F Emhart	145G	145G
D Ericsson	145G	144G
D Esmark	190G	192G
D Exxon	88	87,2
D Fiat St	4,85bG	4,55bG
D dgl. Vz	3,5T	3,5T
F Finsider	–	–
D Fisons	28,5	28,9
M Fluor	55G	55G
D Ford	139,5	143G
F Foseco Minsep	5,9G	6
F Fujitsu	11,6	11,7
F General Electric	136	141
F General Mining	64	64G
D General Motors	183	186,5
D Gen. Shopping	715T	715T
M Getty Oil	176	177B
D Gevaert	112T	112T
F Goodyear	81	83
H Grace	121	121
D GKN	6,45	6,30G
F Gulf	93	94
F Highveld m. St	13,2G	13,2G
F dgl. o. St	12,1	12
F Hitachi	900	890
M Holiday Inns	145,6	147
F Homestake	84,5	88
M Hongk. & Shanghai Bank	3G	3,05B
D Hoogovens	33,9	32
F IBM	303	307
F ICI	20T	19,3
M Impala Plat. Hold	29,8	30,3
M Imperial Oil	75,2	75,1
F Inco	37,1	37,7
F Int. T & T	108,2	110
D Istituto Fin	7,9G	7,89
F Italcementi	73G	72
F Izumiya	7,3G	7,3G
F Japan Line	1,95T	1,95T
D Jusco	6,8G	6,7G
F Kawasaki Kisen	1,55	1,60G
F Kawasaki Steel	1,75G	1,9bB
M Kloof Gold Min	122,9	124
F Komatsu	5,7G	5,6
D KLM	149	149,5
F Kubota	3,4G	3,4G
D Lafarge	87exD	93G
D Litton Ind	165,5	169G
F Lone Star	78,5G	78G
D LTV	40	39,75
M M.I.M. Hold	19,5	19,5
F Magneti Marelli	–	–
D [illegible]	3G	3G

	6. 7.	5. 7.
F Marudai Food	6,25G	6,25
D Matsushita El	17,9	17,75
M McDonald's	166,5	165
M Merrill Lynch	137,8	141
F McDonnell D	150,5	150,5
D Minnesota M	213G	213G
D Minolta Camera	5,7T	5,7T
F Mitsubishi Chem	2,85G	2,9
F Mitsubishi El	4,25	4,35
F Mitsui Bk	4,9G	4,5G
F Mitsui & Co	4G	4G
F Mitsui Engin	1,75T	1,75bG
F Mitsui O. S. K.	1,9G	1,9G
F Mitsumi El	10,1T	9,7
H Mobil Oil	79	79
F Monsanto	231	229G
F Montedison	0,29	0,29
F Murata	23T	23T
M Nat. Semicond	127,3	132,5
D Nat. Westminster	26B	25,8G
F Nestle	4515	4345
D Nikko Sec	4,8T	4,86
F Nippon El	12,9	12,5
F Nippon Kokan	1,55T	1,50G
F Nippon Shinpan	7,7T	7,66
F Nippon Yusen	2,7T	2,7G
F Nissan Motor	8,2	8,25
F Nisshin Steel	1,65bG	1,65
F Nissho - Iwai	3G	3G
F Norsk Hydro	159G	157,5
F Norton Simon	94	94
H Occ. Petroleum	62	63
D Océ v. d. Grint	169T	169G
F Olivetti Vz	4,7	4,8
F Olympus Optical	11,5G	11,5G
H v. Ommeren	24,5G	23,5G
F Omron Tateisi	15,95	16
F Pakhoed	49	49,8
M PanAm	20,5	20,3G
M Pepsi	91,4	92,8
F Pernod-Ricard	207G	307G
F Peugeot	–	61,5
F Philip Morris	146,5	152,5
H Philips	45,30G	45,4
D Phoenix Ass	12,2G	12G
F Pirelli	2,75	2,9
M Polaroid	75,7	76,4
M Prime Computer	59,9	59,7
F Procter & G	144,5	147
D Ramada Inns	27	27G
F Rank Org	7,2	7
F Ricoh	9	9,3
F Rio Tinto NA-St	21,2	21
H Robeco	271	274
F Rockwell	94,5	88
H Rolinco	267	270
F Rorento	169	172
F Rothmans Int	4,35	4,4
H Royal Dutch	117,3	117,4
M Rustenburg Plat. Hold	24	24,5
F Sanko Steamship	3T	3T
F Sankyo Electric	6,4G	6,4
M Santos	14,8	14,95
F Sanyo Elec	4,9	4,9
F Sanwa Bk.	5,3G	5,3G
M SASOL	9,8	9,9
F Schlumberger	142,5	138
F Schw. Alum	901	902
F Schw. Bankverein	315,5	314,2
M Sears, Roebuck	103,5	106,2
F Seiyu Stores	7,3G	7,1G
F Sekisui Prefab	7,1G	7,1G
F Selected Risk	437	437
H Shell T & T	23G	23G
D Singer	68	71,2
F Snia Viscosa	1,75	1,72
D Solvay	–	139T
D Sony Corp	36	36,9
D Sperry Corp	103,2	104,5
F Squibb	121,5	120G
F Stanley Elec	7,3	7,7T
F Steyr-Daimler-P	23	22,7G
F Sumitomo Heavy	1,65	1,65T
D Sumitomo Metal	1,6G	1,6G
F Sumitomo Shop	4,7G	4,7G
D Sun	–	106G
M Sunshine Mining	41	41,8
F Swissair	983	980
F Taisei Kens	2,45G	2,45
M Tandy	128,1	132,5
F Tenneco	102,5	100,5
D Texaco	88,5	90
D Thomson-CSF	52	53
D Thorn Emi	20,8G	21G
D Tokyo Pac	250G	250G
F Tokyo Sanyo El	6,3T	6,3T
F Trio Kenwood	7,3G	7,3
F TRW Inc	180G	190G
D Toray	4,5T	4,5T
D Toshiba	4,2G	4,1G
D UAL	93G	101,5G
H Unilever	185	187
F Union Carbide	170G	175
D Uniroyal	36,9	37G
F United Techn	184	185,5
F US Steel	63,5	63,7
M Vaal Reefs Expl	314B	317
D Vmf-Stein	60,5bG	60bG
D Volvo A	140G	140G
D dgl. Nam. B	140G	140G
F Warner Commun	71	72,5
F Warner Lambert	78,5	79G
F Wells Fargo	94,5	96,5
M Western Deep L	151B	154
M Western Mining	9,5	10
F West.-Utrecht H	109,5	110
D Xerox Corp	120	120,5



Warenpreise – Termine

Deutlich rückläufig waren die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen am Dienstag an der New Yorker Comex. Uneinheitlich ging Kaffee aus dem Markt. Durchweg schwächer schloß Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	5. 7.	4. 7.
Juli	335,25	339,50
Sept	347,00	352,00
Dez	363,00	366,50

Weizen Winnipeg (can. $/t)	5. 7.	4. 7.
Wheat Board cif St. Lawrence I CW	233,26	206,73
Amber Durum	234,56	235,26

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Juli	111,60	geschl.
Okt	117,50	geschl.
Dez	120,80	geschl.

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Juli	90,00	geschl.
Okt	89,30	geschl.
Dez	–	–

Hafer Chicago (c/bush)	5. 7.	4. 7.
Juli	147,25	150,50
Sept	154,75	156,50
Dez	166,75	168,25

Mais Chicago (c/bush)		
Juli	319,50	318,75
Sept.	300,25	298,50
Dez.	273,25	274,50

Gerste Winnipeg (can. $/t)	5. 7.	4. 7.
Juli	95,40	geschl.
Okt	99,70	geschl.
Dez.	102,90	geschl.

Reis, roh, New Orleans ($/cwt)	5. 7.	4. 7.
Juli	unerhältl.	unerhältl.
Sept	unerhältl.	unerhältl.
Nov	unerhältl.	unerhältl.
Jan	unerhältl.	unerhältl.

Reis, geschält, New Orleans ($/cwt)		
Sept	unerhältl.	unerhältl.

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	5. 7.	1. 7.
Terminkontr. Juli	126,75	124,90
Sept	127,65	127,00
Dez	126,20	125,60

Kakao New York ($/t)		
Terminkontr. Juli	2057	2127
Sept	2103	2178
Dez.	2169	2240
Umsatz	6082	2665

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Juli	10,85	11,38
Sept	11,10	11,60
Okt	11,75	12,20
Jan.	12,10	12,58
März	12,32	12,81
Umsatz	13 771	7 581

	5. 7.	1. 7.
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	geschl.	10,98

Kaffee London (£/t) Robusta-Kontrakt	5. 7.	4. 7.
Juli	1673–1675	1669–1671
Sept	1652–1653	1652–1653
Nov.	1628–1630	1636–1637
Umsatz	1429	2739

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Juli	1525–1527	1545–1547
Sept	1552–1565	1581–1582
Dez.	1573–1574	1604–1605
Umsatz	3707	2609

Zucker London (£/t)		
Rohzucker Aug	181,25–181,30	180,00–180,25
Okt	188,50	–
Dez.	151,00–192,60	190,00–192,75
März	200,75–201,00	201,10–201,35
Mai	203,25–203,50	203,00–205,00
Umsatz	3381	796

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	5. 7.	4. 7.
schw. Sarawak spez.	265,00	265,00
weißer Sarawak	370,00	375,00
weißer Muntok	370,00	375,00

Orangensaft New York (c/lb)	5. 7.	1. 7.
Juli	118,00	117,65
Sept	115,00	115,65
Nov	113,75	113,25
Jan	107,50	107,25
März	107,10	106,95
Umsatz	–	250

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	5. 7.	4. 6.
Südstaaten fob Werk	geschl.	27,00

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	geschl.	20,00

Sojaöl		
Chicago (c/lb) Juli	19,28	19,36
Aug.	19,34	19,45
Sept.	19,46	19,63
Okt.	19,60	19,80
Dez.	19,91	20,05
Jan.	20,12	20,20
März	20,40	20,45

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	geschl.	22,50

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	geschl.	15,375
Choise white hog 4% fr. F.	13,75	13,75

Talg New York (c/lb)		
top white	geschl.	15,25
fancy	geschl.	14,75
bleichfähig	geschl.	14,50
yellow max. 10% fr. F	geschl.	12,50

Schweine Chicago (c/lb)		
Juli	45,85	45,25
Aug.	44,25	43,75
Okt.	40,05	39,50

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Juli	57,40	58,85
Aug.	55,70	56,85
Febr.	56,20	55,00

Häute Chicago (c/lb)	5. 7.	4. 7.
Ochsen einh. schwere River Northern	geschl.	55,00
Kühe einh. schwere River Northern	geschl.	48,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Juli	607,50	611,00
Aug.	613,50	616,50
Sept	621,00	623,50
Nov.	636,50	638,25
Jan	649,00	650,00
März	662,00	663,00
Mai	671,50	673,00

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Juli	176,00	176,30
Aug.	177,00	177,50
Sept	179,50	179,70
Okt	181,50	181,50
Dez.	186,00	186,50
Jan.	188,50	188,50
März	192,50	193,50

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	5. 7.	1. 7.
Juli	291,00	geschl.
Okt	300,30	geschl.
Dez	307,00	geschl.

Kokosöl New York (c/lb)	5. 7.	1. 7.
Westküste fob Werk	geschl.	33,00

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	6. 7.	5. 7.
jegl. Herk. cif	575,00	575,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	435,00	440,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	390,00	395,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	122,50	123,50

Kopra Rotterdam ($/t)		
Phil./Indon. cif	–	–

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	720,00	725,00

Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	249,00	250,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	5. 7.	1. 7.
Juli	78,00	78,65
Okt	77,57	76,70
Dez.	78,76	77,60
März	80,00	79,20
Mai	80,50	79,55
Juli	80,50	79,50

Kautschuk New York (c/lb), Händlerpreis		
loco RSS-1:	geschl.	57,25

Wolle Lond. (Neus. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	5. 7.	4. 7.
Aug.	455–458	451
Okt	447–449	445–448
Dez	444–446	440–445
Umsatz	28	19

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	5. 7.	4. 7.
Juli	44,30	geschl.
Okt	44,70	geschl.
Dez.	45,20	geschl.
März	45,80	geschl.
Umsatz	4500	0
Tendenz: stetig		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	6. 7.	4. 7.
Juli	558,5–567,0	560,0–562,0
Okt.	570,5–571,0	571,1–572,0
Dez	583,5–584,0	583,0–584,0
Umsatz	39	73

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	5. 7.	4. 7.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00
Brazilian Type 2	–	–
Brazilian Type 3	–	–

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	5. 7.	4. 7.
Juli	13 855	13 859
Aug	13 800	13 815

Kautschuk London (p/kg)	5. 7.	4. 7.
Nr. 1 RSS loco	78,50–80,00	76,50–78,00
Aug.	79,50–81,00	76,50–79,90
Sept.	78,00–81,00	76,00–79,90
Okt./Dez.	79,60–79,70	76,90–77,30
Tendenz: ruhig		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	5. 7.	4. 7.
Nr. 1 RSS loco	254,50–255,50	252,00–253,00
Juli	255,50–258,50	253,00–254,00
August	259,50–260,50	256,50–257,50
Nr. 2 RSS Juli	253,00–254,00	250,50–251,50
Nr. 3 RSS Juli	249,50–250,50	247,00–248,00
Nr. 4 RSS Juli	243,50–244,50	241,00–242,00
Tendenz: stetig		

Jute London (£/lgt)	5. 7.	4. 7.
BWC	414,00	414,00
BWD	350,00	350,00
BTC	330,00	380,00
BTD	350,00	350,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g. 1 lb = 0,4536 kg. 1 Fl – 76 WD – (–). BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	6. 7.	5. 7.
Blei: Basis London laufend. Monat	104,56–104,94	103,96–104,16
drittfolg. Monat	108,31–108,51	107,51–107,61
Zink: Basis London laufend. Monat	185,99–186,19	185,28–185,48
drittfolg. Monat	191,52–191,62	190,80–191,19
Produz.-Preis	200,55	200,54
Reinzinn 99,9%	3748–3786	3716–3753

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	6. 7.	5. 7.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*)	440,16–442,50	438,50–440,86
Blei in Kabeln	112,25–113,25	111,75–112,75
Aluminium für Leitzwecke (VAW) Rundbarren	405,50–408,50	405,50–408,50
Vorzeichdraht	414,50	414,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller

Messingnotierungen

	6. 7.	5. 7.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	359–375	358–373
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	403–407	403–408
MS 63	407–410	406–409

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt	5. 7.	4. 7.
(Ring. kg)	30,76	30,65

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	6. 7.	5. 7.
Leg 225	359–361	359–361
Leg 226	361–364	361–364
Leg 231	389–401	389–401
Leg 233	404–412	404–412

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	6. 7.	5. 7.
Platin (DM je g)	37,05	37,30
Gold (DM je kg Feingold) Banken-Vkfpr.	34 600	34 600
Rücknahmepr.	33 800	33 800
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkfpr.	34 430	34 540
Rücknahmepr.	33 400	33 500
verarbeitet	36 140	36 250
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	34 170	34 210
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkfpr.	958,20	963,20
Rücknahmepr.	924,70	929,50
Verarbeitet	1000,70	1005,90

Internationale Edelmetalle

	6. 7.	5. 7.
Gold (US-$ Feinunze) London 10.30	412,25	413,75
15.00	411,65	410,75
Zürich mittags	412,50–413,50	413,30–413,80
Paris (F 1-kg-Barren) mittags	102 850	103 100
Silber (p Feinunze) London Kasse	743,00	750,30
3 Monate	761,00	768,50
6 Monate	779,70	784,60
12 Monate	815,40	820,30

Platin (£-Feinunze) London	5. 7.	4. 7.
fr. Markt	272,05	276,60
Palladium (£-Feinunze) London f. Händlerpr.	89,70	92,30

New Yorker Preise	5. 7.	1. 7.
Gold H & H Ankauf	1130,00	416,25
Silber H & H Ankauf	410,75	1162,00
Platin fr. Händlerpr.	415,60–420,00	geschl.
Produz.-Preis	475,00	geschl.
Palladium fr. Händlerpr.	138,00–140,00	140,00–142,00
Produz.-Preis	140,00	140,00
Silber (c Feinunze) Juli	1139,00	1177,00
Aug.	1154,00	1187,00
Sept	1155,00	1194,00
Dez	1184,00	1222,00
Jan	1202,30	1235,20
März	1216,00	1255,50
Mai	1242,30	1276,00
Umsatz	19 000	

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	5. 7.	1. 7.
Juli	74,50	75,85
Aug	75,15	76,55
Sept.	75,80	77,15
Dez.	77,85	79,20
Jan.	78,56	79,85
März	79,85	81,00
Mai	81,05	82,30
Umsatz	12 000	5 000

Londoner Metallbörse

	6. 7.	5. 7.
Aluminium (£/t) Kasse	969,00–969,50	966,50–967,50
3 Monate	995,00–995,50	992,50–993,50
Blei (£/t) Kasse	264,50–265,50	268,50–269,50
3 Monate	274,00–274,50	277,00–278,00
Kupfer Highergrade (£/t) mittags Kasse	1101,0–1101,5	1101,0–1101,5
3 Monate	1112,5–1113,5	1112,0–1112,5
abends Kasse	–	1099,0–1100,0
3 Monate	–	1111,5–1112,0
(Kupfer-Standard) Kasse	1069,0–1070,0	1067,0–1068,0
3 Monate	1085,0–1087,0	1085,0–1086,0
Zink (£/t) Kasse	470,50–471,00	472,00–473,00
3 Monate	484,50–484,75	486,50–487,00
Zinn (£/t) Kasse	8838–8840	8860–8865
3 Monate	8790–8795	8820–8825
Quecksilber ($/fl.)	–	285–300
Wolfram-Erz ($/t-Einh.)	–	83–86

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Klugo-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Luke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: i. V. Klaus Bruns; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogota: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechel

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6

FINANZANZEIGEN

Rosenthal Aktiengesellschaft Selb/Bayern

Dividendenbekanntmachung

In der ordentlichen Hauptversammlung der Aktionäre unserer Gesellschaft am 5. Juli 1983 wurde beschlossen, den Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 1982 von 5 131 865 DM zur Ausschüttung einer Dividende von 8,50 DM je Aktie im Nennbetrag von 50 DM auf das dividendenberechtigte Grundkapital zu verwenden und den Rest auf neue Rechnung vorzutragen.

Die Dividende gelangt gegen Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 15 bei unserer Gesellschaftskasse sowie bei folgenden Stellen zur Auszahlung:

Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG
mit sämtlichen Niederlassungen
Dresdner Bank AG
mit sämtlichen Niederlassungen
Bank für Handel und Industrie AG in Berlin
Bayerische Landesbank Girozentrale in München
Berliner Bank AG in Berlin

Selb, im Juli 1983 — Der Vorstand

Dräger

DRÄGERWERK AKTIENGESELLSCHAFT LÜBECK

Angebot zum Bezug von Genußscheinen

Die ordentliche Hauptversammlung unserer Gesellschaft vom 27. Juni 1983 hat beschlossen, Genußrechte im Gesamtgrundbetrag von DM 10 780 000,– zum Preis von DM 120,– je nom. DM 50,– Grundbetrag auszugeben. Die Genußrechte sind von einem Bankenkonsortium unter Führung der Dresdner Bank AG mit der Verpflichtung übernommen worden, sie den Aktionären im Verhältnis 5:1 zum Bezug anzubieten.

Ausstattung der Genußscheine

Stückelung: Die Genußrechte sind eingeteilt in Stück 215 600 zum Grundbetrag von je nom. DM 50,–, ausgedruckt in Urkunden über Stück 1, 2 und 20.

Bis zur Lieferung der Einzelurkunden werden die Genußrechte in einer Globalurkunde verbrieft, die bei der Norddeutscher Kassenverein AG, Hamburg, eingeliefert wird.

Ausschüttung: Jeder Genußschein gewährt einen Anspruch auf jährliche Ausschüttung in Höhe der jeweils von der Hauptversammlung beschlossenen Dividende auf die Vorzugsaktien. Der Anspruch auf Ausschüttung auf die Genußscheine beträgt mindestens 5% p. a. vom Grundbetrag und besteht unabhängig vom Bilanzergebnis; die Mindestausschüttung wird somit auch in Jahren eines Dividendenausfalls gezahlt.

Der Anspruch der Genußschein-Inhaber auf Ausschüttung besteht vom 1. Januar 1983 an.

Die Ausschüttungen sind jeweils am ersten Bankarbeitstag nach dem Tag der ordentlichen Hauptversammlung fällig und werden unter Abzug von Kapitalertragsteuer bei den Zahlstellen ausgezahlt. Eine Steuergutschrift erfolgt nicht.

Nachrangigkeit des Genußkapitals: Das Genußkapital tritt gegenüber allen anderen Gesellschaftsgläubigern im Range zurück.

Ablösung/Kündigung: Die Gesellschaft hat nicht die Absicht, die Genußrechte abzulösen, sie hat sich in den Genußscheinbedingungen jedoch ein entsprechendes Recht vorbehalten.

Im Falle einer Ablösung erfolgt die Rückzahlung nach vorheriger Kündigung durch die Gesellschaft mit einer Frist von sechs Monaten zum Ende eines Geschäftjahres.

Der Rückzahlungspreis entspricht dem Durchschnittspreis, zu dem die Vorzugsaktien der Gesellschaft während der 3 Monate, die der Kündigungsbekanntmachung vorausgehen, an der Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg gehandelt werden, abzüglich eines Abschlags in Höhe der fehlenden Steuergutschrift (z. Z. 36%).

Die Gesellschaft ist mit Zustimmung der Hauptversammlung berechtigt, die Ablösung der Genußrechte ganz oder teilweise auch durch einen Umtausch in Stamm- oder Vorzugsaktien im Wertverhältnis 1:1 zu bewirken.

Bezugsrechte/Verwässerungsschutz: a) Bei einer Erhöhung des Genußkapitals sollen den Genußschein-Inhabern – vorbehaltlich der Beschlußfassung durch die Hauptversammlung – neue Genußscheine im gleichen Verhältnis wie den Aktionären angeboten werden.

b) Bei einer Erhöhung des Aktienkapitals mit einem Bezugsangebot an die Aktionäre steht den Genußschein-Inhabern – vorbehaltlich der Beschlußfassung durch die Hauptversammlung – das Recht auf Bezug neuer Genußscheine zu vergleichbaren Bedingungen zu.

Können die Bezugsrechte gemäß a) und b) nicht eingeräumt werden, erhalten die Genußschein-Inhaber eine Barentschädigung.

Rechtsverhältnisse: Maßgeblich für das Rechtsverhältnis zwischen Gesellschaft und Genußschein-Inhaber sind die Genußscheinbedingungen, die in einer Broschüre abgedruckt sind und bei den Bezugsstellen angefordert werden können.

Börseneinführung: Die Genußscheine werden in den geregelten Freiverkehr an den Wertpapierbörsen zu Hamburg, Düsseldorf, Frankfurt/M., Hannover und München einbezogen. Die entsprechenden Anträge sind bereits gestellt.

Wertpapier-Kenn-Nr.: 555 065

Wir bitten unsere Aktionäre, ihr Bezugsrecht auf die Genußscheine zur Vermeidung des Ausschlusses in der Zeit

vom 14. bis 27. Juli 1983 einschließlich

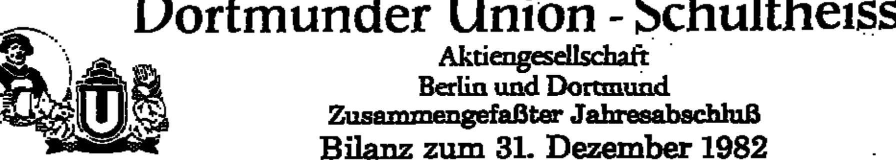
gegen Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 2 zu den Stammaktien und Nr. 6 zu den Vorzugsaktien bei einer der nachstehenden Banken in Hamburg, Lübeck, Berlin, Düsseldorf, Frankfurt/M., Hannover, Kiel und München auszuüben:

Dresdner Bank AG
Bank für Handel und Industrie AG
Bankhaus Gebrüder Bethmann
Delbrück & Co.
Georg Hauck & Sohn Bankiers KG a. A.
Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale
B. Metzler seel. Sohn & Co.
Norddeutsche Landesbank Girozentrale
M. M. Warburg – Brinckmann, Wirtz & Co.

Auf Gewinnanteilscheine zu Stück 5 Aktien oder einem Vielfachen hiervon kann 1 Genußschein zu nom. DM 50,– oder eine dem Bezugsverhältnis 5 : 1 entsprechend höhere Stückzahl an Genußscheinen zum Ausgabepreis von DM 120,– börsenumsatzsteuerfrei bezogen werden. Der Bezugspreis ist bei der Bezugsanmeldung zu zahlen. Die Bezugsrechte werden in der Zeit vom 14. bis 25. Juli 1983 einschließlich im geregelten Freiverkehr an den Wertpapierbörsen zu Hamburg, Düsseldorf, Frankfurt/M., Hannover und München gehandelt. Die Bezugsstellen sind bereit, den An- und Verkauf von Bezugsrechten nach Möglichkeit zu vermitteln. Vom Beginn der Bezugsfrist an versteht sich der Börsenhandel der Vorzugsaktien „ex Bezugsrecht".

Für den Bezug wird die übliche Bankenprovision berechnet, es sei denn, daß der Bezug unter Einreichung der Gewinnanteilscheine durch den Bezieher während der üblichen Geschäftsstunden am Schalter einer Bezugsstelle vorgenommen wird und ein Schriftwechsel damit nicht verbunden ist.

Lübeck, im Juli 1983 — Der Vorstand



Dortmunder Union - Schultheiss Brauerei

Aktiengesellschaft
Berlin und Dortmund
Zusammengefaßter Jahresabschluß

Bilanz zum 31. Dezember 1982

Aktiva	31.12.1982 TDM	31.12.1981 TDM
Sachanlagen	206.484	207.411
Beteiligungen	97.964	95.067
Ausleihungen mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren	69.486	65.890
Vorräte	38.881	38.488
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	30.909	29.497
Flüssige Mittel, Wertpapiere	93.051	90.734
Forderungen an verbundene Unternehmen	50.940	48.105
Sonstige Aktiva	26.334	24.754
	614.049	599.946

Passiva	31.12.1982 TDM	31.12.1981 TDM
Grundkapital	151.000	151.000
Gesetzliche Rücklage	139.970	139.970
Sonderposten mit Rücklageanteil	12.951	5.396
Pauschalwertberichtigung zu Forderungen	2.841	2.749
Pensionsrückstellungen	167.978	170.008
Andere Rückstellungen	46.857	43.457
Langfristige Verbindlichkeiten	24.749	25.414
Kurzfristige Verbindlichkeiten	42.520	40.579
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	4.012	3.225
Bilanzgewinn	21.171	18.148
	614.049	599.946

Gewinn- und Verlustrechnung für 1982

	1982 TDM	1981 TDM
Umsatzerlöse	629.506	606.281
Bestandsverminderung/-erhöhung	984	785
Andere aktivierte Eigenleistungen	654	431
Gesamtleistung	629.176	607.497
Materialeinsatz	181.025	171.146
Rohertrag	448.151	436.351
Erträge aus Beteiligungen	17.697	18.439
Andere Erträge	74.141	61.775
	539.989	516.565
Personalaufwendungen	201.243	198.067
Abschreibungen	67.521	62.503
Steuern vom Einkommen, Ertrag, Vermögen	24.990	22.618
Sonstige Steuern	55.452	55.419
Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil	12.403	5.396
Andere Aufwendungen	157.236	154.435
	518.845	498.438
Jahresüberschuß	21.144	18.127
Gewinnvortrag	27	21
Bilanzgewinn	21.171	18.148

Der vollständige Jahresabschluß, versehen mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der Prüfungsgesellschaften, wird im Juli 1983 im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Die in der Hauptversammlung vom 6. Juli 1983 genehmigte Dividende von DM 7,– je Aktie im Nennbetrag von DM 50,– kann gegen Einreichung des Dividendenscheines Nr. 11 sofort erhoben werden.

Berlin und Dortmund, den 6. Juli 1983 — Der Vorstand

RORENTO

RORENTO N.V.

Curaçao
Niederländische Antillen

Bilanz zum 28. Februar 1983

Aktiva	hfl
Anlagen Consortium Roterodamum	3.660.374.542
Festgelder und andere flüssige Mittel	3.200.000
Forderungen an Zinsen	562.206.308
Sonstige Forderungen	108.576.580
	6.621.690
	4.340.979.120

Passiva	hfl
Vermögen:	
Aktienkapital	1.175.114.550
Agiorücklage	1.537.972.988
Allgemeine Rücklage	1.565.906.044
	4.278.993.582
Verbindlichkeiten bezüglich Wertpapiergeschäfte	31.482.126
Sonstige Verbindlichkeiten	30.503.412
	4.340.979.120

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. März 1982 bis 28. Februar 1983

Aufwendungen	hfl	Erträge	hfl
Verwaltungskosten	7.380.426	Zinsen	387.070.453
Steuern	6.665.265		
	14.045.691		
Gewinnsaldo	373.024.762		
	387.070.453		

Der Aufsichtsrat
H.H. Nauta
H.J.E. van Beuningen
The Earl of Cromer
J.M. Goudswaard
B. Pruijt
J.M. van Susante
J.-Ch. Veige
H.J. Witteveen

Der Vorstand
Th.M. Scholten
N.J.H. van der Meer
B.M.V. Jansen
C.H. Knibbs
A.A.G. Smeets
Joh. H. von Stein
N.W. Veer

Prüfungsvermerk
Wir haben den Jahresabschluß 1982/1983 von RORENTO N.V. geprüft.
Aufgrund dieser Prüfung bestätigen wir, daß dieser Jahresabschluß einen getreuen Einblick in den Umfang und in die Gliederung des Vermögens der Gesellschaft zum 28. Februar 1983 und des Ergebnisses des Geschäftsjahres 1982/1983 vermittelt.

Rotterdam/Curaçao, den 31. März 1983
Dijker en Doornbos/accountants

Die Hauptversammlung vom 6. Juli 1983 hat folgende Gewinnverwendung beschlossen (Art. 39 und 40 der Satzung):

Feste Bezüge der 10 Aufsichtsratsmitglieder *)	hfl 106.600
Einstellung in die allgemeine Rücklage	hfl 372.918.162
	hfl 373.024.762

Curaçao, im Juli 1983 — RORENTO N.V.

*) Für 2 Aufsichtsratsmitglieder nur während eines Teils des Jahres

Warten auf den Boy

BMB – An der Isar brodelt die Gerüchteküche. Der Ausgangspunkt dieser Spekulationen ist die Entscheidung des Bayerischen Ministerrates, in seiner Kabinettsitzung am Mittwoch dem designierten kommissarischen Leiter des Bayerischen Schauspiels, Frank Baumbauer (37), nur einen Zweijahresvertrag bis 1985 zu geben. Im Klartext liest sich das so: „Baumbauer wird ab 1. 9. 83 die kommissarische Leitung des Bayerischen Staatsschauspiels übernehmen. Der Vertrag wird am 31. 8. 1985 auslaufen."

Ursprünglich hatte der Bayerische Kultusminister für einen regulären Dreijahresvertrag plädiert. Mit der neuen, für alle Beteiligten überraschenden Entscheidung fügt sich ein weiteres Glied an die Kette des bisher schon recht ungeschickten und unglücklichen Taktierens um die künstlerische Nachfolge an diesem Theater. Daß Kurt Meisel (71), seit 1972 Intendant des Bayerischen Staatsschauspiels, zu dem das Residenztheater, das Cuvilliés-Theater und das Theater im Marstall als Studio-Bühne gehören, mit Ablauf dieses Monats seinen Abschied nimmt, war lange bekannt. Trotzdem kam man mit der Bestellung eines Nachfolgers nicht voran.

Zuerst wurde mit Rudolf Noelte verhandelt. Da das Residenztheater jedoch wegen Sanierungsarbeiten in der Spielzeit 84/85 geschlossen werden muß, verlor der prominente Regisseur die Lust. So fiel die Wahl auf Frank Baumbauer, den Mann, den Meisel wärmstens als seinen Nachfolger empfahl, den das Ensemble heiß liebt und von dem man sich Kontinuität an diesem Haus erwartet. Baumbauer nutzte sofort die Chance, seine Arbeit im Haus, die bisher nach innen gerichtet war, nun nach außen zu tragen. In kürzester Zeit erarbeitete er einen flotten Spielplan. Er engagierte, verhandelte und schloß mit Schauspielern, Regisseuren und Mitarbeitern Verträge für die nächsten drei Jahre. Und nun – entgegen allen bisherigen Absprachen – dieser Affront. Für Baumbauer ist das „niederdrückend und bestürzend". Er hat sich Bedenkzeit ausgebeten bis zur kommenden Woche. Der Verdacht, daß er nun als Lückenbüßer fungieren soll, läßt sich nicht von der Hand weisen. „Kommt Gobert?" fragte gestern unverblümt ein Lokalblatt. Denn daran knüpfen sich die Vermutungen: In zwei Jahren läuft Boy Goberts Vertrag in Berlin aus. Bereitet München ihm also schon heute eine Auffangstellung vor?

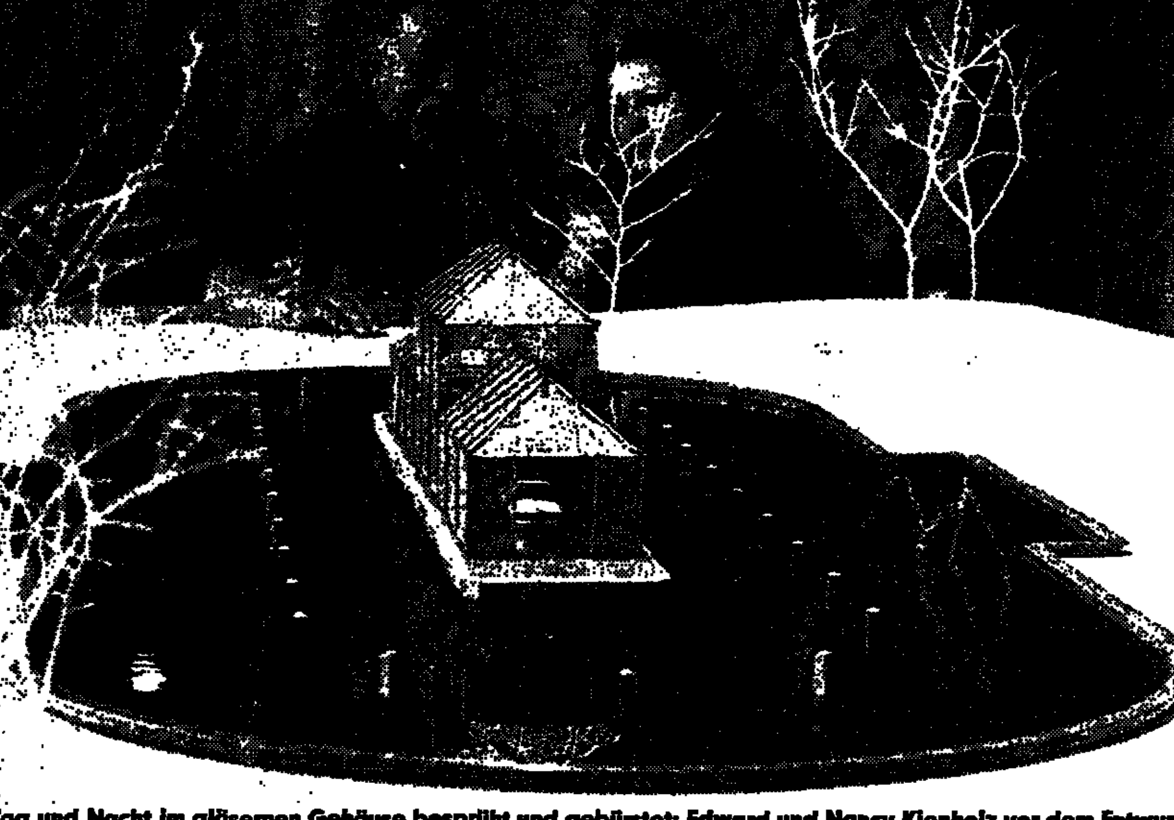
Langsam rostet ein Mercedes vor sich hin – Die Berliner Brunnenphantasien des Edward Kienholz

Unser Leben, eine Autowaschanlage?

Berlins Technische Universität hat sich in jahrelanger Anstrengung ein bedeutendes neues Wort erarbeitet. Es lautet: Partizipationsprojekte. Und es besagt, daß öffentliche Kunst-am-Bau-Gelder an der TU nur noch solchen Kunstobjekten zugeführt werden, die einen engen Bezug zur Technik und zum Standort TU haben. Es gab einen ersten Wettbewerb für „Partizipationsprojekte", zu dem 18 Künstler eingeladen wurden. Eine Jury unter Vorsitz von Otto Piene hat drei Vorschläge ausgewählt. Einer von ihnen ist „The Berlin-Fountain" des Amerikaners Edward Kienholz.

Kienholz ist für die Berliner Kunstszene kein Irgendwer. Nachdem der Schwergewichtler aus Idaho auf den documentas von 1968 und 1972 Furore gemacht hatte, war es ein Glücksfall, daß Berlins DAAD-Künstlerprogramm ihn für einen Gastaufenthalt an der Spree gewinnen konnte. Die Herrlichkeit war beiderseitig. Kienholz ist der Stadt treu geblieben, hat jeweils einen guten Teil des Jahres in Berlin gearbeitet. Die Stadt hat wichtige Arbeiten des Environment-Künstlers gesehen. Seine nächtliche Szenerie einer Negerkastration, „Five Car Stud", wider den Rassenhaß wurde in der Akademie inszeniert. Eine private Galerie beherbergte die lebensgroßen *Figuren einer Vernissage-Situation* mit ihrem Kunst-Geplapper. Gleich ein ganzes Konvolut seines götterdämmernden „Volksempfängers", mit dem er düstere deutsche Vergangenheit beschwor, wurde von der „Neuen Nationalgalerie" angekauft, obwohl Kienholz Museen dieser Größenordnung schnoddrig nur als „just pure shit" empfindet. Schließlich hatte eine symbolambitionierte Schießanlage (die nach dem Prinzip des russischen Roulette funktionieren sollte und todesmutige Besucher zur Sitzung herausforderte) in der Hochschule der Künste Schwierigkeiten mit Alliierten-Gesetzen.

Edward Kienholz ist zweifellos eine Berliner Institution. Er galt jahrelang als das Aushängeschild für die Internationalität des hiesigen Kunstbetriebs. Und ihm selbst *ist dieses Flair gut bekommen.* Selbst, wenn seine Verfremdungen auswärts vielleicht nicht mehr ganz so wichtig genommen werden – die Freunde in und aus Berlin halten ihm kräftig die Stange. So auch jetzt. „The Berlin-Fountain" soll in dichter Nähe zur TU, nämlich inmitten des Ernst-Reuter-Platzes installiert werden. In einem Bassin mit schwarzem Wasser auf dem riesigen, unentwegt vom Autostrom umflossenen Kreis wünscht sich Kienholz (gemeinsam mit seiner Frau Nancy) die Replik einer Autowaschanlage. Tag und Nacht, unaufhörlich, soll in einem gläsernen Gehäuse ein viertüriger Mercedes besprüht und gebürstet werden, umgeben von Fahnen der Industrienationen. Nachts sollen beleuchtete Fontänen auf- und niedersteigen. Ein bis zwei Millionen Mark würde das kosten.


Tag und Nacht im gläsernen Gehäuse besprüht und gebürstet: Edward und Nancy Kienholz vor dem Entwurf von „The Berlin Fountain" FOTO: KLAUS MEHNER

Warum all dies? Nun, Kienholz, ein großer Allegoriker, sieht in der „Stupidität" des hin- und herbewegten und verrottenden Autos dem Ausdruck für die „Sinnlosigkeit" einer „Technologie", die „Überfluß, Automation, Abfall, sozialzerstörerische Arbeit, Frustration" produziert. Nun könnte man natürlich fragen, ob Kienholz seine *Symbolik nicht eine Nummer kleiner* habe. Selbst eine herkömmliche Autowaschanlage, in der man allwöchentlich immer neuen Dreck vom Wagen schwemmt, läßt ja eine gewisse „Sinnlosigkeit" fühlen – wenn man's den Benutzern nur erst mal sagt.

Aber schon ist die Kultur-Schikkeria hilfreich auf den Beinen, schon sind die Eröffnungsredner aktiv. Karl Ruhrberg, ehemals beim DAAD in Berlin, heute Direktor des Museums Ludwig in Köln (und von Kienholz für seine Bla-Bla-Vernissage durch eine Körperabformung geehrt), hat bereits „ein farbiges Schauspiel" versprochen, „kein Drama, sondern episches Theater", die „Vereinigung von Kunst und Technik", einen „ersten wichtigen Schritt in die richtige Richtung". Berlin, hören wir, sei für Kienholz, was Paris für Proust, was Petersburg für Dostojewski waren. Sowas pinselt lokale Bäuche.

Bevor allerdings der Mercedes endlos gewienert oder berlinert würde, bevor „aus künstlichen Vogelschnäbeln" Wasser sprudelt, bevor den rundum busy flitzenden Autofahrern auf solche feuchte Weise die „Sinnlosigkeit des Lebens" (Kienholz) „auf irritierende, *schmerzhafte Weise wieder ins Bewußtsein* gehoben wird" (Ruhrberg), müßten erst einmal Charlottenburgs Bezirksverordnete ihr Plazet geben. Und ob die nun große Neigung zeigen, sich die andauernde Sinnlosigkeits-Demonstration aufs Grün setzen zu lassen, steht noch dahin.

In der Kunst-am-Bau-Euphorie (die zunächst einmal soziale Motivationen hatte), wurde offenbar ganz übersehen, daß keineswegs alle freien Plätze und Gärten (am Funkturm) in Windeseile mit riesigen Plastiken, Skulpturenensembles sehr unterschiedlicher Qualität oder, wie hier, mit aufgepusteten (und verwässerten) Sinn-Bildern vollgestellt werden müssen.

Immense Kunstobjekte im Berliner Stadtbild, wie Ipousteguys *„Ecbatane" vor dem Congress Centrum* oder der in Kürze fertiggestellte Brunnen von Schmettau an der Gedächtniskirche, sind reich an formalem Nippes-Zubehör. Sollte Kienholz' Waschanlage hinzukommen, hätten wir ein Pendant im Gedanklichen.

Mercedes mag dem Projekt gelassen entgegensehen und die geringe Rostanfälligkeit seiner Karossen preisen. Warum aber der tägliche Passant die Pointe mit der Sinnlosigkeit, die er vermutlich schnell kapiert hat, partout jahraus jahrein inmitten eines ohnehin verhäuserten Areals ertragen soll, ist nicht *einzusehen. Nicht jede* Skizze taugt zum großen Bild, und das, was man da einen künstlerischen „Einfall" nennt, erweist sich vergrößert als Kalauer. Ob dieses Einhämmerungsprinzip vernünftig ist, bleibt fragwürdig – vom Standpunkt der Stadtgestaltung nicht minder als vom Qualitätsempfinden.

PETER HANS GÖPFERT

Zum 150. Geburtstag des Malers Felicien Rops

Lob der Fleischeslust

Heute vor 150 Jahren wurde im belgischen *Namur der Maler* und Grafiker Félicien Rops (1833–1898) geboren. Von 1836 bis 1895 lebte der Ritter Alexander von Sacher-Masoch; die Lebensdaten stimmen fast überein. Das ist natürlich Zufall, aber sicher nicht ohne Bedeutung.

Als 1870 die „Venus im Pelz" erschien und weithin Furore machte, hatte Rops die darin beschriebenen „Masochismen" gewissermaßen schon längst illustriert und sogar durch eigene „Diabolismen" bereits überboten. Ungefähr gleichzeitig mit der „Venus" veröffentlichte Rops seine „Pornokratie", jene rosige „Dame mit Schwein", die sich, wie ein weiterer Titel besagt, vom Laster entführen läßt.


Selbstbildnis des Malers und Grafikers Felicien Rops (1833–1898) FOTO: KATALOG

Man hat eher den Eindruck, sie läßt sich von ihm führen, wenn sie es nicht selber traumwandlerisch an der Leine führt. Das entspräche durchaus auch den meisten anderen Blättern dieses Genres, die Rops in Fülle hinterlassen hat. Dieses wurde das berühmteste; und er selbst zeigte sich ungemein begeistert davon.

Uns ist das eine wie das andere heute unbegreiflich, sowenig wir in der nackten „Dame" die „Göttin" erkennen können, die Rops mit ihr gemalt haben will. Jedenfalls müssen wir seiner enthusiastischen Mitteilung entnehmen, daß es ihm um die Vergötterung nackter Triebhaftigkeit zu tun war.

So eindeutig geht das aus seinen *Blättern nicht hervor.* Sie sind vielschichtig und widersprüchlich. Sie *sind voller Haß und* Verehrung, sie zeichnen ein verwirrendes Bild der Frau unter erotischen und sozialen Aspekten, zeigen sie als wollüstiges Weib und beten ihre Schönheit an, ganz im symbolistischen Zeitstil des Fin de siècle; sie zeigen oder werben um Mitleid mit dem von der Gesellschaft erniedrigten Geschöpf auf der Straße oder im Bordell, mit dem „Lustobjekt" der *Kavaliere und Greise und enthüllen* gleichzeitig die eigene voyeurhafte Faszination.

Rops hat den Satanismus Baudelaires in die bildende Kunst übertragen. *Nicht zufällig zählte der* Dichter der „Fleurs du mal" zu seinen Freunden wie die Brüder Goncourt, Charles de Coster, Daudet, Gautier, Mérimée und der Symbolist Huysmans, der dem Freund schier emphatisch bescheinigte, er habe „das Geistige der Fleischeslust, das Übernatürliche der Perversität, das Jenseits des Bösen besungen". Vincent van *Gogh dagegen nannte die Blätter* des Belgiers „oft schrecklich lebensnahe Sittenbilder".

Das Lob der Freunde und Bewunderer in Ehren, es gibt von Rops höchst unterschiedliche Arbeiten. Lassen wir die Malerei (Ölbilder und Aquarelle) einmal beiseite; in den Genrebildern dominiert deutlich der Einfluß Millets, die Landschaften erinnern an Jongkind etwa oder Boudin. Sein Ruhm gründet sich allein auf seiner Grafik, die er technisch brillant beherrschte.

Es gelingen ihm Darstellungen von makabrer, oft grauen- und schreckenerregender Großartigkeit, von abstoßender Faszination – sit venia verbo –, vor allem, wo er den Symbolismus in einen Surrealismus treibt, der auch von zünftigen Surrealisten nicht oft übertroffen wurde. Sie lassen seine Anfänge als Karikaturist fast vollends vergessen, obwohl dem Satiriker Rops, nachdem er sich von den Einflüssen Daumiers und Gavarnis gelöst hatte, ingeniöse Treffsicherheit und kritische Schärfe nicht abzusprechen sind.

Ein Blatt wie „In Warschau herrscht Ruhe" macht uns heute wie damals betroffen. Da liegt die gemordete Freiheit unter einem dunklen Tuch mit der Aufschrift „Liberté"; und der Titel gibt den Text einer berühmt gewordenen Depesche über den von den Russen niedergeschlagenen Polenaufstand wieder. Das zeitlose Blatt trifft den Kern einer schlimmen Sache – nicht nur in Polen.

EO PLUNIEN

Neue Platte: Prokofiew und Ravel von Pogorelich

Kräftige Klavierklänge

Ivo Pogorelich, der erstaunliche Pianist, macht es sich nicht leicht. Er könnte die populären Werke des Klavierrepertoires, vor allem die Solokonzerte, vorwärts und rückwärts spielen, aber er tut es nicht. Er hält auf ganz außergewöhnlichen Anspruch, bei sich selbst wie bei seinem Publikum.

Die Schallplatte macht dies erfreulicherweise mit. Bei allem Rummel, der um Pogorelichs Genialität und Extravaganz entfacht *wird, hegt sie* die Exklusivität des Jungstars. Seine neue Aufnahme (DGG 25 3209 3) vereinigt Maurice Ravels „Gaspard de la nuit" und Sergei Prokofiews Klaviersonate Nr. 6 A-Dur Op. 82. Das sind zwar deutlich *virtuose Stücke, wie sie* Pogorelichs Naturell (noch) am besten entsprechen, aber durchaus keine wohlfeilen Reißer.

Gerade in der Klaviermusik zeichnet sich eine Umschichtung des Repertoires ab. Die Werke des frühen 20. Jahrhunderts, vor allem aus dem französischen und russischen Kulturkreis, sind bei vielen jüngeren Pianisten ins Zentrum der Auseinandersetzung gerückt. Dies hat seinen Sinn, wenn man bedenkt, daß die Klassiker wie Mozart und Beethoven ganz am Anfang der Geschichte dieses Instruments standen, das damals weder *mechanisch* noch klanglich ausgereift war.

Pogorelich aber braucht die Herausforderung des Klangs, die Möglichkeit der Schatten- und Farbspiele. Er läßt das Klavier blühen, ohne *sich dabei allerdings in im*pressionistische Beliebigkeit zu verlieren. Grandios, wie er Prokofiews bruitistische, zuweilen auch klobige Klänge elegant glättet, ohne dem Werk darüber seine Kraft, seine Härte zu rauben. Pogorelich hat von vornherein das Ganze im Auge, weiß bei jedem Takt, bei jedem Satz genau, wo er von den Noten hingeführt wird und wohin er die Musik führen will. Kalkül und eine beinahe instinktive Musikalität gehen bei Pogorelich die erstaunlichste Verbindung ein.

Sie kommt auch Ravels spukigen Nachtstücken zugute. Über die reine Brillanz hinaus gelingt auch hier, atmosphärische Dichte entstehen zu lassen, auch wenn Pogorelich den langsamen Tempi mit ein wenig Ungeduld zu begegnen scheint, sie freilich deswegen nicht anzieht. Kein Zweifel, daß dies eine der ganz wichtigen Platten des Jahres ist.

REINHARD BEUTH

Die Madonnen-Ausstellung im Kloster Eberbach

Kochtopf auf dem Kopf

Mit der Gotik beginnt die große Zeit der Madonnen. Die aus dem Boden schießenden Kathedralen werden plötzlich „Notre Dame" geweiht, und an die Stelle des für die Romanik so charakteristischen Weltuntergangstriptychons über dem Kirchenportal, mit Gottvater als Menschheitsrichter in der Mitte, tritt jetzt die Maria der Freude und Zuversicht. Natürlich gab es die Marienverehrung schon in den Jahrhunderten zuvor, aber erst jetzt, in der Mitte des 13. Jahrhunderts, wird sie zum Sinnbild für ein ganz neues, wenn man so will: „aufgehelltes" Lebensgefühl. Immer noch ist der Gedanke an das Leben nach dem Tode die Richtschnur für Denken und Handeln des Menschen, aber ein Abglanz des jenseitigen Eden reicht bereits bis in diese Welt. In Maria treffen sich Glaubenseifer und plötzlich erwachende Daseinsfreude.

So datieren die ältesten Zeugnisse in der großen Madonnen-Ausstellung, die jetzt im Dormitorium des ehemaligen Zisterzienserklosters Eberbach im Rheingau zu sehen ist, auch aus hochgotischer Zeit. Eine bemalte Lindenholz-Madonna aus dem Fränkischen von ungefähr 1450 läßt mit ihrem verklärten Gesichtsausdruck und dem schlanken, S-förmig gewölbten Körper den ganzen Geist der Gotik aufleben.

Doch man muß aufpassen, wenn man durch diese vier Jahrhunderte umspannende, mit fast hundert Plastiken bestückte Ausstellung geht: *Die Jahreszahlen* können leicht in die falsche Richtung weisen. Die Arbeiten stammen fast ausschließlich aus dem süddeutschen Raum. Außerdem sind Sonderentwicklungen und gelegentliche „Verspätungen" bei gesamteuropäischen Stilumschwüngen in Rechnung zu stellen. Wichtiger aber ist, daß es sich bei einem Teil der ausgestellten Madonnen um Zeugnisse des Volksglaubens handelt, an denen die künstlerischen Zeitströmungen in manchen Fällen fast spurlos vorbeigegangen zu sein scheinen. So würde niemand die in ihrer etwas unbeholfenen Behäbigkeit und starräugigen Traurigkeit schon wieder anrührende, sehr bäuerliche Pietà eines unbekannten fränkischen Holzschnitzers später als im Hochmittelalter ansetzen – und doch entstand die kleine Figur erst um 1650, zur Zeit des Barock.

Die Zeitgrenzen verschieben sich, und nicht nur die Gotik, sondern auch die Renaissance ist mit nicht immer ganz glücklichen Beispielen belegt. Dafür ist die Ausstellung für Freunde des Barock eine wahre Fundgrube. Mit weit wallenden, wie vom Sturm durchwehten, goldüberzogenen Gewändern, mit Sternenkranz oder Strahlenkleid, triumphierend oder in schlichter, aber niemals untheatralischer Demutshaltung kommen sie daher, diese jungfräulichen Himmelsköniginnen.

Die schönsten Werke dieser Ausstellung sind denn auch Arbeiten von Barockmeistern. Die Begeisterung für Prunk und Fülle führte allerdings auch zu einer Reihe ausgesprochener Scheußlichkeiten. Einige dieser trutzigen, ihren Strahlenkranz wie einen stacheligen Wehrpanzer mit sich führenden Amazonen etwa, die stocksteif und herrisch von ihrem Sockel heruntergestikulieren, sind kaum zu ertragen, ebenso wenig wie zwei, drei nackte, für sich stehende Jesusknaben, die modernen Kinderpuppen an Häßlichkeit kaum etwas schuldig bleiben. Aber die meisten dieser Marienfiguren aus dem späten 17. und dem 18. Jahrhundert sind in ihrer Anmut und würdevollen Entrücktheit geradezu von ergreifender Schönheit.

Erstaunlich ist dabei die Vielfalt *der künstlerischen Lösungen,* da ja auch noch für die Zeit des Barock sowohl die der Marienfigur beizugebenden Symbole wie Gestik und Körperhaltung weitgehend festgelegt waren. Dennoch fanden die Bildhauer häufig zu einem ganz eigenen Ausdruck.

Einer fränkischen Madonna von 1760 etwa rutscht beim Zertreten der sich zu ihren Füßen windenden Schlange des Versuchers beinahe das Jesus-Kind vom Arm, doch der Knirps läßt sich durch nichts beirren, sondern piekt mit einem Stab voller Eifer ebenfalls auf das geschuppte Untier ein. Als eine Prachtfigur von höchster aristokratischer Vornehmheit hingegen, mit einem goldglänzenden Gewand und wunderbar ausbalancierter, fast klassischer Körperhaltung, präsentiert sich die Himmelskönigin des Joseph Anton Feuchtmayer, der als Ausstatter der barocken Wallfahrtskirche in Birnau am Bodensee hinlänglich bekannt ist. In schönem Gegensatz dazu wiederum steht die durch und durch bürgerliche, unter dem goldenen Überwurf ausgesprochen üppige Körperformen offenbarende Maria eines unbekannten Bodenseekünstlers, die eine Frische und Anmut ausstrahlt, welche sie – neben *Feuchtmayers Meisterwerk – zum* Mittelpunkt der Ausstellung machen.

Erst im Vergleich beginnt das Barock in seiner ganzen Vielfalt aufzuleben. Allein dafür lohnt die Fahrt nach Eberbach. (Bis zum Herbst; Katalog: 7 Mark.)

JENS FREDERIKSEN

Zum Rameau-Jahr: „La Guirlande" in Straßburg

Ein Menuett für Myrtil

Der französische Kultusminister läßt sich sein Erbe etwas kosten: *Er erklärt nicht nur 1983 zum* „Année Rameau", zum Jahr Rameaus; er plakatiert auch das Ereignis im ganzen Land, schießt dann und wann zu einer Ehrung eine erkleckliche Summe bei, veranstaltet Ausstellungen, erinnert überhaupt auf die verschiedenste Weise an einen Komponisten, der bei uns kaum, in Frankreich erst relativ spät die angemessene Würdigung erfuhr.

Vermutlich am 23. September 1683 geboren, gilt er neben Lully als der große Barockkomponist unseres Nachbarlandes. Immerhin übertrifft er seinen erfolgreichen Konkurrenten in der Wahl seiner gestalterischen Mittel, in der Virtuosität der Orchesterbehandlung, in der Ausdruckskraft und Natürlichkeit seiner Musik. Claude Debussy, der in seinen Schriften im*mer wieder Rameau gegen Gluck* ausspielt, zählt zu dessen immenser Hinterlassenschaft die Entdekkung der „Sensibilität in der Harmonik", die es ihm ermöglichte, bestimmte Farben, gewisse Tönungen und Nuancen herzustellen, von denen die Musiker vor ihm nur eine verschwommene Vorstellung besaßen.

Debussy weiter in seinem nicht unpolemischen Gedenkartikel: „Rameau ist, ob man dies nun wahrhaben will oder nicht, eines der sichersten Fundamente der Musik, und man kann gefahrlos auf dem schönen Weg weiterschreiten, den er vorgezeichnet hat, dem barbarischen Gestampfe, den Irrtümern zum Trotz, mit denen man ihn in den Schmutz zieht. Auch dies ist ein Grund, ihn zu lieben, mit jener zärtlichen Hochachtung, die man diesem etwas unangenehmen Altvorderen bewahrt, welcher es indessen verstanden hat, die Wahrheit auf so liebenswerte Weise zu sagen."

Auch wenn man heute die erbitterten Kämpfe um Jean-Philippe Rameau nicht mehr mit derselben Leidenschaftlichkeit nachvollziehen kann, wie das Debussy 1912 tat, bleibt doch der Eindruck einer eminenten Persönlichkeit, die sich in mehr als 30 Bühnenwerken immer wieder aufs schönste bestätigt. „La Guirlande" von 1751 gehört dabei sicher nicht zu seinen populärsten Stücken, obwohl der Acte de Ballet von knapp einer Stunde *Dauer seinerzeit bei der Wiedereinstudierung* der Pariser Schola Cantorum erst die Euphorie Debussys auslöste.

Rameau macht sich hier tatsächlich die Natur zu eigen, wie es ein Rousseau fordert, und er tut es auf eine Art, die ihn deutlich als Bindeglied zwischen Barock und Rokoko ausweist. Die Liebesgeschichte des Schäferpaares Zélide und Myrtil, die er in einer amüsanten Abfolge von Airs, Menuetten und Rigaudons einbettet, läßt wieder Empfindung spüren. Da ist nichts von Pathos. Das zärtliche Geplänkel der beiden, ihr fröhlicher Flirt, ihr *verstecktes Spiel* mit den eigenen Gefühlen: All das ist mit einer Achtsamkeit ohnegleichen gestaltet und mit einer makellosen Kunst. Der Gedanke an Meißener Porzellan ist also gar nicht so abwegig. Der Musikwissenschaftler Cuthbert Girdlestone wagt ihn denn auch.

René Terrason hat zum Abschluß des Straßburger Musikfestivals das arkadische Schäferspiel auf der Bühne der Opéra du Rhin so historisch wie möglich in Szene gesetzt, und Charles Farncombe sichert ihm denn auch, das Orchester von Drottningholm dirigierend, genügend Authentizität. Aber der Regisseur begnügt sich nicht damit: Im Stil der damaligen Zeit schaltet er dem eigentlichen Stück noch ein Impromptu voraus, in dem Paul Bru die Argumenta*tion Rameaus wie seiner* Widersacher aufnimmt.

Und nicht nur das: Anne-Marie Blanzat, die später als Zélide mit glockenhellem Sopran aufhorchen läßt, und Henri Ledrot, der ihrem Geliebten seine hohe Tenorstimme leiht, führen, Rameaus berühmteste Opernarien zitierend, den Beweis seiner Genialität. Eine erheiternde, würdigendere Hommage hätte sich der Komponist im Gedenkjahr kaum wünschen können.

HARTMUT REGITZ


Anne-Marie Blanzat (Zélide) und Henri Ledroit (Myrtil) in Rameaus „La Guirlande" FOTO: ALAIN KAISER

JOURNAL

Entwicklungsmöglichkeiten der Gen-Technologie

dpa, Aachen

Die große Chance der umstrittenen Gen-Technologie für die Medizin haben Wissenschaftler auf einer Veranstaltung der Medizinischen Gesellschaft der TH Aachen hervorgehoben. Das Einsetzen von Erbinformationen in ein Bakterium, das dann Humaninsulin oder andere Stoffe produziere, eröffne neue Therapiemöglichkeiten bei vielen Krankheiten, sagte Hans Günter Gassen, Leiter des Instituts für Organische Chemie der TH Darmstadt. Als Beispiele nannte er Diabetes, Gefäßerkrankungen und Krebs. Über die Gen-Technik könnten aber auch Umweltprobleme gelöst, beispielsweise ölfressende Bakterien produziert werden. Gassen verglich die Gen-Technologie mit der raschen Entwicklung in Mikroelektronik: „Beide Technologien greifen ganz entscheidend in die Gesellschaft und das Leben von jedem einzelnen ein."

Israelische Archäologen bezweifeln Negev-These

AP, Tel Aviv

Israelische Archäologen haben Zweifel an der von italienischen Kollegen aufgestellten These geäußert, Moses habe die Zehn Gebote nicht auf dem Berg Sinai, sondern auf dem Berg Har Karkom in der israelischen Negev-Wüste empfangen. Wie gestern gemeldet, hatte der italienische Archäologe Professor Emmanuel Anati von Forschungsergebnissen berichtet, die daraufhindeuteten. Professor Yigael Yadin von der Jerusalemer Hebräischen Universität sagte dazu, diese These scheine ihm „nicht genügend erhärtet", da die überwältigende Zahl der vorliegenden Angaben daraufhindeute, daß der Empfang der Zehn Gebote auf der Sinai-Halbinsel oder in deren Nachbarschaft geschah. Außerdem gebe es Dutzende von Theorien über den genauen Ort des Geschehens. Anatis These widerspreche nicht unbedingt den israelischen Auffassungen, da der Har Karkom nahe der Grenze der Sinai-Wüste liege.

Keine Unterstützung für die Behaim-Gesellschaft?

dpa, Darmstadt

Die 1951 in Darmstadt gegründete Martin-Behaim-Gesellschaft, die sich die Förderung der deutschen Literatur und deutschen Sprache im Ausland zur Aufgabe gemacht hat, soll nach dem Willen der Bundesregierung keine finanzielle Unterstützung mehr erhalten. Kurt Schleucher, der Gründer und Leiter der in Darmstadt ansässigen Gesellschaft, erklärte, das Bonner Auswärtige Amt müsse die Förderung Ende 1983 einstellen. Gegenwärtig erhält die Martin-Behaim-Gesellschaft, die jährlich rund 30 000 Bücher in etwa 50 Länder an Bibliotheken, Hochschulen, Kirchen oder deutschen Schulen im Ausland verschickt, aus Bonn einen Zuschuß von 450 000 Mark.

Tate Gallery zeigt Neues von Henry Moore

dpa, London

Die Tate Gallery in London hat eine Ausstellung mit neuen Werken des englischen Bildhauers Henry Moore eröffnet, der am 30. Juli 85 Jahre alt wird. Die Jubiläums-Sonderschau unter dem Titel „Henry Moore at 85" zeigt 21 Skulpturen in Bronze und Holz sowie 37 Zeichnungen aus den vergangenen drei Jahren.

Kathedrale von Chartres auf der Unesco-Liste

AFP, Chartres

Die Kathedrale von Chartres (1196–1220) ist jetzt in die von der UN-Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (Unesco) etablierte Liste des internationalen Kulturguts aufgenommen worden. Eine Gedenktafel mit der entsprechenden Inschrift wurde an dem Gebäude angebracht. Die über einer ausgedehnten Krypta des 11. Jahrhunderts unter Beibehaltung einer Westfassade aus der Mitte des 12. Jahrhunderts erbaute Kathedrale ist die wohl älteste der hochgotischen Kathedralen.

Max-Ernst-Ausstellung an der Côte d'Azur

AFP, Saint-Paul de Vence

Eine umfassende Ausstellung mit Werken des Surrealisten Max Ernst (1891–1976) ist in der Maeght-Stiftung in Saint-Paul de Vence an der Côte d'Azur eröffnet worden. Die 160 Gemälde, Skulpturen, Collagen und Zeichnungen stellen eine Retrospektive auf das Werk von Ernst von 1913 bis zu seinem Tod 1976 dar.

Harry James gestorben

AP, Las Vegas

Der amerikanische Trompeter und Bandleader Harry James ist in Las Vegas im Alter von 67 Jahren an Lymphdrüsenkrebs gestorben. James war einer der letzten großen Instrumentalisten der Swing-Ära. Seinen Ruf als virtuoser Allround-Trompeter hatte er als Solist in der Big Band von Benny Goodman begründet. Im Januar 1939 gründete er sein eigenes Orchester. James, der als „Entdecker" Frank Sinatras gilt und dessen Schallplatten zum Teil Millionenauflagen erreichten, ist auch in der *Bundesrepublik sehr erfolgreich* aufgetreten. 1957 startete er in München seine erste große Europa-Tournee, die ihn unter anderem nach Zürich, Wien, Paris und Brüssel führte. Im Jahre 1970 gab er vor 2500 Jazzfans im Berliner Sportpalast ein Konzert.

Bei Ford gehört die Stechuhr zum alten Eisen

Kölner Entscheidung sorgte für Aufsehen in allen Branchen

GISELA REINERS, Bonn

Bei Ford wird nicht mehr geclockt (clock = engl. für Uhr). Nur in Ausnahmefällen führt die Stechuhr noch das Regiment. Ohne sich bei dem Arbeitszeit-Registriergerät (Fachjargon) an- oder abmelden zu müssen, können die gewerblichen Arbeitnehmer der fünf Ford-Werke in der Bundesrepublik Deutschland kommen und gehen, wie es bisher nur den Angestellten vorbehalten war.

Eine Initiative des Gesamtbetriebsrats im Kölner Werk führte nach dreijährigem Testlauf zu dem Ergebnis. Gestaffelt nach Betriebszugehörigkeit – bei zehn Jahren kein Stempeln, bei fünf Jahren nur noch Ausstempeln, wurde die Clock-Pflicht ausgesetzt. Ergebnis: nicht mehr Unpünktlichkeit als sonst auch. Firmen aller Größen und Branchen fragen nun in Köln nach dem Wie und Wieso, darunter auch ein Bergbauunternehmer und die Deutsche Schlafwagengesellschaft. Das Interesse ist vermutlich deshalb so groß, weil es schon in anderen Betrieben der Automobilbranche Versuche zur Abschaffung der Stechuhr gegeben hat, deren Erfolg aber nicht so überzeugte, daß man sich zur Aufgabe des eisernen Kontrolleurs entschließen konnte. Den Ford-Leuten kam, so Pressesprecher Udo Reinhold, zugute, daß die Fluktuation in der Firma gering ist und die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit bei mehr als zehn Jahren liegt.

Nur zwei Ausnahmen

Seit dem 1. Juli nun gilt das Ein- und Ausstempeln, das maschinelle Registrieren der Ankunfts- und Ausgangszeiten sowie irgendwelcher Unterbrechungen des Arbeitsrhythmus, als abgeschafft. Niemand muß mehr seinen Werksausweis in einen telefongroßen Apparat mit Schlitz stecken, um als an- oder abwesend vom Computer festgehalten zu werden. Die durchsichtige Identitätskarte aus Plastik mit Farbfoto, Namen, Geburtsdatum und Kontrollnummer sowie angeschweißten Metallstreifen mit kleinen Löchern hatte schon die alte Stechkarte ersetzt, die früher nach Namen oder Nummern geordnet an einem Brett neben der Stempeluhr hing. Es gelten allerdings zwei Ausnahmen: Es muß noch geclockt werden, wenn Überstunden oder Sonn- und Feiertagsarbeit geleistet werden – und wenn die Aufsichtsbedingungen zu schwierig sind – z. B. wenn jemand in weiter räumlicher Entfernung von der verantwortlichen Aufsicht auf dem Werksgelände arbeitet.

Normalerweise wird in Köln in zwei Schichten von 6.45 bis 15.15 Uhr und von 15.15 bis 23.45 Uhr gearbeitet; die Wochenenden sind frei. Werden jedoch Überstunden gemacht, müssen sie – der Abrechnung wegen – nachgewiesen werden, ebenso wie die Arbeit an Sonn- und Feiertagen, zu der ausnahmsweise Kollegen in den Betrieb gerufen werden, wenn Reparatur- oder Vorbereitungsarbeiten anfallen. Da dies oft nur Spezialisten trifft, deren Vorgesetzte, die sonst die Anwesenheit vermerken, nicht benötigt werden, muß der Arbeitnehmer clocken.

Abbau von Unterschieden

Die Forderung nach Abschaffung der Clock-Pflicht ist nach Angabe des Gesamtbetriebsratsvorsitzenden Heinrich Allrup schon zehn Jahre alt. Doch erst Ende der 70er Jahre konnte das Management davon überzeugt werden, daß die Stechuhren überflüssig sind, weil die Kontrolle sowieso schon bei Vorgesetzten und Meistern lag. Die Anwesenheit, Fehlzeiten und Verspätungen, die sie in ihren Arbeitsberichten festhielten, galten für die Abrechnungen. Nur die Finanzbuchhaltung hatte auf einer doppelten Kontrolle bestanden. Der Testlauf, der in der Silvesternacht 1982/83 endete, ergab, daß die Abweichungen beim Versuch ohne Kontrolluhr bei null Prozent lagen. Daraufhin wurde beschlossen, die Clock-Pflicht für die 28 000 gewerblichen Arbeitnehmer (darunter 12 000 Ausländer) von insgesamt 37 000 Beschäftigten in den Werken Köln, Düren, Wülfrath, Saarlouis und Berlin abzuschaffen.

Nach den Worten von Allrup ist damit ein weiterer Schritt zum Abbau der Unterschiede zwischen Lohn- und Gehaltsempfängern getan. Doch damit soll es nicht genug sein: Nach den Werksferien sollen Gespräche beginnen, wie die technischen Voraussetzungen geschaffen werden können, um nach endgültiger Einmottung der Stechuhr vom Arbeiter bis zum Generaldirektor nur noch ein Monatsentgelt zu zahlen.



Der erste Spatenstich ist getan und nährt nicht nur bei Franzosen die Hoffnung, daß der Berg in der Michelsbucht bald wieder eine richtige Insel ist. FOTO: DW.

Das Meer bekommt Mont-Saint-Michel zurück

A. GRAF KAGENECK, Paris

Der Mont-Saint-Michel in der gleichnamigen Bucht am Scheitelpunkt zwischen Normandie und Bretagne, jährlich Pilgerziel von weit mehr als einer Million Menschen, soll eine Insel bleiben. So hat es François Mitterrand, der sozialistische Präsident Frankreichs, beschlossen. *Ein Entschluß, der 50 Jahre zu spät kommt und in ein paar Jahren nicht mehr hätte gefaßt werden können.* Denn das Meer, größter Baumeister und größter Zerstörer des irdischen Globus zugleich, hätte nur noch ein paar Jahre gebraucht, um sein Werk zu vollenden und eines der prachtvollsten Bauwerke der Christenheit zu einem vulgären Wochenendausflugsziel mehr auf dem französischen Festland zu machen. Die Bucht von Sankt Michel war auf dem besten Wege, ganz zu versanden.

Schuld aber an dieser Entwicklung war nicht nur die Natur, sondern auch Menschenhand. 1859 beschlossen Ingenieure des dritten französischen Kaiserreichs, das drei Hektar große Felseneiland vor der Küste von Avranches durch einen Damm und eine Straße mit dem Festland zu verbinden, damit die Besucher der 1200 Jahre alten, dem Erzengel Michael geweihten Benediktinerkirche auf ihrer beschwerlichen Pilgerfahrt nicht mehr Leben und Gesundheit riskieren mußten. Denn das Meer produzierte in dieser engen Bucht am Schnittpunkt der Halbinsel Cotentin und der Kanalküste ganz besonders heftige Ebbe- und Flutbewegungen. Noch am Anfang unseres Jahrhunderts erreichten diese Fluten Rekordhöhen von 14 Metern, und sie bewegten sich mit der berühmten „Geschwindigkeit eines galoppierenden Pferdes" von See her auf das Festland zu.

Die Arbeiten an dem Damm dauerten acht Jahre. 1867 weihte Kaiser Napoleon III. das 4700 Meter lange Bauwerk, gekrönt von einer 4 Kilometer langen Straße, ein. Von Jahr zu Jahr floß nun der Touristenstrom stärker, nahm die Anziehungskraft des Mönchsberges mit seinen rund 100 Einwohnern, seinen Kitschläden, seinen in drei Jahrhunderten errichteten sakralen Bauten und seinen Fischrestaurants zu. Und weil die Ingenieure sahen, daß das Bauwerk dem Profil der Bucht nicht schadete, daß das Meer sogar eher gezähmt schien, fügten sie dem Straßendamm noch einen weiteren weiter östlich vor dem Dorf Roch Trinon hinzu. Damit wurden der See Polder abgewonnen und den Bauern neue Weideplätze für ihre Schafe und Kühe verschafft.

In unseren Tagen, im Jahre 1968, errichtete man einen weiteren Staudamm im Bett des Flüßchens Le Cuesnon, bestimmt dazu, das Weideland mit Süßwasser zu versorgen und damit den Ertrag zu steigern. Die Schafzüchter von der Michelsbucht gelten in Frankreich als die besten Lieferanten von Hammelkeulen, weil ihr Fleisch besonders zart und quasi vorgesalzen ist vom Genuß des Grases, das immer wieder vom Meerwasser überspült wird.

Als der dritte und letzte Damm errichtet war, begann man einzusehen, daß hier Frevel an der Natur betrieben worden war. Schon zwei Präsidenten der dritten Republik, Deschanel und Poincaré, hatten vor der schnellen Versandung gewarnt. Victor Hugo, ein Bretone, hatte seherisch das Ende der Insellage des „mystischen Berges" vorausgesagt, und der zweite Präsident der 5. Republik, Georges Pompidou, hatte Geld für den Abriß der beiden zusätzlichen Dämme bereitgestellt. Von zehn Gezeiten im Jahr spülten im Jahre 1970 nur noch sechs das Meerwasser bis zum Fuß des Michelfelsens, weder das Meer noch die drei kleinen Zuflüsse der Bucht konnten die Sandbank von Seetang und Abfällen gänzlich reinigen; wenn es so weitergegangen wäre, hätten in wenigen Jahren nur noch drei von zehn Gezeiten die Bucht ausgefüllt. In diesen Tagen hat Präsident Mitterrand den ersten Spatenstich zum Abriß des 4200 Meter langen Dammes von Roch Trinon getan, 1985 soll der Cuesnon-Damm folgen.

Gutachter entlastet Kommissar

dpa, Düssel[dorf]

Der Polizeikommissar Man[fred] Otto Rieper (30), der im Düssel[dor]fer Strafprozeß um die Mißha[nd]lung zahlreicher Stadtstreicher [bis]her am schwersten belastet wor[den] war, ist möglicherweise nur ein[ge]schränkt schuldfähig, weil er n[ach] eigenen Angaben zur Tatzeit u[nter] starkem Einfluß von Medikam[en]ten stand. Daher sei seine Einsic[hts-] und Steuerungsfähigkeit wo[mög]lich beeinträchtigt gewesen, so[daß] er die Folgen seines Handelns n[icht] habe erkennen können. Diese [Auf]fassung vertrat der Bochumer [Ner]venarzt Johannes John gester[n in] einem Gutachten vor der 14. Gr[oßen] Strafkammer des Düsseldo[rfer] Landgerichts.

Der Gutachter hatte keinen Z[wei]fel daran, daß Rieper im H[erbst] letzten Jahres nach einer schw[eren] Magenerkrankung und zwei O[pera]tionen zeitweise acht verschie[dene] Schmerz- und Beruhigungsm[ittel] gleichzeitig eingenommen h[abe], um seine Dienstfähigkeit siche[rzu]stellen. Da der Angeklagte zu[dem] einen schweren Leberschaden [habe] und nach Meinung des Sach[ver]ständigen die Ärzte Riepers ei[nige] Medikamente deswegen gar n[icht] hätten verschreiben dürfen, se[i ein] sogenanntes Durchgangssyn[drom] nicht auszuschließen.

Diese Erkrankung, die bei Le[ber]geschädigten einer schwebe[nden] Vergiftung gleichkomme, [trete] nach der Einnahme größerer [Men]gen von Barbituraten auf. Die [Fol]gen seien u. a. mangelndes U[rteils]vermögen, gestörte Gedäch[tnis]funktionen, teilweiser Gedäch[tnis]verlust, Gefühlsverarmung [und] plötzliche Wutausbrüche. [...] Rieper selbst hatte ausgesag[t, er] könne sich an die Vorgänge au[f dem] Revier nicht erinnern.

Tote Mutter bekam Kin[d]

AP, Roa[noke]

Eine seit 84 Tagen klinisch [tote] Frau hat am Dienstag in e[inem] Krankenhaus in Roanoke (US-B[un]desstaat Virginia) einem Mäd[chen] das Leben geschenkt. Wie die [örtli]che Tageszeitung berichtete, [ist es] damit erstmals gelungen, ein U[nge]borenes über so lange Zeit am [Le]ben zu erhalten. Ende März wa[r in] San Francisco ein Kind von e[iner] seit 64 Tagen klinisch toten M[utter] zur Welt gebracht worden. Di[e ...] Jahre alte Frau aus Roanoke wa[r am] 12. April mit einer schweren, [in]operablen Hirnblutung ins K[ran]kenhaus eingeliefert worde[n. Die] Geburt sei durch Kaiserschn[itt er]folgt; das Kind wiege 1,7[...] gramm.

Millionen-Beute

AP, Lo[ndon]

Unbekannte Täter haben au[s ei]nem Londoner Hotelzimmer [...] einem internationalen Gesch[äfts]mann Juwelen im Wert von e[iner] Million Pfund (3,9 Millionen M[ark]) gestohlen. Bei den entwend[eten] Stücken handelt es sich um [...] schettenknöpfe, Ohrringe, e[inen] Smaragdring und zwei Diaman[ten].

Milliardengeschäft mit dem Sonnenschein

Patentamtchef sieht Japaner als Gewinner bei Solartechnik

AP, München

Die Japaner, die die Europäer und Amerikaner schon in der Optik, Unterhaltungselektronik und in der Autobranche das Fürchten gelehrt haben, sind im Begriff, auch in der Solartechnik die Führung zu übernehmen. Wie Erich Häußer, Präsident des Deutschen Patentamts gestern bei der Erläuterung seines Jahresberichts 1982 erklärte, ist japanischen Erfindern der Durchbruch bei der Anwendung billiger amorpher Silicium-Solarzellen gelungen, die zum Beispiel statt Batterien Taschenrechner und Uhren antreiben können.

Die Japaner scheinen mit der neuen Technik dem jahrtausendalten Traum der Menschheit von der Erfindung eines Perpetuum mobile, also einer durch sich selbst angetriebenen Maschine, zumindest sehr nahe gekommen zu sein. Die Patentamts-Prüfer erwarten von der verbilligten Solartechnik jedenfalls schon 1990 ein Multimilliardengeschäft allein auf dem Sektor des Batterieersatzes. Während Japaner und Amerikaner schon ihre Patente auf diesem Sektor anmelden, wollen die Deutschen laut Häußer jetzt zumindest „auf den fahrenden Zug aufspringen". Die Patentamtsprüfer rechnen damit, daß im Jahr 2000 weltweit schon sieben Prozent des gesamten Energiebedarfs durch Solarenergie gedeckt werden können.

Daß in der Bundesrepublik Deutschland alles ein bißchen langsamer gehe, zeige schon die Durchgangszeit für deutsche Patente, die trotz des Einsatzes von Riesencomputern derzeit noch bei 40 Monaten liege. Häußer führte dies darauf zurück, daß das Deutsche Patentamt in den letzten Jahren 70 Prüfer an das Europäische Patentamt habe abgeben müssen, obwohl die Patentanmeldungen sich nach abfallendem Trend seit 1980 wieder bei 50 000 stabilisiert hätten.

Wie Häußer auf der Pressekonferenz weiter erklärte, kommen rund 64 Prozent der Patentanmeldungen beständig aus der Bundesrepublik. Vor allem ausländische Erfinder wichen zunehmend auf das Europäische Patentamt aus, wo sie ihre Erfindungen auf Englisch oder Französisch anmelden könnten. Dafür kostet eine europäische Anmeldung aber 6000 bis 8000 Mark verglichen mit einer deutschen Anmeldung für 500 Mark.

Insgesamt wurden 1982 49 874 deutsche Patente beantragt, davon 30 668 von deutschen Anmeldern, gefolgt von 5407 Japanern, 4256 Amerikanern, 1231 Schweizern, 841 Italienern, 789 Engländern, 761 Franzosen, 583 Anmeldungen aus der „DDR", 482 österreichischen Anmeldungen, je 396 aus Holland und Schweden und 2016 aus sonstigen Ländern.

Auch der Laubwald im Spessart ist bedroht

dpa, Gemünden

Bisher war der Spessart noch eine gesunde „Oase" in den vom Waldsterben betroffenen Regionen. Doch nun hat die zunehmende Luftverunreinigung auch im größten zusammenhängenden Laubwaldgebiet der Bundesrepublik Deutschland ihre ersten sichtbaren Spuren hinterlassen. Zwar sind die Eichen noch nicht betroffen, sagt der Forstdirektor von Gemünden am Main, Eberhard Sinner, doch an den Buchen gebe es schon erste Schadsymptome. „Das ist nur noch eine Frage der Zeit, bis auch der Laubwald stirbt."

Nicht zuletzt durch den hohen Laubwaldbestand von etwa 60 Prozent – in höheren Lagen sogar 80 Prozent – war das etwa 1600 Quadratkilometer große Spessartwaldgebiet bislang weitgehend verschont geblieben. Der Laubbaum – erklärt Sinner – wurzelt zum einen tiefer: Es dauert länger, bis die schädliche Bodenversauerung Auswirkungen zeigt. Zum anderen sei der Laubbaum im Gegensatz zum Nadelwald über das jährliche Abwerfen der Blätter nicht so lange den Schadstoffen in der Luft ausgesetzt und habe so mehr Regenerationsmöglichkeiten.

Da sich die Symptome nach den bisherigen Erkenntnissen in Laub- und Nadelwald decken, ist die Sorge groß, daß es nach einer Verzögerung „hier nun auch losgeht", nachdem im Spessart schon Fichten und Kiefern zunehmend entnadelt worden sind.

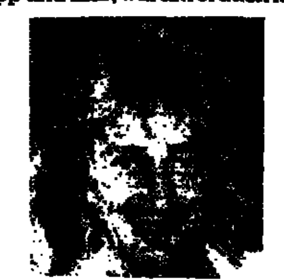
LEUTE HEUTE

Luft für Lama

Die ewigen Fragen nach der Hochzeit ist **Serge Lama** leid. Jetzt verschaffte sich der Chansonier erst einmal ein paar Jahre Luft. Seine Lebensgefährtin und Mutter seines Sohnes, **Michèle**, werde er zum Traualter führen, wenn Sohn **Frederic Serge Napoleon** als Trauzeuge mitgehen könne. „Klein Napoleon" ist ein Jahr alt.

Stewart-Fan

Rod Stewart, clownesker Rockstar auf Welttournee sagte jetzt klipp und klar, warum er auch mit 37



Jahren noch nicht ans Aufhören denkt, obwohl er nach eigenen Angaben genug Geld hat, um davon zu leben: „Ich bewundere mich sehr ..."

Schnell nach Rennes

Ein scharfes Auge werden in Zukunft Frankreichs Verkehrspolizisten auf den Schauspieler **Gerard Depardieu** haben. In einem Interview gestand er. „Ich mache die Strecke Paris–Rennes (rund 400 Kilometer) in knapp zwei Stunden."

Großer Schlag gegen illegale Arbeitsvermittler

Baufirmen durchsucht / Verfahren gegen Briten und Holländer

dpa, Wiesbaden

Unter dem Verdacht, britische Arbeitskräfte illegal beschäftigt zu haben, sind 250 deutsche Baufirmen im gesamten Bundesgebiet sowie Baustellen an mehreren Orten im In- und Ausland durchsucht worden. Das teilte gestern das Bundeskriminalamt in Wiesbaden mit.

Im Zuge der Ermittlungen gegen mindestens 70 Personen, denen international organisierte illegale Arbeitsvermittlung vorgeworfen wird, wurden vier britische sowie ein niederländischer Staatsangehöriger verhaftet, heißt es in der gemeinsamen Erklärung der Stuttgarter Staatsanwaltschaft und des Bundeskriminalamtes. Die Ermittlungen haben nach Darstellung der Behörden ein „äußerst umfangreiches Geflecht" erkennen lassen. Im Laufe der vergangenen Jahre seien von mehreren hundert Personen – meist niederländischer und britischer Staatsangehörigkeit – „Tausende von britischen Arbeitnehmern" illegal in die Bundesrepublik vermittelt worden.

Die Vermittler seien dabei als Subunternehmer oder Arbeitskräfteverleihfirmen aufgetreten. In Wahrheit jedoch betrieben sie verbotene Arbeitsvermittlung.

Die Ermittlungen der Schwerpunktstaatsanwaltschaft für Wirtschaftskriminalität in Stuttgart haben ergeben, daß die Vermittler der illegalen Arbeitskräfte Millionengewinne gemacht haben. Der Bundesrepublik Deutschland seien Lohnsteuern und Sozialversicherungsbeiträge verlorengegangen. Für britische Arbeiter, die von britischen Firmen beschäftigt werden, die diese Arbeiter „verleihen", müssen in der Bundesrepublik weder Lohnsteuern noch Sozialversicherungsbeiträge abgeführt werden.

Es bestehe außerdem der Verdacht, daß viele der vermittelten britischen Arbeitnehmer in Großbritannien sogar noch Arbeitslosengeld bezogen. Die illegalen britischen Arbeiter erhielten in Deutschland einen Nettostundenlohn von 18 bis 19 Mark ausbezahlt. Die deutschen Bauunternehmer zahlten an den „Subunternehmer" für jeden vermittelten Arbeitnehmer 22 bis 28 Mark pro Stunde und damit wesentlich weniger, als sie für ordnungsgemäß versteuerte und versicherte Arbeitskräfte hätten bezahlen müssen.

Einzelne Vermittler dieser Arbeitskräfte hätten gleichzeitig „Hunderte von Personen" mit Gewinnspannen zwischen vier und zehn Mark pro Mann vermittelt. Von einem niederländischen Vermittler sei der Staatsanwaltschaft bekannt, daß er „im Laufe der Jahre mehr als 1000 deutsche Bauunternehmen mit britischen Arbeitnehmern beliefert" hat.

Haus stürzte ein

AP, Be[irut]

Beim Einsturz eines viergesch[os]sigen Wohnhauses in West-Be[irut] sind nach einer Rundfunkmeld[ung] gestern fünf libanesische Arbe[iter] des französischen Kontingents [der] Friedenstruppe ums Leben gek[om]men. Das französische Verte[idi]gungsministerium dagegen sp[rach] von neun verschütteten fran[zösi]schen Armeeangehörigen.

Schwere Unwetter

AP, Istan[bul]

Bei den schweren Unwettern [in] der Türkei Anfang dieser Woche [ist] hoher Sachschaden entstand[en]. Wie die Anatolische Nachricht[en]agentur gestern meldete, wurde[n in] der Provinz Trabzon an [der] Schwarzmeerküste Teeplant[agen] und Getreidefelder zerstört. Se[chs] Menschen kamen ums Leben.

Neues Satellitensystem

dpa, Münche[n]

Mit einem neuen Satelliten[sy]stem will die Deutsche Bundesp[ost] die Übertragung von Daten, Te[xt] und Video schneller machen. D[ie] Fernmeldesatelliten, die das beste[hende] Kabel- und Richtfunkne[tz] ergänzen sollen, sind außerdem f[ür] die Verteilung von Fernseh- u[nd] Hörfunkprogrammen sowie d[en] Fernsprechverkehr vorgeseh[en]. Der Auftrag hat einen Wert von [...] Millionen Mark.

WETTER: Schwül und gewittrig

Wetterlage: Nur der äußerste Nordosten Deutschlands verbleibt zunächst noch unter dem Einfluß eines Hochdruckgebietes über Skandinavien im Bereich trockenwarmer Festlandsluft, während in den größten Teil Deutschlands bei nur schwachen Luftdruckgegensätzen schwülwarme Luft aus dem Mittelmeerraum hereingeführt wird.



Vorhersage für Donnerstag:

Ganz Deutschland: Im äußersten Nordosten heiter und trocken, sonst wechselnd wolkig und vor allem nachmittags Ausbildung stärkerer Quellbewölkung und einzelner Gewitter. *Temperaturanstieg auf 25 bis 30 Grad*, nächtliche Abkühlung im Norden bis 12 Grad, sonst auf 16 bis 19 Grad.

Weitere Aussichten:

Schwül und einzelne Gewitter.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	28°	Kairo	28°
Bonn	24°	Kopenh.	23°
Dresden	27°	Las Palmas	22°
Essen	20°	London	22°
Frankfurt	23°	Madrid	25°
Hamburg	25°	Mailand	24°
List/Sylt	22°	Mallorca	29°
München	25°	Moskau	12°
Stuttgart	24°	Nizza	24°
Algier	27°	Oslo	20°
Amsterdam	22°	Paris	22°
Athen	30°	Prag	27°
Barcelona	26°	Rom	25°
Brüssel	23°	Stockholm	22°
Budapest	28°	Tel Aviv	30°
Bukarest	27°	Tunis	30°
Helsinki	20°	Wien	27°
Istanbul	29°	Zürich	23°

Sonnenaufgang* am Freitag: 5.15 Uhr, Untergang: 21.39 Uhr; **Mondaufgang:** 3.07 Uhr, Untergang: 19.45 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel.

Es bleibt ein Rest von Urangst vor dem Donnerwetter

H. H. KANNENBERG, Frankfurt

Kein Sommer ohne Donnerwetter. Dabei bringt heute nach schwülen Tagen meistens Erleichterung, was früher Angst und Schrecken verbreitete. Die Stadt und ihre Lebensform hat Blitz und Donner zur meteorologischen Banalität degradiert. Daß jedoch auch in unseren Breiten die „elektrischen Tage" des Hochsommers dort wo der Blitz einschlägt noch immer Tod und Zerstörung beschwören, verrät die Statistik. Jahr für Jahr sind in Deutschland rund 80 Blitztote zu beklagen. Zehn Prozent aller Brände werden durch Blitzschläge verursacht. Blitze vernichten jährlich Millionenwerte. Die Wahrscheinlichkeit, vom Blitz getroffen zu werden, ist in Mitteleuropa dennoch gering: Im Schnitt kommt auf eine Million Menschen ein Blitztoter.

Das meteorologische Schlachtfeld, auf dem sich weltweit die Spannungsgegensätze der Atmosphäre mit Blitz und Donner entladen, ist gewaltig. Zu jeder Minute toben auf der Erde rund 1600 Gewitter gleichzeitig. Ihre Häufigkeit konzentriert sich in den Sonnenscheingürteln. In der Äquatorzone gibt es 100 bis 150 Gewittertage im Jahr, an den Polarkreisen nur ein bis zwei. In der Bundesrepublik Deutschland sind berüchtigte „Gewitterlöcher" das Vorland der Alpen, die Oberrheinebene, das Vorland des rheinischen Schiefergebirges, der Mainkessel zwischen Taunus, Bergstraße und Spessart. Dort blitzt und donnert es an bis zu 50 Tagen im Jahr.

Die in den Ballungsräumen weitgehend vergessene Angst vor Gewittern wurzelt in vielen ländlichen Gebieten heute noch fest. Ein Unwetter entscheidet dort auch heute noch über Erfolg oder Mißerfolg eines Arbeitsjahres. Der Volksglaube klammert sich an alte Rituale aus der Zeit, in der Gewitter als mythische Auseinandersetzungen zwischen guten und bösen Mächten galten.

Die moderne Gewitterforschung belächelte die Naivität des konservierten Aberglaubens. Sie hat die physikalischen Geheimnisse des Blitzes und des Donners, der elektrischen Wechselwirkungen zwischen temperierten Luftmassen (Frontengewitter) und der wirksamsten Schadensprophylaxe nahezu entschleiert. Wichtigste Erkenntnis: Ein Gewitter ist eine elektrische Kraftmaschine, die Energien ungeahnten Ausmaßes verschleudert.

Sie wird in Gang gesetzt, wenn Kaltluft und Warmluft aufeinandertreffen. An der Berührungsfront bilden sich elektrische Spannungsgegensätze. Transporteure der Ladungspotentiale sind die schwebenden Wassertröpfchen einer typischen Gewitterwolke (Kumulonimbus). Die Tropfen mit negativer Ladung sammeln sich in der unteren, die mit positiver in der oberen Hälfte der Wolke. Wird die Spannung zu groß, sucht sie sich in Tausendstelsekunden den Ausgleich: Es blitzt und donnert.

Die Entspannung erfolgt in 87 Prozent aller Fälle zwischen Wolke und Wolke. Nur 13 von 100 Blitzen fahren zur Erde. Genauer: von der Wolke springt innerhalb einer Tausendstelsekunde ein sogenannter „Leitblitz" zur Erde. Er bildet den Blitzkanal. Doch er ist unsichtbar. Der sichtbare feurige Blitzstrahl besteht aus 20–30 in Sekundenbruchteilen aufeinanderfolgenden Entladungen. Sie nehmen ihren Weg durch den Blitzkanal. Durch die Vielzahl der Entladungen sieht es so aus als „zappele" der Blitz.

Alle seine Geheimnisse hat man dem Blitz allerdings noch nicht entlocken können. Was man von ihnen weiß, genügt jedoch, gewaltigen Respekt vor den Kräften eines Gewitters zu wecken. Die Temperatur des Blitzes liegt bei 25 000–30 000 Grad (Sonnenoberfläche 5700 Grad). Seine Stromstärke beträgt 20 000–100 000 Ampere. Der Hauptblitz führt eine Spannung von 300 Millionen Volt (Hochspannungsleitung 220 000 Volt).

In den USA riskierten Elektroingenieure ihr Leben, um den Blitz aus nächster Nähe fotografieren zu können. Mit Spezialkameras kletterten sie auf den 3000 Meter hohen Mount Bibelow im Santa Catalina Gebirge, nördlich von Tucson (US-Bundesstaat Arizona). Auf diesem Berggipfel steht ein Fernsehsendemast. In ihn pflegt bei jedem Sommergewitter mehrere Male der Blitz einzuschlagen.

Die Forscher fotografierten mehrere Wochen lang die einschlagenden Blitze aus nur 100 Meter Entfernung. Jedesmal ging es für sie um Leben und Tod. Doch das Risiko lohnte sich. Als sie ihre Bilder auswerteten, hatten sie den Beweis dafür in Händen, daß Blitze im Durchschnitt nur 3,5 Zentimeter dick sind. Bis zu diesem Zeitpunkt *hatte man geglaubt, Blitze seien bis* zu drei Meter dick. Der Donner kommt zustande, weil sich die Umgebungsluft des Blitzkanals bei 30 000 Grad Hitze explosionsartig ausdehnt.

Explosion: Tote

dpa Waldsh[ut]

Bei einer Explosion in ein[em] Wohnhaus in Waldshut-Tieng[en] (Baden-Württemberg) sind gester[n] zwei Menschen ums Leben gekom[men], mehrere wurden verletzt. Di[e] Explosionsursache ist noch un[ge]klärt.

8 auf einen Streich

AFP, Mosk[au]

Die Sowjetunion hat gestern acht Satelliten der Kosmos-Reihe [mit] einer einzigen Trägerrakete auf Erd[]umlaufbahnen gebracht. Wie die amtliche sowjetische Nachrichten[]agentur Tass bekanntgab, handel[t] es sich um die Kosmos-Satelliten 1473-80.

ZU GUTER LETZT

„Seit einem Monat verfügt unser Landesverband in Wuppertal über eine Geschäftsstelle, die auch personell besetzt ist." Der Landesvorsitzende NRW der Liberalen Demokraten, Heiner Jüttner.

GRIECHENLAND

Der 1. Juli war für die Griechen ein nationaler Festtag. An diesem Tag begann ihre Präsidentschaft in der Europäischen Gemeinschaft. Auch das übrige Europa hat Grund zur Freude. Denn die Regierung in Athen unter Andreas Papandreou hat ihre Vorbehalte gegen die EG aufgegeben. In der wirtschaftlichen Notlage, in der sie sich befindet, ergreift sie die ausgestreckte Hand und stellt Alleingänge zurück. Nicht so rosig sieht die Lage innerhalb der atlantischen Gemeinschaft aus. Die Griechen plagen Ängste vor dem türkischen Nachbarn, der zudem bevorzugter Partner der USA ist. Ein Signal des Verständnisses könnte hier Wunder wirken.

Die Irritation des Westens ist oft nur Mangel an Verständnis

Von H.-H. HOLZAMER

Andreas Papandreou macht es seinen Freunden und Verbündeten nicht leicht, an seinem politischen Kurs Gefallen zu finden. Die Verhandlungen über die Stützpunkte, die den USA weiter zur Verfügung gestellt werden sollen, ziehen sich hin. Die Verträge waren schon unterschriftsreif, dann machte Athen wieder einen Rückzug. Innerhalb der Europäischen Gemeinschaft machten Griechenlands Sozialisten seit ihrem Wahlsieg nur mit lauwarmer Begeisterung mit. Und schließlich irritiert Papandreou nicht wenige innerhalb seiner eigenen Pasok-Partei und innerhalb seiner Wähler. Immerhin ist er in den Wahlkampf gezogen, die Amerikaner außer Landes zu schikken und die EG-Mitgliedschaft in einem Referendum zur Disposition zu stellen.

Doch jetzt ist Andreas Papandreou Präsident des vereinten Europa. Und daß er dieses immer noch eher repräsentative Amt mit Engagement zu führen gedenkt, hat er auf dem Stuttgarter Gipfel gezeigt, als er die Genscher-Colombo-Deklaration zur politischen Stärkung der Gemeinschaft unterzeichnete. Und zurück in Athen sprach er von einer „substantiellen" Rolle seines Landes. Das Gemeinschaftssekretariat der EG wird im bekannten neoklassischen Zappeion untergebracht; Athen richtet sich darauf ein, für ein halbes Jahr die Hauptstadt Europas zu sein.

So ist nicht mehr daran zu zweifeln, daß der griechische Premier seine Haltung zu Europa grundlegend geändert hat. Keine Rede ist mehr von dem Wahlkampfslogan: „Wir sollten die EG verlassen." Eine europafeindliche Haltung wäre für das in wirtschaftlichen Nöten befangene Land auch töricht. Immerhin wird Athen zum Jahresende 1983 1 Milliarde Dollar aus Brüssel erhalten, „ein Lichtstrahl innerhalb der uns umgebenden Dunkelheit", wie der Wirtschaftsexperte Costas Colmer es nannte.

Auch politisch ist dies aus der Sicht Papandreous richtig, denn es erlaubt ihm eine größere Flexibilität gegenüber Washington.

Wobei allerdings die Frage bleibt, ob er gegenüber den USA richtig taktiert. Denn bislang haben allein die Türken davon profitiert, was ganz zuletzt im Sinne des Panhellisten Papandreou gelegen haben dürfte. Nicht den Griechen, sondern den Türken sind in den vergangenen Tagen wieder erhebliche Waffenlieferungen versprochen worden. Ronald Reagan wird durch Papandreou irritiert, und bei allen Streitpunkten, von der Ägäis bis Zypern, fühlt sich Ankara durch Washington gestärkt. Politiker in der zyprischen Hauptstadt Nikosia bezeichneten dann auch vergangene Woche gegenüber der WELT die Athener Haltung als für eine Lösung der zyprischen Probleme – noch immer wird der Nordteil der Insel durch türkische Truppen besetzt – „nicht förderlich".

Auf der anderen Seite ist die griechische Haltung nicht so NATO-feindlich, wie es oft den Anschein hat und wie es einige innerhalb der Pasok-Partei gerne hätten. Gemeinsame Manöver mit Spanien, USA, Frankreich und Italien stehen bevor, und daß es über die amerikanischen Basen überhaupt Verhandlungen gibt, bedeutet eine weitere diametrale Abkehr von einstigen Wahlkampfversprechen.

Es ist von der versprochenen Wende in Griechenland insgesamt wenig übriggeblieben. Wende, auf griechisch „allaghi", war das Zauberwort des Wahlkampfes gewesen. Zyniker innerhalb der Pasok fordern inzwischen nicht mehr „allaghi" sondern in einem Wortspiel „apallaghi", was soviel heißt wie Befreiung. Und das ist gemünzt auf Papandreou.

Immerhin vereint der Pasok-Chef in seiner Partei Zentristen, Liberale, Technokraten und nicht zuletzt Marxisten. Alle hält er nur durch seine Persönlichkeit zusammen, ein Unterfangen, das sich in der Opposition leichter durchführen läßt als unter der Bürde des Regierungschefs. Und gerade den Marxisten der Pasok paßt es nicht, daß Athen nach wie vor eine verantwortungsbewußte Funktion innerhalb Europas und des Atlantischen Bündnisses wahrnimmt.

So muß Papandreou schon aus innenpolitischen Gründen lavieren. *Außenpolitische Probleme kommen hinzu.* Und da hat es gerade die NATO bislang an substantieller Unterstützung für die griechischen Anliegen fehlen lassen.

So wurde Athen nicht die volle Luftkontrolle über die Ägäis zurückgegeben, die es vor 1974 innehatte.

Im vergangenen Dezember wurde die griechische Insel Lemnos von einem Seemanöver ausgenommen. Das bedeutete eine unverhohlene Unterstützung der türkischen Forderung nach einer Demilitarisierung der Insel, was von Athen kathegorisch abgelehnt wird.

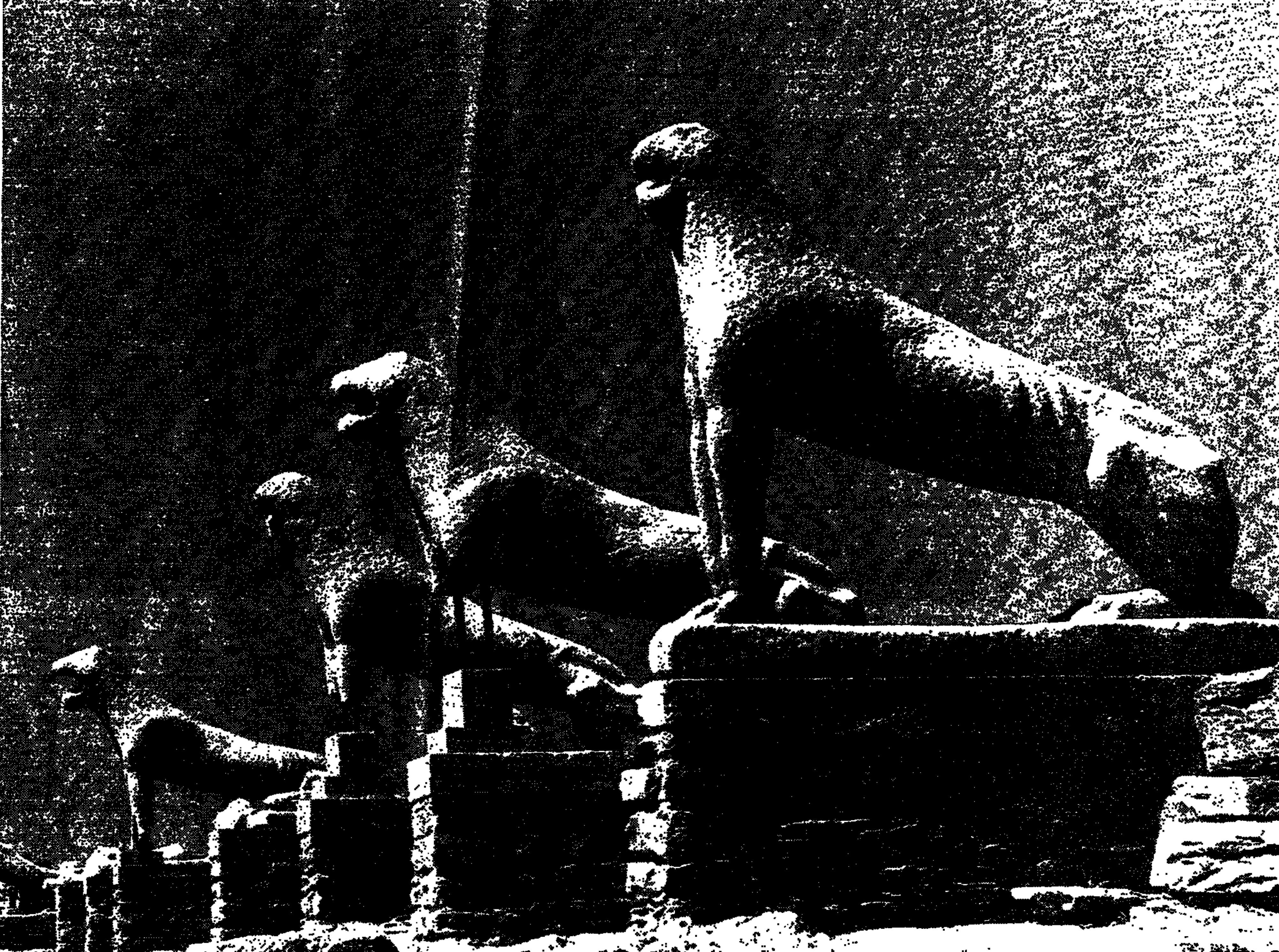
Schließlich war die amerikanische Haltung gegenüber der Türkei nach deren Zyperninvasion wenig energisch. Der inzwischen wieder aufgehobene Waffenboykott war unwirksam, weil Washington selbst die Alliierten zur Umgehung des Boykotts aufgefordert hatte.

Und eine Garantie seiner territorialen Integrität gegenüber der Türkei hat Athen nicht. Eine entsprechende Forderung wurde von den Verteidigungsministern der NATO abgelehnt, formal sicher korrekt, denn die Türkei ist NATO-Mitglied. Allerdings hätten die USA eine derartige Erklärung der griechischen Regierung geben können. Aber für Washington ist Ankara nun einmal wichtiger, obwohl Griechenland für die Sicherung der NATO-Südflanke unverzichtbar ist.

Für die Griechen selbst ist dagegen der Grund, warum sie einst der Verteidigungsgemeinschaft beitraten, in den Bereich der Theorie gerückt. Es war am 15. Dezember 1945, als die griechischen Kommunisten in Petrisi beschlossen, den Krieg auf eigene Rechnung zu verlängern, und Jugoslawien, Albanien und Bulgarien ihnen dabei halfen; Sofia vor allem deswegen, um einen Zugang zur Ägäis zu bekommen. Damals half der Westen, und der drohende Kollaps Griechenlands konnte verhindert werden. Der NATO-Beitritt war die logische Folge.

Inzwischen wird jedoch wieder in der Türkei der Bedroher gesehen, der den Griechen schon Konstantinopel und die kleinasiatische Küste genommen hat, nachdem die Ottomanen das ganze Land jahrhundertelang okkupierten. Der Griff nach der Ägäis, nach Zypern und Lemnos liegt für die überwiegende Mehrheit der Griechen auf der gleichen expansionistischen Linie.

Vor diesem historischen Hintergrund, der nur durch die vergleichsweise Episode des griechischen Bürgerkrieges unterbrochen wurde, muß jeder griechische Premier Außenpolitik machen, heißt er nun Papandreou oder Rallis. Und vieles, was im Westen für Irration sorgt, sind nicht verstandene griechische Ängste und Empfindlichkeiten.



Ewig jung, die Löwen des Königspalastes von Delos

Foto: Rudolf Dietrich

Trotz eines Bergs wirtschaftlicher Probleme bleibt Andreas Papandreou noch Optimist

Von EVANGELOS ANTONAROS

Die Bekämpfung der weiterhin hohen Inflationsraten und des akut gewordenen Arbeitslosenproblems sowie die Reduzierung des Leistungsbilanzdefizits sind die wichtigsten wirtschaftlichen Probleme, mit denen Griechenlands sozialistische Regierung konfrontiert wird. Vor dem Hintergrund des versprochenen „großen Wandels", den die Regierung Papandreou auch im wirtschaftlichen Gebiet durch die Verwirklichung von vielen Strukturreformen vollziehen will, wird diese Aufgabe noch schwieriger.

Obwohl das Land in einer recht ungünstigen Wirtschaftslage steckt, die die Sozialisten zumindest teilweise von ihren konservativen Vorgängern geerbt haben, sind die Wirtschaftsexperten des Kabinetts Papandreou keine Pessimisten. Gerassimos Arsenis, Minister für Nationalökonomie und Gouverneur der griechischen Notenbank in einer Person, glaubt, daß eine Stabilisierung der Wirtschaft „in absehbarer Zeit" realisierbar ist, vorausgesetzt, daß alle daran Interessierten, also auch und vor allem der Durchschnittsbürger, „aktiv mitwirken".

Die Griechen sind bekanntlich kein leicht zu regierendes Volk. Aber die Sozialisten, die durch ihren großen Wahlsieg selbstbewußt geworden sind, haben ihnen in diesem Jahr einiges aufgebürdet: Nach großzügigen Gehalts- und Lohnerhöhungen in 1982, die bis zu 35 Prozent ausmachten, ist die unmittelbar nach der Amtsübernahme durch Papandreou eingeführte Indexierung der Löhne und Gehälter wieder zu den Akten gelegt worden.

Kaufkraftverlust für alle Griechen

Im Rahmen einer sehr restriktiven Einkommenspolitik, die selbst Frau Thatcher beneiden könnte, müssen alle Arbeitnehmer ein *De-facto-Einfrieren ihrer Bezüge* hinnehmen und sich mit einer knapp achtprozentigen, nachträglich in die Lohntüte kommenden Gehaltserhöhung zufriedengeben.

Bei einer Jahresinflation um die 20 Prozent bedeutet dies einen beträchtlichen Kaufkraftverlust für alle Griechen. Viele murren schon, die Kommunistische Partei suchte nach einer recht langen Periode des Wohlverhaltens zahlreiche Arbeiter auf die Straßen zu bringen. Aber die meisten Gewerkschaften, die ideologisch und politisch der Regierung nahestehen, raten ihre Mitgliedern zur Zurückhaltung.

Das Kabinett Papandreou hat sich gleich mehrere Ziele gesetzt: Die Inflation muß „unter 20 Prozent" gedrückt werden, das Bruttosozialprodukt soll erhöht werden, *neue Arbeitsplätze sollen entstehen*, das Leistungsbilanzdefizit (1981: 2,5 Mrd. Dollar) muß auf 1,6 Mrd. Dollar reduziert werden, neue Industrieinvestitionen sind notwendig. Diese Zielsetzung wird in einem Fünf-Jahres-Entwicklungsplan für die Jahre 1983 bis 1987 erfaßt, der als Ganzes allerdings bisher nicht veröffentlicht worden ist.

Unmittelbar vor und nach ihrer Machtübernahme hatten sich die Sozialisten ihre Arbeit zur Stabilisierung der Wirtschft offenbar erheblich einfacher vorgestellt. Gerade *deshalb sind sie vermutlich so* überschwenglich optimistisch gewesen und haben sich vorgenommen, die Wirtschaft im Handumdrehen zu stabilisieren. Gerade deshalb haben sie jetzt, in der Stunde der Ernüchterung, ihren Optimismus deutlich gedämpft und versuchen, teilweise mit nicht immer erfolgreichen Notbehelfen, die akutesten Probleme zu beseitigen und vor dem erwünschten Aufschwung eine Verschlimmerung der wirtschaftlichen Probleme zu verhindern.

Völlig unrecht hat Papandreou nicht, wenn er sagt, daß der EG-Beitritt Griechenland zahlreiche Probleme beschwert hat. Das wichtigste unter ihnen scheint die Überschwemmung der griechischen Märkte mit billigeren EG-Produkten zu sein, die eine Pleiteserie von mittleren und kleineren Betrieben ausgelöst und die Verschärfung des Arbeitslosenproblems durch die Entlassung von Tausenden von Arbeitnehmern zur Folge gehabt hat.

Anfang des Jahres konnte Athen nach einer längst fälligen Abwertung der Drachme um 15,5 Prozent (tatsächlich wurde die Landeswährung gegenüber den meisten westlichen Währungen um 22 Prozent abgewertet), die die Konkurrenzfähigkeit der griechischen Exportprodukte stärken soll, bei der EG-Kommission in Brüssel die Einführung von Quasi-Importrestriktionen für eine lange Reihe von Konsumartikeln durchsetzen.

Diese Protektionsmaßnahmen sollen für ein Jahr gelten. Ihre Hauptaufgabe besteht darin, den griechischen Wirtschaftsplanern die Möglichkeit zu geben, die wirtschaftlichen Strukturen zu reformieren, eine Modernisierung der griechischen Industrieproduktion systematisch voranzutreiben und somit die Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Erzeugnisse zu fördern.

Im Rahmen dieser Bemühungen hat Arsenis die Industrie aufgefordert, im laufenden Jahr Neuinvestitionen in der Höhe von 1,2 Mrd. Dollar zu tätigen. *Trotz zahlloser* Beratungen zwischen den Wirtschaftspolitikern und dem griechischen Industrieverband SEV konnte bisher über die Modalitäten dieser Aktion keine Einigung erzielt werden. *Nach Darstellung eines* SEV-Sprechers soll die Industrie- und Unternehmerwelt „höchst verunsichert" sein, weil sie angeblich nicht weiß, worauf die Pläne der Athener Sozialisten hinauslaufen. Das Ergebnis: 1982/83 haben die Neuinvestitionen praktisch einen Nullpunkt erreicht, die Industrieproduktion ist 1982 um 4,7 Prozent zurückgegangen, in diesem Jahr wird mit noch höheren Einbußen gerechnet.

Arsenis: Mehr investieren

Papandreou und seine engsten Mitarbeiter haben zwar immer wieder betont, daß sie „besonders großen Wert auf die Bedeutung der Privatwirtschaft" legen. Aber zahlreiche Maßnahmen der seit 21 Monaten regierenden Sozialisten haben kaum dazu beigetragen, die Ängste der Industrie zu dämpfen. Neben dem ständigen Zickzackkurs der Sozialisten in zahlreichen Gebieten gehören dazu höchst umstrittene Maßnahmen wie etwa die jetzt fest beschlossene Einführung von Mitbestimmungsmodellen im Bergbau. Die Industrie befürchtet Eingriffe auch in anderen Sektoren.

Es wird schwer sein, die Ansichten von Regierung und Industrie auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Arsenis predigt die „Reduzierung von exzessiven Gewinnspannen" und hat daher die Preise für zahlreiche Industrieprodukte eingefroren – eine Maßnahme, die übrigens einige Branchen, wie die Bierindustrie, in die roten Zahlen gebracht hat. Zugleich tritt er für eine „technologische Anpassung" der griechischen Industrie ein, und zwar mit dem überzeugenden Argument, daß ohne diese Entwicklung die griechische Industrie den Wettbewerb innerhalb der Gemeinschaft nicht überleben kann.

Aber auch auf diesem Gebiet liegen Industrie und Regierung im Streit über die Methodik: Während die Industriellen als ihr primäres Ziel die Rettung der vom Bankrott bedrohten Unternehmen betrachten (knapp 100 Großunternehmen sind kaum überlebensfähig seit vielen Jahren) und daher zusätzliche Millionenkredite von den staatlich *kontrollierten Großbanken* fordern, sehen die Sozialisten die Sache anders: Die Industriellen sollen auf ihre seit Jahren angestauten Rücklagen zurückgreifen. Neue Kredite sind im Rahmen einer restriktiven Kreditpolitik eben nur für technologisch neuartige Investi*tionen möglich.*

Vor dem Hintergrund dieser Auseinandersetzung ist es kaum wahrscheinlich, daß das ehrgeizige Beschäftigungsprogramm der griechischen Arbeitsanstalt OAED zur *Schaffung* von 25 000 neuen Arbeitsplätzen, vor allem für Jugendliche, realisierbar ist. Investoren hat die Regierung zwar für jeden neuen Arbeitsplatz kräftige Subventionen zugesagt. Aber die zögerliche Industrie zeigt kaum Neigung, von diesen Vorteilen Gebrauch zu machen. Bleiben die privaten Investitionen aus, so wird sich der Staat veranlaßt sehen, sich als Großinvestor zu betätigen.

Staatsunternehmen stecken zwar in Griechenland ausnahmslos – von der Fluggesellschaft Olympic Airways bis zur kleinsten Düngemittelfabrik – tief in den roten Zahlen und werden von der Staatskasse mit Milliardenbeträgen subventioniert. Andererseits scheinen die Sozialisten, die das Image einer arbeitnehmerfreundlichen Partei rechtfertigen wollen, nicht willens zu sein, einen Zuwachs der Arbeitslosenzahl hinzunehmen. Mit einer achtprozentigen Arbeitslosigkeit liegt zwar Griechenland niedriger als die meisten EG-Partner. Aber da das Problem in Hellas neu ist, schlägt es hohe Wellen und löst größte soziale Unzufriedenheit aus.

Böse sind Griechen auch über die hohen Preise: Zwar glaubt Arsenis fest daran, daß die Inflation 1983 „um die zwanzig Prozent" betragen wird. Aber die hohen Preissprünge der ersten fünf Monate von 1983 rechtfertigen diese Zuversicht nicht ganz, obwohl die Abwertung der Drachme ganz gewiß, wenn auch nur vorübergehend, zur Inflations*anheizung beigetragen hat.*

„Gebt weniger Geld aus, spart mehr ein", heißt die Devise der griechischen Regierung an die Durchschnittsgriechen. Neuerdings dürfen die Hellenen auch Devisen zur Bank tragen. Auch Inländer dürfen seit einigen Wochen Devisenkonten, *und zwar ohne Quellennachweis*, einrichten und Zinsen in harter Währung kassieren.

Dadurch will Athen zweierlei erreichen: Einerseits sollen „Millionen schwarz im Umlauf befindliche Devisen erfaßt" werden und somit eine Eindämmung der Kapital*flucht erfolgen*. Andererseits geht es um die Stärkung der Devisenreserven, die in den letzten Monaten starke Einbußen erlitten und sich im Vergleich zum Vorjahr fast halbiert haben.

Zwar konnte Athen 1982 seine Importe, Erdöleinfuhren ausgenommen, gegenüber dem Vorjahr um sechs Prozent reduzieren, weil die Nachfrage nach Konsumgütern rigoros eingeschränkt worden und durch das Ausbleiben von Neuinvestitionen die Einfuhr von Industriemaschinen erheblich zurückgegangen ist. Aber auch die Exporte sind, *vor allem durch den infolge des EG-*Beitritts eingetretenen Verlust von verschiedenen (Ostblock-) Märkten, um 12 Prozent zurückgegangen. Noch stärker zu Buche haben allerdings die Einbußen aus dem Fremdenverkehr, der Handelsschiffahrt und den Gastarbeiterüberweisungen geschlagen.

1982 ist kein besonders gutes Jahr für den griechischen Fremdenverkehr gewesen. Die Deviseneinnahmen sind um 18,5 Prozent zurückgegangen, 1983 werde mit möglicher*weise größeren Rückschlägen* gerechnet, weil die jugoslawischen und französischen Urlauber erwartungsgemäß in Massen ausbleiben werden. Ebenfalls zurückgegangen sind die Schiffahrtserlöse, die ein Minus von 9,4 Prozent aufgewiesen haben. Im laufenden Jahr wird mit noch geringeren Einnahmen gerechnet, weil die Beziehungen zwischen Regierung und Reederwelt nicht gerade rosig sind. Schließlich schrumpften die Gastarbeiterüberweisungen um 4,4 Prozent.

Daß sich Griechenlands Leistungsbilanz nicht katastrophal gestaltet hat, ist jedoch darauf zurückzuführen, daß die Netto-Einnahmen aus Brüssel mehr als eine Milliarde Dollar betragen haben. Dies mag mitunter einer der Hauptgründe sein, warum Ministerpräsident Papandreou neuerdings seine Attacken gegen die Gemeinschaft so gut wie aufgegeben hat.

Ein Ende der Streiklust

Ein Allheilmittel sind die Einnahmen aus den verschiedensten EG-Fonds für die Sozialisten allerdings nicht. „Die Griechen müssen härter und fleißiger arbeiten, sie müssen mehr produzieren und ihr Geld bedachtsamer ausgeben", meinte unlängst Andreas Papandreou und folgte, zumindest auf diesem Gebiet, den Fußstapfen des heutigen Staatspräsidenten Konstantin Karamanlis.

Mit anderen Worten: Die Zeiten, als die griechischen Arbeitnehmer jeden vierten oder fünften Tag streikten oder sich krankmeldeten, müssen vorbei sein. Daß die Sozialisten notfalls mit rigorosen und selbstverständlich auch nicht gerade beliebten Maßnahmen ihr Ziel erreichen wollen, haben sie jetzt gezeigt: Durch ein Gesetz, das unter den Arbeitnehmern kaum Befürworter gefunden hat, ist das Streikrecht der im Staatssektor Beschäftigten erheblich eingeschränkt worden. Der Streiklust soll ein *Ende* gesetzt werden. Nicht zu Unrecht argwöhnen viele Griechen, daß ähnliche Maßnahmen für die Privatwirtschaft geplant werden. Dazu ein Minister: „Wenn wir nicht mit Entschlossenheit handeln, wäre unser Optimismus fehl am Platze."

Siehe auch Arsenis-Interview auf S. V

Auf einen Blick

Wichtige Adressen in der Bundesrepublik Deutschland

Griechische Botschaft, 53 Bonn 2, Rheinallee 34, Tel. 35 50 36.

Griechische Generalkonsulate in Dortmund, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Hannover, Köln, München und Stuttgart.

Olympic Airways, Reservierung, Friedensstr. 12, 6 Frankfurt, Tel. 7 53 45.

Griechische Zentrale für Fremdenverkehr, Neue Mainzer Str. 22, 6 Frankfurt 1, Tel. 23 65 61–63; Pacellistr. 2, 8 München 2, Tel. 22 20 35/36.

In Griechenland

Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, Athen, Odos Karaoli Kai Dimitriou 3, Tel. 01 / 3 69 41.
Deutsche Konsulate:
Thessaloniki, Odos Karolou Diehl 4a, Tel. 0 31 / 23 63 15.
Heraklion/Kreta, Odos Papalexandrou 16, Tel. 0 81 / 28 54 00.
Korfu, Odos Kapokistriou 26, Tel. 06 61 / 3 17 55.
Rhodos, Odos Kennedy 43, Tel. 02 41 / 2 97 30.
Samos, Themistokli Sofouli 36, Tel. 02 73 / 2 72 57.
Deutsche Lufthansa, Athen, Odos Karageorgi Servias 4, Tel. 01 / 3 29 44.
Alpine Club von Griechenland, Athen, Odos Karageorgi Servias 7.
ADAC-Notrufstationen in Zusammenarbeit mit ELPA (Automobil- und Touringclub Griechenland) in: Athen, Tel. 01 / 7 77 56 44.
Thessaloniki, Tel. 0 31 / 41 22 90.
Griechische Zentrale für Fremdenverkehr, Athen, Odos Karageorgi Servias 2, Tel. 3 22 25 45.
O. S. E. Organisation Griechischer Eisenbahnen, Athen, Odos Karolou 1–3, Tel. 5 22 24 91.
Key Travel Guide (*monatlich erscheinende Broschüre*), Athen 134, Odos Kriezotou 6.

Reiseveranstalter

(Auswahl ohne Anspruch auf Vollständigkeit)

ADAC Reise GmbH, Baumgartnerstr. 53, 8 München 70, Tel. 0 89 / 7 67 61.

Air-Conti-Flugreisen, Neuhauser Str. 34, 8 München 2, Tel. 0 89 / 5 17 91.

Air+Sport Internationale Reisen, Kaiserstr. 47, 8 München 40, Tel. 0 89 / 39 51 50.

Airtours International, Adalbertstr. 44–48, 6 Frankfurt 90, Tel. 06 11 / 7 92 81.

Alltours Flugreisen, Goldstr. 1, 4190 Kleve, Tel. 0 28 21 / 2 40 27.

Asmus-Studienreisen, Geisstr. 81, 44 Münster, Tel. 02 51 / 79 34 34.

Athena-Reisen International, Adenauerallee 10, 2 Hamburg 1, Tel. 0 40 / 24 52 43.

Capitain Nikos, Berliner Str. 31, 62 Wiesbaden, Tel. 0 61 21 / 30 14 15.

Club Méditerranée Deutschland, Königsallee 98a, 4 Düsseldorf, Tel. 02 11 / 3 80 50.

CVJM-Reisen, Im Druseltal 8, 35 Kassel-Wilhelmshöhe, Tel. 05 61 / 30 87-3 14.

Delphi-Reisen, Kaiserstr. 116, 75 Karlsruhe, Tel. 07 21 / 2 91 65.

Deutsches Reisebüro, Eschersheimer Landstr. 25–27, 6 Frankfurt 1, Tel. 06 11 / 1 56 65 88.

Deutsche Touring Gesellschaft (Europabus), Am Römerhof 17, 6 Frankfurt 90, Tel. 06 11 / 7 90 31.

Emery Reise Service, Goethestr. 21, 6 Frankfurt, Tel. 06 11 / 28 19 94.

Frankfurter Studienreisen, Neuenhainer Weg 4, 6238 Hofheim/Taunus, Tel. 0 61 92 / 83 94.

Golftours Deutsche Golftours Reisegesellschaft, Neuer Wall 38, 2 Hamburg 36, Tel. 0 40 / 34 35 34.

GUT Reisen, Gutleutstr. 62, 6 Frankfurt 2, Tel. 06 11 / 2 69 01.

Helena Griechenland-Reisen, Grafenberger Allee 39, 4 Düsseldorf, Tel. 02 11 / 66 61 63.

Hellas-Orient-Reisen, Kaiserstr. 11, 6 Frankfurt, Tel. 06 11 / 2 07 36.

Hetzel-Reisen, Kranstr. 8, 7 Stuttgart 31, Tel. 07 11 / 83 53 70.

ISTS-Intercontinental Reisen, Türkenstr. 71, 8 München 40, Tel. 0 89 / 23 72 70.

Jahn Reisen, Elsenheimerstr. 61, 8 München 21, Tel. 0 89 / 5 79 01.

Lesses-Reisen, Schützenstr. 8/V, 8 München 2, Tel. 0 89 / 59 20 28.
Libra Maritime, Tal 75, 8 München 2, Tel. 0 89 / 22 77 17.
Medina-Reisen, Marienplatz 17, 8 München 2, Tel. 0 89 / 26 60 47.
Mediterranea-Reisen, Friedrichstr. 15, 65 Mainz-Gonsenheim, Tel. 0 61 31 / 47 45 47.
MTA Mittelmeer Touristik Agentur, Eisenmannstr. 4, 8 München 2, Tel. 0 89 / 26 50 31.
Nautilus Tours, Leopoldstr. 9, 8 München 40, Tel. 0 89 / 33 30 91.
Orion Interconti Touristik, Königstr. 66, 7 Stuttgart 1, Tel. 07 11 / 22 11 66.
Seetours International, Weißfrauenstr. 3, 6 Frankfurt, Tel. 06 11 / 1 33 32 10.

SHR Studenten- und Hochschul-Reisedienst, Bismarckallee 2a, 78 Freiburg, Tel. 07 61 / 21 00 78.

Single-Travel, Heidelberger Str. 1, 6054 Rodgau 3, Tel. 0 61 06 / 7 25 52.

Studiosus Reisen München, Luisenstr. 43, 8 München 2, Tel. 0 89 / 52 30 00.

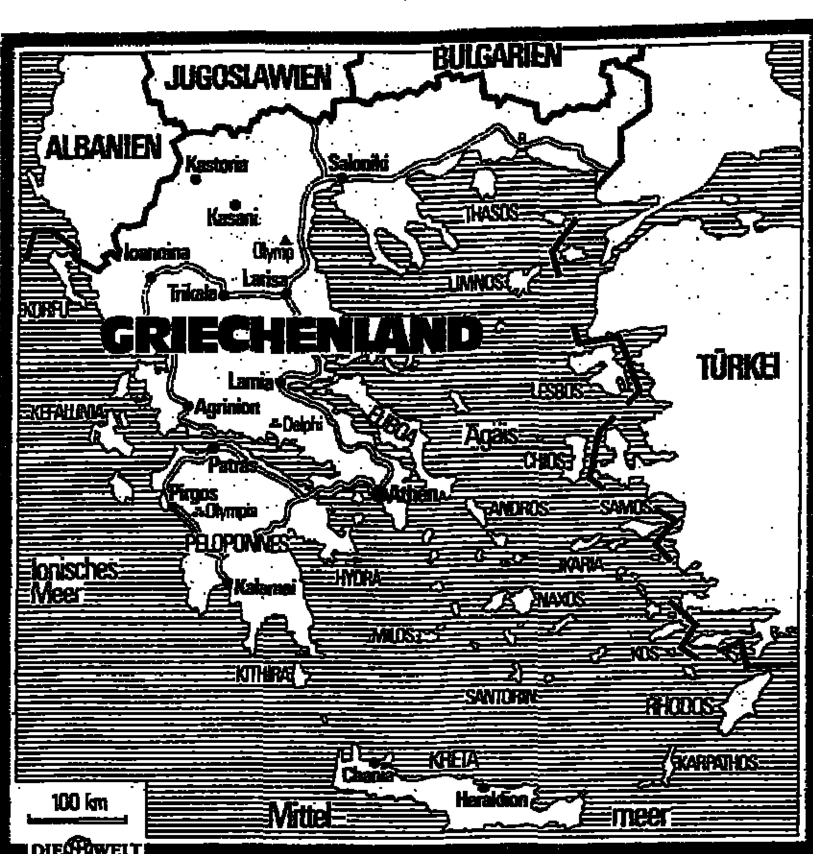
TAMOP Internationale Hotelreservierungszentrale + Juweltours, Mainzer Landstr. 15, 6 Frankfurt, Tel. 06 11 / 25 00 15.

Thürmer Reisen, Zeisigweg 9, 8 München 82, Tel. 0 89 / 4 30 17 79.

TUI, Hamburger Allee 8, 3 Hannover, Tel. 05 11 / 33 61.

Unger Flugreisen, Ku'damm 80, 1 Berlin 15, Tel. 0 30 / 88 10 21.

Yacht Seereisen International, Niederrheinstr. 290, 4 Düsseldorf 31, Tel. 02 11 / 40 10 20.



Bei allen im Programm: Das Sonnen-Quadrat

Jeder Reiseveranstalter, d auf sich hält, bietet Reis nach Griechenland an. Tro dem ist die Zahl deutsch Touristen nach Griechenla im vergangenen Jahr rü läufig gewesen. Die klas sche Konkurrenz, Span und Italien, hatte die Na vorn. Zum Teil ist Grieche land selbst schuld da Schlechter Service, m gelnde Sauberkeit und verständliche Reglemen rung verursachten Ärger. wenig gutem Willen lass sich alle drei Punkte abs len. Und die Regierung Athen ist entschlossen, d zu tun. Dann wird es, so man überzeugt, wieder a wärts gehen mit dem „Qu drat der Sonne".

OLYMPIA / Rückkehr in den heiligen Hain?

Jubiläum 1996 wieder in Athen

Die Olympischen Spiele sollen in ihre antike Heimat zurückkehren. Das wünschen die Griechen. Hundert Jahre, nachdem der französische Baron de Coubertin diesen sportlichen Wettstreit wiederbelebte, werden die Sommerspiele des Jahres 1996 in Hellas stattfinden.

Ob es bei einer einmaligen Veranstaltung bleibt oder ob Olympia eine ständige Heimstatt in Griechenland findet, das steht noch in den Sternen. Die Griechen möchten das größte Sportfest der Welt künftig alle vier Jahre ausrichten, aber das Internationale Olympische Komitee (IOC) sieht in seiner Satzung wechselnde Orte vor.

Die antiken Spiele hätten seit 776 v. Chr. mehr als tausend Jahre lang Bestand.

Im antiken Hellas herrschte olympischer Frieden für die Dauer der Spiele. Die Diskriminierung, die damals vorkam, bestand im Startverbot für Frauen, Sklaven und Barbaren (als solche galten alle Nicht-Griechen, später konnten auch Römer teilnehmen). Aber auch damals schlichen sich Korruption und Kommerzialisierung ein.

Wie die Wettkämpfe zum höheren Ruhm eines Mächtigen mißbraucht werden können, machte einst schon Nero einem Adolf Hitler vor. Bei den Olympischen Spielen im Jahre 67 n. Chr. führte Nero einige neue Disziplinen ein, er nahm an allen teil und siegte in sämtlichen! Ein Jahr später wurde er ermordet.

Der Vorschlag, die Olympischen Spiele permanent in Griechenland zu veranstalten, um sie so an einem neutralen Ort aus dem Ost-West-Gegensatz herauszuhalten, kam nach dem Streit um die Zulassung einiger Nationen bei den Spielen 1976 in Montreal und verstärkt durch den Boykott der USA und anderer Staaten bei den Moskauer Spielen 1980 auf. Diese Idee hat vieles für sich.

Es war Konstantin Karamanlis, damals noch Ministerpräsident in Athen, der Olympia heimholen wollte. In einem Schreiben an das IOC stellte er fest: „Wir müssen die olympischen Ideale vor kommerzieller Ausnutzung, vor den finanziellen Problemen sowie den politischen und ideologischen Auseinandersetzungen in der Welt retten."

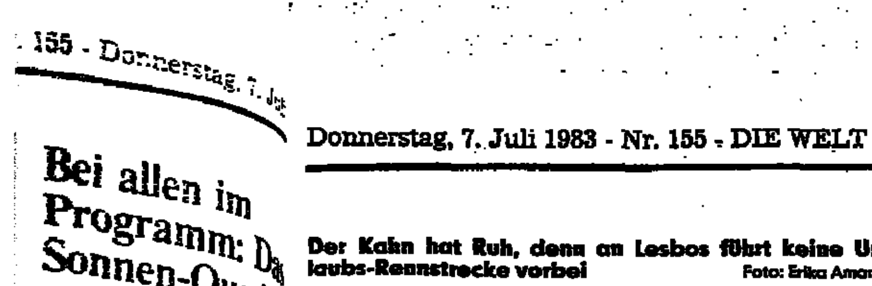
Eine Rückkehr an das Ufer des Alpheus-Flusses kam nicht in Betracht – dafür sind die Spiele moderner Zeit zu sehr ins Gigantische gewachsen. Die griechische Regierung wollte aber drei geeignete Gelände auf dem westlichen Pelop nes zur Auswahl zur Verfüg stellen. Athen favorisierte Kai etwa 30 Autominuten vom ant Olympia entfernt.

Achilleus Karamanlis, ein jü rer Bruder des Präsidenten seinerzeit Staatssekretär für Sp zählte die Vorteile auf: „Dort k te eine ständige Heimstatt für Sommerspiele entstehen, und in einem autonomen Gebiet von den internationalen Sport mien verwaltet werden ka Nach dem gegenwärtigen S der IOC-Beratungen weiß aber, daß die *Jubiläumsspiele* im neuen Athener Olymp dion stattfinden werden.

Auch der Europa-Rat hat sic die Heimkehr Olympias auf ken Boden eingesetzt, um Geist zu beleben, der früher Spiele beherrschte". Alle Na nen, die an Olympischen Spi teilnehmen, sollten einen finan len Beitrag für das enorme Vo ben leisten.

Doch das IOC entschloß sic nächst zu einer bescheiden Lösung. Wie in Lausanne, dem des IOC, sollen bei Olympia ge Einrichtungen geschaffen den, die für olympische Tagu genutzt werden können.

HEINZ WIENR



Der Kahn hat Ruh, denn an Lesbos führt keine Urlaubs-Rennstrecke vorbei Foto: Erika Amann



LESBOS / Vis-à-vis von Pergamon

Insel der Bauern, Poeten und nur weniger Touristen

Silbrig-sanftes Grün, soweit das Auge reicht. Auf der grünen Insel der Sappho wachsen über zehn Millionen Ölbäume. „Bei uns dreht sich alles um die Olivenernte. Ein guter Baum bringt seine 120 Liter feinstes Öl. Dafür bekommen wir pro Kilo 150 Drachmen", erzählt Apollo. Zehn Jahre war er als Gastarbeiter in Stuttgart, dann hatte er genug vom Streß hinterm Lenkrad eines Lasters. Er kehrte auf seine geruhsame Insel zurück, palavert wieder stundenlang mit den Nachbarn im Kafeneion und lebt bescheiden von seinen 200 Olivenbäumen und ein bißchen von den Touristen. Denn mit dem gesparten Geld aus Deutschland hat er ein Häuschen gebaut, das er an Feriengäste vermietet.

Noch kommen nur wenig Fremde nach Lesbos. Die drittgrößte Insel hinter Kreta und Euboä liegt abseits der touristischen Rennstrecken in der Ostägäis auf Sichtweite vor der türkischen Küste, direkt vis-à-vis vom alten Pergamon.

Erstaunlicherweise spürt man auf Lesbos keine Ressentiments gegen die türkischen Nachbarn. Man kann ungeniert türkischen Kaffee bestellen, obwohl die Muselmanen aus Kleinasien der Grieche ninsel übel mitgespielt haben. 1462 fiel Sultan Mehmed II. mit seinen Mannen ein, und erst vor *siebzig Jahren traten die Nachfahren* den Rückzug an. 1922 suchten dann griechische Flüchtlinge, die nach Jahrhunderten aus Kleinasien vertrieben wurden, auf Lesbos Zuflucht. Trotzdem floriert heute der kleine Grenzverkehr und während der Sommersaison fahren regelmäßig Schiffe mn Einheimischen und Touristen nach Istanbul, Izmir und Kusadasi.

Urlauber haben allerdings auf der 1630 Quadratkilometer großen Insel mehr als genug zu erwandern und zu sehen. Ausflüge, zum Beispiel in den Süden zur wundertätigen Marienikone im Töpferdorf Aghiassos am Fuße des 900 m hohen Olympos oder in die eher langweilig-moderne Hauptstadt Mytilini, werden in der Hochsaison organisiert. Man kann aber getrost in einen billigen Linienbus steigen und bis Kalloni *am gleichnamigen Golf fahren. Dort ist Umstiegsstation* in alle Inselrichtungen, wenn auch die Busse nie ganz pünktlich abfahren, weil der Chauffeur noch schnell ein Kilo Fische, frisch gefangen aus den fischreichen Wassern des Golfes, einkaufen muß.

Die „Klosterroute" führt in den karstigen gebirgigen Westteil der Insel. Gleich hinter Dafia liegt das Kloster Limonos mit einer hübschen Sammlung alter Ikonen aus dem 10. Jahrhundert. Oder Moni Perivolis bei Antissa, versteckt in einem Tal mit schattigen Platanen.

Man muß am Hintereingang bei der Messnerin klopfen, damit sie einem die ziemlich verwitterten Fresken in der Kirche des heiligen Isidor zeigt. Sie ist besonders stolz auf ihre Rosen im Klostergarten und sucht für die Fremden immer die schönsten als Geschenk aus. Vier Mönche bewachen dagegen die von einem Brand übriggebliebenen Schätze im wiederaufgebauten Kloster Ipsilou, das wie ein Adlerhorst hoch oben auf dem Berggipfel klebt.

Hier zweigt eine Straße nach Sü*den ab, die wohl kein Tourist* versäumen möchte. An einem der schönsten Inselstrände, in Skala Eressos, ist die berühmteste Griechin der Antike, die Sappho, geboren. Hier dichtete und sang sie zur Lyra im 7. vorchristlichen Jahrhundert über die leidenschaftliche Liebe, die sie für Frauen empfand. Aber wegen eines schönen Jünglings namens Phaon, so erzählt die Sage, soll sie sich schließlich von einem Felsen im Meer in den Tod gestürzt haben.

Bis heute ist Lesbos die Insel der Bauern und Poeten geblieben. Viele moderne Dichter wie Odysseas Elytis schwärmen in Gedichten von der Insel und ziehen sich gern in ihre grüne Einsamkeit zurück. Für Touristen ist neben Skala Eressos das pittoreske Molivos an der Nordwestküste der schönste und *bedeutendste Ferienplatz. Die einfachen,* robusten Natursteinhäuser, die sich unter dem alten Genueser Kastell an den Berg schmiegen, stehen unter Denkmalsschutz. Auf den steilen, holperigen Wegen sind ausschließlich Fußgänger und Esel zugelassen. Autos können nur *die Uferstraße, die am kleinen Fi*scherhafen vorbeiführt, benutzen.

Hier riecht es immer nach gerösteten Sardinen und Holzkohlenfeuer. Der verlockende Duft kommt aus dem „Seepferdchen". Spiros, der Wirt, steht meist unter der Taverntür und plaudert mit den Fischern, die auf ihren dickbauchigen Kaikis ihre Netze flikken. Spiros vermietet auch ein paar Zimmer. Insgesamt besitzt das 1500-Seelen-Dorf 1200 Privatbetten, einen Campingplatz am Ortsrand und drei kleine Strandhotels mitten *zwischen* Feldern, Schafpferchen und Olivenhainen.

Molivos hat zwar Kiesel- und Steinstrände, dafür ist es aber ein idealer Ausgangspunkt für Wanderer. Knappe vier Kilometer entfernt lockt die alte Therme Loutra Eftalou mit orientalisch-lässigem Kurbetrieb direkt am Meer. Gleich daneben gibt es sogar einen FKK-Strand.

Auch der einstündige Fußmarsch ins Nachbardorf Petra mit seiner trutzigen alten Festungskirche und einem original-anatolischen Herrenhaus aus dem 17. Jahrhundert ist lohnend. Ein steiler Serpentinenweg führt dann weiter über das Bergdorf Petri zu Brunnen des Achill. Auf dem Wege nach Troja soll der Held hier gelandet sein und seinen Durst gelöscht haben.

ANTONIA NESTL

Informationen:

Beste Reisezeit Mai bis Oktober.

Täglich Flüge über Athen nach Lesbos; Schiffsverbindung täglich ab Piräus; Pauschalreisen: zwei Wochen Molivos *Garnihotel* inkl. Flug ab DM 1419,– (Jahn Reisen) Auskünfte und Prospekte Griechische Zentrale für Fremdenverkehr, 6000 Frankfurt, Neue Mainzer Str. 22, Tel. 06 11 / 23 65 61

Schiffsverbindungen Piräus – Chios – Mytilini (Lesbos) – Limnos – Kavala – Thessaloniki: Montag: C/F-P/S Sappho vom 20. 4. 83 – 31. 10. 83: ab Piräus 18.00 – Chios (Di. 4–5)– Mytilini (9–16) – Chios (20–21) an Piräus, Mi. 7 Uhr.

Dienstag: C/F-P/S Alkeos vom 20. 4. 83–30. 9. 83: ab Piräus 11 – *Chios (20.30–21) – Mytilini (Mi. 0.30–1)* – Limnos (6.30–7) – *Kavala* (11.30–13) – Limnos (17.30–18) – Mytilini 23.30–24) – Chios (Do. 3.30–4) an Piräus 13.30 Uhr.

Mittwoch: C/F-P/S Sappho vom 20. 4. 83–31. 10. 83: ab Piräus 18 – *Chios (Do. 4–5) – Mytilini (9–16)* – Chios (20–21) an Piräus Fr. 7 Uhr.

Donnerstag: C/F-P/S Alkeos vom 20. 4. 83–30. 9. 83: Ab Piräus 18 – Chios (Fr. 3–4) – Mytilini (7.30–16) – Chios (19.30–20.30) an Piräus Sa. 6 Uhr.

Freitag: *C/F-P/S* Sappho vom 20. 4. 83–31. 10. 83: ab Piräus 15 – Chios (Sa. 1–2) – Mytilini *(6–7)* – Thessaloniki (22–23), Mytilini (So. 14–17) – Chios (21–22) an Piräus Mo. 8 Uhr.)

Samstag: C/F-P/S Alkeos vom *20. 4. 83–31.7. 83 und von 5. 9. 83–*30. 9. 83: ab Piräus 18 – Chios (So. 3–4.30) – Mytilini (8–9) – Limnos (14.30–16) – Mytilini (21.30 – Mo. 16) – Chios (19.30–20.30) an Piräus Di. 6 Uhr. C/F-P/S Alkeos vom 1. 8. 83–5. 9. 83: ab Piräus 11 – Mytilini (22–22.30) – Piräus So. 10 Uhr.

KOLINDROS / Wohlstand durch Genossenschaft

Gutes Land für eigene Töchter

Die Obstbauern in den fruchtbaren Tälern bei Kolindros haben es in wenigen Jahren zu beachtli*chem Wohlstand gebracht, weil sie* sich zu einer Genossenschaft zusammenschlossen. Anfangs überwog der Argwohn über diesen in Griechenland ungewöhnlichen Schritt, aber inzwischen wird ihr Erfolg zur Nachahmung empfohlen.

Filomeni Economou, eine weißhaarige Witwe, besitzt einen Hektar mit Pfirsich-Bäumen. „Früher konnte ich keine Mitgift für meine Töchter aufbringen", erinnert sie sich, „nun fällt es mir nicht mehr schwer." Das Durchschnittseinkommen der Obstbauern hat sich seit *dem Zusammenschluß* vervierfacht.

„Vielleicht wollen meine Töchter jetzt keine Aussteuer, sondern eine Ausbildung an der Universität", fragt sich die Frau. Mit der wirtschaftlichen Blüte änderte sich vieles in Kolindros. Filomeni Economou hat an dem Wandel nichts auszusetzen – bis auf die Diskotheken, die im Ort aufmachten.

Im Gebiet von Kolindros in Mazedonien werden Aprikosen, Birnen, Kirschen und Pfirsiche angebaut. Der Ort zählt etwa tausend *weißgetünchte Häuser, etliche* weit verstreut inmitten der Obsthaine. Ende der sechziger Jahre war die Einwohnerzahl auf rund 2000 gefallen; wer hier kein Auskommen hatte, suchte Arbeit in der Stadt oder vielleicht in Deutschland.

Mittlerweile leben wieder mehr als 5000 Leute in dem historisch bedeutenden Gebiet. Nur wenige Kilometer von Kolindros entfernt befindet sich das Grabmal von Philipp II., dem Vater Alexanders des Großen. Ein Bischof von Kolindros rief 1878 seine Landsleute zum Aufstand gegen die türkische Herrschaft auf. Und aus diesem Ort stammt Georgios Zorbas, der durch den Roman und den Film unsterbliche Grieche.

Ehe die Obstbauern sich zu ihrem gemeinsamen Vorteil zusammentaten, bedurfte es großer Überredungskünste. Einige Dorfbewohner, die nach Kalifornien ausgewandert und heimgekehrt waren, berichteten von ihren Erfahrungen. „Unsere Landbevölkerung ist allem Neuen gegenüber sehr mißtrauisch", erklärt Spyros Papalexiou, „sie ist nicht leicht für etwas zu gewinnen."

Der griechische Bauer, so arm er auch sein mag, ist stolz auf seine Unabhängigkeit. Genossenschaften hält er im allgemeinen für einen Angriff auf seinen Besitz, eine Vorstufe zur Kolchose. Weil es in Griechenland kaum Bewässerungsanlagen gibt, die von der Gemeinschaft getragen werden, ist der Sinn für gemeinsame Vorhaben kaum vorhanden.

„Wir mußten es geschickt anfangen", berichtet der Initiator Papalexiou. „Nachdem wir fünf Obstbauern gewonnen hatten, warb jeder weitere fünf und so weiter im *Schneeballsystem." Bei der* Gründung der Agrotiki Kolindros SA im Jahre 1977 waren es schließlich 400 Zeichner. Um das letzte Mißtrauen auszuräumen, gab man sich keine genossenschaftliche Satzung, sondern teilte Anteilscheine aus wie bei einer Aktiengesellschaft.

Die Mitglieder bestimmen die Geschäftsführung, die wiederum die Manager beruft. Jeder Obstbauer bleibt sein eigener Herr im eigenen Obsthain; er kann jedoch solche Leistungen wie Bewässerung, Schädlingsbekämpfung und Versorgung mit Düngemitteln in *Anspruch nehmen. Die Firma* betreibt die Verarbeitung und Vermarktung der Produkte.

Mit einer Starthilfe von griechischen Amerikanern sowie Krediten und Zuschüssen der griechischen Regierung kam das Unternehmen in Kolindros schnell in Schwung. *Für umgerechnet 15 Mil*lionen Mark wurde eine Konservenfabrik errichtet; der Bestand an Obstbäumen wurde nach und nach um 150 000 Stück erneuert.

Die Erzeugnisse aus Kolindros haben sich nach dem Beitritt Griechenlands zur Europäischen Gemeinschaft als konkurrenzfähig erwiesen. Vor allem Pfirsiche in Dosen werden nach Frankreich exportiert. Nach dem Muster von Kolindros schlossen sich die Orangenpflanzer von Hania auf Kreta zusammen. Andere Anbaugebiete zogen nach.

Der Aufsichtsrats-Vorsitzende in Kolindros, Manolis Mpiliaderis, weist auf gewisse Schwierigkeiten *hin: „Es ist das erste Mal, daß wir* hier so zusammenarbeiten. Bei manchen stehen oft die eigenen Interessen noch über dem wirtschaftlichen Ganzen." Es soll in diesem Gebiet auch mehr Baumwolle, Wein und Weizen angebaut werden.

„Früher waren die kleinen Obstbauern auf Gedeih und Verderb den Aufkäufern ausgeliefert, die stets nur den staatlich verordneten Mindestpreis für die Produkte zahlten. Nun werden gemäß der Qualität der angelieferten Früchte stets Höchstpreise von den Verarbeitungsstätten gezahlt", erläutert Spyros Papalexiou. Man sieht auf Qualitätskontrolle und richtete ein Forschungslabor für Obstbau ein.

Die Produktionsgenossenschaft ermöglicht auch einen rationelleren Einsatz von landwirtschaftlichen Maschinen. Bisher besaß nahezu jeder Kleinbauer – dank günstiger Kredite der Regierung – seinen eigenen Traktor. So kam es zu einer kostentreibenden Übermechanisierung. Nunmehr kann das Gerät gemeinschaftlich genutzt werden. Ein „Opfer" des Fortschritts: Nikolas Plastaras, früher *Bürgermeister von Kolindros,* mußte seine Traktor-Vertretung mangels neuer Nachfrage aufgeben.

Ansonsten trat in Kolindros ein lebhafter Aufschwung ein: Die Anteilscheine der Genossenschaft sind heute die dreifache Summe wert, zwei Banken und zwei Boutiquen kamen in den Ort, nicht zu überhören die vier Diskos. Es wurden vier neue Kirchen gebaut, die Polizeistation und das Gericht modernisiert, eine Turnhalle und ein Museum des Obstbaus errichtet.

ELISABETH GERHARDY

DIE FRAU IN DER GRIECHISCHEN GESELLSCHAFT

Soviel Sex im Kopf wie der Mann

Als der Athener Staatssekretär im Verteidigungsministerium, General a. D. Antonios Drossogiannis, unlängst die *Ankündigung* machte, daß die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht für die Frauen erwogen werde, konnte er nicht ahnen, daß alle Frauenorganisationen ihn zum größten Frauenfeind erklären würden.

„Solange die vollwertige und absolute *Gleichberechtigung* der beiden Geschlechter ausbleibt, kommt ein Wehrdienst für die Frauen nicht in Frage." Diese Worte wurden von keiner Geringeren als der Frau des griechischen Ministerpräsidenten Margaret Papandreou ausgesprochen, die an der Spitze der prosozialistischen *Frauenorganisation* „Griechische Frauenunion" steht.

Tags darauf hatte Staatssekretär Drossogiannis einen Teilrückzieher gemacht. Es handle sich dabei nicht um eine feste Entscheidung, sondern um „nicht ganz ausgereifte Pläne" von Militärexperten, begründete *er* seinen Fehltritt. Niemand konnte zwar sagen, ob Frau Margaret Papandreou an der sofortigen Rücknahme dieser unbeliebten Entscheidung mitgewirkt hat oder nicht. Tatsache ist aber, daß Griechenlands Frauen nie zuvor so viele Rechte und so viel Einfluß wie unter den seit knapp zwei Jahren *in Athen* regierenden Sozialisten genossen haben.

Antrieb von Frau Margaret Papandreou

Zum ersten Mal in der Geschichte Griechenlands hat ein Athener Regierungschef eine Sonderberaterin für Frauenfragen in seinem engsten Beraterkreis: Die Anwältin Chryssanti Antoniou-Laiou steht an der Spitze eines neunköpfigen Ausschusses, der den Titel „*Kommission für die* Gleichberechtigung der Geschlechter" trägt, dessen Hauptaufgabe die Gleichstellung der griechischen Frau zum privilegierten griechischen Mann ist.

Die 39jährige Griechin darf von keinem Kabinettsangehörigen ignoriert werden. „Jeder Gesetzentwurf läuft zwangsläufig über meinen Schreibtisch. Jedes Gesetz, jedes Dekret, jede Verfügung wird darauf hin geprüft, ob sie die Gleichberechtigung von Mann und Frau in Griechenland garantiert", sagt sie.

Griechenlands Sozialisten – vielleicht von Papandreous Frau angetrieben, die als gebürtige Amerikanerin aktiv für die Gleichberechtigung eintritt – haben bisher viele Forderungen der griechischen Frauen ernst genommen und erfüllt: Die standesamtliche Ehe wurde eingeführt, während ein Gesetz die Vereinfachung der Scheidung regelte. Durch eine weitreichende Revision des veralteten griechischen Familienrechts, das aus den 30er Jahren stammt, wurde der Frau die Möglichkeit gegeben, auch nach der Eheschließung ihren Familiennamen beizubehalten, unabhängig vom Mann das Sorgerecht für ihre Kinder auszuüben, allein verreisen zu dürfen oder ohne Zustimmung des Ehemanns eine Arbeitsstelle nehmen zu können.

Griechenlands Frauen haben auch materielle Teilsiege errungen: Seit einigen Monaten erhält jede griechische Bäuerin über 60 unabhängig von ihrem Mann eine Rente, werdende Mütter dürfen länger als bisher dem Arbeitsplatz fernbleiben. Sonderzulagen für mehr*fache Mütter im Staatsdienst* sind vorgesehen. Darüber hinaus sind Gesetze in Vorbereitung, die „jede Art von Diskriminierung", so Frau Antoniou-Laiou, beseitigen sollen.

Griechenlands Frauenrechtlerinnen, die immer selbstbewußter werden, haben sehr ehrgeizige Pläne, die nicht von heute auf morgen realisiert werden können. „Aber wir werden kämpfen", sagte neulich Frau Papandreou. Sie will übrigens einen noch in der Ausarbeitungsphase befindlichen Gesetzentwurf unterstützen, wonach Werbeagenturen verboten werden soll, die Frau als Sexobjekt darzustellen. „Frauen sind nicht mehr und nicht weniger an Sex interessiert als Männer. Sie haben nicht mehr und nicht weniger im Kopf als *Männer. Nur wenn diese simple* Tatsache Allgemeingut wird, werden wir die vollwertige Gleichberechtigung erreicht haben", formulierte neulich eine griechische Frauenzeitschrift.

Flucht vor den Waffen in die Ehe

Für die „männlichen Chauvinisten", die Frauen wegen der immer dünner werdenden Rekrutenjahrgänge zu den Waffen rufen wollen, sieht es nicht gut aus. „Wir haben ein volles Programm, das nicht einmal bis zum Jahr 2000 realisiert werden kann", sagte eine Athener Frauenrechtlerin. „Erst wenn wir unsere Ziele erreicht haben, können wir über den Wehrdienst reden."

Aber selbst auch dann hätten offenbar nur ganz wenige griechische Frauen Lust, im Umgang mit den Waffen ausgebildet zu werden. Eine Umfrage der griechischen Presse hat ergeben, daß nur jede zwanzigste Frau zum Wehrdienst bereit wäre. „Lieber würde ich auswandern", hat eine häufige Antwort geheißen. Aber die meisten *befragten Griechinnen hatten* schon die einfachste Lösung parat: „Lieber würde ich heiraten als eingezogen zu werden." Die widerrufenen Pläne der Athener Militärexperten sahen nämlich vor, daß nur unverheiratete Frauen von der Wehrpflicht erfaßt werden sollten.

EVANGELOS ANTONAROS

ENERGIE / Bald keine Devisen mehr für den Stromverbrauch

Solartechnik läßt die Bäume blühen

Braunkohle, Wasserkraft und Sonnenenergie sollen Griechenland in den nächsten Jahren von Rohöl-Einfuhren unabhängiger machen. Das sieht der Energieplan für die Jahre 1983 bis 1987 vor. Ende der achtziger Jahre werden für die Stromerzeugung keine Devisen mehr aufgebracht werden müssen.

Die sozialistische Regierung setzt die Energiepolitik ihrer Vorgängerin mit dem Ziel fort, in dem umrissenen Zeitraum die Rohöl-Importe um die Hälfte zu senken. Dabei kommt Athen zunutze, daß vor zwei Jahren in der Ägäis die eigene Erdöl-Förderung vor der Insel Thasos begann.

Gegenwärtig ist Griechenland noch zu 70 Prozent auf importierte Energie angewiesen. Es hat im Vergleich zu den EG-Partnern anhaltend hohe Zuwachsraten im Energieverbrauch. So machen die Energiekosten heute einen doppelt so hohen Anteil am Bruttosozialprodukt wie vor zehn Jahren aus (15 statt 6,8 Prozent).

Der Minister für Energie und Bodenschätze, Evangelos Kouloumbis, gilt als erfahrener Fachmann. Er war schon Minister für öffentliche Arbeiten in der Übergangsregierung nach dem Militärregime, und er fungierte als Präsident der Technischen Kammer Griechenlands, der alle Architekten, Ingenieure und Techniker angehören.

Voriges Jahr führte Griechenland insgesamt 9,1 Millionen Tonnen Rohöl ein. Das war schon ein geringer Rückgang gegenüber den 10,3 Millionen Tonnen im Jahre 1981. Die Hauptlieferanten sind Saudi-Arabien und Iran; weitere *Partien kommen aus Libyen und* aus der Sowjetunion.

Die Förderung aus dem Prinos-Feld vor Thasos, die im Juli 1981 anlief, konnte auf 25 000 Barrel pro Tag gesteigert werden. Sie deckt etwa 13 Prozent des heimischen Bedarfs. Eine Verstaatlichung der Nordägäischen Petroleum-Kompanie ist nicht beabsichtigt. Sie soll aber das Ägäis-Öl an die staatliche Aspropyrgos-Raffinerie liefern.

Die Regierung hat allerdings vor, das staatliche Ölunternehmen DEP auch bei der Exploration einzusetzen und schließlich alle ausländischen Firmen in der Verarbeitung als Sub-Kontraktoren zu binden. Alle Verhandlungen mit fremden Multis über die weitere Off Shore-Suche wurden eingestellt, um selbst freie *Hand* zu behalten.

Unabhängige Experten bezweifeln freilich, ob der Staatskonzern technisch und organisatorisch in der Lage sein wird, die Exploration im Ionischen Meer und im westlichen Griechenland zu bewältigen. Auch schätzt man die Kosten so hoch ein, daß sie erst wieder rentabel würden, wenn der Weltmarktpreis für Rohöl steigt.

Die strategische Ölreserve, die von der Regierung bereitgehalten wird, ist von 3,5 Millionen Tonnen im Januar 1981 auf nunmehr 2,5 Millionen Tonnen reduziert worden. Sie liegt damit noch über dem *Minimum für den 90-Tage-Ver*brauch und den Empfehlungen der Internationalen Energie-Behörde. Dennoch hat die Opposition die Verringerung kritisiert, weil Griechenlands Zufuhr aus überwiegend politisch unsicheren Regionen kommt.

Kein Interesse mehr an Multis

Von den vier Raffinerien im Lande werden zwölf Millionen Tonnen Rohöl im Jahr verarbeitet. Esso will den Vertrag für seine Anlage in der Nähe von Saloniki nicht erneuern, so daß der Staat dort zugreifen kann. Athen ist jedoch nicht an der veralteten Raffinerie, sondern an dem Esso-Absatznetz interessiert.

Unmittelbar neben dem Prinos-Feld, das von einem deutsch-amerikanisch-kanadischen Konsortium erschlossen wurde, wird auch Erdgas gefördert. Wegen des Streits mit der Türkei über die Hoheitsgewässer in der Ägäis sind die Exploration *und Ausbeutung* in dieser Region nicht ohne Probleme.

Zwar hat Griechenland den geringsten Pro-Kopf-Ölverbrauch in der Europäischen Gemeinschaft, weil nur ein geringer Anteil der Einfuhren als Heizöl verbraucht wird, aber neben Italien ist es am stärksten von Rohöl-Importen für seine Energieerzeugung abhängig. Dadurch werden Dreiviertel seiner Exporterlöse aufgezehrt.

Die bis 1985 geplante Umstellung der Stromgewinnung von Dieselkraftwerken auf mit Braunkohle betriebene Thermalanlagen gleicht einer prometheischen Aufgabe. So soll das staatliche Stromversorgungsunternehmen PPC bis dahin anstelle von alten Anlagen mit einer Leistung von 4500 Megawatt neue Kraftwerke mit 5000 Megawatt in Betrieb nehmen.

„Ich kenne kein europäisches Land mit einem so umfassenden Programm für die Rohöl-Substitution", erklärte Raphael A. Moissis, der geschäftsführende Direktor des PPC. Das Unternehmen rechnet mit einem wachsenden Energiebedarf von 5,5 Prozent im Jahr. Diese Zunahme liegt beträchtlich über dem Anstieg des Wirtschaftswachstums.

Die größten Braunkohlen-Vorkommen Griechenlands liegen etwa hundert Kilometer nordwestlich von Saloniki. Noch kümmert man sich wenig um den Umweltschutz – den Bewohnern sind Arbeitsplätze wichtiger als reine Luft. Auch ist in der derzeitigen Wirtschaftslage des Landes nicht an eine Konservierung dieses unwiederbringlichen Rohstoffes zu denken.

Der Plan für die Errichtung eines Tausend-Megawatt-Atomkraftwerkes wurde Anfang der achtzig[er] Jahre zu den Akten gelegt. M[…] wollte nicht das Risiko eingeh[en,] ein Fünftel des landeswei[ten] Strombedarfs vom Betrieb ei[nes] Reaktors gewährleisten zu lasse[n].

Interessanter ist für Griech[en]land ein Energie-Verbund [mit] Nachbarländern. Zu Zeiten mit [ei]ner Spitzenbelastung kann [man] sich jetzt an die Versorgungsn[etze] von Albanien, Bulgarien und [Ju]goslawien anschließen. Auch [die] Möglichkeit einer Abnahme [aus] Italien über ein Tiefsee-Kabel w[ird] erwogen.

Nulltarif für Inselbauern

Der Strompreis ist in Griech[en]land eine hochpolitische An[gele]genheit. Noch als Opposition[sfüh]rer forderte Georgios Papand[reou] den Nulltarif für Bauern. Und [die] neue Kultusministerin Melina M[er]couri verklagte damals das sta[atli]che Energie-Unternehmen, wei[l es] armen Leuten bei Zahlungsun[fä]higkeit den Strom abschaltete. [Die] geographischen Gegebenhei[ten] bringen es mit sich, daß die F[est]land-Griechen den Strompreis [für] die Insel-Bewohner subventio[nie]ren müssen.

Dort, auf den Inseln in der S[on]ne, macht man sich jetzt die Sol[ar]technik zunehmend zunutze. Es [ist] ein klassisches Problem; da [war] schon im alten Griechenland [das] Brennholz rar, weil man Raub[bau] an den Wäldern getrieben ha[t,] um die Silberschmelzen zu vers[or]gen. Mitte der achtziger Jahre [sol]len zwei Prozent des gesam[ten] Energiebedarfs in Griechenl[and] von der Sonne gedeckt werden.

Ein entsprechendes Progra[mm] lief 1976 an: Die Regierung [ge]währte Kredite für die Installat[ion] von Solarzellen auf Hotels. Auf [der] Insel Kithnos wurden „Solar-[Dör]fer" errichtet.

GERD KR[…]



EG-PRÄSIDENTSCHAFT / Nationales Ereigni[s]

An Mitgliedschaft wird nicht gerüttelt

Seit dem 1. Juli hat Griechenland, das jüngste Vollmitglied der Europäischen Gemeinschaft, zum erstenmal turnusgemäß die EG-Präsidentschaft für sechs Monate übernommen. Während in fast jedem anderen EG-Land dieser Wechsel fast unbeachtet über die Bühne geht, ist er in Athen wie ein Ereignis von großer nationaler Bedeutung gefeiert worden.

Papandreou sprach von der „historischen Verantwortung" Griechenlands, die europäische Zukunft „zu diesem Zeitpunkt der Krise" mit zu gestalten. Alle Zeitungen, ob ideologisch rechts oder links von der Mitte angesiedelt, berichteten ausführlich und oft seitenlang über die Vorbereitungen für die griechische Präsidentschaft. Das Staatsfernsehen und der *Rundfunk ließen keine* Gelegenheit ungenutzt, um dem griechischen Publikum die Bedeutung des Wechsels näher zu erklären.

Ganz gewiß: Der Nationalstolz der Griechen, wahrscheinlich ist er ausgeprägter als in anderen europäischen Ländern, hat diese Hal*tung weitgehend mit geprägt.* Die Griechen stehen nämlich gern im Mittelpunkt des internationalen Geschehens.

Aber allein das Nationalgefühl der Hellenen ist es nicht gewesen. Papandreou und seine engsten Mitarbeiter haben es gut verstanden, die Übernahme der EG-Präsidentschaft durch Griechenland so in den Vordergrund des aktuellen politischen Geschehens zu stellen, daß von anderen Problemen – vor allem von der schlechten Wirtschaftslage und den bisher nicht abgeschlossenen Stützpunktverhandlungen mit den Amerikanern – abgelenkt wird.

Während seiner bisher 21monatigen Regierungszeit ist Papandreou kein bequemer EG-Partner gewesen. In der Agrarpolitik haben die griechischen Sozialisten immer wieder versucht, ihren Standpunkt durchzusetzen und höhere Subventionen für ihre Produkte zu erhalten. Bei den Bemühungen um die Gestaltung einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik ist Papandreou immer wieder aus der Reihe getanzt. Mal in Sachen Polen, mal über Afghanistan konnte er sich mit den anderen Europäern nicht einigen.

Seine Eskapaden sind allerdings ein Beweis für die Unerfahrenheit der griechischen Sozialisten, sich Mehrheitsbeschlüssen zu unterwerfen, Konsensregelungen anzustreben, Kompromisse auszuarbeiten. Es muß noch von ihnen gelernt werden, wie man im Team arbeitet. Insofern ist es sehr positiv, *daß Griechenland auf einmal* für sechs Monate an der Spitze der Gemeinschaft und im Laufe dieser Amtsperiode nicht nur an sich selbst, sondern an die Gemeinschaft als Ganzes denken muß.

Diese Rolle wird erwartungsgemäß die Selbstsicherheit der Griechen fördern; und möglicherweise wird auch Papandreou bald entdecken, daß es ihm Spaß macht, an der Gestaltung von gemeinsamen europäischen Entscheidungen mitzuwirken.

Jedes Land, das die Präsidentschaft innehat, kann bekanntlich innerhalb der Gemeinschaft, nicht zuletzt wegen der Kürze der Amtsperiode, nicht viel bewirken. Daher kann es auch keine groben F[ehler] begehen. Allein werden die [Grie]chen sowieso nicht sein. Es is[t üb]lich, daß der jeweilige Präsi[dent] von seinem Vorgänger (in die[sem] Fall der Bundesrepublik) und [sei]nem Nachfolger assistiert und [be]raten wird.

Zwar mag sich Papandr[eou,] wenn ihn mit Blick auf die In[nen]politik gelegentlich der Natio[nal]stolz packt, dagegen sträuben, [von] „anderen Ländern" bevormu[ndet] zu werden. Aber selbst er wird [zur] Sicherheit Rat sowohl bei *Bonn* [als] auch bei seinem Gesinnungsge[nos]sen Paris suchen.

Erfreulich ist der Elan, mit d[em] sich die Griechen an die Präside[nt]schaft herangemacht haben, a[uch] aus einem anderen Grund: Er [be]deutet de facto, daß Hellas an e[ine] *Aufkündigung seiner Vollmitgli[ed]*schaft nicht mehr denkt. „Ein[en] Austritt aus der Gemeinschaft [er]wägen wir nicht. Uns ist nur da[ran] gelegen, unseren Status und [die] Beitrittsbedingungen zu verb[es]sern. Wir wollen Vollmitglied bl[ei]ben", sagte Papandreou neulich.

Selbst die Parteilinken, die v[or] keinen sechs Monaten einen Bru[ch] mit der EG nicht ausschließ[en] wollten, haben sich dieser Li[nie] angepaßt. Die EG-Mitgliedscha[ft] steht nicht zur Diskussion.

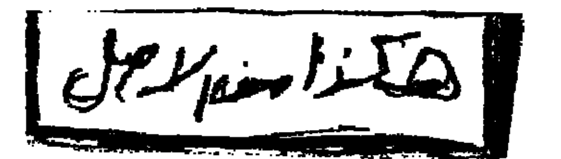
Zweifelsohne hat bei der Gest[al]tung *dieser* Haltung Staatsprä[si]dent Karamanlis eine Schlüsselr[ol]le gespielt. Papandreou hat er v[on] Anfang an klargemacht, daß er [ei]ne Zerstörung seines „Leben[s]werks" – so nennt Karamanlis d[en] EG-Beitritt – *nicht dulden* würd[e.] Auch die Abhaltung eines EG-R[e]ferendums, wie es Papandreou g[e]legentlich angeregt hat, hat Kar[a]*manlis ausgeschlossen.*

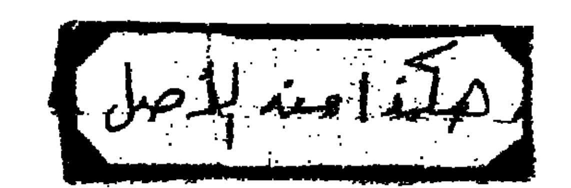
Für Papandreous Umschwenk[en] gibt es allerdings auch ander[e,] handfestere Gründe: Für *Gri[e]chenland ist die EG ein Nettoza[h]*ler, die Überweisungen aus Brüss[el] haben die griechische Leistung[s]bilanz vor dem Kollaps gerett[et,] Griechenlands Landwirtschaft un[d] die am wenigsten entwickelten Re[]gionen des Landes profitieren vo[n] der Vollmitgliedschaft. Kein grie[]chischer Politiker kann diese Vor[]teile ignorieren.

Ins Gewicht fällt auch die poli[ti]sche Bedeutung, die Griechenla[nd] aufgrund der Zugehörigkeit zu[r] EG in der *Auseinandersetzung* mi[t] dem NATO-Nachbarn gewinnt. Pa[]pandreou setzt, wie es früher auc[h] Karamanlis getan hat, auf die poli[]tische Unterstützung der Neun.

Bekanntlich hat Griechenland in der Form eines Memorandums ei[]ne weitreichende Revision der Bei[]trittsbedingungen beantragt. Vor[]wiegend geht es um Protektions[]maßnahmen, die die Wettbewerbs[]fähigkeit der griechischen Indu[]strie sicherstellen sollen. Die Reak[]tion der Kommission und der Neun ist kühl-zurückhaltend gewe[]sen. Niemand will ein Mitglied[s]land mit einem Sonderstatus aus[]statten. Im Laufe seiner Präsident[]schaft will Griechenland seine For[]derungen ruhen lassen. „Wir wol[]len unsere Sonderrolle nicht aus[]nutzen", sagte Regierungssprecher Maroudas. Mit anderen Worten: Zu einem Streit wollen es die Grie[]chen nicht kommen lassen. Mit einigen „Korrektiv-Maßnahmen" würde sich Athen zufriedengeben.

EVANGELOS ANTONAROS





INTERVIEW MIT DEM MINISTER FÜR NATIONALE WIRTSCHAFT, GERASSIMOS ARSENIS

„Weder Unsicherheiten noch Unklarheiten"

DIE WELT: Herr Minister, Ziel der Drachmenabwertung am 9. Januar dieses Jahres war hauptsächlich die Steigerung der Konkurrenzfähigkeit der griechischen Exportindustrie und des Tourismus, der Schutz heimischer Produkte vor der Auslandskonkurrenz und somit auch die Sicherung der Arbeitsplätze. Glauben Sie, daß mit den ergriffenen Maßnahmen die *anvisierten Ziele* erreicht werden können?

Arsenis: Alle Anzeichen weisen darauf hin, daß die ergriffenen Maßnahmen Erfolge zeitigen werden. Die Währungspolitik ist eine von mehreren Maßnahmen zur Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Wirtschaft. Zusammen mit der Abwertung haben wir flankierende Maßnahmen ergriffen, um die Produktions- und Arbeitsleistung ebenfalls entsprechend zu verbessern. Zusammen mit einer Zurückhaltung bei der Einkommenspolitik durch zeitweises Einfrieren der Gehälter und Löhne hoffen wir auf die gewünschten Resultate zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Wirtschaft.

DIE WELT: Seit der Abwertung sind die Preise wieder stark gestiegen und es besteht die Gefahr, daß *dadurch die gewonnenen Vorteile* bald wieder verlorengehen. Gibt es überhaupt noch eine Möglichkeit, die Preisentwicklung einzudämmen?

Arsenis: Eine Folge der Abwertung war, wie Sie wissen, die Preissteigerung der Importwaren. Unmittelbar nach der Abwertung bestand naturgemäß ein gesteigertes Interesse der Konsumenten nach Importgütern wie beispielsweise Autos, Kühlschränken und sonstigen technischen Erzeugnissen, um diese noch zu den bisherigen Preisen zu erwerben. Preise, die sich naturgemäß mit den Importen nach dem Abwertungstag erhöhen würden. Somit entstanden auf einigen Marktsektoren vorübergehende Preisschübe. Einige Wochen danach hat sich aber der Markt wieder normalisiert. Das neue Preisniveau ist nur unbedeutend höher als jenes, das vor der Abwertung in Kraft war. Die Preise konnten eben nicht dauernd auf künstlich erhöhtem Niveau bleiben, weil es aufgrund unserer zurückhaltenden Einkommenspolitik einfach keine entsprechende Kaufkraftsteigerung der Werktätigen gibt.

DIE WELT: Unter den Industriellen des Landes besteht noch immer Ungewißheit über den wirtschaftlichen und sozialpolitischen Kurs der Regierung. Die Folge ist Zurückhaltung bei Produktionserweiterungen und Investitionen. Was werden Sie tun, um den Unternehmern diese Befürchtungen zu nehmen und zu einem Konsens zwischen Regierung und der Unternehmerschaft des Landes zu gelangen?

Arsenis: Erlauben Sie mir, daß ich Ihnen sage, daß ich absolut nicht mit dem Inhalt Ihrer Frage übereinstimme. Zweifellos bestand in weiter Vergangenheit eine Unklarheit der Privatwirtschaft hinsichtlich der tatsächlichen Wirtschaftsziele der Regierung. Aber nach der Verkündigung unserer Wirtschaftspolitik für 1983, ebenso aufgrund verschiedener Erklärungen des Premierministers Papandreou bezüglich der Rolle der Privatindustrie bei der Wirtschaftsentwicklung des Landes gibt es nunmehr weder Unsicherheiten noch Unklarheiten. Der Privatsektor kennt jetzt sehr wohl seinen Spielraum, ebenso die Voraussetzungen für seine Entwicklung und weiß auch, daß die Regierung ihm zu eben dieser Entwicklung jedwede benötigte Unterstützung gewährt. Die letzte Konferenz der griechischen Industriellen, die in Athen stattfand und auf der ich eine Rede hielt, bewies, daß es für die griechische Privatwirtschaft keine Unklarheiten mehr gibt und daß sie unter der Voraussetzung günstiger wirtschaftlicher Bedingungen Investitionen tätigen wird.

Der Grund, weshalb bisher wesentliche Investitionen ausblieben, ist meiner Meinung nach in der ungünstigen weltweiten Wirtschaftslage zu suchen, weshalb auch in anderen Ländern zur Zeit nur minimale private Investitionen stattfinden. Ich bin aber sicher, daß 1983 die Zusammenarbeit zwischen Regierung und dem privaten Sektor in Griechenland positive Resultate zeitigen wird. Zum ersten Mal nach vielen Jahren werden wir einen positiven Steigerungsrhythmus bei langfristigen Investitionen der Privatwirtschaft haben.

DIE WELT: Es bestehen Aussichten, daß in Industrieländern wie USA und Deutschland die Wirtschaftskrise bald überwunden sein wird. Die Zinsen sind dort stark gefallen, die Bau- und Investitionstätigkeit nimmt zu und man hofft auf eine baldige Wirtschaftskonjunktur. Bestehen solche Hoffnungen auch für Griechenland?

Arsenis: Wie Sie wissen, ist die griechische Wirtschaft offen und folglich beeinflußt die internationale Wirtschaftslage in starkem Maße die wirtschaftlichen Aktivitäten unseres Landes. Wir hoffen daher, daß die Erwärmung des Wirtschaftsklimas großer Länder wie beispielsweise der USA und der Bundesrepublik unmittelbar günstige Auswirkungen auf die Exporte, den Tourismus und Handelsschiffahrt unseres Landes haben wird. Unabhängig von der internationalen Wirtschaftsentwicklung glauben wir aber, daß die griechische Wirtschaft auch allein mit eigenen Kräften die Produktion und den Export im Jahre 1983 aufgrund der Wiederherstellung ihrer Wettbewerbsfähigkeit steigern kann.

Also auch ohne Wachstum der internationalen Nachfrage können sich die Exporte erhöhen, einfach indem sie denjenigen Marktanteil im internationalen Handel zurückerobern, den Griechenland in den letzten Jahren wegen des Rückganges seiner Wettbewerbsfähigkeit verloren hat. Somit erwarten wir aufgrund dieser beiden Fakten ein erneutes Wachstum der griechischen Wirtschaft in der zweiten Jahreshälfte 1983, das auch 1984 anhalten wird.

DIE WELT: Eine der wesentlichen Voraussetzungen für einen Wirtschaftsaufschwung ist Investitionsbereitschaft, bzw. Investitionstätigkeit. Vor einem Jahr wurde das neue Investitionsgesetz 1262 erlassen, um mit günstigen Anreizen in- und ausländische Anleger für Investitionen in Griechenland zu interessieren. Vertrauen in den Staat, der von der jeweiligen Regierung repräsentiert wird, ist vor allem bei ausländischen Investoren ein Hauptkriterium bei der Wahl des Standortes. Kann die gegenwärtige Regierung bei ihrem sozialpolitisch orientierten Kurs das Vertrauen der Anleger erwerben?

Arsenis: Das ist eine politische Frage, die zweifellos von großer Bedeutung zur Schaffung eines angemessenen Wirtschaftsklimas ist und ich werde versuchen, sie möglichst einfach zu beantworten. Das Vertrauen des Investors allgemein, des ausländischen Anlegers insbesondere, ist im Zusammenwirken dreier Faktoren zu sehen. Erstens in der Existenz einer breiten Volksbasis, die das Wirtschaftsprogramm der Regierung unterstützt. Zweitens im Vorhandensein eines Entwicklungsprogrammes, welches günstige Bedingungen für die Entwicklung der Wirtschaft und der Privatindustrie schafft. Drittens schließlich im Bestehen klarer Regeln, der Spielregeln gewissermaßen, welche die Beziehungen und die Zusammenarbeit zwischen Staat und Privatwirtschaft bestimmen.

Persönlich glaube ich, daß die heutige Regierung absolut diese drei Voraussetzungen zur Schaffung eines geeigneten Investitionsklimas erfüllt. Sie wird durch eine



„Der Privatsektor kennt jetzt seinen Spielraum, ebenso die Voraussetzungen für seine Entwicklung und weiß auch, daß die Regierung ihm zu eben dieser Entwicklung jedwede benötigte Unterstützung gewährt." Gerassimos Arsenis

FOTO: D. PATRIDIS

breite Basis sowohl bei der Land- als auch bei der Stadtbevölkerung jederzeit in die Lage versetzt, auch unpopuläre Maßnahmen zu ergreifen wie beispielsweise unsere gegenwärtige Einkommenspolitik und die kürzliche Abwertung.

Mit einem Entwicklungsprogramm im Rahmen unseres Fünfjahresplanes schaffen wir die unentbehrlichen Voraussetzungen für die Entwicklung der gesamten Wirtschaft, die auch die Privatwirtschaft miteinschließt. Ich glaube, die Anleger wurden überzeugt, daß unsere Regierung für eine wirtschaftliche Entwicklung ist, die günstige Gelegenheiten zu unternehmerischen Aktivitäten der Privatwirtschaft bietet. Vor allem mit dem neuen Investitionsgesetz 1262, mit zusätzlichen Regierungserklärungen und Maßnahmen haben wir die Rolle der Privatwirtschaft in unserem Land geklärt und die Bedingungen der Zusammenarbeit zwischen Regierung und dem Privatsektor geregelt. Eine Zusammenarbeit, von der wir glauben, daß sie für beide Teile konstruktiv und produktiv ist.

DIE WELT: Im vergangenen Jahr konnten Sie die Inflation, die bisher zumeist bei 25 Prozent lag, auf 21 Prozent drücken. Sicher ein Erfolg, wenngleich diese Rate im Vergleich zu Ländern wie England, USA und Deutschland, wo die Inflation gegenwärtig bei rund vier Prozent liegt, noch immer zu hoch ist. Werden Sie es schaffen, bei der anvisierten Wirtschaftsbelebung im Jahre 1983 die Inflationsrate weiter zu senken?

Arsenis: Eines unserer vordringlichsten *Ziele im laufenden Jahr* ist die weitere Minderung des Inflationsrhythmus. Wir haben offiziell erklärt, daß 1983 die Inflation unter 20 Prozent fallen wird. Ganz allgemein möchte ich sagen, daß wir als mittelfristiges Ziel die Annäherung unserer Inflationsrate auf das Durchschnittsniveau der EG-Länder betrachten.

DIE WELT: Ein Hauptproblem der griechischen Wirtschaft ist der öffentliche Sektor. Durch mangelnde Produktivität und durch personelle Überbesetzung sind die öffentlichen Betriebe mitschuldig an der Inflation und der hohen Staatsverschuldung. Gibt es überhaupt noch eine Möglichkeit, dieses Dilemma zu bewältigen?

Arsenis: Ihre Feststellungen sind richtig. Eine der grundsätzlichen Voraussetzungen zur Wirtschaftsentwicklung ist die Gesundung des öffentlichen Sektors. Wir haben in dieser Richtung bereits bedeutende Fortschritte gemacht. Personaleinstellungen im öffentlichen Sektor wurden fast völlig gestoppt. In unserem Ministerium wurde ein Staatssekretariat geschaffen, welches die Funktion der staatlichen Organisationen und Unternehmen kontrolliert. Das Genesungsprogramm der öffentlichen Unternehmen ist einer der wesentlichen Punkte des Fünfjahresplanes 1983 bis 1987. Sie werden verstehen, daß die Lösung von verkrusteten Strukturen Zeit braucht. Wesentlich ist, daß bereits erste positive Resultate sichtbar sind, beispielsweise bei der Olympic Airways und bei der staatlichen Elektrizitätsgesellschaft.

DIE WELT: Die Arbeitslosigkeit hat sich in Griechenland zu einem bedrohlichen Problem entwickelt. Während es vor zwei Jahren nur rund 3 Prozent Arbeitslose gab, sind nach den letzten Meldungen mit rund 250 000 Unbeschäftigten über zehn Prozent der Griechen arbeitslos. Gibt es noch Hoffnungen, diese Entwicklung umzukehren oder muß man sich darauf einstellen, daß zukünftig zehn Prozent oder mehr Hellenen ohne Arbeit bleiben?

Arsenis: Bevor ich auf die Arbeitslosigkeit in Griechenland zu sprechen komme, die tatsächlich ein ernstes Problem darstellt, möchte ich auf eine charakteristische Eigenheit in Griechenland hinweisen. Auch in der Vergangenheit hatten wir eine fast ebenso hohe Arbeitslosigkeit wie heute, die aber nicht in unseren Statistiken erschien, da wir Arbeitskräfte in andere Länder wie beispielsweise Deutschland exportierten. Diese Methode der Lösung unseres Arbeitslosenproblems besteht jedoch seit einigen Jahren nicht mehr, weil sich die Einwanderungspforten anderer Länder mittlerweile geschlossen haben. Darüber hinaus haben wir heute auch mit der Rückkehr von Arbeitskräften zu tun, die in den vergangenen Jahrzehnten ausgewandert waren.

Daher stimmt es nicht, von einem plötzlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit von drei Prozent auf den heutigen Stand zu sprechen. Natürlich leugne ich nicht den hohen gegenwärtigen Stand der Arbeitslosigkeit in Griechenland, ich will aber zum Ausdruck bringen, daß es sich nicht um ein neues Phänomen handelt. Die gegenwärtige Arbeitslosigkeit ist auf zwei Faktoren zurückzuführen: den konjunkturellen und den strukturellen. Was den konjunkturellen Faktor betrifft, hoffen wir, daß sich mit der Erholung der internationalen Wirtschaft die Arbeitslosigkeit in vielen Branchen, vor allem in der Handelsschiffahrt bedeutend verringern wird.

Der strukturelle Faktor der Arbeitslosigkeit kann jedoch nur mit Hilfe eines Investitionsprogrammes gelöst werden, welches neue Industrien schafft, die sowohl wettbewerbsfähig sind als auch in der Lage, die Arbeitslosigkeit zu absorbieren. Dieses Programm ist zwar langfristig, wir glauben aber, damit innerhalb von fünf Jahren das Hauptproblem der Arbeitslosigkeit lösen zu können.

DIE WELT: Erfreulicherweise hat sich das Defizit der griechischen Zahlungsbilanz, das sich Ende 1981 auf rund 2,4 Milliarden Drachmen belief, um *500 Millionen* auf 1,9 Milliarden Drachmen verringert. Zweifellos eine beachtliche Leistung. Sie erklärten unlängst, daß 1983 aufgrund erhöhter wirtschaftlicher Aktivitäten und Investitionen für Griechenland ein erfolgreiches Jahr sein werde. Glauben Sie aber, daß sich bei einer Jahressubvention von 720 Milliarden Drachmen allein für die Unternehmen der öffentlichen und privaten Hand – ein Betrag, der immerhin rund 20 Milliarden Mark entspricht –, bei den nunmehr fällig werdenden Rohöleinkäufen und bei all den verschiedenen ehrgeizigen Regierungsprogrammen sich auch im laufenden Jahr eine Verringerung des Zahlungsbilanzdefizits erzielen läßt?

Arsenis: Da wir im laufenden Jahr einen Wirtschaftsaufschwung für Griechenland erwarten, ist es wahrscheinlich, daß es zu keiner weiteren Verbesserung des Zahlungsbilanzdefizits kommen wird. Im schlechtesten Fall jedoch wird das Defizit auf der Höhe des vergangenen Jahres bleiben.

Die Fragen für die WELT stellte Hans Niedermeyer.

EXPORTFÖRDERUNG / Gegen den Devisenabfluß

Spyros Charitos: „Wir müssen neue Märkte erschließen"

Ein langatmiges Programm zur Ankurbelung der griechischen Exporte gehört zu den wichtigsten wirtschaftspolitischen Prioritäten der Regierung Papandreou. Aber zwischen den Politikern und den Vertretern der Exportunternehmer gibt es bisher keine Einigung über die Maßnahmen, die die seit 1981 anhaltende rückläufige Tendenz der griechischen Exporte aufheben soll.

Ihr Spitzenjahr hatten die griechischen Ausfuhren 1980 mit einem Gesamtvolumen von 5,19 Milliarden Dollar erreicht. Dann begann der Niedergang: 1981 gingen die Exporte schlagartig auf 4,29 Milliarden zurück, während sie sich 1982 mit 4,28 Milliarden auf dem Vorjahresnieveau mit Mühe und Not halten konnten. Für 1983 sind die Prognosen düster: Im ersten Quartal sind sie um 16 Prozent gegenüber denselben Vorjahresmonaten zurückgegangen.

Diese Einbußen, die die Devisenkasse stark belasten, werden von der sozialistischen Regierung mit Gelassenheit entgegengenommen. „Im ersten Halbjahr 1983 haben wir sowieso keine Wunder erwartet", sagte kürzlich Wirtschaftsstratege Arsenis. Erst im zweiten Halbjahr soll der Außenhandel nach den Turbulenzen, die er aufgrund der im Januar beschlossenen Währungsabwertung erlitten hat, wieder Tritt fassen. Aber der Präsident des griechischen Exporteureverbandes, Avramidis, teilt diese Zuversicht nicht: „Ohne stimulierende Stützungsmaßnahmen sind die Exporte nicht aus dem Tief zu bringen."

Bald jeder Grieche ist ein Exporteur

Als Hauptursache für die rückläufige Tendenz der griechischen Exporte nennt Avramidis die Erhöhung der Exportkreditzinssätze von 10,5 auf 21,5 Prozent, die hohen Inflationsraten in Griechenland sowie die Bindung der griechischen Drachme an den Dollar. „Dadurch ist die Drachme gegenüber den meisten westeuropäischen Währungen überbewertet", glaubt er.

Daß Griechenlands Exportgeschäft starke Einbußen erlitten hat, hat allerdings auch andere Gründe: Durch den Beitritt Griechenlands in die Europäische Gemeinschaft sind für Athen aufgrund der zwangsläufigen Aufkündigung der Clearing-Abkommen mit den Ostblockstaaten indirekt zahlreiche Märkte verlorengegangen. Die griechische Obst-Überschußproduktion, die früher regelmäßig *in den Ostblock* gelangte, bleibt jetzt in Griechenland. Denn harte Devisen wollen die Sowjets und ihre Satelliten den Griechen nicht überweisen.

Zahlreiche Märkte sind trotz der optisch guten Ergebnisse im Laufe der letzten Jahre auch im arabischen Raum verlorengegangen. Weil in Griechenland die Produktionskosten und daher auch die Endpreise teilweise in rasantem Tempo gestiegen sind, konnte die *türkische Konkurrenz, so etwa im* Obst- und Gemüsebereich, erfolgreich einspringen und die Griechen übertrumpfen.

Spyros Charitos, Vorsitzender der staatlichen Exportförderungsanstalt OPE, hat die Lage richtig erkannt: „Neue Märkte müssen unbedingt erschlossen werden, die Bemühungen um eine Diversifizierung der Produktpalette müssen intensiviert werden, kleine Export*unternehmen müssen sich zu grö*ßeren, besser organisierten Einheiten zusammenschließen", sagte er neulich in Athen.

„Produktpalette diversifizieren"

Mit diesen Sätzen hat er die ganze Problematik der griechischen Exportwirtschaft *kurz* und bündig erfaßt: Bisher haben sich die griechischen Exporteure fürwahr vorwiegend an die sogenannten „einfachen" und „sicheren" Märkte in Westeuropa und in Nahost orientiert. Mit 46 Prozent sind die EG-Länder weiterhin Hauptabnehmer der griechischen Exporte, gefolgt von den arabischen Ländern (24 Prozent in 1982, aber minus 7,4 gegenüber dem Vorjahr), dem Ostblock *(10,8 Prozent) und Nordame*rika (9,2 Prozent). In Afrika hat Griechenland hingegen kaum Märkte für sich gewinnen können: 44 afrikanische Länder nehmen nur 1,8 Prozent der griechischen Exporte in Anspruch.

In kaum einem anderen Land Westeuropas gibt es so viele Exportunternehmen wie in Griechenland. Doch von insgesamt 9300 beim Handelsministerium registrierten Firmen realisieren 5000 Unternehmen 99,5 Prozent aller Exporte. „Jeder Grieche mag zwar davon ausgehen, daß er ein erstklassiger Kaufmann ist, aber die Konkurrenz ist in unserer Epoche hart geworden. Sonderkenntnisse werden gefordert. Amateure haben in der Regel keine Überlebenschance", meint Charitos und rät zur Bildung von größeren Firmen, die kostensparender arbeiten können.

Das griechische Exportförderungsprogramm soll durch den Zusammenschluß aller staatlichen Behörden und Agenturen systematisiert werden, die bisher nebeneinander, oft aber auch gegeneinander gearbeitet haben. Drei neue Aufgaben soll diese neue Anstalt übernehmen: Die griechischen Exporte sollen im Ausland gefördert werden; *griechischen Firmen*, die am Export interessiert sind, sollen mit Know-how unterstützt werden; neue Märkte sollen erschlossen werden. Charitos ist zuversichtlich: „Wenn wir systematisch arbeiten, muß alles gut laufen."

EVANGELOS ANTONAROS

ÄGÄISCHE IMPRESSIONEN

Im Mythos vereinigen sich Land und Meer

In Kifissia, Athens grünem Villenvorort, nahm die Reise ihren Anfang. Das griechische Osterfest fiel in diesem Jahr auf Anfang Mai, war also spät. Die Blütezeit des griechischen Frühlings, hierzulande von kurzer Dauer, daher überschwenglich und hektisch, befand sich bereits im Endstadium.

Quer durch die grünen Hügel der Mesogia ging die Fahrt, im Hintergrund lockten bläulich die Berge von Euboea. Ausladende Schirmpinien flankierten die Straße, dahinter Olivenhaine – trotz der starken Verbauung im letzten Jahrzehnt hat die Landschaft noch manches von ihrem unspründlichen attischen Reiz erhalten. Ortsnamen am Straßenrand wie Pallini, Spata und Pikermi assoziieren angenehme Erinnerungen an gleichnamige Weine, aber auch der beliebte attische Retsina gedeiht hervorragend im roten Boden der Mesogia. Ein seidenblauer Himmel wölbte sich über der Landschaft und tauchte sie in das unverwechselbare griechische Licht.

Klippen mit Blüten

Im kreisrunden Hafen von Rafina brodelte vorösterliche Hektik: Athener, Touristen und LKW-Fahrer bilden lange Schlangen, die alle auf die Einschiffung und Verladung in das Fährschiff „Chryssi Ammos", auf deutsch „Goldsand", warteten. Bei Schiffsreisen in die Ägäis bietet das freundliche Städtchen Rafina eine angenehme Alternative zum chaotischen Piräus. Nicht allein der Gefahr wegen, dort noch auf den letzten Metern vor der Einschiffung den Wagen angeschrammt zu bekommen, sondern vor allem aus Gründen der Zeitersparnis. Die Fahrt von Rafina nach Paros dauert fünf Stunden, die nach Naxos sechs, was gegenüber den gleichen Zielen von Piräus aus einen Zeitgewinn von zwei Stunden bedeutet. Nach dem Verladen des Wagens ein letzter Imbiß in einer Hafentaverne: Oktopus in Essig und Öl, Tomatensalat mit Oliven, Retsina, dazu mediterrane Hafenatmosphäre mit ihren meist liebenswerten Wesenszügen.

Die kakteenbestandenen Klippen bei Rafina mit Bluten, die einen violetten Teppich bilden, schwanden bei zunehmender Fahrt langsam aus dem Blickfeld. Dafür gewann die Bergkulisse von Euboea an Konturen und bei größerer optischer Distanz schwang das attische Festland in weitem Bogen nach Norden zur Halbinsel Skinias aus, deren pinienbestandener Sandstrand im Sommer ein beliebtes Badeziel der Athener ist. Nach einer Dreiviertelstunde passierte das Schiff die Südspitze Euboeas, beherrscht von einem kegelförmigen Berg, dessen Spitze eine Festungsanlage trägt.

Auf der anderen Seite wurden die dem attischen Landende vorgelagerten Inseln Makronissos und Kea sichtbar. Über dem im Dunst entschwindenden Festland ragte die Spitze des Pentelikon und der breite Rücken des Hymettos auf, die zusammen mit dem bewaldeten Parnes das attische Becken mit Athen begrenzen.

Weit draußen am Horizont, wo das perlmutterfarbene Meer sich mit dem weißblauen Firmament vereinigt, schwebten die bläulich schimmernden Silhouetten der Inseln – Rhapsody in Blue. Ewiger Mythos des ägäischen Archipelagos.

Vorbei an der Nordspitze von Giaros ging die Fahrt. Mit seinen schrundigen Abgründen, dem düsteren nackten Fels vermittelte dieses Eiland alptraumhafte Visionen der Pforten des Hades. Nicht ohne Grund war Giaros über Jahre hinweg Gefangeneninsel. Auf Backbord wurden die langgestreckten Umrisse der Inseln Andros und Tinos sichtbar, letztere mit hochgelgenen Bergdörfern und der den Hauptort krönenden Marienwallfahrtskirche.

Ganz weit am Horizont tauchte im Dunst Mykonos auf. Auf Steuerbord trat Syros näher, mit einsamen Dörfern, vereinzelten Windmühlen, mit von Steinwällen umsäumten Feldern und Gärten. All diese Zeugen menschlicher Gegenwart ließen das Gefühl von Verlassenheit vergessen, das einen bei Inseln befällt, die sich beim Näherkommen als unbewohnte einsame Klippen im weiten Meer zu erkennen geben.

Ermoupolis, die Hauptstadt von Syros, wurde nach dem Umschiffen der nächsten Klippe sichtbar. Welch ein Anblick! Inmitten einer wüstenähnlich verkarsteten Landschaft eine geradezu kosmopolitisch anmutende Stadt mit repräsentativen neoklassizistischen Gebäuden, terrassenförmig auf zwei Hügel ansteigend, die beide von eindrucksvollen Kirchen gekrönt werden. Etwas oberhalb des Hafens sogar ein imposantes, der Mailänder Scala nachempfundenes Operngebäude.



Oktopusse, zu deutsch Tintenfische, eine Freude für das Auge und den Gaumen Foto: Rudolf Dietrich

Dieses Phänomen einer metropolitischen Stadtkulisse inmitten der kargen Einöde einer Kykladeninsel hat eine durchaus reale Erklärung: aufgrund seiner geographischen Lage war Ermoupolis bis weit über die Hälfte des vergangenen Jahrhunderts der bedeutendste Ägäishafen, und der Reichtum seiner Einwohner war sprichwörtlich. Erst mit dem Aufkommen der Dampfschiffahrt und der Fertigstellung des Kanals von Korinth gewann Piräus seine heutige Führungsstellung. Ermoupolis fiel in den Dornröschenschlaf der Bedeutungslosigkeit, woran auch die Errichtung einer Schiffswerft nicht viel ändern konnte.

Stadtbild blieb

Dem beklagenswerten Umstand seines wirtschaftlichen Niederganges ist es allerdings zu verdanken, daß dieses reizvolle Stadtbild uns noch erhalten geblieben ist und all diese charmanten Bauten des Neuklassizismus nicht der eifrigen Spitzhacke zum Opfer gefallen sind wie in Athen und anderen griechischen Städten.

Während das Schiff in Richtung Paros dampfte, waren die beiden Hügel von Ermoupolis noch lange sichtbar. Langsam trat nun Paros ins Blickfeld. Weiße Häuser und Dörfer, grüne Felder milderten die harten Konturen verkarsteter Bergzüge. Ein Kloster erhob sich auf einer symmetrisch ansteigenden Bergkuppe. Westlich davon die kleine Insel Antiparos, dazwischen ragten bizarr geformte Felsklippen aus dem Wasser, wovon die beiden größten, ihrer eigenartigen Färbung wegen, „weißer Turm" und „roter Turm" heißen. Die Ausschiffung in der Inselhauptstadt Parikia ging rasch vonstatten. Häuser mit den Wesenszügen kykladischer Architektur, den Arkaden und schwingenden Linien, bildeten an der Wasserfront die Kulisse.

In der Abendsonne ging es nun auf enger kurvenreicher Straße Naoussa entgegen. Vorbei an von Steinwällen umgebenen Feldern, die mitunter von hohem Schilfrohr vor dem Meltemi-Wind geschützt werden, vorbei an Weingärten, an einer Kirche inmitten von nachtschwarzen Zypressen. Eine kleine Insel mit einer Kapelle wurde in einer Bucht sichtbar – die Bucht von Naoussa. Verstreute weiße Bauernhäuser rundherum, sommerlich gelb standen die Kornfelder auf der gegenüberliegenden Seite des Wassers.

Naoussa – kubische Häuserwürfel, bunte Fischerboote im engen Hafen, schmale verwinkelte Gassen, Tavernen am Kai. Auf den Steinquadern des Hafens ausgelegte gelbe Fangnetze kontrastierten mit den tiefblauen Fensterläden und Türen eines frischgekalkten Hauses. Am Rande der Mole ein verfallenes venezianisches Kastell. Vor dem apfelgrünen Abendhimmel bildete das Tauwerk der Kais einen Schattenriß aus dunklem Netzwerk. Abendessen in der Taverne von Stavros: in Ei gebackene Keftedes, gefüllte Tomaten, Soutzoukakia, dazu reichlich vom Inselretsina der Marke „Meltemia". Dort, wo vorher die Sonne untergegangen war, blinkte jetzt schemenhaft ein Leuchtfeuer durch die Nacht. Spätestens zu diesem Zeitpunkt wurde es klar: die Route zum griechischen Osterfest stimmte.

HANS NIEDERMEYER

KIOSKE / Supermarkt auf kleiner Fläche

Geht der Strom aus, hat Peripteron Licht

Sehr zufrieden hat man sie als „Supermärkte auf Mini-Fläche" bezeichnet. Denn um die Fülle ihres Warensortiments könnte mancher normaler Ladenbesitzer sie ohne weiteres beneiden. Auf griechisch heißen sie schlicht „Peripteron", was sich ins deutsche mit Kiosk oder Verkaufshäuschen übersetzen läßt. Sie sind erstes Bestandteil des Alltags jedes Griechen.

Beim Kiosk um die Ecke kauft der Grieche seine Zeitung, besorgt sich seine Zigaretten oder seine Aspirin-Tabletten, läßt sein Gasfeuerzeug nachfüllen. Im Sommer kann er sich dort mit einer Limonade oder einem Eis erfrischen. Vom Münzautomaten des Verkaufshäuschen kann er seine Freundin anrufen. Beim Kioskbesitzer kann er in der Regel Geld wechseln. Sotiris, Jorgos, Jannis oder Michalis können die ausgefallensten Wünsche erfüllen, wenn sie geschäftstüchtig sind und ein bißchen Phantasie besitzen.

Auf knapp 20 000 werden in ganz Griechenland die schlichten, in der Regel gelb gestrichenen Verkaufshäuschen aus Holz geschätzt. Allein 7000 davon gibt es in der Großstand Athen und Umgebung.

Eine neulich gebildete Kommission aus Experten von drei Ministerien soll jetzt überprüfen, ob alle 20 000 Kioske die vom Gesetz vorgesehenen Betriebsbedingungen erfüllen. Denn Vorschriften für das Warensortiment gibt es zwar nicht. Aber es gibt ganz strenge Bestimmungen, die jeder Kioskinhaber zu beachten hat. Allen voran geht es um die Größe, die jeder Kiosk am Straßenrand oder an jeder Straßenecke haben muß. Das robuste Häuschen, dessen Bau heutzutage knapp 5000 Mark kostet, darf mit seinen Maßen von 1,50 × 1,30 Meter Platz nur für einen Menschen bieten, weil sonst – so die Bestimmung aus dem Jahr 1922 – „der Fußgängerverkehr auf dem Bürgersteig behindert werden könnte".

Es soll ferner nachgeprüft werden, ob alle „Mini-Supermärkte" sich im Besitz ihrer „legitimen" Eigentümer befinden. Die Lizenzen für die Eröffnung eines Kioskes werden nämlich vom Finanzministerium ausschließlich an Invalide, Behinderte, Kriegsbeschädigte und Blinde vergeben. Die Kiosk-Lizenz kann weder verkauft noch vererbt werden.

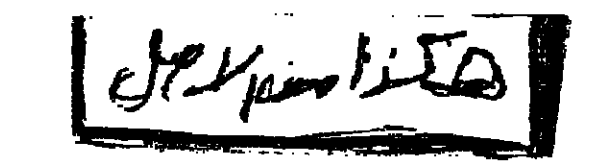
Die Kioske fürfen aber verpachtet werden. Wer vor vielen Jahren das Glück gehabt hat, eine g[…] Lizenz in der Athener Innens[…] zu ergattern, kann heute gut da[…] leben. Kioske an wichtigen S[…]ßenkreuzungen, die neben dem[…] lichen Warensortiment auch n[…] Auto-Artikel führen, oder etwa[…] Athener Verfassungsplatz, die[…] Hauptgeschäft mit ausländisc[…] Presseobjekten machen, we[…] für ihre Besitzer eine monatli[…] Pacht von umgerechnet 2500 M[…] ab. Kioske in ungünstiger L[…] sind hingegen schon für 350 M[…] zu haben.

„Wir haben den Verdacht, […] organisierte Firmen Arbeitsun[…]ge ausnutzen, ihnen die Lizenz[…] ein Butterbrot abnehmen und[…] dann für das mehrfache an Inte[…]sierte weitergeben", sagte neu[…] ein Inspektor des griechischen[…] nanzministeriums. Kioske in S[…]zenpositionen können im H[…]umdrehen einen Tagesumsatz[…] 2000 Mark erreichen.

Die ersten Lizenzen waren[…] Jahr 1922 vergeben worden[…] Millionen von kleinasiatisc[…] Griechen nach einem verlore[…] Krieg mit den Türken nach G[…]chenland emigrierten. Die Ver[…]benen brachten die Kiosk-Idee[…] ihrer Heimat mit und konnten[…] Behörden dazu bewegen, sie[…] Lizenzen auszustatten. Damals[…] standen die ersten Kioske. N[…] dem zweiten Weltkrieg wurde[…] paar Kriegsbeschädigte Grie[…] mit zusätzlichen Lizenzen […]schenkt, um überhaupt überle[…] zu können. „Es ist höchste […] herauszufinden, welche Ki[…] jetzt geschlossen werden mü[…] weil sie die Vorschriften nich[…] füllen" glaubt man im Finanzm[…]sterium.

Die Abrechnung wird schw[…] sein. Denn mittlerweile haben[…] sehr viele Häuschen auf die[…]sten Gebiete spezialisiert. […] Kioske am Athener Omonia[…] verkaufen die gewagtesten P[…] Hefte der Stadt, in den „[…] Märkten" an der Athener A[…] Küste sind neben Schoko[…] und Zigaretten auch Bade[…] Schnorchel und Sonnenschirm[…] haben.

Wie unentbehrlich sie sind, […]de unlängst an einem Sonn[…]abend deutlich, als durch e[…] Stromausfall stundenlang […] Lichter in ganz Griechenland[…] gingen. Sotiris am Kolonaki[…] hat selbstverständlich Tasc[…]lampen und Batterien für die T[…]sistorradios auf Lager.



SCHIFFAHRT SCHIFFBAU / Ein Friedhof wartet auf neues Leben

Weltweit sind über 1500 Schiffe eingemottet – sichtbares Zeichen der weltweiten Schiffahrtskrise.

Überdeutlich wird der Ratenverfall und die Unterbeschäftigung der Welthandelsflotten in den griechischen Buchten, insbesondere vor Piräus und zwei Dutzend anderer „Schiffsfriedhöfen". Über 650 Schiffe jeder Art, Größe und Baujahr dümpeln im Hafenwasser. Das ist der größte Schiffsfriedhof der Welt.

Piräus im Vorteil

Psarros Demotrios, Schiffahrtsexperte aus Athen und Redakteur der Fachzeitschrift „Shipping Mirror": „Arbeitslose Schiffe in Piräus zu ankern, hat seinen Vorteil. Es ist billig und sicher. Griechenland ist zentral gelegen. Von hier aus können die Frachter und Tanker bei einer weltweiten Raten- sprich Wirtschaftsbelebung sofort wieder in den Markt gehen."

Kleine Handwerksunternehmen leben ganz gut von den festgezurrten Schiffen. Sie halten sie für den Tag X in Ordnung.

Auch die griechischen Reeder sind von der jetzigen Schiffahrtskrise voll getroffen. Insbesondere leiden sie unter dem Rückgang der Ölpreise, damit verbunden einer weltweiten Mindernachfrage und dem Ausbau der (billigeren) Sowjetflotte. Die Schiffe unter roter Flagge nehmen den Griechen-Reedern im Cross-trade-Verkehr immer mehr Ladung weg. Kein Wunder also, daß mehr als die Hälfte der Griechen-Flotte von rund 25 Millionen BRT (Deutsche Handelsflotte: 6,7 Millionen BRT) eingemottet ist. Knapp 14 000 Seeleute, so Lloyds Liste in einem Spezial-Report über die griechische Schiffahrt (Juni 1983) sind arbeitslos.

Erschwerend für die griechischen Reeder wirkt sich aus, daß ihre Schiffe relativ alt sind und daher teuer im Betrieb. (Hohe Treibstoffkosten, relativ viel Personal an Bord). Da rund 90 Prozent aller Schiffe im freien Verkehr (cross trade) tätig sind, stoßen sie hier ganz besonders auf die Billiglohn-Länder und die roten Flotten mit ihren Dumpingpreisen. Galt früher die Griechen-Flagge ebenfalls als „billig". Weil die Personalkosten an Bord im Vergleich zu anderen westlichen Schiffahrtsnationen niedrig waren, so hat sich dieses Bild spätestens seit der EG-Mitgliedschaft gewandelt.

Immer mehr Griechen-Reeder flaggten ihre Schiffe nach Liberia, Panama und Zypern aus. Mit einer dieser Flaggen am Heck konnte und können die Besatzung von (teuren) Griechen auf (billigere) Ausländer insbesondere Asiaten umgewechselt werden. Griechische Matrosen kosten den Reeder etwa viermal soviel wie Philippinos.

Die neue (sozialistische) Regierung ist sich dieses Problems bewußt geworden. Sie räumt der nationalen Flotte und der Beschäftigung von Griechen oberste Priorität ein. Nach dem Regierungsprogramm müssen die Schiffe, die unter Griechenflagge fahren, eine bestimmte Mindestquote griechischer Besatzungsmitglieder haben. Die Vermittlung anderer Seeleute soll stärker überwacht werden. Die beiden größten Seemanns-Gewerkschaften PNO und PEMEN haben sich stark gegen die Forderungen der Reeder gewendet, wonach die Regierung kleinere Besatzungen für bestimmte Schiffstypen genehmigen solle.

Außerdem, so die Reeder, solle das Streikrecht in ausländischen Häfen eingeschränkt werden. Wegen dieser Forderungen war ein Streik für den 15. Juni auf allen Griechen-Schiffen angekündigt.

Streitpunkt ist dabei auch noch immer die Forderung der Reeder, die Nicht-Griechen auf griechischen Schiffen nach dem Lohn ihrer Heimatländer zu bezahlen. Eine Wende in der Schiffahrt ist nicht in Sicht.

Keine Besserung in Sicht

Solange die Schiffe in den Buchten beschäftigungslos herumliegen, solange ist auch nicht an eine Besserung der Lage der Seeleute zu denken.

JOANNIS SARICAS

LANDWIRTSCHAFT / Schwierige Struktur

EG kann Geld, keinen Erfolg versprechen

Nach bald dreijähriger Zugehörigkeit zur EG zieht die Regierung auch in ihrer Landwirtschaftspolitik eine Bilanz der bisherigen Mitgliedschaft. Bereits im März 1982 hatte die Regierung dem Präsidenten der EG-Kommission, Gaston Thorn, ein Memorandum vorgelegt. Hauptgedanke dieses Forderungskataloges war die Aushandlung eines besonderen Verhältnisses Griechenlands zur Gemeinschaft, das den Besonderheiten des Landes Rechnung trägt, so Staatssekretär Giorgos Varfis.

Die Hauptthesen der Regierung für die Landwirtschaft waren:
– Die Landwirtschaft trägt mit 17,2 Prozent zum Bruttosozialprodukt bei, beschäftigt aber rund ein Drittel aller Erwerbstätigen.
– Rund 85 Prozent aller griechischen Betriebe sind Kleinbetriebe mit fünf und weniger Beschäftigten.
– Die besonders kleinen Agrareinheiten und
– die Unzulänglichkeiten von Infrastruktur und Organisation für den Handel und die Verarbeitung der Agrarprodukte.

Staatssekretär Varfis: „Die Zusammenlegung der griechischen Landwirtschaft mit den hochentwickelten Landwirtschaften der Gemeinschaft bringt enorme Probleme mit sich."

Einkommen sichern

So hat die sozialistische Regierung die „Einkommenssicherung und Verbesserung der Lebensverhältnisse für die Landwirte" zu den vornehmlichen Zielen der Agrarpolitik erklärt.

Ministerpräsident Andreas Papandreou erklärte vor dem letzten Bauernkongreß seine Bauernpolitik und verkündete gleichzeitig eine Reihe von Maßnahmen:

Rund 60 Prozent mehr staatliche Mittel, mehr Kredite durch die Landwirtschaftsbank, Verdopplung der Kredite für den Wohnungsbau in der Landwirtschaft. Kirchliches und Staatsland, das bisher ungenutzt lag, wird beschäftigungslosen Landwirten zur Bewirtschaftung überlassen. Landwirte zahlen erheblich weniger für Energie als andere Erwerbszweige.

Eine Agrarindustrie soll das Problem der bisher schlecht arbeitenden Verpackungs- und Verarbeitungsbetriebe lösen helfen. Dazu soll das gesamte Genossenschaftswesen neu gegliedert werden. Im Rahmen der neuen Genossenschaftsgesetzgebung sollen die Landwirte in Zukunft nicht nur gemeinsam produzieren, sondern auch an der Weiterverarbeitung und dem Vertrieb ihrer Produkte beteiligt sein.

Schlechte Struktur

Ähnliche Programme und Pläne hatten bereits die Regierungen vorher aufgestellt. So sah der noch laufende Fünfjahresplan (1979 aufgestellt) Verbesserungen in der landwirtschaftlichen Produktionsstruktur vor, besserer Vermarktung und die Errichtung von Genossenschafts-Betrieben zur Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse.

Es ist daher davon auszugehen, daß auch die neuen ehrgeizigen Programme nur sehr langsam vorankommen. Hauptübel und gleichzeitig Hauptgrund für diese Tatsache ist die Struktur der Landwirtschaft: Der Boden ist steinig und trocken. Bergland sind 80 Prozent der Oberfläche, das Tiefland ist nur von geringer Ausdehnung. Rund 80 Prozent der Bauern bewirtschaften eine Nutzfläche von weniger als fünf Hektar, davon allein 225 000 Landwirte weniger als einen Hektar.

Ein Viertel der Fläche ist im Besitz von Bauern über 60 Jahren – eine Folge der Landflucht. Ende Mai 1983 betonte Landwirtschaftsminister Kostas Simitis in Hamburg: „Wir brauchen eine Agrarreform, die langfristig verwirklicht werden soll."

Wegen der zum Teil sehr alten Strukturen finden viele Produkte nicht den Weg in moderne Absatzkanäle. Simitis: „Hier bedarf es einer wesentlich verbesserten Abstimmung mit den EG-Partnern."

Nicht ohne Grund sprach Ministerpräsident Papandreou im Juli 1982 vor dem Parlament von der „riesigen Bedeutung der neuen gesellschaftlichen Strukturen wie etwa des agrarindustriellen Genossenschaftswesens" für die Produktivitätssteigerung in der Agrarwirtschaft. Ohne Selbsthilfe ist jeder Appell an Brüssel sinnlos.

PASARSOS FOTINIAS

GRIECHENLAND

Redaktion: H.-H. Holzamer, Bonn
Anzeigen: Hans H. Lange, Hamburg

HELLAS IM HERBST / Der kleine Sommer lockt

Hochzeit der Beschaulichkeit

Ist der Sommer vorbei, beginnt in Griechenland der „kleine Sommer". Sommer, das sind die Monate Juni, Juli, in dem wir uns jetzt befinden, und der August. Dann ist es heiß in Griechenland. Das Klima bestimmt dann auf seine Art das hellenische Leben – für Einheimische und Fremde. Lebhaft und intensiv geht es zu.

Im kleinen Sommer verliert die Sonne ihre Aggressivität. Das klare attische Licht wird moduliert, wird zarter und weicher. Auch das Leben paßt sich dem an. Es ist die Zeit der Muße, der Andacht und des melancholischen Bouzouki. Jetzt ist die Zeit der Beschaulichkeit gekommen, Wanderer brechen zu Erkundungen auf, Humanisten rezitieren Homer, während sie über die klassischen Altertümer klettern. Zarthäutige strecken jetzt ihren Körper der Sonne entgegen. Und das immer nahe Meer lockt mit der im Sommer gespeicherten Wärme. Dann ist Herbst in Griechenland, und das bedeutet schöne Tage bis Ende November. Auf Kreta, Rhodos oder Korfu liegt die durchschnittliche Lufttemperatur immer noch zwischen 19 und 21 Grad. Das Meer bietet 21–23 Wärmegrade.

Nie schöner

Das Land verzückt durch die buntgefärbten Blätter seiner Bäume. Wer Griechenland zu allen Jahreszeiten kennt, sagt, daß die Landschaft sich nie schöner gibt. Noch ermattet von der Betriebsamkeit des Sommers, ist jetzt die Zeit der Idylle.

Auch der Hellene, der sich im Sommer gerne zurückzieht und die Öffentlichkeit den Touristenscharen überläßt, nimmt jetzt wie selbstverständlich wieder seinen Platz vor der Haustür oder im Kafeneion ein. In der Taverne knüpft er nun gerne auch ein Gespräch an. Ouzo wird gebracht, Retsina oder Wein, und das Gespräch beginnt über Deutschland und Hellas, das Dorf und den Kosmos.

Herbst ist Erntezeit, Leben und Arbeit spielen sich draußen ab. Die Lese ist Schwerstarbeit, ein Grund mehr zum Feiern. Dionysos regiert.

Die Olivenbäume sind reif, spenden mit ihrem Öl ein wichtiges Grundprodukt für die Wirtschaft und die Küche. Die fleischige Frucht gesellt sich zum Getränk und zum Salat.

Im November sind die Citrusfrüchte dann an der Reihe, mit ihnen wird der Vitamin-Vorrat für den Winter gelegt, im In- und Ausland.

Zur Ernte ist auch der Fremde geladen, wenn er will, Adressen gibt es bei der Griechischen Zentrale für Fremdenverkehr. Geboten wird ein Aktiv-Urlaub anderer Art.

Von anderer Art ist auch ein Urlaub im Patrizierhaus. Doch hier tut frühe Buchung not, der Andrang ist groß.

Die griechische Regierung bemüht sich um Reisende in der Zeit des kleinen Sommers besonders. Denn sie will die Saison verlängern und so dem Beispiel anderer Länder wie Spanien und Zypern folgen. Ein Tourismus, der 11 Monate im Jahr, oder gar 12, floriert, böte in stärkerem Maße als bisher die Chance, das Personal auf Dauer zu beschäftigen. So könnte von Saisonarbeitern Abstand genommen werden, die naturgemäß nicht über die Schulung verfügen wie Festangestellte.

Dadurch würde sich auch die Serviceleistung während der Hauptsaison verbessern. Hierüber ist in den letzten Jahren häufig Klage geführt worden. Auch der Rückgang im Reisegeschäft des Vorjahres wird zum Teil damit begründet.

Feste Alternative

Wenn es gelänge, den kleinen griechischen Sommer zu einer festen Alternative zum Urlaub im Frühjahr oder während der Monate Juni bis August zu machen, könnten zwei Anliegen zugleich verwirklicht werden: Dem Gast ein anderes Griechenland zu zeigen und rund um das Jahr die Dienstleistungen zu verbessern.

Die Sonne und die Landschaft machen mit bei dem Bemühen. Die griechische Regierung versucht eine bessere Schulung der Hotelkräfte zu erreichen, und die GZF, die griechische Zentrale für Fremdenverkehr, hofft auf einen Erfolg schon im nächsten kleinen Sommer.

M. M.

ZUWACHS IN MASCHEN / In Anonymität gestrickt

Güte sucht ihr eigenes Zeichen

Die Branche der Maschenindustrie hat zwischen 1970 und 1980 wahrscheinlich die höchste Zuwachsrate in der griechischen Wirtschaft erreicht.

Die Exporte stiegen von 115 Millionen Drachmen im Jahre 1970 auf über 12 Milliarden Drachmen im Jahre 1980, was inflationsbereinigt eine Zuwachsrate von immerhin rund 3000 Prozent bedeutet. Inzwischen werden zwei von drei produzierten Stücken exportiert, davon gehen 93 Prozent in den EG-Raum. Die Bundesrepublik ist mit einem Anteil von 67 Prozent des gesamten griechischen Maschenexports der bei weitem bedeutendste Abnehmer.

Bemerkenswert ist, daß der deutsche Konsument bisher nicht wußte, daß viele Modeartikel auf den Regalen der Kaufhäuser und des Einzelhandels aus griechischer Produktion stammen, da die Ware meistens nur mit dem Firmenetikett des Endverkäufers versehen war. Wenngleich damit das Vertrauen des Endverkäufers in die Qualität griechischer Maschenprodukte dokumentiert wird, versuchen jedoch die griechischen Hersteller mit koordinierten Maßnahmen aus der Anonymität herauszukommen.

Diese Bemühungen konzentrieren sich vor allem auf Pläne, die Produkte direkt zu verkaufen und darüber hinaus die Nachfrage nach griechischen Maschenerzeugnissen beim Endverbraucher zu stimulieren. Die Verbesserung der Marketingstrategie, bisher Achillesferse der griechischen Strickwarenindustrie, steht nunmehr an erster Stelle der Prioritäten.

An dieser vom Griechischen Maschenverband eingeleiteten und koordinierten Aktion werden auch staatliche Institutionen wie die Griechische Exportförderungsorganisation (OPE), die Organisation für mittelständische Unternehmen und das Baumwollamt teilnehmen. Um das griechische Image von Anfang an auf hohem Niveau zu halten, sollen alle Produkte, die durch dieses Programm gefördert werden, mit einem Gütezeichen versehen werden, das für Qualität und modische Aktualität bürgen wird.

Waren mit diesem Zeichen werden ab Sommer 1984 auf dem deutschen Markt erscheinen.

H. N.

KRETA / Denkmal für die Gurke

Der Weg zu Europas größtem Gewächshaus

Kreta – mit 8250 Quadratkilometern die größte Insel Griechenlands – gehört erst seit 70 Jahren offiziell zu Hellas. Die endgültige Vereinigung wurde am 30. Mai 1913 vollzogen, nachdem bereits im Jahr zuvor die ersten Abgeordneten von Kreta ins griechische Parlament aufgenommen worden waren.

Geographisch die südlichste Insel Europas, hat sie eine wechselvolle Geschichte erlebt. Bei ihrer halben Million Bewohner ist der Unabhängigkeitswille stark ausgeprägt, wie es sich gegenüber fremden Eroberern früher und gegenüber der zentralen Regierung in Athen in unserer Zeit immer wieder zeigt.

Die frühesten Bewohner Kretas waren der Urbevölkerung Kleinasiens verwandt. Sie schufen die kretische oder minoische Kultur. In der ersten Hälfte des zweiten Jahrtausends vor Christus existierte anscheinend ein einheitliches, von Knossos aus beherrschtes Seereich, das auch kultureller Mittelpunkt der Ägäis war.

Knossos erlag vor 1400 v. Chr. den Achäern; später kamen die Dorer, die dort der spartanischen ähnliche Staatsordnungen antrafen. Sie hinterließen unabhängige Stadtgemeinden, die häufig in Fehde gerieten. Weil die Kreter auf Seeräuberei aus waren, wurde die Insel zwischen 69 und 67 v. Chr. von den Römern unterworfen.

Zusammen mit der Cyrenaika in Nordafrika bildete Kreta eine römische Provinz, ehe es 395 an Ostrom fiel. Die Araber entrissen die Insel 825 den byzantinischen Kaisern. Erst 861 gelang die Rückeroberung. Im Verlauf des vierten Kreuzzuges kam Kreta an die Venezianer und nach 1669 an die Türken. Als 1897 die Großmächte Kreta besetzten, wurde es bis zum Anschluß an Griechenland autonom.

Nach der griechischen Mythologie wurde Zeus auf Kreta geboren und dort in Höhlen großgezogen. Die Nymphe Calypso hielt hier Odysseus davon ab, seine heimischen Gestade zu betreten, und der Minotaurus lauerte im Labyrinth von Knossos. König Minos' Mutter, die Europa, gab unserem Kontinent ihren Namen.

Heute strebt Kreta danach, „das Gewächshaus Europas" zu werden. Die Inselbewohner können sechsmal so viele Menschen ernähren, wie auf Kreta leben. Zu den klassischen Produkten wie Oliven, Wein und Weizen sind vielfältige Exporterzeugnisse hinzugekommen: Ananas und Auberginen, Gurken, Tomaten, grüner Pfeffer und Blumen.

An der Südküste Kretas ist einem Holländer, der vor Jahren den Freiland-Anbau von Gurken unter Schutzfolien einführte, ein marmornes Denkmal gesetzt worden. Seine Landsleute in den Niederlanden dürften darüber weniger erfreut sein, denn seit dem EG-Beitritt Griechenlands sind die Gurken aus Kreta für sie zu einer starken Konkurrenz in Westeuropa geworden.

Kreta produziert mehr als zehn Prozent des griechischen Bedarfs an Lebensmitteln und trägt erheblich zum Export bei. Das Klima und die fruchtbaren Böden lassen weitere Steigerungen in der landwirtschaftlichen Erzeugung zu. Immer mehr neue Produkte werden angebaut, nun auch Avocados.

„Für uns ist Wasser so wichtig wie Erdöl für andere", erklärte Nikos Parasiris von der Entwicklungsbehörde Kretas. Mit Hilfe der Europäischen Investment-Bank wird ein großes Bewässerungssystem finanziert, das zum einen die ergiebigen Niederschläge im Westteil der Insel und zum anderen das Grundwasser nutzen soll, das nach der Schneeschmelze in den Weißen Bergen entsteht.

Auf Kreta ist man bei der Anwendung moderner Technologien sehr fortschrittlich, wenn auch im Lebensstil und in der Bewahrung der eigenen Identität ein konservativer Grundzug überwiegt. Noch immer hält die Rivalität der vier Provinzen Kretas untereinander an, und gemeinsam zeigt man sich gegenüber Athen aufmüpfig.

Im Kampf um Kreta im Zweiten Weltkrieg fügten die Inselbewohner den deutschen Fallschirmjägern hohe Verluste zu.

Nachdem regelmäßige Air-Bus-Verbindungen von Athen eingerichtet wurden und mehr Charterflüge nach Kreta gezogen werden konnten, ist der Tourismus die stärkste Wachstumsindustrie. Bei Heraklion konzentriert sich die industrielle Ansiedlung auf der Insel, wozu eine Zementfabrik gehört.

Während an der Südküste Kretas die Erprobung der Solarenergie voranschreitet, nutzt man auf dem Plateau von Lasithi, unweit des Golfes von Mirabella im Ostteil der Insel, mit mehr als 10 000 kleinen Windmühlen eine andere Naturenergie.

GERDA SCHRADER